JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Mai 2013 II NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

Ulrich Busch: Zur Differenz zwischen Marxscher Theorie und Wirtschaftspolitik in der DDR 5

Jörg Ludwig: Kontakte Robert Owens nach Sachsen 1820 bis 1837 32

Wonchul Shin: Betriebsinterne Unterverträge in der Schiffbauindustrie Ostasiens 46

Rudolf Oswald: Ideologie und Praxis der Fußballsparte im Arbeiter-Turn- und Sportbund 1919 bis 1933 69

Christian Chevandier: Feinde oder Kollegen? Bei der französischen Eisenbahn 1940 bis 1944 83

Jochen Weichold: Die WASG – eine zeitgenössische Arbeiterpartei. Ein Überblick über die kurze Geschichte der „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ 97

Isabel Loureiro: Die Aktualität von Rosa Luxemburgs „Akkumulation des Kapitals“ in Lateinamerika 115

Biografisches

Eckhard Müller: Rosa Luxemburgs öffentlicher Vortragszyklus zur Nationalökonomie im Herbst 1907. Sechs unbekannte Berichte der Berliner Politischen Polizei 123

Siegfried Grundmann: Göritz oder Steidle? Ein heikles Problem 139

Berichte

Günter Benser: Demokratie – Wirtschaft – Staat. Kolloquium.....158

Marga Voigt: Dem Frieden verschrieben – Basel 1912.
Die Kultur des Friedens ausbauen – Europa 2012.....165

Buchbesprechungen

Willy Brandt: Im Zweifel für die Freiheit. Reden
zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte.
Hrsg. und eingel. von Klaus Schönhoven (*Heinz Niemann*) 170

Dieter Kramer: Kulturpolitik neu erfinden.
Die Bürger als Nutzer und Akteure des kulturellen Lebens
(*Evemarie Badstübner*) 171

Lars Bluma/Karsten Uhl (Hrsg.): Kontrollierte Arbeit –
disziplinierte Körper? Zur Sozial- und Kulturgeschichte
der Industriearbeit im 19. und 20. Jahrhundert (*Peter Hübner*) 173

Mike Rapport: 1848. Revolution in Europa (*Axel Weipert*).....176

Victor Adler/Friedrich Engels: Briefwechsel, hrsg. von
Gerd Callesen und Wolfgang Maderthaner (*Horst Klein*).....178

Heiner Jestrabek: Eduard Fuchs.
Kunstsammler und Zeitkritiker (*Wilma Ruth Albrecht*) 180

David Fernbach (Hrsg.): In the steps of Rosa Luxemburg.
Selected writings of Paul Levi (*Theodor Bergmann*).....182

Ernst Hanisch: Der große Illusionist. Otto Bauer (*Uli Schöler*).....184

Nicola Spakowski: „Mit Mut an die Front“. Die militärische Beteiligung von Frauen in der kommunistischen Revolution Chinas (1925-1949) (*Wolfram Adolphi*) 186

Mirja Keller u.a.: Antifa. Geschichte und Organisierung (*Ewgenij Kasakow*) 190

Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Eckert *(Manfred Weißbecker)* 192

Sebastian Fink: Das Stahl- und Walzwerk Riesa in beiden deutschen Diktaturen 1933 bis 1963 (*Thomas Reichel*) 195

Thomas Gebauer: Das KPD-Dezernat der Gestapo Düsseldorf (*Michael Eckardt*) 197

Maximilian Scheer: Das deutsche Volk klagt an: Hitlers Krieg gegen die Friedenskämpfer in Deutschland (*Helga W. Schwarz*) 199

Peter Rau: Der Spanienkrieg 1936-39 (*Herbert Mayer*) 201

Rolf Binner/Bernd Bonwetsch/Marc Junge: Massenmord und Lagerhaft. Die andere Geschichte des Großen Terrors; Rolf Binner/Bernd Bonwetsch/Marc Junge (Hrsg.): Stalinismus in der sowjetischen Provinz. Die Massenaktion aufgrund des operativen Befehls Nr. 00447 (*Carola Tischler*) 202

Petra Scheidt: Karriere im Stillstand? Der Demokratische Frauenbund Deutschlands im Spiegel seiner Kaderarbeit und der Kaderstrukturen seines hauptamtlichen Funktionärskorps (*Ursula Schröter*) 204

Thomas Reichel: „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“. Die Brigadebewegung in der DDR (1959-1989) (*Rainer Karlsch*) 207

Tilman P. Fichter/Siegward Lönnendonker: Dutschkes Deutschland. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund, die nationale Frage und die DDR-Kritik von links (*Horst Dietzel*) 208

Dietmar Keller: In den Mühlen der Ebene.
Unzeitgemäße Erinnerungen (*Herbert Mayer*).....210

Klaus Henning/Yves Clairmont: Mit Gegenmacht und
Gestaltungskraft für Europas Arbeitnehmer. 40 Jahre
Europäischer Metallgewerkschaftsbund (*Dietmar Lange*) 212

Michael Herkendell: Deutschland – Zivil- oder Friedensmacht?
Außen- und sicherheitspolitische Orientierung der SPD
im Wandel (1982-2007) (*Harald Lange*) 212

Autorenverzeichnis.....216

Impressum.....217

Zur Differenz zwischen Marxscher Theorie und Wirtschaftspolitik in der DDR

Ulrich Busch

1. Einleitung

Die ökonomische Analyse, Theorie und wissenschaftliche Kritik von Karl Marx hat die kapitalistische Produktionsweise des 19. Jahrhunderts, den „klassischen Kapitalismus", zum Gegenstand, nicht aber eine wie auch immer definierte postkapitalistische Gesellschaft. Sie ist mithin auch keine ideelle Vorwegnahme des Sozialismus/Kommunismus, weder im Sinne eines konzeptionellen Entwurfs noch als wissenschaftlich ausgearbeitetes Projekt. Da jede Kritik aber einer Alternative bedarf, finden sich in dem umfangreichen Werk von Marx (und Engels) auch bestimmte Überlegungen und so manche eingestreute Bemerkung zu den ökonomischen Grundlagen einer künftigen Gesellschaft. Diese sind, obwohl insgesamt von beachtlichem Umfang,[1] indes eher aphoristisch und fragmentarisch als systematisch und waren von ihren Verfassern auch nie anders gemeint denn als *allgemeine Hinweise* und *Ideenskizzen*. Zudem handelt es sich hier nicht um eigenständige Abhandlungen mit theoretischem Anspruch, sondern um Analogien und Konsequenzen, die, wie Engels 1886 hervorhob, in einem engen Kontext mit den „historischen Tatsachen und Entwicklungsprozessen" *ihrer Zeit* zu sehen sind. Sie lassen sich folglich auch nur „im Zusammenhang mit diesen Tatsachen", also im historischen Kontext, verstehen; außerhalb desselben aber sind sie „theoretisch und praktisch ohne Wert".[2]

Hinzu kommt, dass viele der von Marx rezipierten Ideen und Vorstellungen über eine postkapitalistische Gesellschaft frühkommunistischen und utopischen Ursprungs sind. Sie weisen also nicht über die entwickelte bürgerliche Gesellschaft, wie sie sich im Verlaufe des 19. Jahrhunderts herausgebildet hat, hinaus, sondern sind in dieser verhaftet oder gehen sogar

---

1 Das Sachregister der russischen Marx-Engels-Werkausgabe enthält unter dem Schlagwort „Kommunismus, kommunistische Umgestaltung" 620 Einträge (siehe Rolf Dlubek/Renate Merkel: Marx und Engels über die sozialistische und kommunistische Gesellschaft, Berlin 1981, S.7); das Sachregister der deutschen Ausgabe weist zu den Stichworten „Kommunismus" und „Sozialismus" einen ähnlichen Umfang auf, siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Sachregister (Band 1-39), Berlin 1989.

2 Friedrich Engels: Brief an Edward R. Pease [1886], in: MEW, Bd. 36, S.429.

noch hinter diese zurück. Marx sah die Entwicklung aller Produktivkräfte und ihre Vergesellschaftung „bis auf einen gewissen Höhegrad" als „historische Aufgabe der kapitalistischen Produktionsweise"[3] an, woran die neue Gesellschaft anknüpfen sollte. Gleichwohl folgen seine Auslassungen über den Kommunismus, sofern sie konkrete Aspekte betreffen, nicht selten einem „vormodernen Leitbild".[4] Dies ist an sich schon problematisch, tritt jedoch mit jedem Jahrzehnt, das die bürgerliche Gesellschaft überlebt und in dem diese sich weiterentwickelt, immer deutlicher hervor. Bereits im 20. Jahrhundert ließ sich vielfach kaum mehr daran anknüpfen. Dies gilt natürlich erst recht für das 21. Jahrhundert. Was jedoch nach wie vor uneingeschränkt Gültigkeit besitzt, sind einige sehr *allgemeine* Ideen für die Gestaltung der neuen Gesellschaft und die Vision einer auf Freiheit und Gleichheit gegründeten Assoziation, worin „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist".[5]
Die Ideenskizzen und aphoristischen Anmerkungen von Marx zum Sozialismus/Kommunismus unterscheiden sich erheblich von der theoretisch fundierten, faktenreichen und detaillierten Analyse, wie er sie auf Tausenden von Seiten für die kapitalistische Produktionsweise vorgenommen hat. Verglichen mit der scharfsinnigen und anschaulichen Beschreibung des Kapitalismus, insbesondere im „Kapital", erscheint der Entwurf einer klassenlosen Gesellschaft geradezu als „blutleeres Konstrukt".[6] Die „auffallende Asymmetrie" zwischen Analyse und Projektion, zwischen der Kritik am Kapitalismus und dem sich „in vagen und weitgehend nichtssagenden Andeutungen"[7] erschöpfenden Entwurf einer postkapitalistischen Gesellschaft ist Anlass, eine Parallele zu ähnlichen Weltentwürfen zu ziehen, zum Beispiel zu Dante Alighieris Darstellung des mittelalterlichen Universums in der „Divina Commedia" von 1320. „Auch dort wird die Hölle auf überaus eindringliche Art in einer Flut von Bildern beschworen, über das Paradies weiß aber auch der große italienische Dichter nur wenig und überdies nur recht Uninteressantes zu sagen."[8] Marx verwahrte sich zeitlebens dagegen, „Rezepte [...] für die Garküche der Zukunft

3 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, 1. Aufl. 1894, in: MEW, Bd. 25, S.457.
4 Gerd Irrlitz: Einheit und Differenz im Denken von Karl Marx, in: Helmut Fleischer (Hrsg.): Der Marxismus in seinem Zeitalter, Leipzig 1994, S.113-137, hier S.134.
5 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei [1848], in: MEW, Bd. 4, S.459-493, hier S.482.
6 Gero Jenner: Wohlstand und Armut. Eine allgemeine Theorie über Eigentum, Geld, Güter und Staat, Marburg 2010, S.308.
7 Ebenda, S. 307.
8 Ebenda.

zu verschreiben",[9] und war sich des fragmentarischen Charakters seiner Überlegungen durchaus bewusst. Des ungeachtet dienten seine Gedankenskizzen und beiläufig hingeworfenen Äußerungen den Akteuren im Staatssozialismus dennoch, teils wortwörtlich – in dogmatischer Rezeption –, teils erheblich relativiert und entstellt – bis hin zur Verfälschung – als Handlungsanleitung. Der „reale Sozialismus" muss daher, ob man dies wahrhaben will oder nicht, als eine Art Realisation Marxschen Gedankenguts begriffen werden. Dies betrifft sowohl richtige, aus der Kritik des Kapitalismus logisch abgeleitete Ideen und Konsequenzen als auch theoretische Irrtümer, Fehlannahmen, illusionäre Vorstellungen und irreführende Aussagen. Insofern ist das historische Scheitern des realen Sozialismus als Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell auch auf Marx, auf die Übernahme seiner Ideen und deren praktische Umsetzung, zurückführen. – Dies lässt sich am Beispiel der Wirtschaft der DDR exemplarisch zeigen.

Andererseits aber bedeutet das Scheitern des Staatssozialismus keineswegs eine generelle Falsifikation der Marxschen Theorie. Auch nicht seiner über den Kapitalismus hinausweisenden Ideen und utopischen Vorstellungen von einer kommunistischen Gesellschaft. Denn viele dieser Ideen fanden *überhaupt keinen* Eingang in das realsozialistische Projekt bzw. wurden bei ihrer Umsetzung bis zur Unkenntlichkeit verkürzt und pervertiert. In den seltensten Fällen wurden aus ihnen die richtigen Schlüsse gezogen und wurde in der realsozialistischen Praxis ohne sinnentstellende Einschränkungen und Umdeutungen entsprechend verfahren. Hieraus folgt, dass der reale Sozialismus gerade *auch deshalb* gescheitert ist, weil er die Theorie von Marx *nicht* oder nur unzureichend angewendet hat. Teilweise stand die Politik sogar in direktem Gegensatz zu den Intentionen von Marx. – Auch dies lässt sich in Bezug auf die DDR-Wirtschaft anschaulich demonstrieren.

Beide Aussagen zusammengenommen, die Übernahme der Marxschen Theorie einschließlich ihrer Fehlannahmen und utopischen Illusionen einerseits und die Missachtung bestimmter Essentials und Konsequenzen dieser Theorie andererseits, führen zu dem paradoxen Schluss, dass der reale Sozialismus gleichermaßen wegen *zu viel* und wegen *zu wenig* Marx gescheitert ist. Bezogen auf die Wirtschaft bedeutet dies, dass sich die ökonomischen Fehlleistungen und Irrtümer der DDR einerseits auf einige Ideen von Marx zurückführen lassen, andererseits aber gerade aus dem Gegenteil resultierten, nämlich aus der beispiellosen Ignoranz des Staats-

9 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, 4. Aufl. 1890, Nachwort zur zweiten Auflage, in: MEW, Bd. 23, S.25.

sozialismus gegenüber den Vorstellungen seines wichtigsten Vordenkers.[10] Dies ist die Hauptthese des vorliegenden Aufsatzes. Sie soll anhand mehrerer Fallbeispiele belegt werden.

2. Karl Marx in der DDR

Die Person und das Werk von Karl Marx waren in der DDR allgegenwärtig. In jeder Stadt gab es eine Karl-Marx-Straße, eine Karl-Marx-Allee oder einen Karl-Marx-Platz, eine Großstadt (Chemnitz) trug bis 1990 seinen Namen, ebenso ein märkisches Dorf (Neuhardenberg), Betriebe und Kombinate waren nach ihm benannt, Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, eine Universität (Leipzig), eine Hochschule der SED, Schulen, Ferienheime, Internate, Seniorenheime, Kulturhäuser, Bibliotheken usw. Denkmäler für Marx standen in vielen Orten. Es gab einen nach ihm benannten Orden und ein Stipendium. Sein Porträt hing in jedem zweiten Büro und in allen öffentlichen Gebäuden, war auf Briefmarken zu sehen, auf Münzen und auf Banknoten, jeweils in den höchsten Nominalen. Die Bücher von Marx und Engels erreichten Millionenauflagen. Jeder Student musste im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium Texte von ihnen lesen, jede Bibliothek führte ihre gesammelten Werke. Und in den Buchhandlungen zählten die blauen Bände nicht zur Mangelware, sondern waren immer präsent. Ebenso wie in unzähligen privaten Bücherschränken.

Ohne Marx kann man sich die DDR nicht vorstellen. Der Gelehrte mit dem Rauschebart gehörte einfach dazu. Mehr als jeder andere Klassiker, etwa Luther, Goethe, Schiller, Hegel oder Rosa Luxemburg, und viel mehr als Engels, Lenin und Stalin, ganz zu schweigen von den SED-Größen Pieck, Grotewohl, Ulbricht, Stoph und Honecker galt Marx als Symbolfigur des DDR-Sozialismus, als Landesvater und als unumstrittene Autorität.

---

10 Der hier vorgestellte Ansatz stellt nur eine Erklärung für das Scheitern des Realsozialismus dar. Daneben gibt es andere Erklärungsansätze, die hier nicht thematisiert werden sollen. Auffällig ist jedoch, dass einschlägige Analysen diese Problematik bisher gänzlich ausblenden und dem Verhältnis von Staatssozialismus und Marxscher Theorie keine einzige Zeile widmen. Siehe zum Beispiel Rolf Reißig/Gert-Joachim Glaeßner (Hrsg.): Das Ende eines Experiments, Berlin 1991; Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlussbilanz, Berlin 2000; Klaus Steinitz: Das Scheitern des Realsozialismus, Hamburg 2007; Heinz Dieterich/Hans Modrow/Klaus Steinitz (Hrsg.): Sozialismus im 21. Jahrhundert. Erfahrungen aus Vergangenem und Gegenwärtigem – Vorstellungen für die Zukunft, Berlin 2007; André Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Berlin 2007; Helga Schultz/Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.): Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Berlin 2007.

Zu dieser heute kaum mehr vorstellbaren posthumen Allgegenwart kam hinzu, dass die „Lehre“ von Marx als unfehlbar galt, faktisch als sakrosankt, als uneingeschränkt „richtig“ und für alle Zeiten „wahr“. Eine Kritik an ihr wurde als Sakrileg geahndet und war selbst in Wissenschaftlerkreisen weitgehend tabu. Die SED-Führung berief sich permanent auf Marx, wodurch er zur wichtigsten Legitimationsfigur und -quelle für die staatssozialistische Ideologie, den Marxismus-Leninismus, wurde, aber auch für die Wissenschaft, besonders für die Gesellschafts-, respektive Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften.
Seine Ideen galten als „Leitsätze der ökonomischen Theorie des Sozialismus“ und dienten als Erkenntnisschatz „für den Aufbau der neuen Gesellschaft“.[11] Die „unkritische Übernahme“ der Marxschen Lehre, ihre „dogmatisch-unhistorische Rezeption“[12] und scholastische Auslegung führten nicht nur zu einer theoretisch einseitigen und zunehmend sterilen Interpretation der sozialökonomischen Realität des Sozialismus; sie behinderten zudem die realistische Beurteilung aktueller Problemlagen und deren wirksame Lösung. Dies galt namentlich für die Wirtschaft. So betonte Otto Reinhold: „Die SED hat sich stets dazu bekannt, ‚mit Marx‘ Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ‚zu machen‘“.[13] Günter Söder und Herbert Steininger sahen in der ökonomischen Theorie von Marx die wichtigste „theoretische Grundlage [...] für die sozialistische und kommunistische Umgestaltung“. Ihrer Meinung nach kam der Marxschen Lehre für „die praktische Gestaltung des entwickelten Sozialismus besondere Bedeutung“[14] zu. Es gab keine Etappe des sozialistischen Aufbaus, in welcher die SED sich nicht auf Marx berief und der DDR-Sozialismus sich nicht als „Verwirklichung der Ideen von Marx“ plakatierte. Angesichts von derart viel „Marx“ stellt sich aus heutiger Sicht die Frage, „was hier überwogen hat: Marx-Unkenntnis, Hochstapelei oder üble Nachrede“.[15] – Wahrscheinlich treffen alle drei Aussagen zu, zudem Dogmatismus und Missachtung der von Marx praktizierten dialektischen Methodik.

---

11 Waldfried Schließer/Gerhard Schulz: Gegenstand, Aufgaben und Methoden der politischen Ökonomie des Sozialismus, Berlin 1988, S.17, 19.
12 Hans Wagner: Zur Rezeption des Kapitals von Marx in der Politischen Ökonomie der DDR, in: Camilla Warnke/Gerhard Huber: Zur Kritik der deutsch-deutschen Ökonomie: Konzeptionen. Positionen und Methoden wirtschaftswissenschaftlicher Forschung in Ost und West, Marburg 1996, S.83-109, hier S.85.
13 Otto Reinhold: Der Marxismus-Leninismus und die politische Ökonomie der Gegenwart, Berlin 1985, S.48.
14 Günter Söder/Herbert Steininger: Über das Verhältnis von Philosophie und politischer Ökonomie im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1986, H. 8, S.673-678, hier S.674.
15 Fleischer, Marxismus, Vorwort, S.10.

Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang die zunehmende *Dogmatisierung* und *Ideologisierung* der Marxschen Lehre. Karl Mannheim hat den Unterschied zwischen wissenschaftlicher Theorie und politischer Ideologie sehr klar herausgearbeitet und deutlich gemacht, dass „das Wissen, das neuen Tatsachen Rechnung tragen will, stets seinen experimentellen Charakter bewahren" muss, während die Ideologie, als „das von einer politischen Haltung beherrschte Denken" sich nicht erlauben kann, „ständig an neue Erlebnisse angepaßt zu werden". Als wesentlichen Grund dafür führt er an, dass die Ideologie von „politischen Parteien" getragen wird. Diese könnten „weder ihre Denkmethoden elastisch halten noch bereit sein, jedes Ergebnis zu akzeptieren, das sich aus ihren Untersuchungen ergeben mag [...] Das zwingt sie [...] in eine dogmatische Richtung. Je mehr die Intellektuellen zu Parteifunktionären wurden, desto mehr ging ihnen die Rezeptivität und Elastizität verloren."[16]

Rituelle Bekenntnisse zu Marx und zur Marxschen Theorie finden sich in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur der DDR zuhauf. Sie entsprachen jedoch nur zum Teil der Wahrheit. Überwiegend dienten sie lediglich der Legitimation der aktuellen Politik und der „Legendenbildung" einer vermeintlich wissenschaftlichen Fundierung politischer Entscheidungen.[17] Ihrem Selbstverständnis nach verfolgte die SED eine auf „wissenschaftlichen Grundlagen" basierende Wirtschaftspolitik. Konkret sah dies freilich anders aus: Nicht selten überwogen Voluntarismus, Pragmatismus, Ignoranz und pure Macht- und Interessenpolitik.

In den wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Abhandlungen finden sich viele Zitate von Marx und Engels. Diese hatten mit den eigentlichen Inhalten aber häufig recht wenig zu tun. Teilweise wurden sie den Texten vorangestellt, wie eine Monstranz einer katholischen Prozession vorangetragen wird. Oder sie dienten mehr der Referenz und Subordination des Autors, als dass sie substanziell etwas zur inhaltlichen Argumentation, zum eigentlichen Thema der jeweiligen Ausarbeitung beigetragen hätten. Besonders verbreitet waren „Autoritätsbeweise" bei denen mit einem aus dem Kontext herausgelösten Klassiker-Zitat die Richtigkeit einer Aussage „bewiesen" oder eine politische Maßnahme als wissenschaftlich fundiert „begründet" werden sollte. Das methodische Pendant dazu war eine mit Marx-Zitaten geführte Polemik gegen unerwünschte Auffassungen. Dissidierende Ansichten wurden allein deshalb, weil sie nicht mit Marx bzw. mit der von der SED vertretenen dogmatischen Interpretation der Marxschen Lehre übereinstimmten, als „falsch" zurückgewiesen.

16 Karl Mannheim: Ideologie und Utopie, Frankfurt/Main 1978, S.34.
17 Siehe Günter Krause: Wirtschaftstheorie in der DDR, Marburg 1998, S.17.

Einer inhaltlichen Auseinandersetzung und Überprüfung der geäußerten Meinung bedurfte es dann nicht mehr. Dabei galten „falsch“ und „unmarxistisch“ als Synonyme. Beide Termini dienten gleichermaßen der wissenschaftlichen Disqualifikation wie der politischen Diffamierung ideologischer Kontrahenten. Mit dem Lieblingsmotto von Marx „*de omnibus dubitandum*“ (an allem ist zu zweifeln) hatte dies wenig zu tun.
Die von Marx als „Grundprinzip“ der neuen Gesellschaft verstandene „volle und freie Entwicklung jedes Individuums“[18] fand zwar Eingang in die Programmatik des realen Sozialismus, entsprach aber kaum der von Arbeitsteilung und fordistischen Produktionsmethoden beherrschten Wirtschaftsrealität der DDR. Trotz anhaltender exzessiver Marx-Exegese entfernten sich Ideologie und Politik im Zeitverlauf immer mehr von der Marxschen Theorie. Hierzu trugen der unhistorische Umgang mit der Theorie und das Unfehlbarkeitspostulat der SED erheblich bei. Dabei tat sich ein immer offensichtlicher werdender Widerspruch auf: Einerseits musste die SED, um ihren Anspruch des Immer-Recht-Habens aufrechterhalten zu können, die Marxsche Theorie als ihre Legitimationsbasis für absolut wahr und zeitlos gültig ausgeben, diese also zum Dogma erklären. Andererseits sah sie sich immer stärker genötigt, ihre Ideologie den ständig wechselnden Erfordernissen der Zeit anzupassen. Hatten wir oben mit Mannheim festgestellt, dass eine Partei aus Gründen des Machterhalts den Erkenntnisfortschritt in der Theorie ignoriert und an bestimmten ideologischen Prämissen festhält, wodurch es zu einem Dissens zwischen Theorie und Ideologie kommt, so wird jetzt erkennbar, dass sie zugleich aber die Theorie, die sie zu ihrer Legitimation benutzt, immer wieder den aktuellen Bedürfnissen anzupassen und in Orwellscher Manier zurechtzubiegen versucht. Die Folge war im Falle der SED, wie auch anderer kommunistischer Parteien, eine zunehmende *Ideologisierung der Marxschen Theorie*, deren Zurechtstutzung und Überführung in den *Marxismus-Leninismus*. In welchem Ausmaß dies in der DDR der Fall war und in welche Konflikte und Erklärungsnöte die SED dabei geriet, kann anhand der zwischen 1955 und 1989 erschienenen Lehrbücher und Lehrhefte zur Politischen Ökonomie des Sozialismus[19] überprüft werden, aber auch anhand der Auswahl der Klassiker-Textstellen in der „Chrestomathie Politische Ökonomie“[20] sowie in zahlreichen Aufsätzen in theoretischen und politischen Zeitschriften. Im Folgenden soll diese Problematik anhand einiger ausgewählter Themenkomplexe exemplifiziert werden.

18 Marx, Kapital. Erster Band, S.618.
19 Siehe Waldfried Schließer (Hrsg.): Lehrhefte zur Politischen Ökonomie des Sozialismus, Berlin 1976ff.
20 Siehe Wilhelm Reichert/Klaus Mueller-Bülow/Fritz Langner: Chrestomathie Politische Ökonomie, Bd. 1 und 2, Berlin 1980.

3. Zum historischen Platz des Sozialismus

Die historische Einordnung des Sozialismus als „Gesellschaftsformation" oder bloße „Phase" einer solchen als „Übergangsperiode", „Übergangsgesellschaft" oder „Produktionsweise" war für das Selbstverständnis der DDR von fundamentaler Bedeutung. Hingen davon doch die Antworten auf so wichtige Fragen ab wie der nach dem Verhältnis von Diktatur und Demokratie, der Rolle des Staates, dem Stellenwert der Politik gegenüber der Ökonomie, der Beziehung zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft, der Definition der Wirtschaftsordnung usw.

Die Aussagen, die man bei Marx hierzu findet, sind eindeutig. Danach verkörpert der Sozialismus die „erste Phase der kommunistischen Gesellschaft", also „eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt".[21] Als ihr historisch vorhergehend, also zwischen „der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft" liegend, sah Marx die Notwendigkeit einer „Periode der revolutionären Umwandlung", welcher eine „politische Übergangsperiode" entspricht, „deren Staat nichts andres sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*".[22]

Nun lassen sich diese knappen Bemerkungen durchaus dialektisch interpretieren, sodass dabei keine allzu scharfe Abgrenzung zwischen den einzelnen Phasen herauskommt. So wollte Marx offensichtlich auch verstanden werden. Unter Stalin jedoch wurde das genaue Gegenteil praktiziert: Übergangsperiode, Sozialismus und Kommunismus wurden scharf voneinander abgegrenzt. Diese schematische Interpretation der Formationstheorie prägte für Jahrzehnte die Geschichtsauffassung des historischen Materialismus. Vor allem in der UdSSR, aber auch in der DDR. Sie wirkte nach Stalins Tod 1953 und dem Ende des Stalinismus noch lange nach, sodass es bei der Selbstbestimmung des historischen Platzes des Sozialismus in der DDR zu nicht unerheblichen Differenzen gegenüber Marx und Engels kam. Dies betraf *erstens* die Übergangsperiode, welche im Marxschen Verständnis von langer Dauer[23] sein sollte, in der DDR aber nur auf die Zeit zwischen 1945 bzw. 1949 und 1962 datiert wurde, also einen histo-

21 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms [1875], in: MEW, Bd. 19, S.11-32, hier S.20.
22 Ebenda, S.28.
23 Dafür spricht schon, dass die kommunistische Gesellschaft erst „nach langen Geburtswehen" aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgehen soll. Siehe ebenda, S.21.

risch eher kurzen Zeitraum. Im Gegensatz dazu wurde die Staatsform der Übergangsperiode, die „Diktatur des Proletariats", bis zuletzt beibehalten und der Marxsche Demokratiebegriff sehr eigenwillig interpretiert bzw. in seinen Kernaussagen ignoriert.[24]

Zweitens betrifft dies den Sozialismus, welcher in der DDR zunächst, teilweise aber noch bis in die 1980er-Jahre, als „Übergangsgesellschaft" aufgefasst wurde,[25] dann in den 1960er- bzw. 1970er-Jahren als „relativ selbständige Gesellschaftsformation" und „eigenständige Produktionsweise" und schließlich, auf Druck Moskaus, als „niedere Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation". *Niemals aber* galt der Sozialismus als Kommunismus, wie es der Marxschen Intention terminologisch entsprochen hätte. Statt die formationsübergreifende Qualität des Sozialismus als Phase der kommunistischen Gesellschaft herauszustellen, wurde in der DDR durchweg die Eigenständigkeit des Sozialismus betont, in den 1960er-Jahren seine Spezifik als „Gesellschaftsformation",[26] nach 1971 seine Besonderheit als „Produktionsweise" hervorgehoben.[27] Dies erleichterte es der Parteiführung, den realen Sozialismus als „stabile" Angelegenheit zu betrachten und ihn gegenüber dem (eigentlichen) Kommunismus klar abzugrenzen. Sinnfällig wurde dies nicht zuletzt in der Betonung der Diktatur des Proletariats als Staatsform nicht nur für die Übergangsperiode wie bei Marx, sondern auch für den Sozialismus in allen seinen Entwicklungsstufen „bis zur vollen Entfaltung des Kommunismus".[28]

Dies war auch für die Bestimmung und praktische Ausgestaltung der sozialistischen Wirtschaft als Warenproduktion und Ware-Geld-Wirtschaft von eminenter Bedeutung. Der Kommunismus aber wurde auf diese Weise, begrifflich wie realpolitisch, in die ferne Zukunft verschoben, auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Er wurde zu einer Art „Paradieshoffnung", wie Christa Wolf rückblickend feststellte,[29] welche an der Realität der DDR allmählich zerbrach. „Kommunismus ist erst dann real möglich", wur-

24 Siehe Uwe-Jens Heuer: Marxismus und Demokratie, Berlin 1989.

25 Verwiesen sei auf das Theaterstück von Volker Braun „Die Übergangsgesellschaft" aus dem Jahre 1982, in: Volker Braun: Stücke 2, Berlin 1989, S.119-146.

26 Siehe Wörterbuch der Ökonomie Sozialismus, Berlin 1969. Dort steht unter dem Stichwort „Sozialismus": „sozialökonomische Formation in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab [...] Der S[ozialismus] ist die vorbereitende Gesellschaftsformation für den Kommunismus." (S.709f.).

27 Sieglinde Heppener/Ursula Schirmer/Edgar-André Wieland: Die sozialistische Produktionsweise. Eine philosophiehistorische Analyse, Berlin 1981.

28 Werner Wippold: Der sozialistische Staat – Staat vom Typus der Pariser Kommune, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschaftswissenschaftliche Reihe, XXXII (1983), H. 1, S.111-116, hier S.113.

29 Christa Wolf: Ein Tag im Jahr. 1960-2000, München 2003, S.494.

de doziert, „wenn alle Vorzüge, Potenzen und Möglichkeiten des Sozialismus voll ausgeschöpft sind [...] Bevor die kommunistischen Ideale auf die Tagesordnung gesetzt werden können, müssen die sozialistischen Ideale verwirklicht sein.“[30] Diese aber waren ganz andere als jene, wie noch zu zeigen sein wird. Dadurch entfernte sich die sozialistische Realität immer mehr vom kommunistischen Ziel. Mit der historischen Beschränkung auf den Sozialismus und dessen Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus wurden die staatssozialistischen Machtverhältnisse faktisch zementiert. Der gesellschaftlichen Entwicklung wurde dadurch ihre Dynamik genommen, und die allgegenwärtige Stagnation erhielt so eine vermeintlich theoretisch fundierte Rechtfertigung.

Ihren Höhepunkt erlebte die „Sozialismus-Debatte“ in der DDR gegen Ende der 1960er-Jahre. 1967 hatte Walter Ulbricht formuliert, „daß der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft [ist], sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation“.[31] Die Aufwertung des Sozialismus als „ökonomischer Gesellschaftsformation“ implizierte die Möglichkeit der Definition systemeigener Wesensmerkmale, sozialismusspezifischer ökonomischer Gesetze und einer systemeigenen ökonomischen Logik. Die Ausformulierung dieser Gesetze und einer adäquaten Systemlogik erfolgte mit der Publikation eines neuen Lehrbuchs der Politischen Ökonomie, welches 1969, versehen mit einem Vorwort von Ulbricht, in großer Auflage erschien. Das Buch beginnt mit einer Bezugnahme auf Marx: „Karl Marx bezeichnete es als letzten Endzweck seines Werkes [...], das Bewegungsgesetz der kapitalistischen Gesellschaft zu enthüllen [...] Wir [...] stehen vor der Aufgabe, das ökonomische Bewegungsgesetz des Sozialismus [...] unter den Bedingungen der DDR aufzudecken, zu analysieren und seinen Bewegungsmechanismus zu beherrschen“.[32] Mit diesen Worten wurde der historische An-

30 Reinhold, Marxismus-Leninismus, S.82.

31 Walter Ulbricht: Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital“ von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland, Berlin 1967, S.38.

32 Autorenkollektiv: Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969, S.5f. Dieses Lehrbuch stellt trotz seiner Differenz gegenüber Marx ein theoretisch anspruchsvolles und in sich geschlossenes Werk dar. Zudem ist es das einzige originäre DDR-Lehrbuch zur Politischen Ökonomie des Sozialismus. Das zuvor gültige „Lehrbuch Politische Ökonomie“ (1. Auflage 1955) sowie die nach 1970 verbreiteten Übersetzungen sowjetischer Lehrbücher von A. M. Rumjanzew (1973), G. A. Koslow (1973) und N. A. Zagolow (1972) entsprachen nicht der DDR-Spezifik, und das Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium „Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus“ (1974) sowie die Lehrheftreihe, seit 1976 von Waldfried Schließer herausgegeben, blieben dagegen bloße Ideologie bzw. Stückwerk.

spruch der Akteure umrissen: Es ging um etwas *Neues*, um eine *Alternative* zur bürgerlichen Gesellschaft *vor* Erlangung des Kommunismus, einer Alternative allerdings, wie sie sich Marx so *nicht* vorgestellt hatte.
Die Sicherung vor allem der *eigenen* Macht im Auge machte die Politbürokratie aus dem von Marx „kühn antizipierten historischen Drama ein lineares Geschichtsprozessschema von Krise, Revolution und einer dann mehr oder weniger freihändigen Instituierung einer anderen, alternativen, höheren Gesellschafts- bzw. Assoziationsform".[33] Dafür sollten die „dem Sozialismus eigenen Wesenszüge" voll zur Entfaltung gebracht werden.[34] Soweit, so gut. Bemerkenswert ist daran jedoch, dass hierzu auch das Wertgesetz, die Warenproduktion, die Ware-Geld-Beziehungen, der Markt usw. gezählt wurden, Bestimmungsmerkmale, die Marx als „Muttermale der alten Gesellschaft" angesehen hatte und die während der Übergangsperiode überwunden werden sollten. Durch ihre „volle Entfaltung" ließen sich, wie man inzwischen wusste, Produktivitätssteigerungen, positive Skaleneffekte usw. erzielen, wie sie einer fordistischen Wirtschaft eigen sind. Und der Sozialismus könnte sich, so glaubte man, unter diesen Bedingungen als „Gesellschaft" verwirklichen, als ein über den ökonomischen Austausch (Markt) vermitteltes Beziehungsgefüge einer Vielheit ökonomischer Subjekte. Vom kommunistischen Ziel aber führte dieser Weg eher weg. Deshalb findet sich in dem Lehrbuch von 1969 bezeichnenderweise auch kein Kapitel zum Kommunismus. Auf dieser Grundlage ließen sich jedoch Ansätze für ein vom Staatssozialismus abweichendes Gesellschaftsmodell, für einen „Marktsozialismus" etwa oder für einen „dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus, formulieren. Dies war nicht nur theoretisch verlockend, sondern wurde im Zuge der Reformen der 1960er-Jahre bekanntlich auch praktisch versucht. In der DDR (seit 1963), in Ungarn, in Polen, am konsequentesten aber in der Tschechoslowakei, bis die militärische Intervention des Warschauer Pakts dieses Experiment im August 1968 abrupt beendete und das staatssozialistische Regime gewaltsam wiederherstellte. Eine vollständige Rückkehr zum Wirtschaftsregime der Vor-Reformära fand indes nicht statt. Einige Neuerungen auf ökonomischem Gebiet blieben erhalten, andere wurden modifiziert. Insgesamt aber näherte man sich Ende der 1960er-/Anfang der 1970er-Jahre wieder stärker dem dogmatischen Bild eines Staatssozialismus an, wie es während der Stalin-Ära geprägt worden war. Dazu gehörte auch ein erneuter Rekurs auf Marx.

33 Horst Müller: Sozialkapitalismus und Systemtransformation, in: Berliner Debatte Initial, 2012, H.3, S.77-93, hier S.79.
34 Autorenkollektiv, Politische Ökonomie, S.191.

Mit der Untergliederung des Sozialismus in verschiedene Etappen und Reifestufen wurde versucht, eine objektivierbare Schrittfolge in den historischen Entwicklungsprozess zu bringen. Die Unzulänglichkeit dieses Vorgehens bestand jedoch im Voluntarismus bei der Beurteilung der jeweiligen „Reife" der einzelnen Volkswirtschaften. Während nach Marx hierfür nur der Stand der Produktivkraftentwicklung und das Niveau der Produktivität als Kriterien infrage gekommen wären, entschieden im Staatssozialismus Politiker und Parteitage darüber. So meinten während der 1970er-Jahre alle Staaten des RGW, von der Tschechoslowakei und der DDR bis zu Rumänien und der Mongolischen Volksrepublik, damit begonnen zu haben, die „entwickelte sozialistische Gesellschaft" zu gestalten. Nur die Sowjetunion sei bereits einen Schritt weiter: Dort „existiere der entwickelte Sozialismus" schon und man befände sich bereits auf dem „Vormarsch zum Kommunismus".[35]
Die Mehrheit der DDR-Ökonomen stand dieser Einschätzung distanziert gegenüber. Partei- und Staatschef Erich Honecker hingegen verkündete 1980, dass auch die DDR nun bald „den Übergang zum Kommunismus vollziehen" werde.[36] Bis zum Ende seiner Amtszeit war er davon überzeugt, den Kommunismus „selbst noch" zu erleben. – Mit einer ökonomisch fundierten Analyse des historischen Entwicklungsprozesses hatten derartige realitätsferne Einschätzungen freilich wenig zu tun.

4. Staatseigentum und Vergesellschaftung

In der Diktion von Karl Marx bedeutet der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus vor allem eine Umwälzung der Eigentumsverhältnisse: Die „Eigentumsfrage" galt Marx und Engels als „Grundfrage der Bewegung".[37] Folglich bildet die Kritik am kapitalistischen Eigentum[38] den „Knackpunkt" im marxistischen Denken hinsichtlich des sozialökonomischen Umbaus, und die Aufhebung desselben und die Konstituierung neuer Eigentumsformen stellen den entscheidenden Inhalt der Revolution dar.

35 Autorenkollektiv (Hrsg.): Dialektik des Sozialismus, Berlin 1989, S.42, 54.
36 Erich Honecker: Aus meinem Leben, Berlin 1981, S.238.
37 Marx/Engels, Manifest, S.493.
38 Arnold Künzli konstatiert, dass „die Eigentumsfrage" in allen emanzipatorischen „Theorien, Philosophien und Utopien [...] eine, ja sehr oft die zentrale Rolle spielt" und dass insbesondere in der Ideengeschichte des Sozialismus „das private, exklusive oder sonst irgendwie monopolisierte Verfügungsrecht über Eigentum mehr oder weniger radikal denunziert [wird] als die fundamentale Ursache der gesellschaftlichen Unterdrückung und Ausbeutung, wenn nicht überhaupt aller gesellschaftlichen Übel und individuellen Laster". Arnold Künzli: Mein und Dein. Zur Ideengeschichte der Eigentumsfeindschaft, Köln 1986, S.9.

Dabei unterscheidet sich die Marxsche Herangehensweise dezidiert von anderen Ansätzen, namentlich von konservativ-romantischen, moralisch-ethischen und naiv-utopischen Formen der Kapitalismuskritik.[39] Während Letztere jegliches Privateigentum verdammen und danach streben dieses vollständig zu beseitigen, differenzierte Marx stets genau zwischen Privateigentum und Kapital. Er forderte auch nicht die „Abschaffung" des Privateigentums wie etwa Wilhelm Weitling,[40] Pierre-Joseph Proudhon[41] oder der frühe Friedrich Engels,[42] sondern dessen Überwindung im Sinne seiner dialektischen „Aufhebung" durch umfassende *Vergesellschaftung*.

Der Prozess der Vergesellschaftung beginnt bereits während der kapitalistischen Ära als Moment der kapitalistischen Akkumulation. Er ist Ausdruck eines realen Vorgangs, der sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte überall vollzieht. Grundlage dafür ist ein ökonomischer Vorgang, die *Vergesellschaftung der Arbeit*, welcher nicht nur die Organisation der Produktion im gesamtgesellschaftlichen Maßstab zur Folge hat, sondern letztlich auch die Aufhebung der Arbeitsteilung und der Warenproduktion. Unabdingbare Voraussetzung dafür sind jedoch ein entsprechendes Entwicklungsniveau der Produktivkräfte, ferner die Globalisierung der Wirtschaft, die Überwindung der Nationalstaaten u.a.m. In dem Maße, wie diese Prozesse vorankommen, folgt ihnen eine institutionelle Anpassung der politischen, ökonomischen, juristischen und anderen Verhältnisse, nicht zuletzt eine Umgestaltung des Eigentums, als *formaler* Ausdruck der realen Vergesellschaftung.

Dies kann nun in verschiedenen Formen und auf unterschiedliche Art und Weise geschehen, administrativ, durch Sozialisierung, Konfiskation, Aufkauf usw., durch den freiwilligen Zusammenschluss und die Kooperation privater Eigentümer, zum Beispiel in Genossenschaften, aber auch durch die Vergesellschaftung privater Eigentumstitel in Form von Aktiengesellschaften. Während einige dieser Formen als Varianten sozialistischer Vergesellschaftung aufgegriffen wurden, galt dies für andere, insbesondere für die *Aktiengesellschaften*, nicht. Den Marxschen Überlegungen hierzu[43] wurde im Zuge der sozialistischen Umgestaltung nicht die gebotene Aufmerksamkeit zuteil. Ganz im Gegenteil: Der von Marx formulier-

39 Siehe Ulrich Busch: Eigentumskritik und alternative Gestaltungsoptionen, in: Utopie kreativ, 2003, Nr. 155, S.830-840.

40 Siehe Wilhelm Weitling: Das Evangelium des armen Sünders, Leipzig 1967, S.86f.

41 Siehe Pierre-Joseph Proudhon: Philosophie der Staatsökonomie oder Nothwendigkeit des Elends, Bd. 1-2, Darmstadt 1847.

42 Siehe Friedrich Engels: Grundsätze des Kommunismus [1847], in: MEW, Bd. 4, S.361-380, hier S.371.

43 Siehe Marx, Kapital. Dritter Band, S.452-457.

te Ansatz wurde geflissentlich übersehen, theoretisch wie praktisch. Aktiengesellschaften dienten weder in der SBZ als „Übergangsformen" der Vergesellschaftung,[44] noch wurde diese Idee in der Debatte um eine Beteiligung der Bevölkerung am Volkseigentum durch die Ausgabe von Anteilsscheinen bzw. Volksaktion während des Umbruchs 1989/90 aufgegriffen. Sie fand bis zum Schluss kein Gehör, sondern stieß bei den Verantwortlichen auf Unverständnis und Ablehnung.[45]

Dies erstaunt umso mehr, da Marx die Bildung von Aktiengesellschaften ausdrücklich als *wichtigste* Form der Vergesellschaftung behandelte und sie dem „Privatkapital" als „Gesellschaftskapital" entgegensetzte, als Form der „Aufhebung des Kapitals als Privateigentum" – wenn auch „innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst".[46] Nach Marx sollte die sozialistische Revolution der Vergesellschaftung neue Impulse verleihen, sie von den Beschränkungen der privaten Aneignung befreien und ihrer kapitalistischen Form entkleiden.[47] Bei der Umwandlung von kapitalistischem in sozialistisches Eigentum sollte es darum gehen, die Eigentumsverhältnisse der sich real vollziehenden Vergesellschaftung anzupassen und sie durchgreifend zu demokratisieren, sie also „*tatsächlich zu vergesellschaften*",[48] um so den Weg freizumachen für die dynamische Entwicklung aller Produktivkräfte.

Diesen realökonomischen Vorgang als eine formal lösbare *politische* Aufgabe aufzufassen, als Setzung neuer „Formen" des Eigentums durch Verstaatlichung, Kollektivierung usw. der Produktionsmittel und Liquidierung der alten Formen, war eines der Lenin-/Stalinschen Missverständnisse der Marxschen Theorie. Die Folgen zeigten sich darin, dass der reale Sozialismus bis zuletzt auf staatlich vergesellschaftetem Eigentum an Produktionsmitteln, auf Staatseigentum, beruhte. Die tatsächliche Vergesellschaftung aber, von der Lenin gesprochen hatte, blieb auch Jahrzehnte nach dem Beginn des sozialistischen Aufbaus ebenso aus wie die von Marx prognostizierte dynamische Entwicklung aller Produktivkräfte. Was stattgefunden hatte, war „Verstaatlichung statt Vergesellschaftung" oder, wie Rudolf Bahro es nannte, eine „*Vergesellschaftung in total entfremdeter Form*".[49]

---

44 Als Ausnahmen sind sowjetisch-deutsche Betriebsgründungen nach 1945 in Form von Aktiengesellschaften anzusehen wie zum Beispiel die Wismut-AG.

45 Christa Luft: Treuhandreport, Berlin 1992, S.46-55.

46 Marx, Kapital. Dritter Band, S.452.

47 Siehe Ders., Kapital. Erster Band, S.791.

48 W. I. Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht [1918], in: W.I. Lenin: Werke (LW), Bd. 27, S.225-268, hier S.231.

49 Rudolph Bahro: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Berlin 1990, S.44.

Dadurch wurde der Weg in eine demokratische Gesellschaft ökonomisch verbaut. Fritz Behrens, ein anderer DDR-Kritiker des Staatssozialismus, sprach dem „Staatseigentum" sogar die Qualität, „gesellschaftliches Eigentum" zu sein, ab. Er sah hierin lediglich eine besondere Form „privaten Eigentums".[50] Ein unaufhebbares Demokratiedefizit und der Verlust des anfänglichen Enthusiasmus beim wirtschaftlichen Aufbau waren die Konsequenzen dieser kaum mit Marx in Übereinstimmung zu bringenden Politik. Überhaupt gehört es zu den verhängnisvollen Irrtümern der Ideologie und der Politik im realen Sozialismus, dass nicht die dialektische Kritik am Privateigentum Grundlage der politischen Entscheidungen war, sondern eine naiv-utopische Sicht, welche nicht sorgfältig zwischen Privateigentum und Kapital zu unterscheiden wusste und Verstaatlichung mit Vergesellschaftung verwechselte. Davon ausgehend wurde 1917 in Sowjetrussland eine Entwicklung in Gang gesetzt, an deren Ende wirtschaftliche Stagnation und die „Subsumtion der Individuen"[51] unter die Herrschaft des Staates standen, nicht aber die „freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität als ihres gesellschaftlichen Vermögens",[52] wie Marx es postuliert hatte.
Ähnlich, wenn auch weniger radikal als in der Sowjetunion, stellt sich dies für die DDR dar. Auch hier wurde von Anfang an einseitig auf „Verstaatlichung" gesetzt und fehlte in der „Verfassung" die Institution des Privateigentums.[53] Die Reste desselben in der Produktionssphäre wurden 1972 ohne Not und unter Inkaufnahme erheblicher ökonomischer Nachteile liquidiert. In der politökonomischen Literatur feierte man die „Abschaffung" des Privateigentums als Fortschritt bei der Gestaltung des entwickelten Sozialismus, ohne dass diese Maßnahme jemals plausibel aus dem realen Vergesellschaftungsprozess abgeleitet oder mit einem Entwicklungsschub der Produktivkräfte begründet worden wäre.

---

50 Fritz Behrens: Über Alternativen, in: „Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein...", hrsg. von Günter Krause und Dieter Janke, Hamburg 2010, S.150.
51 Peter Ruben: Was ist Sozialismus? Zum Verhältnis von Gemein- und Personeneigentum von Produktionsmitteln, in: Initial, 1990, H. 2, S.115-126, hier S.117.
52 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie [1857/58], in: MEW, Bd. 42, S.91, siehe auch S.607.
53 Siehe Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung der Verfassung vom 7. Oktober 1974, Berlin 1974. Art. 10 kennt nur Formen des sozialistischen Eigentums, Art. 12 zählt auf, woran „Privateigentum unzulässig" ist.

5. Grundgesetz und Grundprinzip

Nachdem I. V. Stalin in seiner richtungsweisenden Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" aus dem Jahr 1952 ein ökonomisches Grundgesetz des Sozialismus definiert hatte, findet sich ein solches Gesetz auch in den Parteidokumenten der SED und in allen Lehrbüchern zur Politischen Ökonomie. Anfangs orientierte man sich dabei strikt an den Worten Stalins, später traten eigene Formulierungen an die Stelle der Vorlage aus Moskau. Das von Stalin formulierte Gesetz lautete: „Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik." [54] Diese Fassung war jedoch weder originell noch neu, sondern ging auf frühere programmatische Konzepte innerhalb der sozialistisch/kommunistischen Bewegung zurück. Ein analoger Text findet sich zum Beispiel in dem maßgeblich von G. V. Plechanov ausgearbeiteten zweiten Programmentwurf der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands von 1902. Dort war ursprünglich von „planmäßige[r] Organisation des gesellschaftlichen Produktionsprozesses zur Befriedigung der Bedürfnisse sowohl der gesamten Gesellschaft als auch ihrer einzelnen Mitglieder" die Rede. V. I. Lenin korrigierte diese Fassung, indem er in den ersten Teil „auf Rechnung der *gesamten* Gesellschaft" einfügte und den zweiten Teil in „zur Sicherung der *höchsten* Wohlfahrt und der freien *allseitigen* Entwicklung *aller* Mitglieder der Gesellschaft" abänderte[55]. Er ließ sich dabei von entsprechenden Formulierungen in den Werken von Marx und Engels[56] leiten.

Vergleicht man diese Textstelle mit der oben zitierten Stalinschen Fassung des ökonomischen Grundgesetzes, so fällt auf, dass sich die Ergänzungen Lenins, insbesondere seine Betonung der *freien* und *allseitigen* Entwicklung der Gesellschaftsmitglieder, und zwar *aller*, in der Fassung von 1952 nicht wiederfinden. Vielmehr gibt es dort nur *ein* Subjekt, nämlich die „gesamte Gesellschaft", worunter der *Staat* zu verstehen ist, dessen (gesamtgesellschaftliche) Bedürfnisse „maximal" zu befriedigen sind. Die freie und allseitige Entwicklung aller aber, die bei Marx absolut im Zentrum steht, findet hier *keinerlei* Erwähnung.

---

54 Josef W. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin 1952, S.41.

55 W. I. Lenin: Bemerkungen zum zweiten Programmentwurf Plechanows, in: LW, Bd. 6, S.23-43, hier S.40.

56 Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf die klassischen Formulierungen des Ziels der sozialistischen Produktion bei Friedrich Engels. Siehe Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: MEW, Bd. 20, S.5-306, hier S.140, 261. Ders.: Grundsätze des Kommunismus, S.375.

Das war in der DDR nicht viel anders. Selbst dann nicht, als in den 1960er-Jahren mit dem „umfassenden Aufbau des Sozialismus“ begonnen wurde. Im Parteiprogramm der SED, verabschiedet auf dem VI. Parteitag 1963, wird das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus wie folgt definiert: „[...] ständige Entwicklung und Vervollkommnung der Produktion auf der Grundlage der fortgeschrittensten Wissenschaft und Technik und der Steigerung der Arbeitsproduktivität mit dem Ziel der immer besseren Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Werktätigen und der allseitigen Entwicklung des Menschen der sozialistischen Gesellschaft“.[57]

In dieser Fassung ist gegenüber der Stalinschen Version zwar eine Präzisierung der Zielstellung erkennbar, auch kommt mit der „allseitigen Entwicklung des Menschen“ hier erstmals das Moment der Persönlichkeitsentwicklung zum Tragen. Trotzdem entspricht auch diese Fassung nicht der Diktion von Marx, sondern weist, was das Verhältnis von Ziel und Mitteln anbetrifft, eine seltsame *Verkehrung* auf: Am Anfang stehen die Mittel, die Entwicklung der Produktion und die Steigerung der Arbeitsproduktivität, am Ende folgt dann der Zweck, die Bedürfnisbefriedigung und die Entwicklung „des Menschen“. Diese produktions-, wachstums- und arbeitszentrierte Diktion entsprach wohl dem frühfordistischen Regime des Staatssozialismus der 1960er-Jahre, nicht aber den Vorstellungen der Klassiker.

Im Lehrbuch der Politischen Ökonomie von 1969 erfährt diese Lesart sogar noch eine Steigerung: „*Das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus* besagt: ständige Erweiterung, Vervollkommnung und Intensivierung der sozialistischen Produktion und Reproduktion auf Basis des wissenschaftlich-technischen Höchststandes zur Stärkung der sozialistischen Ordnung, der ständig besseren Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bürger, der Entfaltung ihrer Persönlichkeit und ihrer sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen.“[58]

Während die Mittel hier ausführlich und konkret benannt sind, erscheint jetzt die „Stärkung der sozialistischen Ordnung“ als vorrangiges Ziel, während die Bedürfnisbefriedigung und die Persönlichkeitsentwicklung in den Hintergrund rücken und nur als nachgeordnete Ziele fungieren. Auffällig ist, welche „verkehrte“ Dialektik von Ziel und Mitteln Ende der 1960er-Jahre Ideologie und Politik in der DDR bestimmt hat!

---

57 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. IV, Berlin 1963, S.297-405, hier S.339.

58 Autorenkollektiv, Politische Ökonomie des Sozialismus, S.237.

Anfang der 1970er-Jahre kam es zu gravierenden Veränderungen in der Wirtschaftspolitik, die von einer Neufassung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus flankiert wurden. Dies betraf auch das ökonomische Grundgesetz, dessen Inhalt um einige Gesichtspunkte erweitert wurde. Außerdem wurde die Ziel-Mittel-Dialektik umgekehrt und damit richtig gestellt. Die in den 1970er- und 1980er-Jahren übliche Definition lautete: „Inhalt des ökonomischen Grundgesetzes ist die immer bessere Befriedigung der wachsenden materiellen und geistig-kulturellen Bedürfnisse der Menschen und ihre allseitige Persönlichkeitsentwicklung durch die ununterbrochene Entwicklung und Vervollkommnung der gesellschaftlichen Produktion auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der umfassenden Intensivierung und der stetigen Steigerung der Arbeitsproduktivität.“[59]

Der Umformulierung war eine lebhafte Debatte über Ziel und Zweck der sozialistischen Produktion in der UdSSR, der DDR und anderen staatssozialistischen Ländern vorausgegangen.[60] Ihr Ergebnis gipfelte in der Erkenntnis, dass das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus nicht nur als ein Gesetz des Sozialismus zu begreifen sei, sondern als ein Gesetz der „kommunistischen Gesellschaftsformation“ insgesamt. Die Notwendigkeit dieses „Kunstgriffs“ resultierte aus der politischen Doktrin, wonach die UdSSR beim Aufbau des Kommunismus bereits weiter fortgeschritten sei als die anderen Länder, alle aber die gleiche Wirtschaftspolitik verfolgten, was angesichts differenter, vermeintlich objektiver ökonomischer Gesetze kaum vermittelbar war. Diese methodologisch und inhaltlich absurde Position fand trotz mancher abweichender Meinungsäußerung schließlich Eingang in die politökonomische Literatur der DDR, explizit in die weit verbreitete Lehrheftreihe „Politische Ökonomie des Sozialismus“,[61] und wurde damit bestimmend für die ökonomische Lehre des Marxismus-Leninismus.

Die Formulierung eines ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus war offensichtlich von dem Bemühen getragen, dem von Marx im „Kapital“ definierten Mehrwertgesetz als dem „absolute[n] Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise“[62] etwas methodologisch Vergleichbares gegenüberzustellen. Das Problem war jedoch, dass sich bei Marx *kein* derartiges

59 Wörterbuch der Ökonomie Sozialismus, Berlin 1989, S.687.

60 Siehe Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Hrsg.): Ökonomische Gesetze des Sozialismus in der Diskussion. Ein methodologischer Abriss, Berlin 1974; I. I. Kusminow: Abriss der politischen Ökonomie des Sozialismus. Methodologie, Berlin 1976.

61 Siehe Georg Ebert/Gottfried Tittel: Das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus, Berlin 1977, S.10f.

62 Marx, Kapital. Erster Band, S.647.

Gesetz für den Sozialismus finden ließ, nicht einmal ansatzweise. Was sich bei Marx findet, ist die Betonung der „volle[n] und freie[n] Entwicklung jedes Individuums“[63] als „Grundprinzip“ einer „höheren Gesellschaftsform“ und, davon klar unterschieden, die Herausarbeitung eines *Verteilungsprinzips* der Mittel für die individuelle Konsumtion, das dem Äquivalenzprinzip des Warenaustauschs, also dem Wertgesetz, adäquat ist.[64] Letzteres aber besitzt bei Marx einen abgeleiteten Charakter und gilt als bloße „Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen“.[65] Die Fassung des für die Konsumtionsmittel geltenden Verteilungsprinzips als „Leistungsprinzip“ gemäß dem Grundsatz „*Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung*“ – eine Formel, die nebenbei bemerkt bei Marx überhaupt nicht vorkommt – und die Stilisierung desselben zum „Grundprinzip des ökonomischen und sozialen Lebens im Sozialismus“,[66] entsprach nicht der Marxschen Intention, sondern war eine Erfindung des Staatssozialismus. Indem das Leistungsprinzip zum „Grundprinzip des Sozialismus“ stilisiert wurde, war es möglich, die von Marx als „Grundprinzip“ verstandene „volle und freie Entwicklung“ der Individuen ein Stück weit in Vergessenheit geraten zu lassen und als Ziel und Zweck der sozialistischen Gesellschaft zu verdrängen. Im Lehrbuch der Politischen Ökonomie von 1969 wurde zu diesem Zweck sogar ein neues ökonomisches Gesetz formuliert, das „sozialistische Aneignungsgesetz“. Danach sei „die eingesetzte und verausgabte gesellschaftliche Arbeit, die geleistete Arbeit, für alle Glieder der sozialistischen Gesellschaft das Maß der Aneignung der Ergebnisse der gesellschaftlichen Produktionsprozesse“, woraus sich dann zwingend „auch eine Verteilung der Ergebnisse nach der Arbeitsleistung“ ergebe.[67] Dies sollte als Aufforderung zur konsequenteren Durchsetzung des Äquivalenzprinzips auf allen Ebenen der Volkswirtschaft verstanden werden, als Fanal, um „alle Erscheinungen von Gleichmacherei und un-

63 Ebenda, S.618.
64 Siehe Marx, Kritik des Gothaer Programms, S.18f.; Ders., Kapital. Erster Band, S.93.
65 Marx, Kritik des Gothaer Programms, S.22.
66 Wörterbuch der Ökonomie Sozialismus, 1989, S.851. Eine gleichlautende Auffassung findet sich seit den 1970er-Jahren bei fast allen Autoren, so auch in einem Grundsatzartikel für den Wissenschaftlichen Rat für die Wirtschaftswissenschaftliche Forschung bei der Akademie der Wissenschaften der DDR. Dort wird ausgeführt: „Das Prinzip der Verteilung nach der Arbeitsleistung ist nicht nur eine Form der Verteilung, sondern ein Grundprinzip des ökonomischen und des sozialen Lebens im Sozialismus, das weitreichende soziale und ideologische Auswirkungen hat.“ Gunnar Winkler u.a.: Ökonomische und soziale Probleme der weiteren Ausprägung der sozialistischen Lebensweise, in: Wirtschaftwissenschaft, 1977, H. 6, S.801-832, hier S.817.
67 Autorenkollektiv, Politische Ökonomie des Sozialismus, S.250.

berechtigten Privilegien" zu bekämpfen.[68] Dabei ist es jedoch geblieben. Wirklich konsequent wurde das Leistungsprinzip zu keinem Zeitpunkt durchgesetzt, weder nach oben, zum Abbau von Privilegien, noch nach unten, zur Beseitigung der Gleichmacherei. Und die vorübergehend zu beobachtende, etwas stärkere ökonomische und soziale Differenzierung kollidierte sehr rasch mit den ideologischen Grundsätzen „allgemeiner Gleichheit" und wurde deshalb schon bald wieder infrage gestellt.
Mit dem Strategiewechsel Anfang der 1970er-Jahre und der Interpretation des Sozialismus als erste Phase der kommunistischen Formation wurde damit begonnen, auch das Leistungsprinzip stärker als kommunistisches Prinzip zu interpretieren. Vor diesem Hintergrund wurde dem Halbsatz „Jeder nach seinen Fähigkeiten" eine größere Aufmerksamkeit zuteil.[69] Er wurde quasi als „Brücke" zum Kommunismus ausgelegt, ungeachtet der Tatsache, dass sein Postulat unter den gegebenen fordistischen Produktions- und Arbeitsbedingungen im realen Sozialismus überhaupt nicht umsetzbar war.[70] Relativ spät, in den 1980er-Jahren, wurde dies endlich eingestanden und die in dieser Maxime enthaltene Kombination aus Gleichheit, Individualitätsentfaltung und Produktivkraftentwicklung als „ewiges", weil unerfüllbares „Ideal", das mit der Realität wenig zu tun hat, behandelt.[71]

6. Warenproduktion und Ware-Geld-Beziehungen

Das Schicksal von Warenproduktion und Geld gehört zu den absurdesten Kapiteln des realsozialistischen Experiments. Seine praktische Behandlung und die Versuche, eine mit Marx kompatible Erklärung dafür zu finden, nehmen deshalb in der Literatur beachtlichen Raum ein.[72]
Marx (und Engels) stellten sich die kommunistische Gesellschaft einschließlich ihrer sozialistischen Phase bekanntlich *ohne* Warenproduktion und *ohne* Geld vor. Sie waren der Meinung, mit der Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums würden Warenproduktion, Ware-Geld-Bezie-

68 Ebenda, S.258.
69 Siehe dazu Frank Adler: Das sozialistische Leistungsprinzip in der Dialektik von sozialer Gleichheit und Differenziertheit, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1986, H. 2, S.116-125.
70 Siehe dazu Ulrich Busch: Die DDR als staatssozialistische Variante des Fordismus, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2009/III, S.34-56.
71 Siehe Frank Adler: „Jeder nach seinen Fähigkeiten", in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1986, H. 7, S.598-607; Ulrich Busch: Sozialistisches Leistungsprinzip, Geldeinkommen und Konsumgüterproduktion, in: Wirtschaftswissenschaft, 1987, H. 3, S.355-372.
72 Siehe Krause, Wirtschaftstheorie, S.161-177.

hungen, Kredit, Zins usw. vollständig wegfallen. „Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft", so Engels, „ist die Warenproduktion beseitigt".[73] Und weiter: „Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit. [...] Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten ‚Werts'."[74] Marx schrieb übereinstimmend damit: „Die Produzenten [tauschen] ihre Produkte nicht aus; ebenso wenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit *als Wert*".[75]

Bei diesen Aussagen handelt es sich keineswegs um Ungenauigkeiten in der Argumentation infolge des skizzenhaften Charakters der Ausführungen oder um einfache Fehlannahmen. Vielmehr beinhalten die zitierten Textstellen zentrale, das Wesen der künftigen Gesellschaft betreffende Thesen, die sich logisch aus dem Theoriegebäude insgesamt ergeben. Dies hat auch Lenin so gesehen, indem er die Überlegungen von Marx und Engels zum Sozialismus in dem einen Satz zusammenfasste: „Was den Sozialismus anbelangt, so besteht dieser bekanntlich in der Aufhebung der Warenwirtschaft."[76]

Etwas anders jedoch lesen sich die „Maßregeln", die Marx und Engels für die kommunistische Revolution aufstellten: Hier fordern sie nämlich die „Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital", die Einführung einer starken Progressivsteuer und anderes mehr,[77] was funktionierende Ware-Geld-Beziehungen voraussetzt. Offensichtlich beziehen sich diese Vorgaben auf die Übergangsperiode. Wie die Rolle der Wert- und Geldkategorien als Instrumente der revolutionären Umgestaltung aber mit ihrer vollständigen Negation im Sozialismus zusammengehen soll, wenn man beide Perioden nicht streng voneinander trennt, bleibt eine offene Frage. Die Revolution in Russland 1917/18 stolperte dann auch prompt darüber: Nachdem die Bolschewiki die politische Macht erobert hatten, gingen sie sofort daran Warenproduktion und Geld abzuschaffen. Dies führte zu einem wirtschaftlichen Desaster. Die daraufhin vorgenommene rigorose Wende der *Neuen Ökonomischen Politik*, die Lenin als einen Schritt zurück, als „teilweise Rück-

73 Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung, S.264.
74 Ebenda, S.288.
75 Marx, Kritik des Gothaer Programms, S.19f.
76 W. I. Lenin: Die Agrarfrage in Rußland am Anfang des 19. Jahrhunderts [1918], in: LW, Bd. 15, S.3-139, hier S.129.
77 Marx/Friedrich, Manifest, S.481.

kehr zum System des Staatskapitalismus" ansah.[78] war ein theoretisch, also durch die Lehren von Marx und Engels, nicht gedecktes Vorgehen, in dessen Verlauf Warenproduktion und Ware-Geld-Beziehungen Schritt für Schritt wieder eingeführt wurden. Allerdings nur temporär, denn ab 1927 setzte sich eine Wirtschaftsordnung durch, worin Zentralismus und Bürokratie dominierten und worin Warenproduktion, Marktbeziehungen und Geld als „etwas Fremdartiges und Rudimentäres" galten.[79]

Fürderhin lagen sich Theorie und Praxis fortgesetzt in den Haaren. Maßgebend wurde schließlich die Formulierung Stalins von 1952, wonach die Warenproduktion im Sozialismus eine „Warenproduktion besonderer Art" sei, „die es hauptsächlich mit Waren vereinigter sozialistischer Produzenten (Staat, Kollektivwirtschaften, Genossenschaften) zu tun hat" und deren Wirkungsbereich sich „auf die Gegenstände des persönlichen Bedarfs beschränkt".[80] Dies war ein halbes Zugeständnis an die praktischen Gegebenheiten. Zur anderen Hälfte aber, insbesondere was die Investitionsgüter (Produktionsmittel), welche keine Waren sein sollten, anbetrifft, war es eine Referenz gegenüber Marx.

Die Stalinsche Lesart, wonach die sozialistische Wirtschaft eine „besondere Form" der Warenproduktion verkörpere, die Ware-Geld-Beziehungen aber kein strukturbildendes Element seien, wurde in der DDR übernommen. Darauf gründet sich die für den Staatssozialismus typische ambivalente bis ablehnende, ideologisch eher feindliche, praktisch aber durchaus pragmatisch-positive Haltung gegenüber den Wertkategorien, in Sonderheit gegenüber dem Geld.

Dabei gab es im Zeitverlauf immer wieder bemerkenswerte Korrekturen: Galt in den 1950er-Jahren die von Stalin propagierte Position uneingeschränkt als zutreffend, so setzte sich während der 1960er-Jahre eine realitätsnähere Auffassung durch, indem nunmehr „von der *grundsätzlichen Auffassung* ausgegangen [wurde], daß die Ware-Geld-Beziehungen ein notwendiger Bestandteil sozialistischer Produktionsverhältnisse" sind, „die nicht eingeschränkt, sondern vollständig genutzt werden müssen".[81] Planung und Warenproduktion wurden als „dem Wesen der Sache nach [...] zusammengehören[d]" behandelt, und die Ursache dafür, dass die sozialistische Produktion als Warenproduktion erfolgte, wurde jetzt „aus der

78 W. I. Lenin: VII. Moskauer Gouvernements-Parteikonferenz [1921], in: LW, Bd. 33, S.61-98, hier S.76.

79 J. W. Schischkow: Das historische Schicksal der Warenproduktion, in: Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 1988, H. 4, S.350-363.

80 Stalin, Ökonomische Probleme, S.18.

81 Karl-Heinz Graupner/Gertraud Wittenburg (Hrsg.): Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus. Umrisse, Berlin 1986, S.190.

inneren Struktur des sozialistischen Aneignungsprozesses“ abzuleiten versucht.[82]

In den 1970er-Jahren rückte man hiervon jedoch teilweise wieder ab, was theoretisch und wirtschaftspraktisch zu einschneidenden Korrekturen führte.[83] Zuletzt aber gewann die Ansicht, wonach „die sozialistische Produktion Warenproduktion“ sei und die Wirtschaftseinheiten mithin „Warenproduzenten“ darstellten, wieder an Einfluss. In den 1980er-Jahren galt den meisten Autoren die Warenproduktion ebenso wie „der Markt“ als eine dem realen Sozialismus „immanente Erscheinung“.[84] Gleichwohl blieb die Ambivalenz, was die theoretische Reflexion und auch den praktischen Umgang mit den Wert- und Geldkategorien anbetraf, die gesamte Zeit über erhalten. In der DDR wurde zwar niemals versucht Warenproduktion und Geld gänzlich abzuschaffen. Andererseits aber fehlte bis zuletzt ein überzeugendes politisches Bekenntnis zu den Wert- und Geldkategorien, das in Theorie und Praxis für Klarheit gesorgt hätte.

Nach einer ermüdenden, letztlich ergebnislos verlaufenden Debatte über den Charakter der sozialistischen Produktion hatte sich im offiziellen Sprachgebrauch schließlich der weniger angreifbare, phänomenologische Begriff „Ware-Geld-Beziehungen“ durchgesetzt. In wissenschaftlichen Publikationen aber wurde weiter versucht, hinter den Ware-Geld-Beziehungen die Verhältnisse der Produzenten, die Wertverhältnisse, aufzudecken und diese „als ‚normale‘ Grundelemente sozialistischer Ökonomie“[85] darzustellen. Damit sollte der Tatsache Rechnung getragen werden, dass sich die Warenproduktion und die Ware-Geld-Beziehungen nicht nur während der Übergangsperiode, sondern auch beim sozialistischen Aufbau und in der Wirtschaftspraxis des entwickelten Sozialismus als unerlässlich erwiesen hatten.

Während der Reformphase des *Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung* (NÖS) 1963-1970 war es in der DDR zu einer praxisrelevanten politischen Korrektur der bis dahin vorherrschenden Position gekommen. Im Ergebnis dieser Korrektur wurden Warenproduktion, Wertgesetz, Geld, Kredit, Zins, Preis, Kosten und Gewinn als „Kategorien der sozialistischen Gesellschaftsformation“ angesehen, die es nun nicht mehr abzuschaffen, sondern „vollständig auszunutzen“ galt.[86] Diese von den

82 Siehe Harry Nick: Gesellschaft und Betrieb im Sozialismus, Berlin 1970, S.78.

83 Siehe Ludwig Elm/Dietmar Keller/Reinhard Mocek (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. VI, Bonn-Berlin 1996.

84 Helmut Koziolek/Otto Reinhold (Hrsg.): Aktuelle Probleme der politischen Ökonomie, Berlin 1989, S.49f.

85 Krause, Wirtschaftstheorie, S.162.

86 Ulbricht, Bedeutung, S.39.

meisten Wirtschaftstheoretikern geteilte Ansicht fand schließlich Eingang in die Lehrmeinung. In dem bereits erwähnten Lehrbuch von 1969 war folglich von „sozialistischer Warenproduktion" die Rede und wurde die sozialistische Wirtschaftsordnung als „Planwirtschaft sozialistischer Warenproduzenten"[87] charakterisiert. Dies eröffnete Spielräume für eine vom bisherigen Kurs abweichende Gesellschaftsentwicklung, für den Übergang zum „Marktsozialismus", für einen „dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus, für einen „demokratischen Sozialismus". Aber bekanntlich nicht für lange. Schon bald nach ihrem hoffnungsvollen Beginn wurde diese Entwicklung aus machtpolitischen Gründen „gekippt": in der ČSSR durch eine militärische Intervention, in der DDR durch den Abbruch des NÖS und einen Richtungswechsel in der Politik.
Eine erste Korrektur zeichnete sich bereits im Dezember 1965 ab, als die SED in der Kulturpolitik einen rigiden Kurswechsel vollzog. Indes gingen die ökonomischen Reformen vorerst weiter. 1967 erfolgte eine Reform des Banken- und Finanzsystems als weiterer Baustein bei der Neugestaltung der Wirtschaftsordnung. Nach der Ablösung Ulbrichts an der Spitze der SED (1971) war es damit jedoch vorbei. In der Wirtschaft vollzog sich eine schrittweise Re-Zentralisierung, welcher eine De-Kommodifizierung und De-Monetisierung folgten. Symptomatisch hierfür waren die Verstärkung der Direktivplanung und der zentralen Bilanzierung sowie die Reorganisation des Bankensystems zur Staatsbank der DDR (1974). Legitimiert wurde dieser Kurswechsel unter anderem mit einer Rückbesinnung auf Marx.
Der Rekurs auf Marx diente der SED-Führung als Legitimation für die Rücknahme der Reformen und die Stärkung ihres wirtschaftspolitischen Machtapparats. So finden sich im SED-Parteiprogramm von 1976 Dutzende Aussagen zur Leitung und Planung der Volkswirtschaft, jedoch keine mehr zum Charakter der sozialistischen Produktion als Warenproduktion.
Selbst die „bewußte Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen" findet lediglich noch im Zusammenhang mit der „ökonomischen Stimulierung" Erwähnung.[88] Die ökonomische Theorie folgte der politischen Kehrtwende, wenn auch zögerlich. Als Beispiel hierfür sei eine Publikation aus dem Jahr 1986 angeführt. Danach sei die sozialistische Produktion *ihrem Wesen nach* „keine Warenproduktion" und daher „frei" von Wert und Geld. Erst auf einer *konkreteren Stufe* der Analyse, welche historische „Besonderheiten" berücksichtigt, tauchen die Termini Warenproduktion und

87 Autorenkollektiv, Politische Ökonomie des Sozialismus, S.262.
88 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1976, S.36.

Ware-Geld-Beziehungen auf, ist verschämt von Wert- und Geldbeziehungen die Rede.[89]

Ähnliche Positionen finden sich auch bei anderen Autoren. So definierte Wilhelm Schmidt die „Warenproduktion im Sozialismus [...] als Element der planmäßigen Entwicklung“,[90] was eine eindeutige Hierarchie impliziert. Und Hans Luft sah die Warenproduktion als „Bestandteil der sozialistischen Planwirtschaft“, als ein Phänomen von eher untergeordneter Bedeutung an, nicht aber als bestimmend für deren Charakter.[91] Schließlich arrangierte sich die Theorie mit der Realität, indem sie die Begründung der real existierenden Warenproduktion aus den „inneren Reproduktionsbedingungen des Sozialismus“ herleitete und sie damit als *inhärentes Moment* der sozialistischen Produktion behandelte.[92] Damit schien ein Problem gelöst: Der Widerspruch zur Realität war nun weniger offensichtlich. Was aber erhalten blieb, war der Dissens gegenüber Marx. Dieser ließ sich nicht beseitigen. Man konnte ihn nur totschweigen.

Die mit der Betonung des Sozialismus als „Phase des Kommunismus“ verbundene Rückbesinnung auf Marx bedeutete wirtschaftspolitisch eine Stärkung des Zentralismus und die Abwertung des Marktes als Institution der Regulation. Als im Verlauf der 1980er-Jahre deutlich wurde, dass die Voreingenommenheit gegenüber den Wertkategorien und deren Unterschätzung in der Praxis zu einem Zurückbleiben im Systemwettbewerb führten, nicht aber zur Mobilisierung neuer, kommunistischer Triebkräfte, war es für eine politische Kurskorrektur bereits zu spät. Der Rückstand gegenüber den entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften war inzwischen zu groß geworden. Es ist daher mehr als fraglich, ob eine Reform im Fahrwasser der sowjetischen Perestroika in der DDR substanziell noch etwas bewirkt hätte. Theoretisch hätte man sich dadurch wieder stärker von Marx entfernt, was die Legitimationsgrundlagen des Staatssozialismus weiter unterhöhlt hätte. Praktisch hätte man sich auf ein Modell des „dritten Weges“ zubewegt, wofür nach dem Scheitern des „Prager Frühlings“ politisch aber kein Zeitfenster offenstand. Auch wäre einem derartigen Vorhaben wohl allein schon wegen des unlösbaren Kohärenzproblems[93] und der fehlenden konsistenten ökonomischen Grundlage eines

89 Jürgen Becher/Horst Richter: Planmäßigkeit und Ware-Geld-Beziehungen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1986, S.64, 73.

90 Wilhelm Schmidt (Hrsg.): Theoretische Probleme der Ware-Geld-Beziehungen im entwickelten Sozialismus, Berlin 1976, S.24.

91 Hans Luft: Plan und Warenproduktion, Berlin 1980, S.70.

92 Siehe Ulrich Busch: Zur Stellung von Ware und Geld in der sozialistischen Gesellschaft, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1987, H. 1, S.31-40.

93 Siehe Hajo Riese: Geld im Sozialismus, Regensburg 1990, S.27-74.

„Marktsozialismus“[94] auf längere Sicht kein Erfolg beschieden gewesen. Für eine derartige Einschätzung spricht auch, dass alle Versuche von ehemaligen DDR-Ökonomen, das Problem einer „sozialistischen Warenproduktion“ und einer Symbiose von Plan- und Marktwirtschaft nach dem Scheitern des Realsozialismus theoretisch klären zu wollen, bisher wenig überzeugend ausfielen,[95] womit sich dies auch im Nachhinein als Versuch einer „Quadratur des Kreises“ zu erweisen scheint.

7. Schluss

Die von Karl Marx der DDR wie den anderen staatssozialistischen Ländern mit auf den Weg gegebene Orientierung für den Aufbau einer nichtkapitalistischen Gesellschaft hatte viele Fragen offen gelassen, für so manche Irritation gesorgt und nicht wenige Fehlentwicklungen begünstigt, wenn nicht gar bewirkt. Das historische Scheitern des realen Sozialismus ist also *auch* auf die „Idee“ zurückzuführen, die ihm zugrunde lag. Andererseits hat es die SED aber auch nicht verstanden, beim Aufbau des Sozialismus den Reichtum der Ideen von Marx und Engels hinsichtlich der Gestaltung einer neuen, demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft schöpferisch umzusetzen. Weil die Weiterentwicklung der von Marx hinterlassenen Theorie unterblieb, erstarrte sie zum Dogma und wurde schließlich Teil der staatssozialistischen Ideologie des Marxismus-Leninismus. Zudem war sie einer ständigen Anpassung an die Erfordernisse der Politik ausgesetzt, was sie ihren originären Quellen gegenüber immer mehr entfremdete. Die „Idee“ geriet dadurch zunehmend zur Karikatur ihrer selbst oder, um Goethe zu zitieren, die historische Erfahrung erwies sich im realen Sozialismus einmal mehr als „Parodie“, als „Parodie auf die Idee“, die zu verwirklichen sie angetreten war.[96]
Das Scheitern des realsozialistischen Experiments ist insofern gleichermaßen auf *zu viel* Marx wie auf *zu wenig* Marx zurückzuführen.[97] Dabei spielt der fragmentarische und utopische Charakter der Vorstellungen von

94 Siehe János Kornai: The Economics of Shortage, Amsterdam-New York-Oxford 1980.
95 Siehe Harry Nick: Warum die DDR wirtschaftlich gescheitert ist (Hefte zur DDR-Geschichte, Nr. 21), Berlin 1994; Klaus Blessing: Ist sozialistischer Kapitalismus möglich? Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus zwei Gesellschaftssystemen, Berlin 2003; Klaus Steinitz: Das Scheitern des Realsozialismus, Hamburg 2007.
96 Die Sentenz „Die Erfahrung ist fast immer eine Parodie auf die Idee“ stammt von Johann Wolfgang von Goethe, www.hschamberlain.net/goethe/goethe6.html.
97 Siehe Ulrich Busch: Die ökonomische Theorie von Marx und die Irrtümer der DDR, in: Gerd Grözinger/Utz-Peter Reich (Hrsg.): Ökonomie und Gesellschaft. Jahrbuch 24: Entfremdung – Ausbeutung – Revolte. Karl Marx neu verhandelt, Marburg 2012, S.183-206.

Marx und Engels über den Sozialismus ebenso eine Rolle wie die dogmatisch-unhistorische Auslegung der Marxschen Theorie. Es fehlte die Bereitschaft, den Marxschen Gesellschaftsentwurf in seiner Radikalität und Ganzheit anzunehmen und umzusetzen. Ebenso mangelte es aber auch am Willen zu seiner konstruktiven und schöpferischen Weiterentwicklung – über die historisch konkreten Bedingungen seiner Entstehung vor mehr als 130 Jahren hinaus.

Kontakte Robert Owens nach Sachsen von 1820 bis 1837

Jörg Ludwig

Robert Owens Ideen und Wirken haben den frühen Sozialismus und die frühe Arbeiter- und Genossenschaftsbewegung nicht nur Englands stark beeinflusst. Bei der Werbung für seine gesellschaftlichen Reformprojekte unterhielt Owen einen intensiven Schriftverkehr und traf mit vielen Personen aus verschiedenen Ländern zusammen. Dabei kam es auch zu bislang unbekannten Kontakten mit Diplomaten und Politikern des Königreichs Sachsen, die in diesem Beitrag thematisiert werden. Vermutlich sind sie die erste direkte Begegnung Sachsens mit dem Sozialismus – eines Landes, das ab der Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem Zentrum der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung wurde und später als „rotes Königreich" galt.

Über den ersten sächsischen Kontakt Robert Owens informieren zwei Schreiben, die im Hauptstaatsarchiv Dresden im Archivbestand des Geheimen Kabinetts verwahrt werden. Diese von 1706 bis 1831 bestehende oberste Zentralbehörde Sachsens gliederte sich in drei Departements: jeweils eines für die auswärtigen, die inneren und die Militärangelegenheiten. Von 1815 bis 1830 wurde sie vom streng konservativen Kabinettsminister Detlev Graf von Einsiedel geleitet, der die Politik des nach der Landesteilung von 1815 erheblich verkleinerten Königreiches lenkte und den Departements der auswärtigen Verhältnisse (bis 1826) und der innern Angelegenheiten direkt vorstand.[1]

Am 6. März 1822 erhielt das Departement der auswärtigen Verhältnisse aus dem Departement der innern Angelegenheiten eine „Nota" mit folgendem Inhalt:[2]

> *„Nachdem Seiner Königlichen Majestät über die von dem Esquire Robert Owen in England durch Ihre dortige Gesandtschaft an Höchstdieselben eingesendeten, die Verbeßerung des Zustandes der niedern Volksclassen betreffenden Schriften unterthänigster Vortrag geschehen ist, so haben Höchstdieselben gnädigst beschloßen, dem Verfaßer für die gefällige Ueberschikung dieser intereßanten Aufsätze verbindlichst danken, und demselben zugleich die hier mitfolgende Medaille zum*

1 Siehe Werner Hahlweg: Die Grundzüge der Verfassung des sächsischen Geheimen Kabinetts 1763-1831. Zur Geschichte der absolutistischen Staatsverwaltung seit Mitte des 18. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 103 (1942) 1, S.1-37, hier S.21, 37.

2 Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 30021/7, Bl. 258.

Beweise Höchst Ihrer Achtung zustellen zu lassen.
Man überläßt die desfalls weiter nöthige Besorgung.
Dresden, am 6. März 1822.
Departement des Innern im geheimen Cabinet.
Graf von Einsiedel"

Die „nöthige Besorgung" übernahm das Departement der auswärtigen Verhältnisse am 9. März 1822 mit folgendem Schreiben an Robert Owen:[3]

„*Monsieur. Le Roi Mon Auguste Maitre a reçu & accueilli avec beaucoup d´interêt votre rapport au Comté de Lanarck, concernant un plan pour sécourir les classes indigeantes, et Sa Majesté vous sait gré de Lui avoir adressé cet ouvrage, dicté par la bienveillance & renfermant des principes, des observations & des expériences d'une grande étendue et utilité.*
En appréciant le mérite de vos travaux, Sa Majesté a désiré Vous donner un témoignage de Son estime & c'est dans cette intention qu'Elle m'a chargé, de vous transmettre la ci-jointe médaille portant l'empreinte de Son portrait.
Je saisis avec plaisir l'occasion de vous payer pour ma part le tribut dû à vos efforts généreux pour le bien de l'humanité, & de vous exprimer, Monsieur, ma considération particulière.
Dresden le 9 Mars 1822.
Einsiedel."

Aus diesen Schreiben geht hervor, dass der sächsische König Robert Owens Schrift „Report to the County of Lanark" erhalten hatte und nach Befürwortung durch das Geheime Kabinett dem Autor mit einer Medaille danken ließ. Dabei handelte es sich um die größere goldene Medaille „Bene merentibus",[4] die 1808 als sächsische Verdienstmedaille eingeführt worden war.[5] Wann genau Owens Broschüre in Dresden eingetroffen und

3 Ebenda, Bl. 257. Dt. Übersetzung: Mein Herr. Der König, mein hoher Gebieter, hat mit großem Interesse Ihren Bericht an die Grafschaft Lanark über einen Plan zur Unterstützung der niederen Volksklassen erhalten und empfangen, und Seine Majestät dankt Ihnen für die Einsendung dieses Werkes, das von Humanität geleitet ist und Prinzipien, Beobachtungen und Erfahrungen enthält, die von großem Umfang und Nutzen sind. In Würdigung Ihrer verdienstvollen Arbeiten war es der Wunsch Seiner Majestät, Ihnen ein Zeugnis seiner Achtung zu geben, und mit dieser Absicht hat Sie mich beauftragt, Ihnen die hier beiliegende Medaille mit seinem Porträt zu übermitteln. Ich benutze mit Vergnügen die Gelegenheit, Ihnen auch meinen Tribut für Ihre edlen Bemühungen zum Besten der Menschheit zu zollen und Ihnen, mein Herr, meine besondere Wertschätzung auszudrücken. Dresden, 9. März 1822, Einsiedel.

4 Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 2599/1, Bl. 53; siehe auch 10026 Geheimes Kabinett, Nr. 1537, Eingangsregistrande 1822 (Eintrag unter Nr. 370).

5 Sie trug auf der Vorderseite das Brustbild des 1806 von Napoleon zum König erhobenen

wie sie dahin gelangt war, bleibt in den Schreiben offen. Die „Nota“ des Geheimen Kabinetts erwähnt zwar die Vermittlerdienste der sächsischen Gesandtschaft in London, doch finden sich dazu in der Korrespondenz des Gesandten, Wilhelm August Freiherr von Just, bis August 1821 keine konkreten Informationen.[6] In diesem Monat reiste Just für einen längeren Erholungsurlaub nach Deutschland, von dem er erst Anfang November 1822 zurückkehrte. Während dieser Zeit gingen keine offiziellen Berichte der Gesandtschaft in London beim Geheimen Kabinett ein.[7] Owens Schrift wurde somit nicht über die gesandtschaftliche Korrespondenz nach Sachsen gesendet, sondern Just nahm sie wohl bei seiner Reise im August 1821 mit nach Dresden und übergab sie dort direkt.
Dafür spricht auch, dass Just Robert Owen einige Zeit zuvor besucht hatte und daher persönlich kannte. Owen berichtet dazu in seiner Autobiografie, der sächsische Gesandte habe sich kurz vor Beendigung seiner Amtsgeschäfte in London einige Zeit in New Lanark[8] aufgehalten und dabei starkes Interesse an Owens Reformideen und ihrer Umsetzung gezeigt. Zum Abschluss seines Besuches habe Just, den Owen als sehr interessanten Menschen und wahrhaft guten und bescheidenen Philanthropen bezeichnete, dem Projekt von New Lanark von Herzen zugestimmt und versichert, er werde das, was er gehört und gesehen habe, nicht vergessen.[9] Justs Besuch in New Lanark erfolgte nicht im Jahr 1821, wie Owens Information nahelegt, sondern sehr wahrscheinlich in der ersten Augusthälfte 1820 während einer Reise des sächsischen Gesandten nach Edin-

---

Friedrich August I., auf der Rückseite unter der Umschrift „Bene merentibus“ („Den Wohlverdienten“) das Bild einer Siegesgöttin mit gesenktem Speer und ausgestrecktem Lorbeerkranz. 1815 musste der Prägestempel der Medaille geändert werden, da das auf der Vorderseite aufgeführte Herrscherattribut „Herzog von Warschau“ obsolet geworden war. Siehe Peter Keil: Sächsische Prämien- und Verdienstmedaillen bis 1918. Sachsen Spezialkatalog, Bd. 2, Cottbus 2012, S.28f., 47.

6 Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Nr. 1537, Eingangsregistrande 1821; Loc. 2963/10, 30021/6.

7 Der in der Gesandtschaft in London zurückgebliebene Kanzlist Traugott Friedrich Müller sandte in der Zeit der Abwesenheit Justs regelmäßig Berichte an diesen (aber nicht an das Geheime Kabinett), die jedoch nur sehr lückenhaft überliefert sind.

8 New Lanark (etwa 40 Kilometer südöstlich von Glasgow gelegen) wurde 1784 als Baumwollspinnerei mit Arbeitersiedlung gegründet und von Owen um 1800 als Teilhaber und Geschäftsführer übernommen. Owen modernisierte die Produktion, verbesserte die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Fabrikarbeiter und führte neue pädagogische Prinzipien zur Erziehung der Arbeiterkinder ein. Die dabei gemachten Erfahrungen bildeten die Grundlage seiner gesellschaftspolitischen Reformvorschläge. Als arbeiterfreundlicher und gleichzeitig profitabler Musterbetrieb wurde New Lanark zum Anlaufpunkt für viele Politiker, Unternehmer und Reisende.

9 Siehe Robert Owen: The life of Robert Owen by himself, London 1920, S.208.

burgh und Glasgow, in deren Nähe New Lanark liegt.[10] Owens vermutlich Anfang 1821 in Glasgow erschienenen „Report to the County of Lanark" erhielt Just dann erst nach seiner Rückkehr nach London.

Aufgrund von Justs freundlicher Beurteilung des Projekts von New Lanark lässt sich annehmen, dass er Owens „Report" nachdrücklich bei der sächsischen Regierung empfahl und die Verleihung einer Verdienstmedaille vorschlug. Ob Just darüber hinaus in Sachsen bzw. Deutschland für Owens Ideen warb, wissen wir nicht. Er reiste im November 1822 wieder nach London, blieb dort noch für ein Jahr auf seinem Posten und kehrte im Dezember 1823 nach Sachsen zurück, um nach insgesamt fünfzigjähriger Tätigkeit in der sächsischen Staats- und Hofverwaltung in den Ruhestand zu treten. Kurz nach seiner Rückkehr erkrankte er und starb am 5. März 1824 in Dresden.[11]

Genauere Informationen über die Einflussnahme Justs auf die Vorgänge um Owens Schrift würde wohl der Aktenvorgang liefern, der bei Vorschlägen zu Ordensverleihungen und anderen Auszeichnungen im Geheimen Kabinett regelmäßig angelegt wurde.[12] Auch zur Verleihung der Verdienstmedaille an Owen gab es einen solchen Vorgang, der heute aber nicht mehr existiert.[13] Verloren gegangen ist zugleich die nach Dresden gelangte Broschüre Owens, die (wie andere an den König gesendete Bücher) sicherlich an eine öffentliche Bibliothek weitergereicht wurde. Zu denken wäre in erster Linie an die Königliche Bibliothek (heute: Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden),

---

10 Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 30021/5, Bl. 177.

11 Siehe Friedrich August Schmidt (Hrsg.): Neuer Nekrolog der Deutschen 1824, (Ilmenau 1826), S.1081f.

12 Siehe z. B. Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10711 Ministerium des Königlichen Hauses, Loc. 52, Nr. 3; oder 10717 Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Nr. 9543.

13 Nach Ausweis der Expeditions- oder Reskriptregistrande des Geheimen Kabinetts befand er sich in einer Akte mit der Signatur Loc. 307, Nr. 9, die den Aktentitel „Verschiedene von Schriftstellern angebrachte Gesuche und ihnen bewilligte Unterstützungen" trug und von 1793 bis vermutlich 1824 datierte, siehe Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 2599/1, Bl. 53; Nr. 1482b, Eintrag zu Loc. 307, Nr. 9. Diese Akte befand sich nach 1831 im Ministerium des Innern, wurde später aber nicht an das Sächsische Hauptstaatsarchiv abgegeben und ist wahrscheinlich im Ministerium, mit dem Vorgang zu Owen, kassiert worden, siehe Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Nr. 1482b, 1482c, Einträge zu Loc. 307, 315. Im Unterschied dazu sind die beiden ab 1824 bzw. ab 1830 angelegten Bde. 2 und 3 der Akte (einst Loc. 315 Nr. 6 und Nr. 7) überliefert. Sie gelangten zunächst in das Ministerium des Königlichen Hauses und von dort in das Hauptstaatsarchiv und tragen heute im Bestand 10026 Geheimes Kabinett die Signaturen Loc. 15147/6 und 15147/7.

doch ist dort weder für die Zeit um 1822 ein entsprechender Eingang nachweisbar[14] noch hat die Bibliothek heute Veröffentlichungen Owens aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in ihrem Bestand.[15]

Dass Owens „Report" von der konservativen Regierungsspitze Sachsens im Jahr 1822 wohlwollend aufgenommen und der Autor sogar mit einer staatlichen Auszeichnung geehrt wurde, mutet freilich kurios an. Immerhin entwickelte Owen in seinem Buch die Vision einer ausbeutungsfreien, standes- und klassenlosen Gesellschaftsordnung, deren maschinell produzierter Reichtum gerecht verteilt werden sollte, und schlug konkrete Schritte zu ihrem Aufbau vor. Mit den traditionalistisch-konservativen Wertvorstellungen des sächsischen Monarchen und seiner Minister hatten diese Ideen nicht viel zu tun. Owen, den die Auszeichnung mit der sächsischen Verdienstmedaille überraschte, war sich dieser grundlegenden Differenz offenbar bewusst. Er fürchtete, ihr Bekanntwerden könne die englischen Arbeiter misstrauisch machen, und hielt die Verleihung längere Zeit geheim.[16]

Den Widerspruch zwischen dem königlich-sächsischen Gunstbeweis und den sozialistischen Ideen Owens thematisierte rund 15 Jahre später, am 22. November 1837, auch der sächsische Außenminister Heinrich Anton von Zeschau in einer interessanten Randbemerkung. Auf den Entwurf des seinerzeitigen Ausgangsschreibens an Owen notierte er: „Der Minister v. Lindenau, der die hier fraglichen Schriften kennt, ist der Meinung, daß man selbige im Jahr 1822 wohl nicht vollständig gelesen haben möge, indem man sich sonst schwerlich zu einer so beifälligen Rückäußerung entschloßen haben würde."[17] Gemeint war Staatsminister Bernhard August von Lindenau, der im Gefolge der revolutionären Unruhen von 1830 den leitenden Kabinettsminister Detlev von Einsiedel abgelöst und den Übergang Sachsens zu einer gemäßigt-liberalen konstitutionellen Monarchie zielstrebig befördert hatte. Nach der Einführung der Verfassung (1831) wurde Lindenau Vorsitzender des Gesamtministeriums und Innenminister; 1834 gab er das letztgenannte Amt aus gesundheitlichen Gründen ab, blieb im Innenministerium jedoch zuständig für die Kunst- und

14 Freundliche Mitteilung von Dr. Konstantin Hermann, Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek.

15 Die einst vorhandenen Karteiblätter zu Robert Owen im alphabetischen Hauptkatalog (bis Erscheinungsjahr 1973) werden seit Oktober 1952 vermisst, sodass unklar ist, ob bzw. welche Bücher Owens in die Königliche Bibliothek gelangten.

16 Siehe Owen, The life, S.208f.

17 Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 30021/7, Bl. 257. Zeschau hielt die Angelegenheit für so wichtig, dass er den Vorgang mit der von ihm verfassten Randnotiz auch König Friedrich August II. vorlegte.

wissenschaftlichen Sammlungen, die Kunstakademie sowie für die allgemeinen Straf- und Versorgungsanstalten.[18]
Lindenaus von Zeschau wiedergebene Kritik zielte besonders auf Kabinettsminister von Einsiedel, der das Schreiben an Robert Owen 1822 unterzeichnet und sich dabei auf die Vorarbeit seiner Behördenmitarbeiter (sowie vermutlich auf die Einschätzung Justs) verlassen hatte. Gelesen hat er die Broschüre wohl tatsächlich nicht, denn es ist kaum anzunehmen, dass er dann der „beifälligen Rückäußerung" und der Verleihung der Verdienstmedaille zugestimmt hätte. Owens Ideen widersprachen nicht nur den konservativen politischen Leitlinien Einsiedels als Kabinettsminister,[19] sondern auch den paternalistischen und hierarchischen Auffassungen, die er als kapitalistischer Unternehmer (Besitzer der Eisenwerke Lauchhammer/Gröditz und der Schafwollspinnerei Wolkenburg) erkennen ließ. Einsiedel forderte von seinen Arbeitern „Zucht und Ordnung" (auch im privaten Bereich) sowie einfachste, bescheidenste Lebensführung und guten Kirchenbesuch; „gottlose Reden" waren ein Entlassungsgrund.[20]
Zu beachten ist freilich, dass Owens radikal-sozialreformerischer Denkansatz in seinen Texten nicht immer klar hervortrat, sodass der englische Frühsozialist von vielen Zeitgenossen häufig nur als rühriger Philanthrop wahrgenommen wurde, der die Not der armen Arbeiterbevölkerung Englands lindern und durch pädagogische Projekte das Bildungsniveau der Arbeiterkinder heben wolle. Der preußische König Friedrich Wilhelm III. beschäftigte sich daher ohne Berührungsängste mit Owens pädagogischen Konzepten. 1816 wies er an, dessen Ideen bei der Konzipierung eines Systems der preußischen Nationalerziehung zu berücksichtigen, und sandte Owen ein eigenhändiges Dankschreiben.[21] Auch der erste Artikel über Robert Owen im weitverbreiteten Konversations-Lexikon des Leipziger Brockhaus-Verlags (in der zweibändigen Ausgabe von 1822/26) be-

18 Siehe Ingeborg Titz-Matuszak: Bernhard August von Lindenau (1779-1854). „Feind der Reaction und der Revolution", Weimar 2000, S.103-136.
19 Die wohl denen von Friedrich Gentz, dem Sekretär Metternichs, ähnelten, welcher auf einer öffentlichen Diskussion im Jahr 1818 Owen entgegengehalten (und damit die Meinung der Regierungen formuliert) hatte: Man kenne dessen System sehr gut, wolle aber nicht, dass die Masse der Bevölkerung wohlhabend und unabhängig von den Regierungen werde, da sie dann nicht mehr zu regieren sei. Siehe Owen, The life, S.253.
20 Siehe Rudolf Forberger: Die Industrielle Revolution in Sachsen 1800-1861, Bd. 1/1, Berlin 1982, S.216.
21 Siehe Owen, The life, S.185; Markus Elsässer: Soziale Intentionen und Reformen des Robert Owen in der Frühzeit der Industrialisierung. Analyse seines Wirkens als Unternehmer, Sozialreformer, Genossenschafter, Frühsozialist, Erzieher und Wissenschaftler, Berlin 1984, S.230.

tonte den philanthropischen Aspekt seines Wirkens und kennzeichnete ihn als „Gründer, Eigenthümer und Vorsteher einer für die Armen bestimmten Arbeits- und Bildungsanstalt", der aus seinen Erfahrungen in New Lanark „ein allgemeines System der Armenpolizei für Großbritannien und jedes civilisirte Land abgeleitet" habe. Owen wolle „Landbau und mechanische Hülfsmittel" vereinigen, „um alle Handarbeit ins Große zu treiben, ohne daß die dabei beschäftigten Menschen moralisch verwildern; sie sollen vielmehr durch die Arbeit zu rechtlichen Menschen erzogen werden und keiner Unterstützung durch die Armentaxe bedürfen."[22] Besonders interessant für Owens Bewertung durch die sächsische Regierungsspitze ist die Meinung im Lexikonartikel, Owen habe „die Idee eines Familienvereins zu gemeinschaftlicher Fabrik-, Feld- und Gartenarbeit in einem polizeilich-geordneten Haushalt [...] den Colonien der Brüdergemeinde nachgebildet".[23] Damit wurde New Lanark (fälschlich) in den Umkreis herrnhutisch-pietistischer Bestrebungen gerückt, denen Kabinettsminister von Einsiedel nahestand und die keinerlei politischen oder gar sozialrevolutionären Verdacht erregten.

Die Marginalie Zeschaus vom November 1837 ist nicht nur wegen der veränderten Beurteilung Owens durch die sächsische Regierung bemerkenswert, sondern auch, weil ihr weitere Kontakte mit Owen vorausgegangen waren. Am 5. September 1836 hatte der sächsische Ministerresident in London, Georg Rudolph von Gersdorf, Owen für die Zusendung von zwei Exemplaren seiner letzten Veröffentlichung gedankt und mitgeteilt, dass er diese aufgrund einer Anordnung des sächsischen Königs, wonach Autoren ihm ihre Bücher nur nach vorheriger Erlaubnis übermitteln dürften, an das Kultusministerium gesendet habe.[24] Den Titel der Veröffentlichung erwähnte Gersdorf nicht, doch sprach er im Schreiben an das sächsische Außenministerium von einem „traité de morale", sodass es sich höchstwahrscheinlich um den 1836 in London erschienenen ersten Teil von Owens „The book of the new moral world: containing the rational system of society, founded on demonstrable facts, developing and laws of human nature and of society" gehandelt haben wird.

Sowohl im Leben und Werk von Robert Owen als auch in der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung Sachsens war es in den Jahren zwischen 1822 und 1836 zu bedeutsamen Veränderungen gekommen. Die

22 Conversations-Lexicon. Neue Folge, in zwei Bänden, Bd. 2/1, Leipzig 1825, S.413f.
23 Ebenda, S.415.
24 National Co-operative Archive, ROC/7/14/1, Nr. 822. Über die Sendung nach Dresden zur Weiterleitung an das Kultusministerium informierte Gersdorf das sächsische Außenministerium am 6. September 1836. Siehe Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10717 Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Nr. 3072, Bl. 155.

von Owen 1824/25 in den USA gegründete kommunistische Siedlung „New Harmony“ scheiterte 1828. Er kehrte nach England zurück, wo seine sozialistischen Ideen inzwischen in weiten Teilen der Arbeiterklasse populär geworden waren. Owen erlangte dadurch erheblichen Einfluss auf die zahlreich entstehenden Konsum- und Produktionsvereine sowie die sich landesweit organisierenden Gewerkschaften. Mit seinen Vorstellungen von einer ausbeutungsfreien und gerechten Gesellschaft wurde er zur „Seele der zahlreichen Arbeitervereine, aus denen der Chartismus emporstieg“,[25] obwohl er dem ökonomischen Kampf der Gewerkschaften und dem politischen der Chartisten insgesamt skeptisch gegenüberstand. Owen vertraute stattdessen weiter auf die Überzeugungskraft seiner Argumente sowie auf den guten Willen und die Einsicht der Regierungen. In Sachsen waren im September 1830 revolutionäre Unruhen ausgebrochen, in deren Gefolge 1831 die konstitutionelle Monarchie eingeführt und grundlegende Reformen im Bereich der Agrarverfassung, der Landesverwaltung und des Städtewesens durchgeführt wurden. Gleichzeitig gewann die Industrialisierung an Dynamik und ließ Sachsen zu einem der ersten wirklichen Industrieländer Deutschlands werden. Selbstverständlich unterschied sich der Entwicklungsstand von Bürgertum und Arbeiterklasse in Sachsen deutlich von den entwickelteren Verhältnissen in England, doch der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital, auf dem Owens Argumentation aufsetzte, prägte sich auch hier immer stärker aus. In Leipzig war es während der Septemberunruhen von 1830 erstmals zu antibürgerlichen Aktionen des frühen Proletariats gekommen, das mit Versuchen der Maschinenstürmerei die sich eben erst herausbildenden technischen Grundlagen des Industriekapitalismus angriff.[26] In Chemnitz wehrten sich 1834 die Arbeiter der Chemnitzer Maschinenbaufabrik von Carl Gottlieb Haubold gegen eine für sie nachteilige Fabrikordnung und organisierten den vermutlich ersten Industriearbeiterstreik in Sachsen.[27]

Angesichts dieser Entwicklungen würde man eigentlich eine erhöhte Aufmerksamkeit der sächsischen Regierung gegenüber Robert Owen erwarten, doch ist der Umgang der sächsischen Zentralbehörden mit seiner Schrift 1836/37 noch ungewisser als 1821/22. Wie erwähnt, richtete der

25 Allgemeine deutsche Real-Encyklopädie für die gebildeten Stände. Conversations-Lexikon, Bd. 10, Leipzig 1846, S.619.

26 Siehe Hartmut Zwahr: Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Berlin 1978, S.215.

27 Siehe Karlheinz Schaller: „Einmal kommt die Zeit“. Geschichte der Chemnitzer Arbeiterschaft vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, Bielefeld 2001, S.98-101.

sächsische Ministerresident die Sendung an das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts und übergab dazu das Buch dem Anfang September 1836 von London nach Dresden zurückreisenden Grafen Peter Alfred von Hohenthal. Ein Eingang der Schrift ist in den Registranden des Kultusministeriums jedoch nicht nachweisbar.[28] Auch in Akten über Druckschriften, Aufsätze und Manuskripte, die von deren Verfassern beim Kultusministerium eingereicht wurden, wird sie weder 1836 noch 1837 erwähnt.[29] Somit ist Owens Buch offenbar nicht in das Kultusministerium gelangt (was angesichts der Zuständigkeit des Ministeriums für Kirchen-, Stiftungs-, Universitäts- und Schulangelegenheiten auch erklärbar ist[30]), sondern wohl an eine andere Zentralbehörde weitergeleitet worden, an welche ist derzeit unklar.

Der bis dahin vor allem durch Zusendung von Broschüren und Briefen hergestellte, sporadische Kontakt Owens nach Sachsen verdichtete sich 1837 zur direkten Begegnung, da Owen auf einer Reise durch Frankreich, Österreich und Deutschland im November Dresden passierte. Wichtigstes Ziel seiner Reise war die Begegnung mit dem österreichischen Staatskanzler Metternich, dem damals einflussreichsten europäischen Politiker, den Owen von seinen sozialreformerischen Plänen zu überzeugen hoffte. Nachdem er in Berchtesgaden ein Gespräch mit dem bayerischen König Ludwig I. geführt hatte, reiste er nach Wien. Dort wurde er von Metternich zwar empfangen, erhielt aber (wie in Bayern) eine ausweichende Antwort auf seine Vorschläge.[31] Nach dem Zeugnis Wilhelm Liebknechts (der 1851 in London bei der Feier zu Owens 80. Geburtstag aus dessen Mund einen Bericht über die seinerzeitige Begegnung mit Metternich hörte) fasste der österreichische Staatskanzler seine Position mit den Worten zusammen: „Ich stimme in der Theorie, im Prinzip ganz mit Ihnen überein. Auch ich will die Menschen glücklich, frei und gebildet machen. Nur in Bezug auf die Mittel, auf die praktische Durchführung, bin ich anderer Meinung.“[32]

Von Wien aus fuhr Owen nach Dresden weiter, wo er am 17. November eintraf und Quartier im Hotel „Stadt Rom“ nahm.[33] Wie in München und

28 Siehe z. B. Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 11125 Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts, Nr. 22555, 22556 (Registranden für Kirch- und Schulsachen).

29 Ebenda, Nr. 14229, 14230.

30 Siehe Staatshandbuch für das Königreich Sachsen, Dresden 1837, S.386.

31 Siehe Frank Podmore: Robert Owen. A biography, Bd. 2, London 1906, S.459f.

32 Wilhelm Liebknecht: Robert Owen. Sein Leben und sozialpolitisches Wirken, Nürnberg 1892, S.7.

33 Dresdener Anzeiger, 18.11.1837, S.6. Nach der Hotelrechnung hielt sich Owen

in Wien suchte Owen auch in Dresden das Gespräch mit dem Monarchen und dem leitenden Minister der Regierung und wandte sich dazu an Lindenau, der als Vorsitzender des Gesamtministeriums ranghöchster Politiker war. Im Nachlass von Robert Owen ist in diesem Zusammenhang die Kopie des folgenden Briefs an Lindenau überliefert:[34]

> *„I thank you for your letter & your kind wishes for the success of a new moral reorganization of human society. It is much required for the improvement & benefit of all classes, & if it can be effected beneficially for government & people in peace & without disorder it is surely much to be desired. But as the change proposed is of a new & extraordinary character, it can be effected only by extraordinary measures, by extraordinary union of government & people, & that uni-*

vom 16. bis 22. November 1837 in Dresden auf, siehe National Co-operative Archive, ROC/26/12/16.

34 National Co-operative Archive, ROC/12/37/1, Nr. 371. Dt. Übersetzung: Ich danke Ihnen für Ihren Brief und Ihre guten Wünsche für den Erfolg einer neuen moralischen Reorganisation der menschlichen Gesellschaft. Sie ist sehr erforderlich zur Vervollkommnung und zum Nutzen aller Volksklassen, und wenn sie wohltätig für Regierung und Volk in Frieden und ohne Unordnung bewerkstelligt werden kann, ist das sehr wünschenswert. Weil aber die vorgeschlagenen Änderungen einen neuen und außergewöhnlichen Charakter haben, können sie nur durch außergewöhnliche Maßnahmen und durch außergewöhnliche Eintracht von Regierung und Volk erreicht werden, und diese Eintracht hoffe ich durch Geduld und Beharrlichkeit zu erzielen, nachdem ich die Regierungen in den Stand gesetzt habe zu erkennen, mit wie viel Leichtigkeit und Nutzen für sie selbst sie die Gesellschaft schrittweise aus der alten unmoralischen in all die Überlegenheit und Glückseligkeit der neuen moralischen Welt führen können. Erlauben Sie mir hinzuzufügen, dass der Plan, den ich vorschlage, das bestehende private Eigentum nicht beeinträchtigen oder in irgendeiner Weise zerrütten wird und dass er ohne Nachteil für die derzeitigen rechtschaffenen religiösen Empfindungen sein wird, die, solange sie bestehen, respektiert werden. Die vorgeschlagenen Änderungen werden von einer einfachen Wahrheit sein, von Verstand zu Verstand, und keine Mysterien, die niemand versteht oder erfassen kann. Wegen der Vielzahl der Angelegenheiten, die ich gestern morgen in Eile erklären musste, vergaß ich Ihnen, obwohl sie in meiner Tasche war, die Medaille zu zeigen, die ich nun sende, und das Buch zu überlassen, welches ich ebenfalls übermittle. Der verstorbene Baron Just, Sachsens Gesandter in Großbritannien, besuchte mich in New Lanark und war außerordentlich zufrieden mit der von ihm wahrgenommenen Weise, in der ich die von mir zur Anwendung empfohlenen Prinzipien praktizierte. Nach seiner Rückkehr nach Sachsen berichtete er dem regierenden Fürsten, was er gesehen hatte, und mit vielen höflichen Schreiben des Kabinettsministers und von Baron Just erhielt ich, auf Wunsch Seiner Majestät, die goldene Medaille, die ich Ihnen zur Ansicht sende. Es würde mir sehr gefallen, Seiner Majestät persönlich für die mir von der sächsischen Regierung erwiesene Ehre zu danken, wenn es die Regeln Ihres Hofes erlauben. Das Buch enthält einen Bericht über meine Tätigkeit in Mexiko, die ich gestern bei Ihnen erwähnte und die Sie sehr wahrscheinlich interessiert, falls Sie morgen früh die Zeit haben sollten, es zu überfliegen, wenn ich, falls es passt, nach dem Buch und der Medaille fragen und Ihre Wünsche wegen des Gespräches mit Seiner Majestät erkunden werde, um meinen Dank für die Medaille abzustatten. Mit großem Respekt und hochachtungsvoll, Robert Owen, Dresden, Sonntag, 19. November 1837.

on by patience & perseverance I hope to effect, after I shall have enabled the governments to understand with how much ease & benefit to themselves, they may gradually lead society out of the old immoral into all the superiority & happiness of the new moral world. Permit me to add that the plan which I propose will not interfere with or in any manner disturb existing private property & that it will be without injury to the present conscientious religious impressions, which, as long as they exist, will be respected; the change proposed will be that of simple truth, between mind & mind, instead of mysteries which none understand or can comprehend. Owing to the number of matters which I had hastily to explain yesterday morning, I forgot to show you, although it was in my pocket, the medal which I now send & to leave the book which I also now forward. The late Baron Just, Minister from Saxony to Great Britain, visited me at New Lanark & expressed himself satisfied to an extraordinary degree with the manner in which he saw I had applied the principles which I advocated to practice. Upon his return to Saxony he reported to the reigning Sovereign, what he has seen & with many complimentary letters from the Minister of State & from the Baron Just I received, by desire of His Majesty, the gold medal which I send for your inspection. I should now have pleasure in personally thanking His Majesty for the honor conferred upon me by the Saxon Government if it accords with the rules of your court. The book contains the narrative of my proceedings in Mexico which I mentioned to you & which may very probably interest you if you should have time to glance through it by tomorrow morning when, if convenient, I will call for the book & medal & ascertain your wishes respecting an interview with His Majesty to return my thanks for the medal.
With great respect, yours faithfully, Robert Owen
Dresden, Sunday, 19th November 1837."

Owen war demnach am 18. November von Lindenau empfangen worden und hatte in dem offenbar nur kurzen Gespräch seine Reformvorschläge erläutert. Dabei hatte er vergessen, die 1822 erhaltene goldene Verdienstmedaille und ein Buch zu übergeben, und holte dies nun nach. Bei dem Buch handelte es sich wohl um „Robert Owen's opening speech, and his reply to the Rev. Alex. Campbell, in the recent public discussion in Cincinnati, to prove that the principles of all religions are erroneous, and that their practice is injurious to the human race: also, Mr. Owen's memorial to the republic of Mexico, and a narrative of the proceedings thereon, Cincinnati 1829". Mit der Übersendung der Verdienstmedaille an Lindenau wollte Owen sicherlich auf die wohlwollende Beurteilung seines Wirkens durch die sächsische Regierung im Jahr 1822 hinweisen und so seinem Wunsch nach einer Audienz bei König Friedrich August II. Nachdruck verleihen.

Ob diese Audienz tatsächlich gewährt wurde, ist ungewiss. Vermutlich erlaubte der mit Hoffeierlichkeiten, Jagden, Kirchenbesuchen und anderen königlichen „Pflichten“ angefüllte Terminkalender Friedrich Augusts II. kein Zusammentreffen mit Owen, möglicherweise riet Lindenau ab. Unklar ist auch, ob es eine zweite Besprechung mit Lindenau gab. Eine Nachprüfung ist schwierig, da in Owens Nachlass Briefe Lindenaus nicht überliefert sind, während Lindenau seinerseits in seinem Testament festgelegt hatte, dass alle in seinem Nachlass befindlichen „Litteralien, Manuscripte, eigenen und fremden Briefe“ nach seinem Tod verbrannt werden sollten.[35]

Fest dürfte allerdings stehen, dass Zeschaus Randnotiz vom 22. November 1837 (mit der Einschätzung von Owens Schriften durch Lindenau) im Zusammenhang mit dem Aufenthalt des englischen Frühsozialisten in Dresden entstand. Vermutlich hat Lindenau nach dem Gespräch mit Owen und der Zusendung der Medaille „Bene merentibus“ in den Akten des Geheimen Kabinetts nachprüfen lassen, was der Grund für die Ordensverleihung im Jahr 1822 gewesen war. Auch hat er sich möglicherweise mit den (vielleicht noch im Ministerialarchiv oder der Ministerialbibliothek vorhandenen) Schriften Owens auseinandergesetzt, soweit er sie nicht schon kannte. Das negative Urteil Lindenaus über diese hat Zeschau dann in seiner Marginalie festgehalten.

Angesichts der unterschiedlichen politischen und sozialen Überzeugungen überrascht nicht, dass der sächsische Staatsminister die Ideen Owens ablehnte. Von seiner gemäßigt-liberalen Warte aus musste Lindenau die utopisch-sozialistischen Vorschläge Owens anders bewerten, als ein gutwilliger Patriarchalismus oder ein aufgeklärter Philanthropismus es noch tun konnten. Owen betrachtete z. B. Armut als Folge eines fehlerhaften Aufbaus der menschlichen Gesellschaft und einer falschen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und schlug zu ihrer Bekämpfung umfassende Änderungen des gesamten sozialen Systems vor.[36] Lindenau hingegen interpretierte Armut grundsätzlich als selbstverschuldetes Übel und bestritt, dass die Unterstützung arbeitsunwilliger „Müßiggänger“ Aufgabe des Staates sei, wobei er sich bei seiner armenfeindlichen Argumentation unter anderem auf Thomas Robert Malthus (dessen Theorie Owen ablehnte) stützte.[37] In seiner Regierungspraxis als sächsischer Staatsminister (ab 1831) hielt Lindenau im Wesentlichen an diesen Auffassungen fest. Er unterstützte 1837

35 Siehe Joachim Emig/Ingeborg Titz-Matuszak (Bearb.): Bernhard August von Lindenau (1779-1854). Reden, Schriften, Briefe, Weimar 2001, S.359.

36 Siehe Robert Owen: Das soziale System, hrsg. von Liane Jauch und Marie-Luise Römer, Leipzig 1988, S.121, 128.

37 Siehe Titz-Matuszak, Bernhard August von Lindenau, S.44-46.

aber die Einrichtung eines staatlichen Muster-Waisenhauses, in der eine kleine Zahl der ärmsten sächsischen Waisenkinder mit ländlichen Arbeiten beschäftigt und zu Landarbeitern ausgebildet werden sollte. Dabei stimmte er dem konservativen, vom Dresdner Diakon Christian Friedrich Lange vorgeschlagenen Grundprinzip zu, wonach die Zöglinge ihrem sozialen Stand entsprechend nur ganz elementaren Schulunterricht erhalten und durch einfachste Lebensführung bedürfnislos erzogen werden sollten, sodass sie später weder dem Staat zur Last fallen noch die öffentliche Sicherheit gefährden würden.[38]

Interessanterweise überschnitt sich die Landtagsdebatte um dieses Landeswaisenhaus zeitlich mit dem Besuch von Robert Owen in Dresden, sodass Lindenau in einer Wortmeldung in der Zweiten Kammer am 27. November 1837 möglicherweise die nur einige Tage zurückliegende Begegnung mit dem englischen Sozialisten reflektierte. Vor den Abgeordneten begründete er die Errichtung von „Wohlthätigkeitsanstalten aus Staatsmitteln" nämlich vor allem mit der Notwendigkeit, den durch die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich entstehenden sozialen Sprengstoff zu entschärfen, da durch solche Maßregeln „die Lage der sogenannten Proletarier verbessert, u. sie dadurch zur Zufriedenheit und zur Dankbarkeit gegen den Staat verpflichtet" würden.[39] Damit formulierte Lindenau auch für Sachsen die „Arbeiterfrage" als sozialpolitisches Problem, schlug für sie freilich eine ganz andere Lösung vor als Owen.

Ohne etwas bei der sächsischen Regierung erreicht zu haben, verließ Owen am 22. November 1837 Dresden und begab sich nach Berlin.[40] Sein Vorhaben, leitende Politiker bzw. den Monarchen für die Umsetzung seiner sozialreformerischen Pläne zu gewinnen, dürfte in Preußen ebenso wenig wie zuvor in Bayern, Österreich und Sachsen gefruchtet haben. Konkrete Folgen hatten Owens Kontaktaufnahmen in Deutschland im Jahre 1837 somit nicht. Die von ihm thematisierten sozialen Fragen und entwickelten gesellschaftlichen Alternativen waren jedoch keineswegs obsolet – ganz im Gegenteil.

Im Verlauf der industriellen Revolution beschleunigte sich auch in Deutschland die Klassenkonstituierung von Bürgertum und Arbeiterklasse, traten die aus Industrialisierung und Proletarisierung resultierenden Probleme und Konflikte auf, die Owen am Beispiel Englands bereits be-

38 Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10692 Ständeversammlung des Königreichs Sachsen, Nr. 876, Bl. 1-6.

39 Mittheilungen über die Verhandlungen des Landtags im Königreiche Sachsen, 1837, S.6303.

40 Siehe National Co-operative Archive, ROC/26/12/16; Podmore, Robert Owen, Bd. 2, S.460f.

schrieben hatte. Als Folge entstand eine sozialistische Arbeiterbewegung, die für eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft kämpfte. Diese nahm in einem Prozess kritischer Rezeption nicht nur Theorien des französischen Sozialismus und Kommunismus in das ideologische Repertoire auf, sondern auch Ideen und Anregungen Robert Owens.[41] Dessen Verdienste würdigte Wilhelm Liebknecht im Jahr 1876 mit den Worten: „Das Proletariat [...] vergißt in seinem Siegeslauf nicht der Männer, die ihm das Ziel gezeigt, wenn sie auch über den Weg sich täuschten –, und wenn es der treuesten, der edelsten, der scharfblickendsten denkt, dann denkt es Robert Owen's.“[42]

41 Siehe Werner Kowalski: Vorgeschichte und Entstehung des Bundes der Gerechten, Berlin 1962, S.134, 139, 162; Herwig Förder u. a. (Red.): Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien, Bd. 1, Berlin 1970, S.13, 84, 138.
42 Liebknecht, Robert Owen, S.72.

Betriebsinterne Unterverträge in der Schiffbauindustrie Ostasiens

Wonchul Shin

In den fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften galt der betriebsinterne Untervertrag als eine Form indirekter Anstellung und Kontrolle, die mit der Bürokratisierung von Arbeitsverhältnissen und Arbeitsorganisation durch direkte Formen der Anstellung und Kontrolle abgelöst wurde. Craig R. Littler hat darauf hingewiesen, dass solche Systeme indirekter Anstellung und Kontrolle im 19. Jahrhundert in Großbritannien, den USA und Japan sehr häufig waren. Mit der Einführung des Taylorismus und fester Arbeitsmarktpraktiken in den Unternehmen wurden sie zu einem System direkter Anstellung und Kontrolle transformiert.[1] Zur allgemeinen Überraschung fand der betriebsinterne Untervertrag erneut weite Verbreitung und hat seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen neuen Aufschwung erfahren. Bereits Sydney Pollard hat festgestellt, dass der Untervertrag „mit verschiedenen Entwicklungsstadien des Industriekapitalismus kompatibel" sein kann. Er verwies darauf, dass es im 19. Jahrhundert in der Textil-, Bergbau-, Bau- und Verarbeitungsindustrie Großbritanniens solche Praktiken gab, von denen manche „konservativ und dem Fortschritt hinderlich, andere aber auch der Innovation förderlich waren".[2] Möglicherweise übertraf die Wiederbelebung des betriebsinternen Untervertrages im späten 20. Jahrhundert jedoch Pollards Voraussage und weist konservativere Züge auf als frühere Formen.

Von einem betriebsinternen Untervertrag ist dann die Rede, wenn ein Subunternehmer mit der Mutterfirma einen Vertrag abschließt und Beschäftigte einstellt, die in einem Betrieb der Mutterfirma arbeiten. Allgemein gesagt, erhält die Leitung der Mutterfirma dadurch die Möglichkeit, „Arbeit auszugliedern", was „die Ausgliederung der finanziellen, sozialen und ökologischen Kosten und Risiken samt der entsprechenden Verantwortung" nach sich zieht.[3] Mit der Ausbreitung der Unterverträge ist diese Beschäftigungsform rasch gewachsen. Sie hat den Unternehmern geholfen, die Arbeitskosten zu senken und die Flexibilität der Belegschaften

---

1 Siehe Craig R. Littler: The development of the Labour Process in Capitalist Societies: A Comparative Study of the Transformation of Work Organization in Britain, Japan and the USA, London 1982.

2 Sydney Pollard: The Genesis of Modern Management: A Study of the Industrial Revolution in Great Britain, Cambridge 1965, S.39, 47.

3 Béatrice Appay: Economic Concentration and the Externalization of Labour, in: Economic & Industrial Democracy, 1998, Nr. 19, S.161-184, hier S.171.

zu erhöhen. Die Unterverträge sind zu einem Mittel geworden, sich der rechtlichen und sozialen Verantwortung zu entziehen und die Gewerkschaften zu schwächen.[4]

In der Schiffbauindustrie Ostasiens hat sich der betriebsinterne Untervertrag seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts rasch ausgebreitet. Wie konnte er dort Fuß fassen und so tiefe Wurzeln schlagen? Und hat das sein Wesen verändert? In diesem Aufsatz vertrete ich den Standpunkt, dass der Untervertrag im 19. wie im 20. Jahrhundert ein ähnlicher Typ indirekter Anstellung war, allerdings gewisse Unterschiede in Wesen und Funktionen aufwies. Für das 20. Jahrhundert verwende ich den Terminus „betriebsinterner Untervertrag" und für das 19. den Begriff „interner Vertrag".

Dan Clawson hat aufgezeigt, dass in den meisten Branchen der USA im 19. Jahrhundert noch die Handwerksproduktion vorherrschend war. Den internen Vertrag sieht er als einen Sonderfall der handwerklichen Produktion an.[5] Littler steckt den Begriff des internen Vertrages weiter und schließt darin auch „familiäre Beziehungen und familiäre Kontrolle", „Teamarbeit in der Arbeitskolonne samt Kolonnenchef" sowie Handwerkskontrolle ein. Handwerkliche Produktion war im 19. Jahrhundert der Normalzustand im Schiffbau Großbritanniens und der USA. Die hohen Fertigkeiten der Handwerker bildeten die Grundlage für den internen Vertrag in dieser Branche. Der betriebsinterne Untervertrag im 20. Jahrhundert entwickelte sich jedoch nach der Auflösung des Handwerkssystems und vor dem Hintergrund einer anderen Produktionstechnologie. In diesem Aufsatz wird dargelegt, dass der betriebsinterne Untervertrag im 20. Jahrhundert durch den Versuch der Arbeitgeber entstand, direkte Anstellungsverhältnisse zu umgehen, die bürokratische Struktur der Arbeitsorganisation und die direkte Kontrolle aber aufrechtzuerhalten. Ich untersuche die Entwicklung des betriebsinternen Untervertrages im 20. Jahrhundert in Ostasien vor allem am Beispiel von zwei Schiffswerften in Japan und (Süd-)Korea.

Mitsubishi Heavy Industries Ltd. (im Weiteren MHI) ist eines der größten Schiffbauunternehmen in Japan und die Schiffswerft *Nagasaki* eine seiner Hauptproduktionsstätten. Sie wurde 1856 von Shogun Tokugawa zur Herstellung von Schiffsmotoren und zur Reparatur von Kriegsschiffen errichtet. Ab der Meiji-Restauration von 1868 unterstand die Werft der Verwaltung der japanischen Regierung. Diese übergab die Werft 1887 an Mit-

4 Siehe Jane Wills: Subcontracted Employment and its Challenge to Labour, in: Labour Studies Journal, 2009, Nr. 34, S.441-460, hier S.444.

5 Siehe Dan Clawson: Bureaucracy and the Labor Process: The Transformation of U.S. Industry, 1860-1920, New York u.a. 1980, S.126.

subishi. Seit über 140 Jahren ist sie ein Aushängeschild der japanischen Schwerindustrie. Der erste japanische Dampfer aus Stahl wurde dort gebaut. Der koreanische Schiffbau hat zusammen mit der Automobil-, Stahl- und elektronischen Industrie das Wachstum der nationalen Wirtschaft angeführt. *Hyundai Heavy Industries Ltd.* (im Weiteren HHI) hat sich seit seiner Gründung in Ulsan im Jahre 1972 zum führenden Schiffbauunternehmen der Welt entwickelt. Aus diesen Gründen sind die Schiffswerft Nagasaki und die Schiffswerft Hyundai Ulsan (im Weiteren Hyundai Schiffswerft) gut geeignet, die Evolution des betriebsinternen Untervertrages und dessen Dynamik in der Schiffbauindustrie Ostasiens zu untersuchen. Dabei konzentriere ich mich auf die Wechselwirkung von Regierungen, Gewerkschaften und Unternehmern über einen langen Zeitraum, während die Einflüsse von Technologie und Marktbedingungen nur kurz Erwähnung finden.

Der betriebsinterne Untervertrag in der Schiffswerft Nagasaki

In der Schiffswerft Nagasaki gab es den *Oyakata-Vertrag* als eine Art des betriebsinternen Vertrages. Die Arbeitskräftemobilität wuchs gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Japan aber so stark an, dass Debatten darüber aufkamen, ob die Arbeiter nach dem Oyakata-Vertragssystem oder von der Werft direkt angestellt werden sollten.[6] Der Oyakata war ein Subunternehmer, der per Vertrag einen Arbeitsauftrag von der Werft übernahm und an der Differenz zwischen dem Vertragspreis und seinen eigenen Ausgaben verdiente. Er stellte eine Gruppe von Arbeitern eines bestimmten Handwerks (oder Berufes) an, übernahm deren Leitung, überwachte ihre Arbeit und sorgte für ihren Lebensunterhalt. Er besaß auch das Recht, Lehrlinge anzustellen und auszubilden. Er legte den Lohn des einzelnen Arbeiters fest und verteilte die Einnahmen aus dem Vertrag. Offiziell hatte der Oyakata die Stellung eines Aufsehers oder Vorarbeiters der Werft inne, meist war es jedoch ein selbstständiger Handwerker, der von der Werft einen Auftrag übernahm. Das Oyakata-Vertragssystem mit seiner Ausbeutung der Lohndifferenz herrschte bei der Montage der Schiffsrümpfe in der Taketami-Fabrik der Werft vor. In der Motorenfabrik und beim Innenausbau der Schiffe wurden dagegen die meisten Arbeiter zwar von Oyakatas beaufsichtigt, unterstanden jedoch der direkten Kontrolle der zentralen

6 Siehe Hazama Hiroshi: A Study on the History of Labor Management in Japan: The Formation and Evolution of Managerial Paternalism, Tokio 1978, S.452f. Die gesamte Literatur zu Japan und Südkorea liegt auf Japanisch oder Koreanisch vor. Der Zweckmäßigkeit halber zitiere ich sie nach der englischen Ausgabe.

Stelle für Arbeitsorganisation. Diese wachte darüber, dass die Beschäftigten genügend Arbeitseifer an den Tag legten.[7]
Das Oyakata-Vertragssystem (oder Kumicho-Vertragssystem), das vor allem unter den Stahlbauarbeitern verbreitet war, wurde 1908 abgeschafft und ein System individueller Lohnanreize eingeführt. Die Leitung der Werft sah das Oyakata-Vertragssystem mehr und mehr als Hindernis für die Erhöhung der Arbeitsleistung an. Trotz des Widerstandes der Oyakatas wurde es daher ersetzt.[8] Das Oyakata-Vertragssystem an der Schiffswerft Nagasaki wurde nicht durch Kämpfe der Arbeiter beseitigt, sondern durch die Entscheidung der Betriebsleitung, die damit die Effizienz der Arbeitsprozesse steigern wollte. Darin scheint ein Unterschied zu Großbritannien zu bestehen, wo die Arbeiterbewegung bei der Überwindung des Systems der betriebsinternen Verträge eine gewisse Rolle spielte.
Die vor dem Zweiten Weltkrieg bestehenden Arbeitsvermittlungsagenturen können als Vorläufer der in den 1950er-Jahren in großer Zahl entstandenen betriebsinternen Subunternehmen gelten und sind eine Untersuchung wert. Der Arbeitsvermittlungsagentur und dem Oyakata-Vertrag war gemeinsam, dass die Beschäftigten in keinem direkten Arbeitsverhältnis zur Mutterfirma standen. Der Unterschied lag darin, dass die Agentur die Arbeitskräfte nur vermittelte, ohne den Arbeitsauftrag zu übernehmen. Bis zum September 1900 wurden alle Arbeiter der Schiffswerft Nagasaki von vier Agenturen zur Verfügung gestellt und für kurze Zeit befristet eingestellt. Ab Oktober 1900 begann die für die Arbeitsorganisation zuständige Stelle den Arbeitseinsatz der Beschäftigten direkt zu kontrollieren. Damals wurde ein Organisationsschema mit einem Bereichsleiter (Kogashira), einem Gruppenleiter (Kumicho) und jeweils 30 Tagelöhnern pro Gruppe eingeführt. Wurden auf der Werft mehr als 300 Arbeitskräfte gebraucht, dann stellten die von der Schiffswerft Nagasaki vertraglich gebundenen Vermittlungsagenturen zeitweilige Arbeiter zur Verfügung. Da die Anzahl der Beschäftigten von 1902 bis 1912 zwischen 665 und 1.703 schwankte, müssen in dieser Zeit stets zeitweilige Arbeiter im Einsatz gewesen sein. Die Vermittlungsagenturen behielten von dem Lohn, den die Werft an sie zahlte, eine Provision ein und gaben das Übrige an die Arbeiter weiter. Unter der Leitung der Werftaufseher arbeiteten zeitweilig Beschäftigte mit direkt angestellten zusammen.[9] Während der durchschnittli-

7 Siehe Nashinarita Yutaka: A Study on the History of the Relations Between Labor and Capital in Modern Japan, Tokio 1988, S.84-89.
8 Siehe Iwauchi Ryoichi: The History of Labor Management in the Mitsubishi Nagasaki Shipyard, in: Collection of Dissertations of Humanities in Meiji University, College of Business Administration, S.52-55.
9 Siehe Nishinarita Yutaka, A Study, S.89-92.

che Tageslohn für festangestellte Arbeiter in der Schiffswerft Nagasaki 56 Yen betrug, erhielt die Vermittlungsagentur für einen zeitweiligen Arbeiter von der Werft 42 Yen. Einige japanische Wissenschaftler sehen in diesen zeitweiligen Arbeitskräften die Vorläufer der betriebsinternen Leiharbeiter oder der entsendeten Arbeiter des späten 20. Jahrhunderts.[10]
Auf der Schiffswerft Mitsubishi Kobe waren die Produktionsarbeiter Ende 1914 in reguläre Arbeiter, direkt eingestellte zeitweilige Arbeiter, Tagesarbeiter und Tagelöhner eingeteilt. Die letzteren beiden stellten zumeist Vermittlungsagenturen zur Verfügung.[11]
Die Zahl der Arbeitsvermittlungsagenturen nahm zu, als im Juli 1927 ein Artikel aus dem Betriebsgesetz gestrichen wurde, wonach Personen, die Arbeitern durch Tricks zu einer Anstellung verhalfen, zu bestrafen waren.[12] Die zeitweiligen Arbeiter und die Arbeitsvermittlungsagenturen verschwanden offenbar, als im April 1938 das Nationale Mobilisierungsgesetz in Kraft trat und die Arbeitsvermittlungsagenturen nationalisiert wurden. Dieser Prozess wurde beschleunigt durch die Arbeitskräftemobilisierung in der Kriegszeit, besonders durch den Arbeitskräftemangel während des Pazifikkrieges. Hinzu kam die Sanpo-Bewegung mit ihrer Grundidee der Einheit von Kapital und Arbeit. Sie war eine patriotische Bewegung, die der Staat in der Industrie organisierte und der eine diskriminierende Behandlung und Aufteilung der Beschäftigten widersprach.

Das erneute Aufkommen von zeitweiligen Arbeitern und betriebsinternen Leiharbeitern in der Nachkriegszeit

Die Massenarbeitslosigkeit der Nachkriegszeit schuf günstige Bedingungen dafür, dass es bald wieder zeitweilige Arbeiter und Leiharbeiter gab. Zu dieser Zeit trat die Betriebsgewerkschaft als ein Hauptakteur auf den Plan, und diese Form der Gewerkschaftsorganisation sowie die Strukturen der Tarifverhandlungen beeinflussten die Neuordnung der Einstellung von Arbeitskräften wesentlich.[13] In der frühen Besatzungszeit ermu-

10 Siehe Kato Yuji: The Contingent Workers in Contemporary Japan, Tokio 1982, S.36. Siehe auch Ikegami Kazushi: The Factory Law, Temporary Workers and Internal Subcontract Workers, Juo university shogakuronsan, 1982, Nr. 33 (2-3), S.161-199.
11 Siehe Ikeda Makoto: The Labor Market for Shipbuilding Industry during World War I, in: Journal of Economics of Kwansei Gakuin University, 1963, Nr. 17 (3), S.123-143.
12 Siehe Nishinarita Yutaka: Temporary Workers and the Labor Supply Contract Business in the Interwar Years, in: Humanities and Nature Studies, 2011, Nr. 5, S.4-66, hier S.16.
13 Siehe Miyoshi Koichi: On the Wages of the Temporary Workers after the World War: A Few Cases in Monopoly Capital, in: Chronology of the Japanese Association of Social Policy, 1957, Nr. 5, S.191-218.

tigte das General Headquarters (GHQ) der Alliierten die Gründung von Gewerkschaften als Teil des Demokratisierungsprozesses, um das Wiedererstehen des japanischen Militarismus zu verhindern. Im Dezember 1945 trat in Japan zum ersten Mal ein Gewerkschaftsgesetz in Kraft, welches den Arbeitern das Organisations-, Tarifverhandlungs- und Streikrecht garantierte.[14] Außerdem wurden die bisherigen Hürden für Entlassungen erhöht. Laut Artikel 19 des Arbeitsgesetzes vom März 1947 hatte ein Unternehmer, der einen Arbeiter entlassen wollte, diesen 30 Tage vorher davon in Kenntnis zu setzen oder er musste ihm eine Abfindung von mehr als 30 Tageslöhnen zahlen.

Das GHQ betrachtete die Ausbeutung von Arbeitern durch Arbeitsvermittlungsagenturen als feudales Übel und versuchte diese abzuschaffen. Sie wurden als „Überreste feudaler Anstellungspraktiken", als „eine Verletzung des Geistes der Demokratie und der japanischen Verfassung, die die Integrität und die Rechte des Individuums achtet", als „Hindernis für die Demokratisierung der Arbeitswelt" eingeschätzt.[15] Artikel 6 des Arbeitsgesetzes verbot die Ausbeutung durch Arbeitsvermittler mit der Begründung, dass niemand aus Profitinteresse in die Anstellung eines anderen eingreifen dürfe, es sei denn, das Gesetz erlaube es. Laut Beschäftigungssicherungsgesetz, das im Dezember 1947 in Kraft trat, durfte nur die Regierung Arbeitsvermittlung und zwar unentgeltlich anbieten. Vermittlungsagenturen, die Gebühren verlangten, waren danach grundsätzlich verboten.[16] Aufgrund der erwähnten Gesetze und der Anordnungen des GHQ wurde das Arbeitsvermittlungssystem, das nach dem Gruppenleiter *Kumigashira-Vertragssystem* hieß, abgeschafft.[17] Im Dezember 1948 wurde die Zahl der Vermittlern unterstehenden Arbeitskräfte auf 2,2 Millionen geschätzt. Nach Abschaffung des Systems stellten die Unternehmen 1,8 Millionen direkt an, meist zusammen mit ihren Vermittlern oder Gruppenleitern. 21.640 Vermittler mit 413.878 Arbeitnehmern wurden als legale Vermittlungsstrukturen anerkannt. Das heißt, eine Reihe Unternehmen gliederte die Vermittler in ihre Personalabteilungen ein und akzeptierte deren Arbeitskräfte als direkt angestellte unter Bezeichnungen wie „zeitweilige Arbeiter", „Tagesarbeiter" u. ä.[18] Auf diese Weise fanden Formen der zeitweiligen Beschäftigung, unter Führung des GHQ wäh-

14 Siehe Tsuchiana Fumito: A Study on the History of Social Policy and Legislation, Kyoto 1982, S.314-326.

15 The Employment Safety Bureau of the Ministry of Labor: A History of Ten Years of the Employment Safety Administration, Tokio 1959, S.93.

16 Siehe Tsuchiana Fumito, A Study, S.329.

17 Siehe ebenda, S.288.

18 Siehe Itozono Tatsuo: The Internal Subcontracting Workers Arrangements, Kyoto 1978, S.6.

rend der Reformen der Nachkriegszeit wieder aufgetaucht, besonders in der Zeit des japanischen Wirtschaftsbooms nach dem Ausbruch des Koreakrieges erneut Verbreitung.[19]

Andererseits gründeten die Arbeiter der Schiffswerft Nagasaki bereits im Januar 1946 eine Gewerkschaft und waren ab 1949 bemüht, die zeitweiligen Arbeiter gegen die diskriminierenden Einstellungspraktiken zu organisieren. Am 14. Juni 1949 schlossen sich die zeitweiligen Arbeiter mit den Tagesarbeitern zu einem Bündnis gegen die Arbeitslosigkeit namens „Gesellschaft der Einmütigen" zusammen, das 567 Mitglieder zählte. Im Mai 1950 wurde den zeitweiligen Arbeitern gestattet, der Gewerkschaft beizutreten. 5.212 Gewerkschaftsmitglieder stimmten dafür, 2.516 dagegen. Nach einer Erhebung des Arbeitsministeriums vom Dezember 1957 wurden zeitweilige Arbeiter in der Schiffbauindustrie zumeist für 30 Tage bis zwei Monate bzw. für vier bis sechs Monate eingestellt. 78,9 Prozent waren direkt in der Produktion tätig und erhielten 60 bis 70 Prozent vom Durchschnittslohn der festangestellten Arbeiter. Die meisten Unternehmer gaben an, zeitweilige Arbeiter einzustellen, weil diese problemlos entlassen werden konnten.[20] Zwischen 1951 und 1957 gelang es der Gewerkschaftsorganisation der Schiffswerft Nagasaki, für 855 zeitweilige Arbeiter die unbefristete Einstellung zu erreichen. Für dieses Ziel führte die Gewerkschaft von 1951 bis 1957 insgesamt vier Kampfaktionen durch.[21] Die Mehrzahl der zeitweiligen Arbeiter (1957 waren es ca. 3.000) wurde schließlich bis 1963 unbefristet angestellt. Damit verschwand diese Art von Arbeitsverhältnis aus dem Schiffbauunternehmen Mitsubishi. Zur gleichen Zeit erhielten die zeitweiligen Arbeiter in anderen großen Werften, z. B. der Schiffswerft Kobe, eine unbefristete Anstellung.

Beim Abbau der Anzahl der zeitweiligen Arbeiter Ende der 1950er-Jahre spielte die Arbeiterbewegung der Schiffbauer eine wesentliche Rolle. Jedoch gingen die Unternehmensleitungen dazu über, zeitweilige Arbeiter nach und nach durch Leiharbeiter eines betriebsinternen Subunternehmens zu ersetzen, deren Zahl zur gleichen Zeit rasch anwuchs. Das brachte den Unternehmern mehrere Vorteile. Da die festangestellten Arbeiter gewisse Privilegien genossen, wurde die diskriminierende Behandlung der zeitweiligen Arbeiter beim selben Unternehmen besonders deut-

19 Siehe The Japanese Labor Yearbook, hrsg. vom Hosei University Ohara Institute, Bd. 27, Tokio 1955, S.63.

20 Siehe ebenda, Bd. 33, Tokio 1961, S.52f., Tab. 56.

21 Siehe Ueda Osamu: The Rationalization of Management and Labor Management Relations: The Mitsubishi Nagasaki Shipyard, 1960-1965, Kyoto 1999, S.157f. Siehe auch Zennipponzosenkikai Rodokumiai Mitsubishijuko Nagasakizosenbunkai: A History of Fourty Years of the Mitsubishi Nagasaki Labor Union, Nagasaki 1988.

lich. Den Unternehmern fiel es inzwischen auch deutlich schwerer, zeitweilige Arbeiter nach Ablauf des Vertrages zu entlassen, weil sie diese vorher davon in Kenntnis setzen mussten und sie ein den Festangestellten ähnliches Recht auf Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses besaßen. In solchen Situationen wurden die zeitweiligen Arbeiter durch betriebsinterne Leiharbeiter ersetzt. Deren Zahl stieg ab 1952/53 an, als die Arbeiterbewegung gegen die ungerechte Behandlung der zeitweiligen Arbeiter zu protestieren begann und deren Überführung in unbefristete Arbeitsverhältnisse sowie die Abschaffung des diskriminierenden Systems forderte. Während die Gesamtzahl der Produktionsarbeiter in den großen japanischen Schiffswerften zwischen 1953 und 1965 von 85.927 auf 112.977 anwuchs, blieb jene der festangestellten nahezu unverändert. Dagegen nahm die Zahl der zeitweiligen Arbeiter und der betriebsinternen Leiharbeiter zu. Was die zeitweiligen Arbeiter betraf, so erreichte ihre Zahl im Jahre 1957 mit 19.455 den Höchststand, ging bis 1963 auf ca. 4.000 zurück und verharrte danach auf diesem Niveau. Dagegen stieg die Zahl der betriebsinternen Leiharbeiter von 10.472 im Jahre 1953 auf 39.195 im Jahre 1965 kontinuierlich an. Ihr Anteil an den Produktionsarbeitern der gesamten Schiffbauindustrie betrug schließlich 34,7 Prozent.[22] Das heißt, die betriebsinternen Leiharbeiter hatten die zeitweiligen Arbeiter als vorübergehend Beschäftigte in den großen Schiffswerften Japans ersetzt.

Betriebsinterne Leiharbeiter verrichteten alle auf den großen Schiffswerften vorkommenden Arbeiten, sodass „Festangestellte und Leiharbeiter nicht nach der Art der Beschäftigung zu unterscheiden waren, sondern nur nach den verschiedenen Mützen, die sie trugen". Leiharbeiter wurden als erste entlassen und mussten unter diskriminierenden Bedingungen arbeiten. 1957 betrug ihr Lohn in der Region Kobe nur 60 Prozent, ihre Jahresendprämie nur 30 Prozent jener der Festangestellten. Betriebsinterne Leiharbeiter erhielten in der Regel Tageslohn, für bestimmte Arbeiten, z. B. beim Schweißen, auch Stücklohn. Sie hatten längere Arbeitszeiten. Als Regelarbeitszeit berechnete der Subunternehmer acht Stunden und die Mutterfirma sieben Stunden pro Tag. Dazu kamen durchschnittlich 47,8 Überstunden pro Monat. Zuweilen stiegen diese auf bis zu 80 Stunden an.[23]

Die Aufhebung des Verbots der privaten Arbeitsvermittlung im Beschäftigungssicherungsgesetz 1952 war ein Schritt, der die Zunahme der be-

22 Siehe Mizota Seigo: The Enterprise System of the Shipbuilding and Heavy Industries, Tokio 1994, S.54.

23 Siehe Oyama Yoshio: The Development of Subcontract Arrangements and Subcontract Workers with a Focus on the Steel Shipbuilding Industry, in: Labor Law, 1958, Nr. 12, S.114-125.

triebsinternen Unterverträge und von Subunternehmen förderte. Das Beschäftigungssicherungsgesetz forderte ursprünglich, ein Subunternehmen müsse in Personal- und Führungsfragen gegenüber der Mutterfirma wirklich selbstständig sein, sodass, wie erwähnt, eine indirekte Anstellung durch Arbeitsvermittlungsagenturen im Prinzip verboten war. Aber im Februar 1952 wurde diese Bestimmung wesentlich gelockert. Als Grund dafür wurde in einem Buch mit dem Titel „A History of Ten Years of the Employment Safety Administration" erklärt, die bisherige Regelung habe die Tätigkeit von Subunternehmen so stark behindert, dass diese in vielen Fällen kaum noch effizient geführt werden könnten. Im Ergebnis ging die Zahl der Arbeitsvermittlungsagenturen von 21.000 im Jahre 1948 auf wenige Tausend 1955 und die der von ihnen vermittelten Arbeiter von Hunderttausenden auf weniger als 2.000 zurück.[24] Das kann nur so interpretiert werden, dass die Arbeitsvermittler durch die Gesetzesänderung nun ihre Tätigkeit ohne Genehmigung unter dem Aushängeschild eines betriebsinternen Subunternehmens fortsetzen konnten.[25]

Die vorübergehend Beschäftigten in der Schiffbauindustrie teilten sich in geleaste Arbeiter und betriebsinterne Leiharbeiter. Geleaste Arbeiter wurden in eine Brigade festangestellter Arbeiter eingegliedert, arbeiteten zusammen mit diesen, wurden wie sie von den Vorarbeitern der Mutterfirma geführt und kontrolliert. Der Subunternehmer oder *Oyakata* schickte sie lediglich auf die Werft. Im Unterschied dazu bildeten die Leiharbeiter eine eigene Arbeitsgruppe, die von der Mutterfirma nur indirekt kontrolliert wurde.[26] Nach den abgeänderten Bestimmungen von 1952 hatte die Vermittlung von Arbeitskräften wie bei den geleasten Arbeitern unter strenger Kontrolle der Behörden zu erfolgen. Betriebsinterne Subunternehmen hingegen durften Leiharbeiter ohne Restriktionen zur Verfügung stellen. Leiharbeiter, die rechtlich von den geleasten Arbeitern unterschieden wurden, erfüllten jedoch im Grunde genommen die gleichen Aufgaben. Mittels des betriebsinternen Untervertrages konnten die großen Schiffbauunternehmen die billigen Leiharbeiter auch weiterhin systematisch ausbeuten, und der „anomale oder Pseudo-Charakter" des Subunternehmens, das einem Vermittler gleichkam, blieb unverändert bestehen.[27] Da die Arbeitsvermittlungsagenturen von den betriebsinternen Subunternehmen kaum zu unterscheiden waren, zeigte die Kontrolle illegaler Arbeitsvermittlung

24 Siehe The Employment Safety Bureau, S.94.
25 Siehe Itozono Tatsuo, The Internal Subcontracting, S.13.
26 Siehe Kuriki Yasunobu: The Internal Subcontracting Workers Arrangements in the Japanese Shipbuilding Industry, in: The Society for the Study of the History of Labor Movements (Hrsg.): A Study on the History of Labor Movements, Tokio 1960, S.9-18.
27 Siehe Oyama Yoshio, The Development, S.114-125.

durch die Behörden nur geringe Wirkung. So führte das Arbeitsdezernat der Provinzregierung von Nagasaki seit 1960 keine der offiziell angeordneten Vor-Ort-Kontrollen auf der Werft und bei den Subunternehmen durch und ordnete auch nie die Einstellung der Geschäftstätigkeit eines Subunternehmens wegen Verletzung der Bestimmungen an.[28] Die Abänderung des Beschäftigungssicherungsgesetzes und die stillschweigende Duldung der Arbeitsvermittlungsagenturen durch die Behörden bildeten den Hintergrund für die Expansion des betriebsinternen Untervertrages.[29]

Zur Konsolidierung des Systems der betriebsinternen Unterverträge in der Folgezeit kann auch beigetragen haben, dass die Gewerkschaften nicht konsequent gegen die Zunahme der Leiharbeit vorgingen. Die Probleme der betriebsinternen Leiharbeiter wurden zwischen Arbeitern und Betriebsführungen in Japan seit Ende der 1950er-Jahre zwar thematisiert, und in den 1960er-Jahren setzten die Gewerkschaften ihre Bemühungen fort, die Leiharbeiter zu organisieren, wenn auch nur mit teilweisem Erfolg. Da die Leiharbeiter aber formal bei einem selbstständigen Subunternehmer angestellt waren, verhielten sich die Gewerkschaften passiv gegenüber deren Problemen, denn nach dem System der Betriebsgewerkschaften waren ihre Mitglieder festangestellte Beschäftigte. Das brachte ein entsprechendes Betriebsbewusstsein und ein bestimmtes Überlegenheitsgefühl gegenüber den Leiharbeitern hervor.[30]

Die Schiffswerft Nagasaki war indes ein positives Beispiel bei der Organisierung von Leiharbeitern. Deren Kollektivverträge wurden unter Führung der Zweiggewerkschaft der Schiffbauer (Zenzosen) abgeschlossen. Mit Unterstützung der Zenzosen der Schiffswerft setzten die Leiharbeiter eine Gewerkschaftsgründung in neun der insgesamt 50 in der Werft tätigen Subunternehmen durch. Die Beschäftigten von sieben der neun delegierten das Verhandlungsrecht an die Zenzosen, der es gelang, mit jedem einzelnen der sieben Subunternehmen Kollektivverträge abzuschließen.[31] Allerdings konnten die Gewerkschaften der Leiharbeiter nur mit den Subunternehmen verhandeln, nicht mit der Schiffswerft Nagasaki, also keinen Einfluss auf die

28 Siehe Sakurabayashi Makoto: The Positive and Reverse Effects of the Internal Subcontracting Companies on the Competitiveness of the Large Shipyard Under the Shipbuilding Recession: A Case Study on the N Shipyard During 1974-1985, in: Kinki University Labor Problems Studies, 1988, Nr. 26, S.1-19, hier S.9.

29 Siehe Goka Kazumichi: The Evolution of Employment Policy in Post-War Japan with the Focus on the Segmentation of the Labor Market, in: Kanazawa University Keizaironshu, 1990, Nr. 27, S.67-88.

30 Siehe Tokita Yoshihisa: The Rationalization at Present Stage and the Problems of Internal Subcontract Workers and Contract Team, in: Wage and Social Security, 1955, Nr. 355 (1), S.6-13.

31 Siehe The Japanese Labor Yearbook, Bd. 29, Tokio 1959, S.197-200.

Vertragspreise nehmen. Damit demonstrierten die Gewerkschaften ihre Schwäche bei der Durchsetzung höherer Löhne für ihre Mitglieder. Außerdem war die Fluktuation der Leiharbeiter so groß, dass die Grenzen gewerkschaftlicher Tätigkeit in einem Subunternehmen bald offenbar wurden.[32] Als eine Maßnahme, um aus Betriebsgewerkschaften ausgeschlossene Arbeiter zu organisieren, wurden nach einer auf dem 5. Kongress des Generalrats der Japanischen Gewerkschaften (SOHYO) im Jahre 1955 beschlossenen Resolution Bewegungen für eine gemeinsame Gewerkschaft gestartet. Diese schwächten sich aber wieder ab, als sich die Industriezweiggewerkschaften in den 1960er-Jahren in eine konservative Richtung entwickelten.[33] Ende der 1960er-Jahre sank die kämpferische Schiffbauergewerkschaft Zenzosen zu der einer Minderheit herab, und eine andere namens Zosenzukiroren, die auf die Zusammenarbeit von Arbeit und Kapital setzte, erlangte die Mehrheit. Auf der Schiffswerft Nagasaki wurden einige Gewerkschaften von Subunternehmen der einen oder anderen Zweiggewerkschaft angeschlossen und sollen nur noch eine geringe Rolle bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder gespielt haben.[34]

Der japanische Schiffbau hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg dank des Schiffbauprogramms der im Mai 1947 gegründeten staatlichen japanischen Schiffbaugesellschaft erholt und war während des weltweiten Schiffbaubooms der Nachkriegszeit rasch angewachsen.[35] Als griechische Reeder immer mehr Aufträge nach Japan vergaben, stieg der Export japanischer Schiffe von 13 (160.000 BRT) 1954 auf 150 (2,3 Millionen BRT) 1955 und 96 (1,86 Millionen BRT) 1956. Nach der Wiedereröffung des Suezkanals im März 1957 schrumpfte der weltweite Schiffsmarkt zunächst, expandierte aber bald wieder. 1963 exportierte Japan 158 Schiffe (4,37 Millionen BRT), 1964 dann 150 (3,3 Millionen BRT). Der mit dem Aufkommen der Supertanker verbundene dritte Boom der Schiffsexporte von 1965 bis 1970 geht auf den weltweit rasch ansteigenden Verbrauch von Erdöl zurück. Der japanische Export von Schiffen wuchs 1965 auf 196 (5,54 Millionen BRT) und erreichte 1970 die Rekordhöhe von 12,56 Millionen

32 Siehe Kuriki Yasunobu, The Internal Subcontracting, S.18. Siehe auch Kanagawa Prefectural Government Department of Labor Administration: How the Internal Subcontract Workers are Managed?, in: Roseijiho, Nr. 1697, 15.3.1963, S.2-16, hier S.13. Laut diesem Artikel wurde von den 62 Subunternehmen in der Schiffbauindustrie nur in einem eine Gewerkschaft gegründet.

33 Siehe Kato Yuji, The Contingent Workers, S.36. Siehe auch Ikegami Kazushi, The Factory Law, S.367-384.

34 Siehe Itozono Tatsuo, The Internal Subcontracting, S.97.

35 Siehe Koga Yoshihiro: The Shipbuilding Industry, in: Sangyogakkai (Hrsg.): An Industrial History of Post-War Japan, Tokio 1995, S.481f.

BRT.[36] Der Aufschwung setzte sich fort, bis die japanische Schiffbauindustrie wegen der Rezession nach dem Ölpreisschock von 1973 und der neu entstandenen Konkurrenz aus Südkorea stark zu schrumpfen begann. Von 1958 bis 1973 wurden die Handelsschiffe immer größer, schneller und mit mehr Automatik ausgestattet. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte ein Tanker im Durchschnitt 10.000 bis 15.000 Tonnen Leergewicht. 1955 waren es bereits 40.000 bis 45.000 Tonnen. Im Jahre 1966 startete in Japan der Bau von Supertankern.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden im japanischen Schiffbau das Elektroschweißen und die Vormontage von Blöcken am Boden eingeführt, die dann im Trockendock montiert wurden. Damit wurde die Führung der Produktionsabläufe nach Gewerken von der nach Produktionsstufen wie Vorarbeiten, Teilefertigung, Kleinmontage, Großmontage, Auf- und Ausbau abgelöst. Auch die Einführung von Fließbändern für den Transport zwischen den einzelnen Fertigungsstufen veränderte die Arbeitsabläufe in der japanischen Werftindustrie wesentlich.[37] Das Arbeitssystem auf der Schiffswerft Nagasaki in den 1960er-Jahren entsprach dem sogenannten Japanischen Produktionssystem. Die Massenproduktion von Schiffen stützte sich danach auf drei Faktoren: eine detaillierte Produktionsplanung, fließende Arbeitsabläufe und den Ausbau mit vorgefertigten Modulen. Sie wurden organisch miteinander verbunden und basierten auf der Einführung der Blockmontage.[38]

Dieses neue Arbeitssystem, das zu einer Vereinfachung der Berufe im Schiffbau führte und die Fertigkeiten alter Gewerke überflüssig machte, veränderte auch den Charakter der betriebsinternen Unterverträge und Subunternehmen. Der Vertragspreis wurde fortan nicht mehr vom Gewicht der Erzeugnisse, sondern von den zuvor veranschlagten Arbeitsstunden bestimmt. Beim alten „Vertrag nach Tonnen" wurde der Vertragspreis festgelegt, wenn der Subunternehmer bei der Werft einen Voranschlag eingereicht hatte. Beim neuen „Vertrag nach Arbeitsstunden" wurden der Vertragspreis und die Stunden, die ein Beschäftigter für eine vereinbarte Arbeit benötigte, von vornherein nach der Länge der Schweißnähte, der zu streichenden Fläche usw. bestimmt. Um mehr Profit zu machen, konnten die Subunternehmer, die häufig Angestellte oder Arbeiter der Mutterfirmen waren, nur versuchen, den realen Aufwand an Arbeitsstunden zu senken. Aber schon die Mutterfirma kürzte die Normen jedes Jahr, und wenn Schiffe desselben Typs gebaut wurden, senkte sie die Norm beim zweiten Schiff automatisch um

36 Siehe ebenda, S.484-488.
37 Siehe Mizota Seigo, The Enterprise System, S.116f.
38 Siehe Ueda Osamu, The Rationalization, S.14f.

15 Prozent und beim dritten um sechs bis sieben Prozent. Dadurch wurde die Selbstständigkeit der Subunternehmen extrem eingeschränkt. In der Praxis standen die Schweißer der Subunternehmen unter direkter Kontrolle der Mutterfirma, die die Schweißgeräte und auch den Schweißdraht zur Verfügung stellte.[39] Mit dem „Vertrag nach Arbeitsstunden" gerieten die Subunternehmer in eine schwächere Position als zuvor.

In der Schiffswerft Ishikawajima wurde der Vertragspreis nach dem Stundenlohn der Leiharbeiter festgesetzt. Der jeweilige Subunternehmer zog ca. 30 Prozent ab und zahlte den Rest an die Arbeiter aus. Die Subunternehmer hatten immer weniger Einfluss auf die Einstellung und Entlassung, auf die Führung und Beaufsichtigung ihrer Arbeiter. Die Gewerkschaft der Leiharbeiter warf der Leitung der Schiffswerft vor, Leiharbeiter auszubeuten, obwohl sie wisse, dass die Subunternehmer nur illegale Arbeitsvermittler seien.

Die Schiffswerft Nagasaki nahm nach 1956 in drei Jahren weltweit den ersten Platz beim Bau neuer Schiffe ein. Nachdem sie 1962 hinter ihren in Tokio ansässigen Konkurrenten IHI (Ishikawajima-Harima Heavy Industries) zurückgefallen war, stattete sich die Schiffswerft Nagasaki mit den Ausrüstungen für den Bau großer Schiffe aus. Sie legte sich zwei Kräne für je 300 Tonnen zu und vollendete 1964 den Bau eines 330.000-Tonnen-Trockendocks. Zudem unternahm sie große Anstrengungen, um durch die Ausweitung der fließenden Arbeitsabläufe und des Ausbaus mit vorgefertigten Modulen ein System hoch effizienten und äußerst kostengünstigen Schiffbaus einzuführen. Das erforderte eine Verschärfung der Arbeitsdisziplin auf der Werft sowie eine weiter gesteigerte Effizienz und Produktivität der Arbeit durch noch stärkere Kontrolle. Zu diesem Zweck wurde eine Aufsehervereinigung (Kumichodoshikai) gegründet, die die Tagesleistung der Arbeiter noch strenger zu überwachen hatte.

Das brachte schwere Konflikte zwischen Arbeitern und Betriebsführung hervor, bis das Verhältnis sich wieder etwas kooperativer gestaltete. Die bisher sehr kämpferische Arbeiterbewegung auf der Werft brach zusammen, und eine neue Gewerkschaft kümmerte sich mehr um die Wettbewerbsfähigkeit. MHI schlug der Gewerkschaft einen Rationalisierungsplan vor, der den Abbau der Zahl der Leiharbeiter von bisher 16.000 auf 9.000 vorsah.[40] Die neue Gewerkschaft akzeptierte den Plan und protestierte fortan nicht mehr gegen das System der betriebsinternen Unterver-

39 Siehe Itozono Tatsuo: On Subcontracting in the Shipbuilding Industry (I), Especially on Internal Subcontracting, in: Seinan University Shogakuroshu, 1955, Nr. 22 (1), S.25-54, hier S.41f., 53.

40 Siehe Ueda Osamu, The Rationalization.

träge. Die Leiharbeiter dienten als Puffer zur Regulierung der Arbeitskräftelage bei Krisen im Schiffbau. Bei Entlassungen waren die betriebsinternen Leiharbeiter vor den Festangestellten und auch vor den externen Leiharbeitern an der Reihe. Während die Zahl der bezahlten Angestellten und festangestellten Arbeiter auf der Schiffswerft Nagasaki von 16.000 im Oktober 1974 auf 10.100 im Januar 1981 absank, ging die der Leiharbeiter von 5.847 in 50 Subunternehmen im Juni 1975 auf 2.953 in 44 Subunternehmen im Januar 1981 zurück.[41] Außerdem wurden die Leiharbeiter zu den gefährlichsten, schmutzigsten und schwierigsten Arbeiten eingesetzt. So hatten sie die Unterfangung von Hochbauten durchzuführen, den Boden der Schiffe zu reinigen oder anstelle der festangestellten Arbeiter Stoßarbeit in Nachtschichten zu leisten.[42]
Der Anteil der betriebsinternen Leiharbeiter an den Produktionsarbeitern der japanischen Schiffbauindustrie generell wuchs von 26,9 Prozent im Jahre 1960 auf 38 Prozent 1966. In der Rezession nach dem Ölpreisschock von 1973 sank ihre Zahl zeitweilig parallel zu der der Festangestellten, aber ihr Anteil ging nicht zurück. 1980 betrug er 39 Prozent.[43] Als die Leiharbeiter bei Rezessionen wegen Ölpreisschocks mehrfach als überflüssig behandelt wurden, akzeptierte die Branchengewerkschaft der Schiffbauindustrie Zusenzukiroren dies, weil für sie die Sicherung der Arbeitsplätze der festangestellten Arbeiter Vorrang hatte. Der betriebsinterne Untervertrag als Instrument der Arbeitsmarktregulierung und die diskriminierende Behandlung der Leiharbeiter konnten trotz des Widerstandes der militanten, aber in der Minderheit befindlichen Zweiggewerkschaft Zenzosen durchgesetzt werden. Der Anteil der Leiharbeiter an den Produktionsarbeitern in 39 Schiffswerften Japans stieg weiter an: von 30 bis 40 Prozent in den 1980er-Jahren auf 50 Prozent Mitte der 1990er-Jahre und erreichte schließlich 61,1 Prozent im Jahre 2000.[44]

Der betriebsinterne Untervertrag in der Schiffbauindustrie Südkoreas: der Fall der Hyundai Schiffswerft

Die Hyundai Schiffswerft ist eine riesige Werft, die dank der Politik der Regierung zur Förderung der Schwer- und Chemieindustrie in den 1970er-

41 Siehe Mizota Seigo, The Enterprise System, S.250-257.
42 Siehe Sakurabayashi Makoto, The Positive and Reverse Effects, S.1-19.
43 Siehe Watanabe Fumio: A Study on the Evolution of Internal Subcontract Workers Arrangements and Their Training in the Present Shipbuilding Industry, in: Hokkaido University Kyoikugakubukiyo, 1981, Nr. 39, S.147-194, hier S.148f.
44 Siehe The editorial committee for the handbook of shipbuilding statistics, The Handbook of shipbuilding Statistics, Tokio 2001, S.88f.

Jahren gebaut werden konnte. Ihre Errichtung wirkte als Impuls für ein rasches Wachstum der koreanischen Schiffbauindustrie. Bis 1987 konnten sich die Arbeiter auf der Werft nicht organisieren. Das war Folge des am 27. Dezember 1971 von der Regierung verkündeten Notstandsgesetzes für nationale Sicherheit, das den Arbeitern harte Restriktionen für das Recht auf Tarifverhandlungen und Streiks auferlegte. Es gab auf der Werft nicht einmal den von der Regierung empfohlenen gemeinsamen Rat von Arbeitern und Unternehmensleitung. Unter diesen politischen Bedingungen entwickelte sich an der Hyundai Schiffswerft der betriebsinterne Untervertrag. Infolge der Repression seitens der Regierung und der despotischen Arbeitskontrollen im Unternehmen kam es im September 1974 zu Arbeiterunruhen, bei denen die Abschaffung der Unterverträge gefordert wurde.

Ende Juli 1973 waren in der Hyundai Schiffswerft 580 Techniker, 280 Büroangestellte und 4.800 Produktionsarbeiter beschäftigt. Die Leitung der Werft setzte ein *System delegierter Kontrolle* für die Produktionsarbeiter und ein strengeres Leistungsbewertungssystem für Techniker und Angestellte in Kraft. Ab August 1973 wurde das System delegierter Kontrolle binnen zwölf Monaten in sechzehn Produktionsbereichen, darunter Schweißen und Montage, eingeführt. Zu den gewalttätigen Protesten kam es in der letzten Phase der Anwendung des Systems auf die beim Aufbau des Schiffsrumpfes beschäftigten Arbeiter.

Da es an qualifizierten Arbeitskräften mangelte, hatte die Betriebsleitung versprochen, dass die neuen Beschäftigten als direkt angestellte reguläre Arbeiter behandelt würden. Der Bruch dieses Versprechens löste unter den Arbeitern Empörung aus. Am 19. September 1974 führten ca. 300 bei der Montage des Schiffsrumpfes beschäftigte Arbeiter kurz nach Schichtbeginn ihre erste Aktion durch und forderten die Rücknahme des Systems delegierter Kontrolle. Kurz darauf durchbrachen 3.000 Arbeiter, darunter solche, die man zuvor zu Leiharbeitern gemacht hatte, die Polizeikette. Sie verbrannten vor dem Haupttor die HHI-Fahne, zerschlugen im Haus der Betriebsleitung Fenster und Einrichtungsgegenstände und bewarfen Generaldirektor Chung Ju-yung, der auf der Beibehaltung des Systems delegierter Kontrolle bestand, mit Steinen.[45] Militärpolizei schlug die Unruhen nieder und nahm 877 Arbeiter fest. Zwanzig von ihnen kamen ins Gefängnis.[46] Außer der Rücknahme des Kontrollsystems forder-

45 Siehe Kim Jun: A Study on the ‚Labor Riot' at a Korean Giant Shipyard in 1974, in: Society and History, 2006, Nr. 69, S.83-120. Siehe auch Hankuk Daily News, 21.9.1974; Monthly Shindonga, November 1974, S.186.

46 Siehe National Assembly of the Republic of Korea, 90th Minutes of the Standing Committee for Health and Social Affairs, Seoul 1974, S.17.

ten die Arbeiter eine Lohnerhöhung, die Abschaffung der Unterschiede bei Prämien und Leistungslöhnen sowie die Rücknahme ungerechter Entlassungen.[47] Bis zu diesem Zeitpunkt hatte es 1974 keinerlei Lohnerhöhung gegeben. Im Unterschied zu den Angestellten erhielten die Produktionsarbeiter kein Urlaubsgeld. Leiharbeiter bekamen keine Prämie für das Neujahrsfest, die für die festangestellten Arbeiter einen halben bis ganzen Monatslohn betrug. Auch bei den Zuwendungen für Essen, Arbeitskleidung und Schuhe wurden Leiharbeiter benachteiligt. Die Werft versprach eine Lohnerhöhung und die Beseitigung der Diskriminierung, bestand aber auf dem System delegierter Kontrolle. Der Betriebsleitung gelang es schließlich Ende Oktober 1974 das System in der gesamten Werft durchzusetzen. Zu diesem Zeitpunkt betrug die Zahl der festangestellten Arbeiter 3.929 und die der Leiharbeiter 10.852.[48]

Als Gründe für die Einführung des Systems delegierter Kontrolle führte die Leitung der Hyundai Schiffswerft die Notwendigkeit einer wirksameren Kontrolle von Arbeitskräften und Produktionsabläufen an. Die Manager argumentierten: „Beim System direkter Kontrolle war die Arbeitsleistung sehr schwach, da bei einigen niederen Aufsichtspersonen (jozang) eine laxe Moral herrschte."[49] Zu dieser Zeit hatte die Betriebsleitung noch keine klare Vorstellung, wie Arbeiter zu führen und ihre Leistung zu bewerten seien. In der Frühzeit der Werft gab es viele Fehler und Schwächen in der Arbeitsorganisation, sodass die Beschäftigten häufig Stoßarbeit leisten mussten.[50] Der Antransport des Materials war so schlecht, dass „die Arbeiter häufig zahlreiche Stahlplatten anheben mussten, um an die passende zu kommen, die manchmal ganz am Grund des Stapels lag". Inspektoren der künftigen Schiffseigner überwachten die Vorfertigung der Montageblöcke. Bei der ersten Prüfung betrug der Anteil der zurückgewiesenen Blöcke über 90 Prozent. Sie stapelten sich auf dem Hof, und der riesige Kran stand still.[51] Zeichnungen oder Ausrüstungen wurden nicht passend zum Arbeitsablauf geliefert, was viele Probleme schuf.[52] Nach der Taufe des ersten und zweiten Schiffes blieb ein Montageblock übrig und wurde schließlich verschrottet. Unter diesen Bedingungen konnte der

47 Siehe ebenda, S.18-20.
48 Siehe Labor Office Report on the Realities of Labor Management in the Hyundai Shipyard, in: 90th Minutes of the Standing Committee for Health and Social Affairs, Nr. 5.
49 Hyundai Heavy Industries Ltd.: The History of Hyundai Heavy Industries, Seoul 1992, S.382.
50 Siehe ebenda, S.357-364.
51 Siehe ebenda, S.404-412.
52 Siehe ebenda, S.419-422.

Ausbau mit vorgefertigten Modulen nicht eingeführt werden.[53] Nach Ansicht der Werftleitung war das System delegierter Kontrolle ein Zwischending zwischen direkter Kontrolle durch die Werft und dem Untervertrag. Sie argumentierte, durch die Übergabe der Kontrolle von Arbeitskräften und Produktionsprozess an delegierte Aufsichtspersonen sollten unproduktive Faktoren beseitigt werden, die durch die Aufblähung der Leitungshierarchien entstanden seien. Außerdem sollten durch höhere Arbeitsleistung auch die Löhne steigen.[54] Auch strebte die Werftleitung dadurch sicher eine Regulierung der Beschäftigtenzahl und den Einsatz billiger Arbeitskräfte an. Als das Unternehmen im März 1974 von Japan Line den Auftrag für zwei Supertanker erhielt, konnte HHI bis November 1974 außer einem kleinen Mehrzweckfrachter keine weiteren Aufträge annehmen. Für die Werftleitung gab es daher ausreichend Grund, keine Arbeiter fest anzustellen, die bei geringerem Arbeitsanfall höhere Kosten verursachten. Im Jahre 1974 gab es auf der Hyundai Schiffswerft 64 delegierte Aufsichtspersonen, die als Angestellte der Werft bezeichnet wurden. Sie durften Leiharbeiter anstellen und deren Löhne festsetzen. Die delegierten Aufsichtspersonen schlossen mit dem Unternehmen keine Verträge zu Festpreisen, sondern nahmen, falls die vereinbarte Arbeit in der Normzeit erledigt war, einen Leistungslohn entgegen, den sie unter den Leiharbeitern verteilten. Die zusätzliche Ausbeutung durch die Aufsichtspersonen erfolgte meist über diese Verteilung des Leistungslohns. Allein im August 1974 steckten die 64 delegierten Aufsichtspersonen 9,34 Millionen Won in die eigene Tasche. Ein festangestellter Werftarbeiter verdiente zu dieser Zeit 40.000 Won im Monat.[55]

Als die Unruhen der Werftarbeiter ausbrachen, vertrat das Büro für Arbeit der Regierung zunächst den Standpunkt, das System delegierter Kontrolle sei im Grunde identisch mit den Unterverträgen, die die Rechte und Interessen der Arbeiter verletzten,[56] und kündigte an, dieses System durch administrative Kontrolle verändern zu wollen.[57] Von diesem Standpunkt rückte der Leiter des Büros jedoch ab, als er vor einem Ausschuss der Koreanischen Nationalversammlung am 16. Oktober 1974 erklärte, die Probleme der Ausbeutung durch Vermittler seien lösbar, wenn völlig selbstständige Subunternehmen auf der Hyundai Schiffswerft tätig würden. Mit

53 Siehe Seo Beomil: A Thought on the Introduction of Pre-outfitting, in: Hyundai, September 1974.
54 Siehe Department of Administration of Labor in HHI, An Outline of the Delegate Control System.
55 Siehe Labor Office Report.
56 Siehe Donga Daily News, 21.9.1974.
57 Siehe The 90th Minutes, Nr. 2, S.12.

anderen Worten, die Regierung argumentierte, die Probleme seien allein infolge der delegierten Kontrolle durch Werftangestellte entstanden.[58] Die Koreanische Metallarbeitergewerkschaft verurteilte das System delegierter Kontrolle jedoch als inhuman und kündigte an, die Werftarbeiter zu organisieren.[59] Auch der Koreanische Gewerkschaftsbund wies in einer Erklärung auf die Probleme des Systems hin und beschloss eine Resolution, in der er sich für die Abschaffung der Ausbeutung durch Vermittler aussprach.[60] Diese Gewerkschaften waren aber zu schwach und machtlos, um auf das Schicksal des Systems Einfluss nehmen zu können.

Die Manager der Hyundai Schiffswerft, die das System eingeführt hatten, kamen schließlich selbst zu dem Schluss, dass es abgebaut werden müsse. Die Produktivität der Werft stieg stetig. Mitte der 1970er-Jahre waren bereits zwölf Supertanker vom Stapel gelaufen. Die gebaute Tonnage pro Arbeiter und Jahr wuchs von 0,335 Tonnen 1973 auf 1,45 Tonnen 1975. Der Anteil der bereits bei der ersten Prüfung mängelfreien Blöcke erhöhte sich von 38,1 Prozent 1973 auf 84,1 Prozent 1976.[61] Trotzdem waren die Manager nach wie vor damit unzufrieden, wie die Produktion auf der Werft geleitet wurde. Trotz strenger Kontrollen wichen die verbrauchten Arbeitsstunden in der Praxis von den Normen ab.[62] Die Werftleitung war bemüht, durch die Einführung eines *neuen Systems der Produktionskontrolle* eine Verbesserung zu erreichen. Dies sollte eine konsequente Leitungsmethode sein, nach der die Normzeiten entsprechend den Tagesplänen den Aufsichtspersonen mitgeteilt wurden, die die erbrachte Arbeitsleistung daran zu messen hatten. Das neue System, das auf höher entwickelten Berechnungen der notwendigen Arbeitskräfte beruhte, sollte Leistungsschwächen und Stockungen im Arbeitsprozess wegen zu viel oder zu wenig anwesender Arbeitskräfte verhindern. Nach dem neuen System hatte jeder Arbeiter die angewiesene Arbeit exakt in der vorgegebenen Zeit zu verrichten. Zu diesem Zweck stoppten Zeitnehmer die für jeden Arbeitsgang notwendigen Minuten, analysierten sie und gaben sie in einen Computer ein. Solche Zeitstudien wurden in der Hyundai Schiffswerft ab 1976

58 Siehe ebenda, Nr. 5, S.26.

59 Siehe Korean Metal Workers Union: A History of 30 Years of Metal Workers' Movement, Seoul 1993, S.199.

60 Siehe Federation of Korean Trade Unions: Annual Report 1975, Seoul 1975, S.95f.; Hankuknochong, Nr. 84, 20.10.1974.

61 Hyundai Heavy Industries Ltd., The History, S.373f.

62 Siehe Kim Yongchul: A Rationalization Plan for Working Process Management in the Shipbuilding Industry, in: Hyundai, Mai 1976. Siehe auch Chung Taehyo/Yi Byungnam: A New Production Control System in the Shipbuilding Industry, in: The Journal of Naval Architects of Korea, Nr. 14 (1), März 1977, S.40.

vorgenommen.[63] Das neue System wurde nach dem Juli 1979 eingeführt. Der Direktor der Werft wies an, ein Komitee einzusetzen, das den Arbeitsaufwand für jede Arbeitsphase zu ermitteln hatte. Binnen zwei Monaten wurde dieser Aufwand nach den bisherigen Leistungsdaten für die Montage des Schiffsrumpfes, den Farbanstrich und den Ausbau festgesetzt. Der normierte Arbeitsaufwand galt nun als Maßstab für die Kontrolle der verbrauchten Arbeitszeit. Er wurde auf der Werft ab dem 4. Quartal des Jahres 1979 angewandt und mehrfach überarbeitet. Damit veränderte sich auch die Methode der Produktionskontrolle.[64] Vor allem zogen die Manager selbst das direkte Kontrollsystem dem System delegierter Kontrolle vor, weil sie so mehr Informationen über den Produktionsprozess erhielten und über bessere Kontrollmöglichkeiten verfügten.

Bereits 1975 hatte ein Werftangestellter die Frage gestellt, ob der betriebsinterne Untervertrag auf lange Sicht effektiv sei. Er argumentierte, in der nächsten Zeit sei ein System von Hierarchien und Leistungen wünschenswert, weil durch die Unterverträge Qualitätsprobleme entstehen könnten, obwohl Vorkehrungen für steigende Effizienz getroffen worden seien.[65] In der zweiten Hälfte des Jahres 1979 wurde eine Bewegung zur Erhöhung der Produktivität gestartet. Nach Angaben der japanischen Kawasaki Heavy Industries wurde die Zahl der Arbeitsgänge in der Produktion reduziert. Zugleich begann man die Leiharbeiter, die „bislang als Elemente sinkender Produktivität galten", zu reorganisieren. Dadurch ging ihre Zahl auf der Werft von 12.629 im Jahre 1978 auf 8.926 Ende 1979 zurück. Danach sank sie weiter auf 6.325 Ende 1981, 6.143 Ende 1982 und 5.423 Ende 1983.[66] Demgegenüber stieg die Zahl der festangestellten Arbeiter rasch an: von 6.048 im Jahre 1980 auf 17.114 im Jahre 1984. Das Verhältnis von Leiharbeitern und Festangestellten verhielt sich von 1974 bis 1978, als das System delegierter Kontrolle eingeführt und ausgebaut wurde, wie 2,9 zu 1,7. Ab 1979 ging den Anteil der Leiharbeiter rapide zurück. 1979 und 1980 hielten sich beide Gruppen nahezu die Waage. Schließlich sank der Anteil der Leiharbeiter 1982 unter 50 Prozent und 1983 auf 36,9 Prozent.

Mit der weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität ab 1980 wurde der normierte Arbeitsaufwand in der Hyundai Schiffswerft bis 1986 jährlich im Schnitt um 14 Prozent gesenkt.[67] Die Werftmanager setzten ein System von Leistungslöhnen durch, um die Leistung der festangestellten Arbei-

63 Siehe Hyundai Heavy Industries Ltd., The History, S. 701-705.
64 Siehe ebenda, S.553, 811.
65 Siehe Cho Sungjang: A Plan for Training Skilled Workers to Promote the Shipbuilding Industry, in: Hyundai, März 1975.
66 Siehe Hyundai Heavy Industries Ltd., The History, S. 535f.
67 Siehe ebenda.

ter kontrollieren zu können. Die Normen wurden auf jeden Arbeitsgang, jede Brigade und jede Gruppe von Arbeitern aufgeschlüsselt. Wurde am Monatsende die Norm überboten, konnte jeder Arbeiter entsprechend seinen Arbeitsstunden, seinem Stundenlohn und seiner Leistung Lohnzuschläge erhalten. Auch wenn das Gewicht der Leistungslöhne nicht allzu hoch einzustufen ist, war die Betriebsleitung nun in der Lage, die Arbeitsleistung jeder einzelnen Gruppe von Arbeitern zu messen und zu bewerten. Die Werftleitung hatte die Fähigkeit erlangt, die Effizienz der Arbeit zu steuern und die Arbeitsprozesse direkt zu kontrollieren. Damit büßte das System delegierter Kontrolle seine Bedeutung ein.

Nach 1980 wurde der betriebsinterne Untervertrag offenbar vor allem zur Regulierung der Belegschaftsgröße benutzt. Nach der Rezession im Schiffbau als Folge des zweiten Ölpreisschocks von 1979 fielen die Schiffspreise rapide. Ab 1983 gingen Umfang und Preise der Aufträge für neue Schiffe zurück,[68] vor allem 1985. In diesem Jahr sanken bei den Aufträgen der Umfang um 33,4 Prozent und die Preise um 25,2 Prozent. Die Geschäftslage im koreanischen Schiffbau verschlechterte sich so sehr, dass viele Beschäftigte nicht mehr gebraucht wurden. Ihre Gesamtzahl, die 1985 noch 75.000 betrug, sank auf 57.000 im Jahre 1987 und auf unter 50.000 im folgenden Jahr.[69] Die Hyundai Schiffswerft entließ 1985 1.687 Arbeiter und 1986 noch einmal 5.588. Während die Zahl der festangestellten Arbeiter 1985 um 2,2 Prozent und 1986 um 15,2 Prozent abnahm, ging die der Leiharbeiter um 14,7 bzw. 27,1 Prozent zurück.[70] Bei den Arbeitsbedingungen hatten die Leiharbeiter im Vergleich zu den festangestellten inzwischen keine großen Diskriminierungen mehr zu ertragen, sie mussten aber befürchten, stets als Erste entlassen zu werden.

Während des Großen Arbeiterkampfes von 1987, wie die Generalstreiks und Sitzblockaden im Sommer 1987 in ganz Südkorea genannt wurden, forderten die Arbeiter der Hyundai Schiffswerft das System der betriebsinternen Unterverträge noch einmal heraus. Massendemonstrationen des koreanischen Volkes für Demokratie im Juni 1987 im ganzen Land hatten die Militärregierung zum Rücktritt gezwungen. Nachfolgend kam es in fast allen großen Fabriken und Werften zu Streiks und Sitzdemonstrationen für Lohnerhöhungen und die Anerkennung der Gewerkschaften. Auf der Hyundai Schiffswerft hielten diese 56 Tage, vom 28. Juli bis zum 21. September 1987, an. Außer einer Lohnerhöhung, der Anerkennung der demokratischen Gewerkschaften und der Abschaffung der Haarkontrolle der

68 Siehe ebenda, S.617-623.
69 Siehe Korea Shipbuilders Association, Shipbuilding Yearbook 1990, Seoul 1990.
70 Siehe Hyundai Heavy Industries Ltd., The History, S. 629.

Arbeiter forderten die Werftarbeiter auch, dass Leiharbeiter von der Werft direkt angestellt werden sollten.[71] 1988 schlossen die Werftleitung und die HHI-Gewerkschaft eine spezielle Vereinbarung zur Umwandlung des Status der Leiharbeiter,[72] als deren Folge die Subunternehmen bald darauf völlig verschwanden. 1989 gab es sie auf der Werft nicht mehr.
Auf Unternehmensebene entstand im Ergebnis des Großen Arbeiterkampfes von 1987 die Gewerkschaft der Hyundai Schiffswerft. Sie wurde zu einem wichtigen Akteur im Verhältnis von Arbeitern und Betriebsleitung. Nach 1987 bestanden die Konflikte hinsichtlich der Kontrolle des Arbeitsprozesses fort. Nachdem eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreicht worden war, ging die Fluktuation bei den Stammarbeitern nahezu auf Null zurück. Angesichts dessen stellte die Werftleitung ab 1989 keine Arbeiter mehr fest ein, sondern warb wieder mehr Leiharbeiter an, um bei den Arbeitskräften flexibler zu sein und ein weiteres Wachstum der Gewerkschaft zu verhindern. Am 19. Januar 1991 waren auf der Hyundai Schiffswerft bereits wieder 1.881 Leiharbeiter in 39 Subunternehmen tätig. Die ersten hatten im zweiten Halbjahr 1989 die Arbeit aufgenommen.[73] Die Werft erhöhte deren Anteil stetig: von 8,6 Prozent 1991 auf 31,7 Prozent 1996 und gar 50,5 Prozent im Jahr 2000. Im September 2002 beschäftigten auf der Werft 140 Subunternehmen 14.000 Leiharbeiter fast aller Berufe.
Über den Vertrag mit den Subunternehmen konnte die Werft die Löhne und die Arbeitsbedingungen der Leiharbeiter bestimmen. Praktisch entschied allein die Mutterfirma über den Vertragspreis und war in der Lage, den Leiharbeitern diskriminierende Bedingungen aufzwingen, um die Arbeitskosten zu senken. Das sind die Hauptgründe, weshalb betriebsinterne Unterverträge sich in den letzten zwanzig Jahren in der Hyundai Schiffswerft so stark ausgebreitet haben. Mehr noch, bei dem System der Betriebsgewerkschaften brauchte die Werft nicht mit den Leiharbeitern zu verhandeln, selbst wenn diese sich in Gewerkschaften organisierten. Die Werftleitung konnte argumentieren, diese seien nicht bei der Werft angestellt. Und wenn sie deren Gewerkschaft schwächen wollte, dann konnte sie die Vertragsarbeit reduzieren oder den ganzen Vertrag aufkündigen. Damit waren die Leiharbeiter entlassen, ohne eine legale Möglichkeit zu haben, mit der Werftleitung über die Rechtmäßigkeit der Entlassung zu streiten.
Die Regierung unterstützte in den 1990er-Jahren die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Verbreitung betriebsinterner Unterverträge. Das

71 Siehe Hyundai Heavy Industry Labor Union: The History of the Hyundai Heavy Industry Labor Union, Ulsan 1991, S.40.
72 Siehe ebenda, S.246.
73 Siehe ebenda, S.66f.

Arbeitsministerium gab eine Bekanntmachung ähnlich der bereits erwähnten japanischen heraus, in der zwischen Subunternehmen mit Untervertrag und Arbeitsvermittlern unterschieden wurde. Die koreanische Regierung entschied, dass nahezu sämtliche Unterverträge in den großen Werften, einschließlich denen in der Hyundai Schiffswerft, legal sind. Der HHI-Gewerkschaft gelang es nicht, die erneute Einführung und Ausbreitung der Unterverträge seit den 1990er-Jahren aufzuhalten. In Artikel 42 der Vereinbarung zwischen Gewerkschaft und Schiffswerft war festgelegt, dass die Unternehmensleitung im Falle einer Umwandlung festangestellter Beschäftigter in Leiharbeiter zuvor die Gewerkschaft zu konsultieren und mit ihr eine Vereinbarung über die betroffenen Arbeiter zu schließen habe. Damit konnten zwar festangestellte Arbeiter geschützt, die Expansion der Unterverträge aber nicht eingedämmt werden. Diese waren allein Sache der Werftleitung.

Schlussbemerkungen

Das Oyakata-Vertragssystem in der Schiffswerft Nagasaki zeigt, dass die Kontrolle der Gewerke, wenn auch in milder Form, seit dem späten 19. Jahrhundert in Japan existierte. In der Frühphase der Hyundai Schiffswerft versuchten die Arbeiter niemals, eine Kontrolle der Gewerke einzurichten, obwohl die Werftleitung nicht in der Lage war, den Produktionsprozess zu steuern. Die Abschaffung des Oyakata-Vertragssystems von oben, durch die Leitung der Nagasaki Schiffswerft, wie auch die Einführung und der Abbau des Systems delegierter Kontrolle auf der Hyundai Schiffswerft durch deren Leitung können auf die Schwäche oder das gänzliche Fehlen gewerkschaftlicher Traditionen in beiden Ländern zurückgeführt werden. Auch wenn es den Werftarbeitern bei Hyundai durch den Großen Arbeiterkampf von 1987 zeitweise gelang, die betriebsinternen Unterverträge abzuschaffen, deren erneute Ausbreitung seit den 1990er-Jahren haben sie nicht zu verhindern vermocht. Während die britische Arbeiterbewegung Ende des 19. Jahrhunderts zum Niedergang des betriebsinternen Untervertrages beitragen konnte, waren die Traditionen des Kampfes gegen solche Verträge in der ostasiatischen Schiffbauindustrie zu schwach, obwohl es ein Gesetz gab, das die Ausbeutung durch Vermittler verbot.
Die Zunahme der Zahl der Leiharbeiter in den 1990er-Jahren nach der Konsolidierung der von der HHI-Gewerkschaft unterstützten betriebsinternen Arbeitsmarktpraktiken in der Hyundai Schiffswerft offenbarte den Zusammenhang zwischen diesen Praktiken und den betriebsinternen Unterverträgen. Dabei hätten Regierung und Gewerkschaften durchaus die Lage der Leiharbeiter und die betriebsinternen Unterverträge beeinflus-

sen können. Insbesondere die Politik der japanischen Regierung zum Schutz der Leiharbeiter in den 1920er- bis 1930er-Jahren und auch die Bemühungen des GHQ der Alliierten in der Nachkriegszeit um eine Reform des Arbeitsmarktes zeigen, dass die Regierungen in der Lage waren, gegen diskriminierende Praktiken auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich vorzugehen. Andererseits muss das Überhandnehmen der betriebsinternen Unterverträge als von den Regierungen beider Länder unterstützt und begünstigt angesehen werden. Sie duldeten diese illegalen Machenschaften stillschweigend und verzichteten vor allem darauf, die zusätzliche Ausbeutung durch Vermittler zu verbieten. Die Aufhebung des Verbots der privaten Arbeitsvermittlung im Beschäftigungssicherungsgesetz im Jahre 1952 offenbart die Veränderung in der Politik der japanischen Regierung.

Auch das System der Betriebsgewerkschaften in Korea und Japan hat zur Ausbreitung der innerbetrieblichen Unterverträge beigetragen. Die Gewerkschaften der Nagasaki und der Hyundai Schiffswerft erlaubten es den Leiharbeitern nicht, in ihre Organisationen einzutreten. Bei ihren Tarifverhandlungen nahmen sie auch keinen Einfluss auf deren Löhne oder Arbeitsbedingungen. Als die Arbeitgeber in beiden Werften sich bemühten, bei den Arbeiter eine größere Treue und Verbundenheit mit dem Unternehmen herauszubilden, sahen die festangestellten die Leiharbeiter immer weniger als ihre Kollegen, sondern als Betriebsfremde an. Die betriebsinternen Unterverträge in der ostasiatischen Schiffbauindustrie Ende des 20. Jahrhunderts betrafen die Facharbeiter nicht.

Die Unterverträge ermöglichten es den Mutterfirmen, ihre Verantwortung als Arbeitgeber auf die Subunternehmer abzuladen. Diese wurden – ob sie das wirklich waren, oder nicht – in beiden Werften als professionelle Arbeitgeber angesehen, die die rechtliche Verantwortung der wahren Arbeitgeber MHI und HHI zu tragen hatten. Die betriebsinternen Unterverträge gaben den Unternehmensleitungen die Möglichkeit, Ziele wie eine höhere Flexibilität der Belegschaften, die Senkung der Kosten, vor allem aber die Schwächung der Gewerkschaften zu erreichen. Die Unterverträge trugen einen Anschein von Marktverhältnissen in die Manager-Hierarchien der beiden Werften hinein und nahmen den eigentlichen Arbeitgebern ihre Verantwortung ab.

Aus dem Englischen von Helmut Ettinger

Ideologie und Praxis der Fußballsparte im Arbeiter-Turn- und Sportbund 1919 bis 1933

Rudolf Oswald

Einleitung

Seit mehr als einem Jahrzehnt, seitdem der Politologe Arthur Heinrich seine große Polemik über die Verstrickung des Deutschen Fußballbundes (DFB) in völkische und rechtsextreme Weltanschauungen publizierte,[1] hat die Zahl wissenschaftlicher Abhandlungen zur Geschichte des Fußballsports in Deutschland sprunghaft zugenommen. Kaum überschaubar sind inzwischen all jene Aufsätze, Artikel und Monografien, die in der letzten Dekade – verstärkt nachdem der Historiker Nils Havemann mit seinem vom DFB finanzierten Versuch, Heinrich zu widerlegen, gescheitert ist[2] – zur Entwicklung des Rasenspiels in Deutschland erschienen sind.
Nichtsdestoweniger ist mit Blick auf den zeitlichen Zuschnitt der Arbeiten ein erhebliches Ungleichgewicht festzustellen. Da sich die ursprüngliche Heinrich-Havemann-Kontroverse an der Frage entzündete, inwieweit dem größten Sportverband Deutschlands sowie seinen Gliederungen schuldhaftes Handeln im „Dritten Reich" vorzuwerfen ist, wurden im Nachgang der Debatte fast ausschließlich die Jahre zwischen 1933 und 1945 aufgearbeitet. Dabei bildet die Geschichte des organisierten Arbeiterfußballs zur Zeit der Weimarer Republik sicherlich eines der zahlreichen Forschungsdesiderate.
Obwohl bereits Ende der 1980er-Jahre von Frank Filter vielversprechende Vorarbeiten geleistet wurden,[3] ist die Historie der Fußballsparte im Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB) erst rudimentär einem sportgeschichtlich interessierten Kreis zugänglich gemacht worden. Seit Filters Vorstoß erschienen lediglich fünf Studien, die sich mit dem proletarischen Rasenspiel der 1920er-Jahre auseinandersetzten, wobei drei der Arbeiten (Luh, Eggers, Oswald) den ATSB-Fußball vor allem dahingehend analysieren, inwieweit er als beispielgebend für den verbandspolitisch zersplit-

1 Siehe Arthur Heinrich: Der Deutsche Fußballbund. Eine politische Geschichte, Köln 2000.
2 Siehe Nils Havemann: Fußball unterm Hakenkreuz. Der DFB zwischen Sport, Politik und Kommerz, Frankfurt/Main-New York 2005.
3 Siehe Frank Filter: Fußballsport in der Arbeiter- Turn- und Sportbewegung, in: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports, 1988, H. 1, S.55-73.

terten Sport Weimars aufzufassen ist.[4] Einzig zwei relativ straff gefasste Aufsätze von Eike Stiller, enthalten in dem 2008 erschienenen Sammelband „Hakenkreuz und rundes Leder", behandeln den sozialistisch ausgerichteten Fußball in Deutschland als eigenständiges Sujet.[5]
Ein weiteres Defizit besteht in der konzeptionellen Ausrichtung der meisten Studien. In den beiden Aufsätzen von Stiller und in dem methodisch eher unzulänglichen Kapitel von Eggers' Monografie wird der Arbeiterfußball im Sinne einer Organisationsgeschichte, die zudem nur die sozialistischen Sportverbände Weimars wahrnimmt, beschrieben. Dagegen versteht Luh die Historie der ATSB-Fußballsparte als „Geschichte von oben", indem lediglich die ideologischen Stellungnahmen und Überzeugungen von Funktionären sowie Pädagogen abgearbeitet werden, ohne diese mit der Praxis zu vergleichen.[6]
Nur ein vertikaler Vergleich, der Weltanschauung und sportliche Realität gegenüberstellt, kann jedoch – zusätzlich zu einem horizontalen Kontrast, der die Ideologien der konkurrierenden Verbände für Leibesübung auf Gemeinsamkeiten beziehungsweise Unterschiede überprüft – einen wirklichen Beitrag zur Geschichte des proletarischen Sports als Säule der Arbeiterkulturbewegung leisten. Diese Forschungslücken in Ansätzen zu schließen, ist das Ziel des vorliegenden Beitrags.[7]

---

4 Siehe Rudolf Oswald: „Fußball-Volksgemeinschaft". Ideologie, Politik und Fanatismus im deutschen Fußball 1919-1964, Frankfurt/Main-New York 2008, S.32-37, 55-57, 242-247; Andreas Luh: Fußball als Massenphänomen und Faszinosum der Weimarer Zeit – Verbreitung, Organisation und Konfliktpotenziale, in: SportZeiten, 2006, H. 1, S.7-70, hier S.34-36, 52-60; Erik Eggers: Fußball in der Weimarer Republik, Kassel 2001.
5 Siehe Eike Stiller: Fußball in der organisierten Arbeitersportbewegung, in: Lorenz Peiffer/Dietrich Schulze-Marmeling (Hrsg.): Hakenkreuz und rundes Leder. Fußball im Nationalsozialismus, Göttingen 2008, S.166-177; Ders.: Lebensbilder von Arbeiterfußballern, in: ebenda, S.178-183.
6 Siehe Luh, Fußballsport, S.52-60.
7 Der Beitrag basiert auf Vorarbeiten des Autors für die Monografie „Fußball-Volksgemeinschaft". Ideologie, Politik und Fanatismus im deutschen Fußball" (siehe Anm. 4), die ihrerseits auf den Forschungen von Frank Filter (siehe Anm. 3) aufbauen. Nicht behandelt werden kann im Rahmen der Studie der Konflikt zwischen sozialistischem und kommunistischem Sport, der Ende der 1920er-Jahre zur Abspaltung der Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit vom ATSB führte. Siehe dazu: Luh, Fußball, S.36, 38; Filter, Fußballsport, S.62; André Gounot: Sportkonzepte in der kommunistischen Arbeitersportbewegung 1921-1937. Politische Abhängigkeiten und ideologische Wandlungen, in: Giselher Spitzer/Harald Braun (Hrsg.): Der geteilte Sport. Tagung der dvs-Sektion Sportgeschichte vom 24.-26. März 1995 in Potsdam, Köln 1997, S.23-47, hier S.27.

November 1918. Ein vierjähriger, verlorener Krieg hatte das Deutsche Reich an den Rand des Abgrundes gebracht. Als Folge der militärischen Depression geriet die gesamte Ordnung des mitteleuropäischen Kernstaates ins Wanken. Ausgehend von den Marinestützpunkten an Nord- und Ostsee, schien sich die radikale Umwälzung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse anzukündigen. Vieles deutete darauf hin, dass die gegen Ende des Krieges eingeleitete Parlamentarisierung einem System aus Arbeiter- und Soldatenräten weichen würde.

Derart in der Defensive, suchte ein Großteil der alten Eliten den Ausgleich mit den bisherigen „Außenseitern" der wilhelminischen Gesellschaft. Als Stichwortgeber fungierte der abgedankte Kaiser, der bei Kriegsausbruch als Reaktion auf die Zusicherung eines „Burgfriedens" durch die politischen Parteien verkündet hatte, er kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. Im Rückgriff auf diesen „Geist von 1914" schien sich dem bürgerlich-konservativen Lager ein Ausweg zu eröffnen: Eine Ordnung, nicht definiert über Klassen- oder Standeszugehörigkeit, sondern über die Teilhabe an einer „Volksgemeinschaft", sollte die tief gespaltene Gesellschaft aussöhnen.[8]

So diffus, abgesehen vom Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik,[9] die Ansichten über die Ausgestaltung der „Volksgemeinschaft" letztlich blieben, die Wirkmächtigkeit des Begriffs darf keineswegs unterschätzt werden. Zu Beginn der Weimarer Republik übte der dem Gemeinschaftsgedanken inhärente Topos der Klassentranszendenz bis weit über die Mitte des politischen Spektrums hinaus Anziehungskraft aus. Vor allem die gemäßigte Sozialdemokratie und der rechte Flügel der freien Gewerkschaften glaubten, durch die Propagierung einer „Volksgemeinschaft" ihre gesellschaftliche und politische Aufwertung vorantreiben zu können, weshalb die MSPD in der Revolutionsphase konsequenterweise auf eine umfassende Sozialisierung verzichtete und den Klassenkampf zurückstellte.[10]

---

8 Siehe Gunther Mai: „Verteidigungskrieg" und „Volksgemeinschaft". Staatliche Selbstbehauptung, nationale Solidarität und soziale Befreiung in Deutschland in der Zeit des Ersten Weltkrieges (1900-1925)", in: Wolfgang Michalka (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München-Zürich 1994, S.583-602, hier S.584, 589; Jeffrey Verhey: Der Mythos des „Geistes von 1914" in der Weimarer Republik, in: Wolfgang Bialas/Burkhard Stenzel (Hrsg.): Die Weimarer Republik zwischen Metropole und Provinz. Intellektuellendiskurse zur politischen Kultur, Weimar u. a. 1996, S.85-96, hier S.87-89.

9 Siehe Mai, Verteidigungskrieg, S.589f.

10 Siehe Hans-Ulrich Thamer: Volksgemeinschaft: Mensch und Masse, in: Richard van Dülmen (Hrsg.): Erfindung des Menschen: Schöpfungsträume und Körperbilder 1500–2000, Wien u. a. 1998, S.367-386, hier S.375-378.

Zunächst schlug sich volksgemeinschaftliches Denken – von Hans-Ulrich Thamer als eine „Art Staatsgründungskonsens der Weimarer Republik“[11] bezeichnet – auch in der ideologisch und organisatorisch zersplitterten Turn- und Sportbewegung nieder, die gewissermaßen ein Abbild der politischen Verhältnisse im Reich war. Sowohl im praktischen Übungsbetrieb als auch auf Verbandsebene sollte die Spaltung der organisierten deutschen Leibesübungen, wie sie noch vor dem Krieg in Form bürgerlicher, sozialistischer und konfessioneller Richtungen bestanden hatte, überwunden werden. In der Tat schien sich anfänglich der Zeitgeist durchzusetzen: Im Zentralkomitee für Arbeitersport und Körperpflege (ZK) wurde die Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Dachverband, dem Deutschen Reichsausschuss für Leibesübungen (DRA), gesucht,[12] und örtliche ATSB-Kartelle entsandten Vertreter in die neu entstandenen Stadtämter für Leibesübungen.[13] Zudem wurden in der Theorie und Pädagogik des Arbeitersports wesentliche Versatzstücke der Volksgemeinschaftsidee übernommen.

So fällt beispielsweise an den Verlautbarungen des Arbeitersports aus den Anfangsjahren der Weimarer Republik der oftmals unreflektierte Gebrauch des Terminus „Volk“ in Verbindung mit einem expliziten Verzicht auf Klassenkampfpropaganda auf. Vor allem in den frühen Beiträgen des Arbeitersports zum gesundheitspolitischen Diskurs tritt dies deutlich zutage. Paragraf 2 des ATSB-Statuts von 1919 etwa lautete lediglich: „Der Zweck des Bundes ist die Hebung und Förderung der Volkskraft und Volksgesundheit durch Pflege der Leibesübung auf volkstümlicher Grundlage“.[14] Ohne terminologische Anbindung an die Arbeiterklasse findet sich dieser Topos auch in mehreren Organen der ATSB-Presse.[15] Selbst die wörtliche Übernahme bürgerlicher Propaganda wurde nicht gescheut: Der Begriff des pro patria aus der traditionellen Losung der Rasensportbewegung – „Dem Vaterlande gilts, während wir zu spielen scheinen“ – wurde in vielen Fällen lediglich durch ein pro populo ersetzt. Der bekannte Ausspruch des Kölner Oberbürgermeisters Konrad

11 Thamer, Volksgemeinschaft, S.378.

12 Die gemeinsame Lobbyarbeit zugunsten der Förderung von Spiel, Schwimmen und Turnen an den Schulen etwa wäre zu nennen. Siehe Erich Beyer: Sport in der Weimarer Republik, in: Horst Ueberhorst (Hrsg.): Geschichte der Leibesübungen, Bd. 3/2, Berlin 1982, S.662-665.

13 Siehe Gründung eines Münchener Stadtverbandes, in: Bayerische Sportzeitung, 15.1.1919.

14 Fußballer, kennt ihr § 2 des Bundesstatuts, in: Freie Sportwoche, 7.12.1921.

15 Siehe Wochenschau, in: Freie Sportwoche, 10.1.1923; Es stinkt, in: Deutsche Arbeiter-Sport-Zeitung, 24.1.1924.

Adenauer, der Sport sei der „Arzt am Krankenbette des deutschen Volkes“, fand in der Regel unverändert Zitierung.[16]
Während der Volksbegriff im Rahmen gesundheitspolitischer Debatten noch relativ unbestimmt blieb, wurden die Arbeitersportler in ihren Vorstellungen über einen idealen Trainings- und Übungsbetrieb konkreter. „Wahrer Volkssport“, so war 1923 in einem Aufsatz der „Freien Sportwoche“ zu lesen, sei erst dann verwirklicht, wenn die „Verschiedenartigkeit der politischen Auffassung“ überwunden wäre, mithin die „Schranken“ der „heutigen Klassengegensätze“ auch in der Körperkultur „niedergerissen“ seien.[17] Mitunter wurde im ATSB sogar die sozialistische Einstellung aufgegeben. Dann etwa, wenn das Standardwerk des bürgerlichen Deutschen Fußballbundes (DFB) zur Regel- und Taktikkunde des Fußballs empfohlen wurde, dessen einleitender Satz lautete: „Der Fußballsport hat sich [...] zum wahren Volkssport entwickelt, den hoch und niedrig, arm und reich, Kopf- und Handarbeiter ausüben, dem alle Schichten der Bevölkerung Interesse entgegenbringen.“[18]
Erneut die Entwicklungen in der Parteienlandschaft spiegelnd, wurde das volksgemeinschaftliche Arrangement jedoch mit Beginn der Konsolidierungsphase der Weimarer Republik aufgekündigt. Zunehmender Nationalismus und Revanchismus in den Reihen des DRA trugen um 1924/25 zum Rückzug des Arbeitersports auf Klassenkampfpositionen bei. Spätestens im Gefolge der Auseinandersetzungen um die I. Internationale Arbeiterolympiade 1925[19] in Frankfurt/Main waren die ideologischen Differenzen nicht mehr zu überbrücken.[20] Turnerschaft und DRA warfen nun dem ATSB vor, einen expliziten „Klassensport“ zu propagieren und dadurch der Volksgemeinschaft zu schaden. Zudem störte man sich an der

16 Siehe dazu: Sport, Presse und Volk, in: Deutsche Arbeiter-Sport-Zeitung, 21.3.1922; Wochenschau, in: Freie Sportwoche, 10.1.1923; Wohlgemeinte Belehrung, in: Freie Sportwoche, 11.11.1925.
17 Was ist Volkssport, in: Freie Sportwoche, 21.2.1923.
18 Richard Girulatis: Fußball. Theorie, Technik, Taktik, Berlin 1919, S.3. Zu den Empfehlungen in der ATSB-Presse siehe: Buchbesprechung, in: Freie Sportwoche, 8.10.1919.
19 An den auf Initiative von Pierre de Coubertin neu ins Leben gerufenen Olympischen Spielen nahmen ausschließlich Sportler bürgerlicher Verbände teil. Nur die bürgerlichen Organisationen waren von den internationalen Dachverbänden – als Träger der olympischen Idee – anerkannt. Daher führten die Arbeitersportler, getragen durch die Luzerner Arbeitersportinternationale (Sozialistische Arbeitersportinternationale) eigene „Arbeiterolympiaden" durch. Die II. Arbeiterolympiade fand 1931 in Wien statt, eine III., für Juli 1936 vorbereitete Olympiade, wurde aufgrund des Ausbruchs des Spanischen Bürgerkriegs abgebrochen.
20 Siehe etwa: Das Arbeiterolympia in Frankfurt a. Main, in: Fußball. Illustrierte Sportzeitung, 15.7.1925; Die Arbeiterolympiade in Frankfurt-M., in: Der Kicker, 4.8.1925.

Verwendung des Begriffs „International“. Durch „Klassen- und Standesscheidung“, so die „Deutsche Turn-Zeitung“ 1926 im Rückblick, habe der Arbeitersport die Leibesübung „zu einem bedauerlichen Tummelplatz der ständischen Absonderung“ gemacht und so zur „Zerrüttung der Volksgemeinschaft“ beigetragen.[21] Eine Folge derartiger Attacken war, dass die proletarische Körperkultur „Volksgemeinschaft“ nun als ein ihr wesensfremdes, als ein bürgerliches Projekt betrachtete.[22] Wie die Sozialdemokratie nach dem Heidelberger Parteitag 1925 vom Anspruch abrückte, eine „Volkspartei“ zu sein, so zog sich der Arbeitersport nach der Frankfurter Olympiade vom „Volkssport“ zurück.
Mitte der 1920er-Jahre war die Zeit der „Volksgemeinschaftsillusionen“ vorbei, „statt [den Klassenkampf] durch klassenübergreifende Bündnisse“ zu „entschärfen“, galt es, diesen jetzt zu „organisieren“.[23] Unter dem Begriff „Volk“ wurde nun ausschließlich das „schaffende Volk“ subsumiert, während Anhänger der Volksgemeinschaftsidee als „harmonieduselnde Sportfanatiker“ abgetan wurden, die in ihrer Ignoranz den „Herrschaftsgelüste[n] [...] des Privatkapitals“ dienten.[24] Erneut sollte die Körperkultur der Arbeiter der „Klasse der Werktätigen“ und nicht einem nebulösen Volksbegriff verpflichtet sein.

„Kollektivismus in spielerischer Form“: Zielsetzungen der Fußballsparte im Arbeiter- Turn- und Sportbund

So gegensätzlich und kaum vereinbar die ideologischen Wendungen des ATSB auch erscheinen mögen – auf die Konzeption einer genuin proletarischen Körperkultur zeitigten sowohl der Volksgemeinschafts- als auch der Klassenkampfdiskurs dieselben Auswirkungen. Ob die vormoderne Utopie der Kulturpessimisten oder der Klassenkampf propagiert wurde, zunächst und vor allem ging es um die Konstruktion einer Gemeinschaft, der sich das Individuum bedingungslos unterzuordnen hatte. Für den Athleten der sozialistischen Leibesübung war es somit völlig unerheblich, welchem weltanschaulichen Leitbild die Funktionäre und Pädagogen des ATSB zum gegebenen Zeitpunkt gerade anhingen. Für ihn war nur

21 Zit. nach: Hans Joachim Teichler: Der Arbeiter-Turnerbund – eine sozialistische Alternative zum „bürgerlichen“ Turnen?, in: Manfred Lämmer (Hrsg.): 175 Jahre Hasenheide. Stationen der deutschen Turnbewegung, Sankt Augustin 1988, S.27-34, hier S.30.
22 Siehe etwa: Ernst Krafft: Vom Kampfrekord zum Massensport. Umrisse einer Geschichte des Sports, Berlin 1925, S.33f.
23 Frank Heidenreich: Arbeiterkulturbewegung und Sozialdemokratie in Sachsen vor 1933, Weimar u. a. 1995, S.400.
24 3. Sächsisches Arbeiter- Turn- und Sportfest vom 20. bis 22. Juli 1928 in Dresden, Dresden o. J., S.44.

eine Rolle vorgesehen: Dienst am Kollektiv. Dass „körperliche Ertüchtigung [...] nicht als Selbstzweck“[25] aufzufassen sei, war das einzige Postulat, das der proletarische Sportler – ebenso wie seine Kontrahenten in der bürgerlichen Leibesübung[26] – zu beherzigen hatte. Grundsätzlich galt als eine Bringschuld der Arbeiter, „dem schaffenden Volke gesunde Menschen [...] zu bilden“.[27]

Innerhalb des ATSB profitierte von der volksgemeinschaftlich beziehungsweise klassenkämpferisch motivierten Entrechtung des Individuums in erster Linie die Fußballsparte. Wie das bürgerliche Rasenspiel, so war der Arbeiterfußball im eigenen Lager lange Zeit massiver Kritik vonseiten konservativer Turner ausgesetzt.[28] Dabei unterschieden sich die Argumente, welche gegen die Sportart vorgebracht wurden, kaum von jenen, die in der Deutschen Turnerschaft (DT) gebräuchlich waren. Auch die Puristen der proletarischen Körperkultur führten Klage über Rohheit, englische Provenienz und Wettkampfcharakter des Fußballs.[29] Zwar wurden nach dem Ersten Weltkrieg Schritte eingeleitet, die zu einer Anerkennung der Sportart führten, an der grundsätzlich ablehnenden Haltung vieler Traditionalisten änderte sich jedoch nichts.[30] Die dem Trend der Zeit geschuldete Einrichtung einer eigenen Fußballsparte auf dem Bundesturntag im Mai 1921, ebenso wie die zwei Jahre zuvor erfolgte Ergänzung der Bundesbezeichnung um den Sportbegriff – der Arbeiter-Turnerbund (ATB) wurde zum Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB) –, provozierte lediglich einen neuen Vorwurf, den des „Spartenfimmels“.[31] Die weltanschaulichen Debatten der 1920er-Jahre kamen den Anhängern des Fußballs deshalb gelegen. Die Diskurse um Volksgemeinschaft und Klassenkampf lieferten die passenden Argumente, um die Vorurteile der Turner widerlegen zu können.

---

25 Arbeitersport als Kulturaufgabe, in: Volkswacht, 6.2.1928.

26 Siehe Oswald, „Fußball-Volksgemeinschaft“, S.48-55.

27 Um Ball und Punkte, in: Volkssport, 29.8.1927.

28 Siehe Horst Ueberhorst: Arbeitersport- und Arbeiterkulturbewegung im Ruhrgebiet, Opladen 1989, S.256-258; Oswald, „Fußball-Volksgemeinschaft“, S.50f.

29 Siehe Filter, Fußballsport, S.55f.; Luh, Fußball, S.34f. Dass die Arbeiterturner sich derartiger Stereotypen bedienten, dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die Bewegung selbst der Deutschen Turnerschaft entstammte. 1893 erfolgte die Abspaltung aufgrund der in der DT vorherrschenden militaristischen Tendenzen. Nichtsdestotrotz überlebte in den Debatten des Arbeiter-Turnerbundes manch nationalistischer Topos.

30 Siehe Eine Stimme aus den Fußballkreisen; Bekanntmachungen, in: Freie Sportwoche, 26.6.1919; Das Fußballproblem in der Arbeitersportbewegung; Nanu, auch bei uns?, in: Deutsche Arbeiter-Sport-Zeitung, 15.12.1927.

31 Siehe Filter, Fußballsport, S.58; Ein Mahnruf den Fußballern!, in: Deutsche Arbeiter-Sport-Zeitung, 15.9.1927.

In erster Linie reflektierte der Fachjournalismus die Bestrebungen, das Rasenspiel im ATSB aufzuwerten. „Der Arbeiter-Fußball", so etwa die „Sportpolitische Rundschau" 1928, stärke „durch die Vielseitigkeit der körperlichen Betätigung die Lebenskraft und Lebensfreude des Arbeiters" und bilde deshalb ein wichtiges Instrument des „proletarischen Befreiungskampfes um den Sozialismus".[32] Die „Freie Sportwoche" erkannte bereits 1924 „im Fußballspiel" einen Weg „zum Sozialismus", während das dritte überregionale Fachblatt, die „Deutsche Arbeiter-Sport-Zeitung", den Rasensport in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre gar zu einem „Stück Baugemeinschaft für den Sozialismus" stilisierte.[33] Wiesen die zitierten Artikel eindeutige Bezüge zu klassischen Versatzstücken sozialistischer Ideologie auf, so wurde zu Beginn der Weimarer Republik noch mit der „Volksgemeinschaft" argumentiert, wurde der Übungsbetrieb im Fußball noch als ein „Werk der Volksgesundheit" interpretiert, als ein Mittel, um „der körperlichen Erziehung des Volkes zu dienen".[34]

Eine logische Konsequenz dieser „zweifachen" Ideologisierung des Fußballs innerhalb des ATSB war die Verpflichtung des proletarischen Kickers auf den Dienst an der Gemeinschaft – sei es nun jene des Volkes oder jene der schaffenden Klasse. Dass jedoch ausgerechnet das „Fußballspielen" zum „Kollektivismus in spielerischer Form" erklärt wurde,[35] war auf die Eigenarten der Sportart selbst zurückzuführen. Es waren die ureigenen Wesenszüge des Rasenspiels, die die Fußballmannschaft unter den Vorzeichen holistischer Gesellschaftsentwürfe sowohl zum Erziehungsideal als auch zum Erziehungsfaktor prädestinierten. Die Elf konnte als Sinnbild von „Volk" oder „Sozialismus" aufgefasst werden und gleichzeitig als der Ort, an dem die wichtigste Gemeinschaftstugend – Unterordnung – einzuüben war.

Freilich war die rigide Mannschaftsidee der 1920er-Jahre, ebenso wie die Volksgemeinschaftsideologie, keine Erfindung des proletarischen Sports. Als Vorreiter fungierten auch hier Funktionäre und Pädagogen der bürgerlichen Verbände, die seit Ende des Ersten Weltkriegs in einem intensiv geführten Diskurs über die Bedeutung des Turnens und des Sports autoritäre Gesellschaftsentwürfe auf den Bereich der Körperkultur übertragen hatten.[36] Die Vordenker des ATSB übernahmen lediglich die Gemein-

32 Arbeiter-Fußball und Sozialismus, in: Sportpolitische Rundschau, 15.6.1928.
33 Zitate: Fußballspiel und Sozialismus, in: Freie Sportwoche 20.2.1924; Die Aufgaben der Arbeitersport- und Kulturbewegung", in: Deutsche Arbeiter-Sport-Zeitung, 15.2.1927.
34 Zitate: Wochenschau, in: Freie Sportwoche, 10.1.1923; Es stinkt, in: Deutsche Arbeiter-Sport-Zeitung, 24.1.1922.
35 Zit. nach: Filter, Fußballsport, S.58.
36 Siehe Oswald, „Fußball-Volksgemeinschaft", S.65-74.

schaftsrhetorik der Turnerschaft sowie des DRA und passten sie in den Rahmen der eigenen Vorstellungen von „Volksgemeinschaft", „Klassenkampf" und „Sozialismus" ein.
Gründlich jedoch, bis in die Wortwahl hinein, waren die Adaptionen gleichwohl: Da den Fußballsport eine Spielweise zum „Wohle des Ganzen" auszeichne, war etwa 1919 in der „Freien Sportwoche" zu lesen, müsse der einzelne Spieler „Gehorsam und Unterordnung" üben, ein Wesenszug, der laut dem Zentralorgan des ATSB den „sittlich erzieherisch[en]" Moment des Spiels ausmache.[37] Im gleichen Blatt umschrieb 1921 ein Mannheimer Sportlehrer das Erziehungsziel des Arbeiterfußballs als „restloses Unterordnen unter das Ganze zum Wohle der Mannschaft".[38] Ein Essay der „Sportwoche" aus dem Jahre 1924 schließlich zog grundsätzlich eine Parallele zwischen Fußballmannschaft und „sozialistische[r] Gemeinschaft": Beide, so der Autor, würden die „Selbstsucht dämpfen".[39] So sehr der ATSB den zeitgenössischen Teamgedanken zu vereinnahmen versuchte – Mühe, dessen Herkunft zu verschleiern, gab sich der Verband keine. Bis zum erzwungenen Ende des Arbeitersports 1933 sollte sich an dem beschriebenen und dem bürgerlichen Fußball entlehnten Argumentationsmuster nichts mehr ändern. Selbst die gravierenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise führten nicht zu einer Änderung des einmal eingeschlagenen ideologischen Weges im ATSB.

Abgrenzungsversuche zum bürgerlichen Fußball

Hinsichtlich eines ideologischen Überbaus war der Arbeiterfußball von seiner bürgerlichen, unter dem Dach des DFB organisierten Konkurrenz kaum zu unterscheiden. In beiden Verbänden wurde eine exzessive Gemeinschaftsrhetorik gepflegt und das Sport treibende Individuum zum „Glied" reduziert, dessen einzige Bestimmung es war, dem „Ganzen" aufopferungsvoll zu dienen. Andererseits freilich bedurfte gerade die Fußballsparte des ATSB der Konstruktion eines „Eigenen". Im DFB waren zu Beginn der 1930er-Jahre mehr als eine Million Kicker aktiv, im Arbeiter-Turn- und Sportbund hingegen nur 140.000.[40] Um überhaupt eine Daseinsberechtigung formulieren zu können, musste ein Alleinstellungsmerkmal des proletarischen Rasenspiels gefunden werden. Funktionäre

37 Gefahren beim Fußball, in: Freie Sportwoche, 24.9.1919.
38 Fußballsport und Jugend, in Freie Sportwoche, 16.2.1921.
39 Fußballspiel und Sozialismus, in: Freie Sportwoche, 20.2.1924.
40 Siehe Christiane Eisenberg: Vom „Arbeiter-" zum „Angestelltenfußball"? Zur Sozialstruktur des deutschen Fußballsports 1890-1950, in: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports, 1990, H. 3, S.20-45, hier S.23.

und Pädagogen des ATSB verfielen deshalb bereits frühzeitig auf die Strategie – wohl auch um Bedenken gegen die Sportart in den eigenen Reihen auszuräumen –, die moralische und sittliche Überlegenheit des Arbeiterfußballs zu betonen.

Tatsächlich wurde der bürgerliche Fußball immer wieder von enormen Gewaltexzessen erschüttert. Seit der Wiederaufnahme geregelter Meisterschaftsrunden unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkrieges war physische Gewalt an und auf den Plätzen der DFB-Vereine an der Tagesordnung: Schlägereien unter verfeindeten Fangruppen, verprügelte Schiedsrichter, krankenhausreif geschlagene Spieler – all dies war im Wettkampfbetrieb der ATSB-Konkurrenz Alltag.[41] Und genau an diesem Punkt setzte der proletarische Rasensport an mit dem Ziel, das eigene Profil zu schärfen. Überzeugt von der moralischen Vorrangstellung des Arbeiterfußballs, die wiederum auf Referenzgrößen wie „Sozialismus" oder „Klasse" zurückgeführt wurde, fanden scharfe Verurteilungen der Gewalt im DFB-Betrieb Eingang in die Fachorgane des ATSB. Ob es sich um prügelnde Anhänger oder um Spieler handelte, die aufgrund von Tätlichkeiten verurteilt worden waren – für die Theoretiker des sozialistischen Sports waren die Vorgänge, die fast wöchentlich in Massenblättern wie „Der Kicker" oder „Fußball" nachgelesen werden konnten, in erster Linie Verfallserscheinungen des Bürgertums.[42]

Hingegen wurden die Wettkämpfe in der ATSB-Fußballsparte oftmals geschildert, als wäre dort jenes Phänomen, das die Zeitgenossen als „Vereinsfanatismus" bezeichneten, völlig unbekannt. Mit Verweis auf das vermeintlich höher entwickelte Gemeinschaftsbewusstsein,[43] wurde Rücksichtnahme auf „Brudervereine", Gegenspieler und Schiedsrichter als genuiner Wesenszug des ATSB-Rasensports betrachtet. „Der Spielgegner", so war im November 1921 in der „Freien Sportwoche" zu lesen, sei „für uns Arbeitersportler" in erster Linie „der Bundesgenosse", weshalb „feindlicher Sinn [...] unserm Spiel gegenüber nicht vorherrschen" würde.44 Ganz ähnlich, jedoch mit etwas mehr Praxisbezug, die „Deutsche Arbeiter-Sport-Zeitung" im Dezember des gleichen Jahres: „In der Arbei-

41 Siehe Oswald, „Fußball-Volksgemeinschaft", S.261-274.

42 Siehe etwa: Das Kampfmoment beim Fußball und Raffball, in: Arbeiter-Sport, 26.1.1921; Stierkämpfer, Desperados und Olympiafußballspieler, in: Sportpolitische Rundschau, 15.7.1928; Sport und Masse, in: Sportpolitische Rundschau, 15.1.1930; Aus Sport wird Mord, in: Sportpolitische Rundschau, 15.6.1931.

43 Dies gipfelte zeitweise darin, dass in der Fußballberichterstattung keine Namen von Spielern veröffentlicht wurden. Selbst auf die persönliche Nennung von Torschützen wurde verzichtet.

44 Sportpublikum und Sportmann, in: Freie Sportwoche, 2.11.1921.

tersportbewegung gibt es [...] keine aus zügellosem Ehrgeiz entstehenden wüsten Spiele mit schweren Verletzungen, [keine] Bedrohung der Schiedsrichter, der Spieler, der Verbandsbeamten [und kein] Eindringen in die Spielplätze."[45] Das dritte Beispiel schließlich ist der erst 1928 gegründeten „Sportpolitischen Rundschau" entnommen. Auch deren Redaktion war davon überzeugt, dass der Fußball im ATSB zivilisierter sei: „Gemeinsame Freude am gemeinsam errungenen Sieg zeichnet die Arbeitersportler aus. Aber nicht häßlicher Neid, der zu wüsten Zänkereien führt."[46]

„Bürgerliche Schlacken": „Vereinsfanatismus" im sozialistischen Fußball

Allerdings mussten selbst die linientreusten ATSB-Journalisten zu gegebener Zeit eingestehen, dass die vermeintlich höher entwickelte sozialistische Fußballkultur im Grunde nur eine Chimäre war. Wurde der Spielbetrieb im Arbeiter-Turn- und Sportbund etwas genauer unter die Lupe genommen, so stellte sich nämlich rasch heraus, dass die Basis der Fußballsparte ebenso „vereinsfanatisch" durchdrungen war wie ihr bürgerliches Gegenüber: Mannschaften führten aufgrund von Lokalrivalitäten Wettkampfabbrüche herbei, Spieler prügelten sich auf dem Platz, Anhänger zettelten Ausschreitungen an. Immer wieder mussten offizielle Verlautbarungen der ATSB-Führung, dass „Fußballspiele der Arbeitersportler" nie „solche Formen annehmen könnten" wie im DFB, weil „die Arbeitersportler eine Weltanschauung [...] verbindet", durch das Eingeständnis relativiert werden, „daß mitunter Spiele ausgetragen" würden, „die den bürgerlichen in nichts nachstehen".[47]
Stichprobenartige Analysen des Rasensports im ATSB, die in den Regionen Untermain, Sachsen, Nordwürttemberg/Nordbaden und Mittelschlesien durchgeführt wurden, belegen, wie sehr sich in den 1920er-Jahren bürgerlicher und proletarischer Fußballalltag glichen.[48] So sind etwa allein für den Spielbetrieb im Großraum Frankfurt-Offenbach-Hanau bis Ende 1931 mindestens sechzehn Ausschreitungen sowie zahlreiche Bedrohun-

45 Der bürgerliche Sport im Sumpf, in: Deutsche Arbeiter-Sport-Zeitung, 13.12.1921.
46 Der faire Arbeitersport, in: Sportpolitische Rundschau, 15.5.1928.
47 Zitate: Das war die Fortsetzung, in: Sportpolitische Rundschau 15.5.1929; Schiedsrichter, Spieler und Zuschauer, in: Freier Sport, 6.11.1930.
48 Basis der Zählungen bilden die Spielberichte der „Freien Sportwoche" von 1919 bis 1931 sowie die Fußballnachrichten der „Deutschen Arbeiter-Sport-Zeitung" aus den Jahren 1921, 1922 und 1927. Alle Zahlenangaben sind somit als absolute Mindestwerte zu betrachten. Hinsichtlich des sächsischen und des Breslauer Arbeiterfußballs wurden zusätzlich einbezogen: der Jahrgang 1931 des „Sachsen-Fußball" sowie die Jahrgänge 1924/25 des „Schlesischen Arbeitersports".

gen beziehungsweise Beleidigungen der Unparteiischen dokumentiert. Doch auch in anderen untersuchten Regionen wies der sozialistische Vereins- und Meisterschaftsalltag noch massive „bürgerliche Schlacken“[49] auf. Für den gleichen Zeitraum wurden für die sächsischen Metropolen Dresden und Leipzig ermittelt: wenigstens elf Tumulte, mehrere Beleidigungen übergeordneter Behörden sowie zahllose Schiedsrichterbedrohungen.[50] In den drei württembergischen bzw. badischen Großstädten Karlsruhe, Mannheim und Heilbronn gab es zwei Zuschauerausschreitungen, diverse Spielabbrüche sowie einige Übergriffe auf Unparteiische. Für Breslau schließlich sind sechs Publikumstumulte, vier abgebrochene Spiele und eine Anzahl Schiedsrichterbeleidigungen vermerkt. Beständige Klagen lokaler Berichterstatter über „Pöbeleien“, auch Appelle an die Sportler, sich dem Willen der proletarischen Gemeinschaft unterzuordnen,[51] stützen zudem die These, dass es jenen von der ATSB-Führung behaupteten höher entwickelten sozialistischen Rasensport nie gab.

Bereits zu Beginn der 1920er-Jahre war offensichtlich, dass sich die Realität des Arbeiterfußballs kaum von jener der DFB-Meisterschaften unterschied. Die Ursachen der Gewalt in den Stadien wurden gleichwohl nicht erforscht. Nach wie vor war man an der Spitze des ATSB davon überzeugt, der sozialistische Fußball sei aufgrund seiner vermeintlich kollektivistischen Ausrichtung kulturell höherwertiger, sodass Ausschreitungen und Tätlichkeiten somit schlimmstenfalls Ausnahmeerscheinungen und „bürgerliche Manieren“ einer zum Untergang verurteilten Epoche darstellten.[52] Letztlich unterblieben deshalb konzeptionelle Überlegungen, wie dem „Vereinsfanatismus“ begegnet werden könnte. Fast ausschließlich wurde auf die Bekämpfung von Symptomen gesetzt: „Pöbelhaftes Benehmen“ sollte beseitigt, „unverbesserliche Sünder sollten so schnell wie möglich entfernt“, „Rohlinge“ „außerhalb unseres Organisationsrahmens gestellt werden“[53] – in derartigen Allgemeinplätzen erschöpften sich die Attacken auf gewalttätige Ausschreitungen. Zwar wurde in der ATSB-Presse mitunter die Forderung laut, „Publikum sowie Spieler sportlich

49 An alle Fußballgenossen, in: Freie Sportwoche, 18.10.1922.

50 Aufsehen erregte vor allem der ATSB-Fußball in Dresden. Dort wurden allein im Spätsommer 1931 wegen Beleidigungen, Tätlichkeiten und Unsportlichkeiten 33 Wochen Spielsperren verhängt. Siehe dazu: Dresdner Rundschau, in: Sachsen-Fußball, 11.9.1931.

51 Siehe dazu die lokale Fußball-Berichterstattung in der Freien Sportwoche und in der Deutschen Arbeiters-Sport-Zeitung aus den Jahren 1919-1933.

52 Siehe 3. Sächsisches Arbeiter- Turn- und Sportfest, S.38.

53 Zitate: Spielnachrichten, in: Freie Sportwoche, 21.1.1920; Gefahren beim Fußball, in: Freie Sportwoche, 24.9.1919; Fußballer, kennt ihr den § 2 des Bundesstatuts, in: Freie Sportwoche, 7.12.1921.

zu erziehen", um dadurch „gesunde Zustände zu schaffen".[54] Ging es jedoch darum, mit welchen Mitteln Zuschauern und Athleten Disziplin beizubringen sei, fiel den Autoren der Fachblätter meist nicht mehr ein, als Ordnungsdienste abzukommandieren.[55]
Aufgrund des Bewusstseins der eigenen Überlegenheit, das maßgebliche Vertreter des ATSB zu betonen nicht müde wurden, war der Glaube an die Selbstheilungskräfte der proletarischen Körperkultur schier grenzenlos. Und in statistischer Hinsicht schien dieser Glaube durchaus in der Lage zu sein, Berge zu versetzen. So wurden im Arbeiterfußball zwei Drittel aller Tumulte zwischen 1919 und 1922 registriert. Zu Beginn der 1930er-Jahre hingegen schien das Phänomen im Verschwinden begriffen zu sein. Objektiv betrachtet konnte eine Flucht in die Zahlen allerdings kaum trösten. Denn die eigentliche Ursache des Rückgangs lag nicht in der vermeintlich disziplinierenden Wirkung des Kollektivs begründet, sondern darin, dass sich bis Ende der 1920er-Jahre die meisten Fan-Szenen an der ATSB-Basis von selbst aufgelöst hatten.[56] Jener Berichterstatter des „Sachsen-Fußball", der 1931 Klage darüber führte, dass er immer wieder „Mitglieder unserer Arbeitersportbewegung [...] aus dem Leipziger Norden als Zuschauer auf dem bürgerlichen Platze" antreffen würde,[57] kam einer stichhaltigen Erklärung für das Verschwinden des „Vereinsfanatismus" gewiss näher als mancher Propagandist sozialistischer Spielkultur.

Resümee

Gemessen am Potenzial, das dem Fußball als Sportart der Massen innewohnt, muss das Rasenspiel im ATSB zur Zeit der Weimarer Republik als gescheitert betrachtet werden. Dem Bund gelang es weder aktiv noch mit Blick auf die Mobilisierung von Zuschauern, jemals zu einer ernst zu nehmenden Konkurrenz für den DFB aufzusteigen. Die Ursache hierfür dürfte letztlich in den Versuchen zu sehen sein, ein gesellschaftliches Phänomen wie den Fußball, das an sich nicht weltanschaulich geprägt war, ideologisch zu überformen. Fußball war und ist „klassenneutral", er verfügt über sozialistische Eigenheiten ebenso wenig wie über bürgerliche. Die Instrumentalisierungsversuche führten schließlich zu einer Sichtweise auf den Fußball, die der Sportart unangemessen war und an ihren Re-

54 Eingesandt, in: Freie Sportwoche, 24.11.1920.
55 Siehe Disziplin beim Fußballspiel, in: Freie Sportwoche, 8.12.1920; Arbeiter-Fußball und Sozialismus, in: Sportpolitische Rundschau, 15.6.1928.
56 Siehe dazu etwa die im „Sachsen-Fußball" dokumentierten Zuschauerzahlen für das Jahr 1931.
57 Siege auf der ganzen Linie, in: Sachsen-Fußball, 7.4.1931.

alitäten völlig vorbeiging. Weder volksgemeinschaftliche noch sozialistische Zuschreibungen waren in der Lage, speziell die klassenbewusste Arbeiterschaft zu binden. Zudem führte jener „Überschuss“ an Ideologie zum Ignorieren der Eigengesetzlichkeit von Fan-Subkulturen, wie sie sich seit Ende des Ersten Weltkrieges in Deutschland ausgebildet hatten. Ein Übriges tat freilich die Weltwirtschaftskrise, deren Folgen seit den frühen 1930er-Jahren zu massiven Abwerbungen von Arbeiterfußballern seitens finanzstarker DFB-Klubs führte. Zahlreiche ATSB-Fußballer sahen sich nun gezwungen, mithilfe ihres Freizeitvertreibes die eigene Familie durchzubringen und gaben dem Werben bürgerlicher Vereine nach.[58]
Sicherlich entfaltete auch die Weltanschauung des DFB ihre Wirkung. Im größten deutschen Sportverband aber wurde zumindest die popularkulturelle Entwicklung des Fußballs nicht behindert. Aufgrund ihrer ideellen Engführung befand sich die ATSB-Fußballsparte deshalb von Anfang an in der Defensive. Nie konnte sie zu einer tragenden Säule der Arbeiterkulturbewegung werden – und als sie 1933 zusammen mit dem Arbeitersport in seiner Gesamtheit verboten wurde, waren nicht nur die besten Spieler,[59] sondern auch die meisten Anhänger bereits zum bürgerlichen Massensport abgewandert.

58 Dazu die einschlägigen Artikel etwa des „Sachsen-Fußball“ aus dem Jahre 1931.
59 Einer der bekanntesten Spieler war Erwin Seeler, der Vater der Fußball-Legende Uwe Seeler, der 1932 vom Hamburger ATSB-Bundesmeister SC Lorbeer 06 zum bürgerlichen Klub Victoria Hamburg wechselte. Siehe Stiller, Lebensbilder, S.178.

Feinde oder Kollegen? Bei der französischen Eisenbahn 1940 bis 1944[1]

Christian Chevandier

Als der Schriftsteller George Valero, der im Algerienkrieg von 1958 bis 1959 Soldat gewesen war, in zweien seiner Romane das Verhältnis von Kollegen während eines bewaffneten Konflikts darstellen wollte, wählte er einen algerischen Eisenbahner, der zu dieser Zeit auf einem Bahnhof in Frankreich arbeitete und seine Kollegen um Hilfe bat, weil er von der Polizei gesucht wurde.[2] Der Autor selbst war bei der Post beschäftigt. Aber er wählte nicht dieses Milieu, sondern die Eisenbahn, um das Problem abzuhandeln. Vielleicht lag das daran, dass deren Technologie eine starke Berufsidentität zur Folge hat, die echte Solidarität hervorbringen kann.
Es gab allerdings auch eine Zeit, da französische Eisenbahner mit Kollegen in Kontakt kamen, die zugleich ihre Feinde waren: die Jahre der Besatzung Frankreichs durch die deutsche Wehrmacht vom Juni 1940 bis zum Sommer 1944. Wenn auch die Praxis und die Arbeitskontakte bei der Eisenbahn damals von ganz eigenem Charakter waren,[3] so lässt das Verhältnis zwischen Beschäftigten verschiedener Nationalitäten doch deren politisches Verhalten und deren berufliche Identität besser verstehen. Haben sich die französischen und deutschen Eisenbahner während der vier Jahre des deutschen Besatzungsregimes in Frankreich vor allem als Kollegen oder als Feinde gesehen?

Ein für die Besatzung notwendiges Eisenbahnnetz

Als Paris am 14. Juni 1940 besetzt wurde, gingen die deutschen Pioniertruppen und ihr Tross unverzüglich daran, das Eisenbahnnetz Frankreichs in den Dienst der Wehrmacht zu stellen. Ab Juli war die Deutsche Reichsbahn ständig im Lande präsent. Über 4.000 deutsche Eisenbahner hatten die Angestellten der staatlichen französischen Eisenbahn SNCF (Société nationale des chemins de fer français) zu überwachen. Diese Zahl stieg auf 6.500, nachdem die Deutschen Ende 1942 auch in Südfrankreich ein-

1 Der Beitrag wurde redaktionell geringfügig erläuternd ergänzt.
2 Siehe Christian Chevandier: La fabrique d'une génération. Georges Valero, postier, militant et écrivain, Paris 2009, S.271f.
3 Siehe Ders./Jean-Claude Daumas (Hrsg.): Travailler dans les entreprises en France sous l'Occupation, Dijon-Besançon 2007.

gerückt waren. In den Wochen vor der Landung der Alliierten in der Normandie wuchs der Personalbestand der deutschen Eisenbahner auf einige Zehntausend an, allein in Westfrankreich waren es 34.000.[4] Auch angesichts der etwa 400.000 Personen, die bei der SNCF insgesamt angestellt waren, ist diese Zahl deutscher Kollegen auf französischem Gebiet im Jahre 1944 keine zu vernachlässigende Größe.[5] Der Begriff „deutsch" ist hier freilich nicht ganz zutreffend, denn ein Teil dieser Menschen stammte aus besetzten oder mit dem Deutschen Reich verbündeten Staaten Osteuropas. Die Überwachung durch deutsche Eisenbahner sollte den mangelnden Arbeitswillen der französischen Kollegen ausgleichen, gegen die die Besatzungsmacht und das Vichy-Regime starke Vorbehalte hegten, und zugleich Aktionen der Résistance unterbinden. In den direkten Betrieb der französischen Eisenbahnen griffen deutsche Kollegen erst relativ spät ein – möglicherweise, weil das nach Artikel 13 des Waffenstillstandsabkommens verboten war. Anfang 1944 sahen sich die Besatzer jedoch gezwungen, Angestellte der Deutschen Reichsbahn ins Land zu holen, „die ausreichen, um im Falle eines Streiks der französischen Eisenbahner den Verkehr deutscher Züge zu sichern".[6] Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die Züge, die an deutschen Militäraktionen oder an der von den Nazis betriebenen politischen Verfolgung und Unterdrückung beteiligt waren, von französischen Eisenbahnern gefahren.[7]

Bis 1943 konnten die Nazis mit dem Wirken der Mitarbeiter der Reichsbahn in Frankreich offenbar sehr zufrieden sein, wie der Artikel eines SS-Kriegsberichterstatters in der größten deutschen Eisenbahnzeitschrift vom Dezember 1943 zeigt: „Es ist immer angenehm zu sehen, wie sich jeder in seine Arbeit einspannt und seinen Standpunkt bei den französischen Beamten durchsetzt."[8] 1944 wurde ihr Scheitern jedoch offenkun-

4 Alfred Gottwaldt: Les cheminots allemands pendant l'Occupation en France de 1940 à 1944, in: Marie-Noëlle Polino (Hrsg.): Une entreprise publique dans la guerre: la SNCF, 1939-1945, Paris 2001, S.175-194.

5 Siehe Christian Bachelier: La SNCF sous l'occupation allemande, rapport, 4 Bde., Institut d'Histoire du Temps Présent, Paris 1997, S.740-749.

6 Archives nationales, F1413698, dossier cheminots allemands en France, secret, Januar-Februar 1944.

7 Zur Rolle der SNCF bei den Deportationen der Nazis siehe die Materialien des Kolloquiums vom Juni 2000: Polino (Hrsg.), Une entreprise publique. Dort wurde das Thema sehr häufig angesprochen, besonders im Beitrag von Serge Klarsfeld: L'acheminement des Juifs de province vers Drancy et les déportations, S.142-158. Siehe auch die Mitschrift der von René Rémond geleiteten Diskussion nach diesem Beitrag, S.158-172, sowie Christian Bachelier, La SNCF, besonders S.383-470, 607-622, und die in Bd. 2 des Anhangs enthaltenen 110 Dokumente.

8 Zit. nach: Gottwaldt, Les cheminots (Rückübersetzung – d. Ü.).

dig. Dass das Eisenbahnnetz während der Befreiungskämpfe lahmgelegt wurde, lag sicherlich an den Sabotageakten des Widerstandes und den Bombenangriffen der Alliierten, aber ebenso an dem von den Besatzern erwarteten und gefürchteten Streik, gegen den sich ihre Eisenbahner als machtlos erwiesen: Während im Frühjahr 1944 die Züge noch rollten, wurde das im Sommer der Befreiung immer schwieriger. In Paris taten die Beschäftigten der SNCF alles, um das Netz außer Betrieb zu setzen.[9] Zwar brachten deutsche Lokführer und Heizer Anfang August noch ein paar Züge – vor allem die letzten Deportationstransporte – auf die Strecke, aber das waren Ausnahmen. Selbst im Norden und im Pas-de-Calais, Regionen, die der Wehrmachtverkehrsdirektion Brüssel unterstanden, kam der Verkehr, den die Aktionen französischer Eisenbahner bereits seit Anfang Juni sehr gebremst hatten, durch einen Streik ab 25. August fast völlig zum Erliegen. Den Deutschen gelang es nicht, sie durch deutsches Personal zu ersetzen. Diese Machtlosigkeit war das Ergebnis eines weiteren Typs von Sabotage: Die französischen Mitarbeiter aller Dienste der Eisenbahn zeigten sich unwillig, die Angestellten der Reichsbahn binnen weniger Monate darin einzuweihen, wie die Eigenheiten des französischen Netzes funktionierten. Als Zivilisten zuvor evakuiert, beteiligten sie sich aber ganz sicher nicht an den Kämpfen des Sommers 1944.[10]

Nach der Befreiung wurden andere deutsche Arbeitskräfte – Kriegsgefangene – bei der SNCF angestellt. Dieses Thema muss noch gründlicher untersucht werden, aber nach einigen Dokumenten und Zeugenaussagen zu urteilen, entstand zu ihnen bald ein herzliches Verhältnis. In Oullins, wo sie von Juli 1945 bis zum Sommer des folgenden Jahres in den SNCF-Werkstätten beschäftigt waren, tauschte man trotz der Knappheit an Bekleidung ihre grün-grauen Uniformen mit dem abwertenden Symbol „P.G." für Kriegsgefangener nach ein paar Monaten gegen die von allen Arbeitern getragenen blauen Uniformen aus. Das sorgte allerdings für lebhafte Debatten.[11] Deutschfeindliche Äußerungen kamen immer

9 Zur Haltung der französischen Eisenbahner während der Besatzung siehe die ausgezeichnete Gesamtdarstellung von Cécile Hochard: Les cheminots dans la Résistance, Paris 2011.

10 Im Archiv der Polizeipräfektur von Paris heißt es in der Akte eines Polizisten, der „Opfer seiner Pflichterfüllung" wurde, er sei im August 1944 „durch eine Feuerwaffe [...] von Reichsbahnsoldaten tödlich verletzt worden". Zum ersten Mal wird dies im Bericht eines Direktors der Polizeipräfektur vom 6.10.1944 erwähnt. In früheren Dokumenten der Polizei oder der FFI ist von „deutschen Truppen" (7.9.) oder von „den Deutschen" (23.9.) die Rede.

11 Wahrscheinlich haben einige Kriegsgefangene den ihnen angebotenen Status von „freiwillig Beschäftigten" angenommen. Damit waren sie keine Kriegsgefangenen mehr und brauchten deren Kleidung nicht länger zu tragen.

noch vor, denen sich aber am schärfsten die über 14.000 französischen Eisenbahner widersetzten, die aus deutscher Gefangenschaft zurückkehrten. Zu dieser brüderlichen Haltung führte wohl vor allem die gemeinsame Leidenserfahrung. Wichtiger noch: Die CGT (Confédération générale du travail, Allgemeiner Gewerkschaftsbund) nahm Kontakt zu den deutschen Kriegsgefangenen auf, verteilte unter ihnen Gewerkschaftszeitungen auf Deutsch und organisierte sie zuweilen sogar in inoffizieller Form. In einem Gewerkschaftsbericht wird ein deutscher „homme de confiance" erwähnt – offenbar eine wörtliche Übersetzung des deutschen Begriffs „Vertrauensmann". Solche Großzügigkeit findet sich in CGT-Versammlungsberichten[12] der Eisenbahner von Oullins wieder, in denen im Unterschied zu dem, was man in Papieren der damaligen CFTC (Confédération française des travailleurs chrétiens, Französischer Gewerkschaftsbund christlicher Arbeiter) [13] lesen kann, nie von den „Boches"[14] die Rede ist.

Hier stellt sich indes die Frage nach der Identität dieser arbeitenden Gefangenen, die mit französischen Kollegen beim Wiederaufbau zusammenwirkten, taten sie dies doch an einem Ort, den ihre Armee auf dem Rückzug zerstört hatte, wo Denkmäler Namenslisten ehemaliger Beschäftigter mit der Aufschrift „Von den Deutschen erschossen" trugen (darunter allerdings auch ein Widerstandskämpfer, der Opfer französischer äußerst rechter Gestapo-Angehöriger war). Konnten sie sich angesichts dessen der „Pflicht zur Faulheit" hingeben, wie es Kriegsgefangene in der Regel tun?[15]

---

12 Siehe Christian Chevandier: Clivages et continuités dans les perceptions et les comportements ouvriers: les Ateliers d'Oullins de la SNCF, in: Denis Peschanski/Jean-Louis Robert (Hrsg.): Les ouvriers en France pendant la Seconde Guerre mondiale, Paris 1992, S.431-441.

13 Siehe die Berichte des Verwaltungsrates (24.4.1945) und der Vollversammlung (20.6.1945) der Gewerkschaft der Eisenbahner der SNCF-Werkstätten von Oullins, die bei deren Organisation der CFDT aufbewahrt werden (Die CFTC benannte sich in den 60er-Jahren in CFDT [Confédération française démocratique du travail, Demokratischer Französischer Gewerkschaftsbund] um, ein Teil der Mitglieder gründete die CFTC neu. – die Red.).

14 Diese fehlende Deutschfeindlichkeit unterscheidet sich von dem Eindruck, den kommunistische Kreise zur Zeit der Losung „Jedem seinen Boche!" vermittelten. Dies wäre im Hinblick darauf zu untersuchen, dass Gegner der KP von links wie Trotzkisten oder Anarchisten diese gern als vom Chauvinismus unterwandert darstellten. Ebenso unter Berücksichtigung dessen, dass ein Teil der KP-Führung damit seine Deutschfreundlichkeit vom Sommer 1940 vergessen machen wollte.

15 François Cochet: Soldats sans armes. La captivité de guerre: une approche culturelle, Brüssel 1998, S.293. Deutschlands Niederlage ersparte es ihnen jedoch, sich für den Feind ins Zeug legen zu müssen. Siehe dazu auch Sylvie Caucanas/Rémy Cazals/Pascal Payen: Les prisonniers de guerre dans l'histoire. Contacts entre peuples et cultures, Toulouse 2003.

Auf der Ebene der Ingenieure und Direktoren wurden bald nach dem Kriege wieder Kontakte aufgenommen, die sehr eng blieben. Einige wichtige Beamte der Eisenbahn spielten auf beiden Seiten des Rheins sogar eine bedeutende Rolle beim Ingangsetzen der europäischen Integration, die in den 1950er-Jahren als ein Schritt zum Frieden galt.
Ein kollegiales Verhältnis zwischen deutschen und französischen Eisenbahnern während des Krieges taucht in vielen Zeitzeugnissen auf. Ein solches Verhältnis war nicht leicht herzustellen, denn das bedeutete, sich über den Kriegszustand zwischen beiden Völkern hinwegzusetzen: „Du musst mich verstehen, sage ich zu ihm und duze ihn zugleich, es ist eine heikle Sache, mit einem Besatzer zu trinken. So einer bist du nicht. Für uns bist du ein Eisenbahner. Du trägst keine Armeeuniform. Du bist nicht zu deinem Vergnügen hier. Du verachtest die Franzosen nicht, im Gegenteil. Aber du musst zugeben, die Lage ist nicht danach, zusammen im Bistro einen zu heben.“[16] Vorsicht bei Zeugnissen also, ob nun zeitgenössischen oder späteren. Eine Auswertung der umfangreichen Berichte französischer Eisenbahner hat ergeben, dass sie ihre deutschen Berufskollegen häufig lakonisch als „die Deutschen“ bezeichneten, weil diese ihre beruflichen Aufgaben im Interesse des kriegführenden Deutschen Reiches erfüllten. Auf die berufliche Zugehörigkeit wurde nur hingewiesen, wenn sich ein persönlicheres Verhältnis entwickelt hatte. Dies mag den Eindruck einer übertriebenen Verbrüderung machen, aber eine Distanz blieb natürlich bestehen. So bin ich über die Jahre nie auf ein gemeinsames „Wir“ für deutsche und französische Eisenbahner im Unterschied zu dem „Sie“ für Berufsfremde gestoßen. Diese Distanz erklärt sich schon aus der dienstlichen Situation: Französische und deutsche Eisenbahner arbeiteten zwar Seite an Seite, aber fast nie gemeinsam. Als Ende 1943 deutsche Lokführer „der SNCF zur Verfügung gestellt“ wurden, präzisierte die französische Eisenbahndirektion, es komme für sie nicht infrage, diese in Brigaden französischer Eisenbahner einzusetzen.

Gemeinsam arbeiten

„Auf den höheren Ebenen gaben sich die Beamten der Deutschen Reichsbahn korrekt. Einige kannten ihre französischen Partner seit langem, weil sie ihnen auf internationalen Zusammenkünften begegnet waren. Allerdings hatten sie jetzt die Befehle des OKW strikt durchzusetzen. Auf niederer Ebene, z. B. der Bahnhofsvorsteher oder Depotchefs, gestalte-

16 Marcel Péroche: Les mémoires de Marcel Péroche, „sénateur“ du rail, Paris 1984, S.199.

te sich das Verhältnis wesentlich angespannter und das Zusammenwirken mit den unterstellten französischen Eisenbahnern weitaus schwieriger. Es entstand eine ganz natürliche Ablehnung, die letztere sehr bald dazu veranlasste, sich zur Wehr zu setzen."[17] Lange Zeit hielt sich hartnäckig die Vorstellung, unter den führenden Eisenbahnbeamten habe eine Nähe, im übrigen Teil der sozialen Gruppe dagegen Feindseligkeit geherrscht. Diese Legende half, die beiden vorherrschenden Arten von Erinnerung zu bestärken: jene vom Widerstand des Unternehmens, der sich auf die Gemeinsamkeit der Interessen der Ingenieure beider Länder stützen konnte, und jene der Kommunisten, die darin einen Beweis für die Kollaboration der führenden Vertreter beider Seiten sehen wollten.[18] Aber es ist eben nur eine Legende.

Alfred Gottwaldts Studium der deutschen Quellen hat ergeben, dass sich das Verhältnis zwischen deutschen und französischen Eisenbahnern nach einer gewissen Übergangszeit, in der sich beide Seiten feindselig verhielten, im zweiten Jahr allmählich erwärmte und es gerade die unteren Ebenen der Hierarchie waren, die gewöhnlich am stärksten miteinander sympathisierten. Was sie nicht daran hinderte, sich gegenseitig aufzuziehen und übereinander lustig zu machen.[19] So pfiffen Arbeiter in den Werkstätten gern das britische Soldatenlied „It's a Long Way to Tipperary", wenn deutsche Kollegen vorbeikamen, oder an den Eingang einer deutschen Bahnhofskantine wurde die Losung „Heil General de Gaulle" geklebt. Von den hohen Beamten, die auf ein seriöses, verantwortungsvolles Erscheinungsbild Wert legten, ist Derartiges nicht bekannt.

In der Zwischenkriegszeit waren deutsche und französische Ingenieure einander häufig begegnet. „Die Konfrontation unter den neuen Bedingungen war natürlich überhaupt nicht angenehm. Darüber konnte auch die Tatsache nicht hinwegtrösten, dass sich jetzt die Begegnung französischer und deutscher Eisenbahner nach dem Ersten Weltkrieg mit umgekehrtem Vorzeichen wiederholte, denn die handelnden Personen waren nicht dieselben. Aber wir begriffen, dass es besser war, gewisse Empfindlichkeiten hintanzustellen, als mit Leuten umgehen zu müssen, die von den zu re-

17 Association des amis de Louis Armand: Louis Armand. Quarante ans au service des hommes, Paris 1986, S.26.

18 Siehe Christian Chevandier: La SNCF, les cheminots et la Seconde Guerre mondiale: 1945-2000, in: Polino (Hrsg.), Une entreprise publique, S.305-321. Solche gegensätzlichen Auffassungen passen übrigens perfekt zu der jeweiligen Sicht der genannten Kreise auf die europäische Integration, die in ihren Augen vor allem mit Deutschland realisiert wurde.

19 Siehe Paul Durand: La SNCF pendant la guerre, sa résistance à l'occupant, Paris 1968, S.409-412.

gelnden Problemen der Eisenbahn wenig oder gar nichts verstanden."[20] Das Interesse von Führungskräften und Ingenieuren der jungen SNCF für die deutsche Eisenbahn, von dem Artikel aus den 1930er-Jahren in der Zeitschrift „Revue générale des chemins de fer" zeugen, brachte nicht jenes stillschweigende Einverständnis hervor, das auf den unteren Ebenen der Hierarchie zu beobachten war. Es ist kein Fall bekannt geworden, dass ein deutscher Ingenieur versuchte hätte, einen französischen Kollegen vor der Verhaftung zu bewahren. Welche Funktionen man auf beiden Seiten auch ausübte, bei den französischen Eisenbahnern ist vor allem im Gedächtnis geblieben, wie sehr sich ihre deutschen Kollegen davor fürchteten, an die Ostfront abkommandiert zu werden. Allerdings nahmen sie das zuweilen auch als übliches Berufsgebaren unter Bedingungen, da man sich permanent um seine Sicherheit sorgen musste und Information entscheidend war: „Alle diese Herren, die Ingenieure vornweg, suchten Schwierigkeiten mit den Franzosen möglichst aus dem Weg zu räumen. Beim geringsten Problem oder wenn sie keine schriftliche Anweisung hatten, waren sie nicht in der Lage, ein Risiko auf sich zu nehmen. Sofort sicherten sie sich durch einen Anruf bei den Zentraldirektionen in Paris oder Brüssel ab, denen sie unterstanden. Dann konnten die Dinge ihren normalen Lauf nehmen, denn nun hatten sie keine Versetzung nach Russland aus disziplinarischen Gründen mehr zu befürchten."[21] Andererseits ist zu verstehen, dass diese Furcht auch ausgenutzt wurde, um sie davon abzuhalten, jedes Vorkommnis sofort zu melden.[22] Zweifellos handelt es sich hier um ein übliches Verhalten gegenüber Okkupanten. Dies um so mehr, als ab Ende 1943 in Erwartung einer kritischen Situation infolge einer Landung der Alliierten zahlreiche erfahrene deutsche Eisenbahner von der Russlandfront nach Frankreich verlegt wurden.

In jenen Jahren waren deutsche Eisenbahner in den meisten besetzten Ländern zu finden. Ihr Verhältnis zu den dortigen Kollegen prägten durchaus nicht immer solche Empathie oder gar Wohlwollen wie in Frankreich. In Osteuropa beteiligten sie sich in großer Zahl aktiv an den Transporten zu den Konzentrations- und Vernichtungslagern oder halfen dabei, Eisenbahner jener Länder als Zwangsarbeiter zu rekrutieren. Dieses ganz andere Verhalten hatte eine ideologische Dimension, deren wesentliches Element der Rassismus gegenüber den Völkern Osteuropas bil-

20 Louis Armand: Propos ferroviaires, Paris 1970, S.41.

21 Maurice Malaure: Souvenir de ma carrière d'interprète à la SNCF: années 1943-1944, in: Marie-Noëlle Polino (Hrsg.): Les cheminots dans la guerre et l'Occupation, témoignages et récits (Revue d'histoire des chemins de fer, hors-série 7), Paris 2004, S.86-90.

22 Siehe Armand, Propos ferroviaires, S.56.

dete.[23] Zu den von Christopher Browning beschriebenen Phänomenen konnte es zweifellos auch kommen, weil die Beschäftigten der Reichsbahn hinter der Ostfront vieles mit den „einfachen Männern" des berüchtigten 101. Reserve-Polizeibataillons gemein hatten.[24]

Die Vorfälle zwischen französischen und deutschen Eisenbahnern nahmen ab. Erst als Anfang 1944 starke Kontingente von „*Bahnhofs*" eintrafen, z. B. in Achères und Marseille, wuchs ihre Zahl wieder an.[25] Das Substantiv „Bahnhof", mit dem die französischen Eisenbahner ihre deutschen Kollegen bezeichneten, wäre einer genaueren Betrachtung wert. Von der direkten Bedeutung abgesehen, konnte es unter ländlichen Bedingungen, wo die Abwanderung ein wichtiges Element aufsteigender sozialer Mobilität darstellte, durchaus abwertend verstanden werden.[26] Die Redensart „Ich verstehe nur Bahnhof" könnte eine Bestätigung dieses Gedankens sein.

Genauer betrachtet, kam das Verhalten des „Bahnhofs" dem der französischen Führungskräfte recht nahe. Wenn Streiks ausbrachen, was ab 1942 bei der SNCF häufig der Fall war,[27] ließen sich die französischen Ingenieure von deutschen Eisenbahnern begleiten, wenn sie die Wiederaufnahme der Arbeit erreichen wollten. So geschehen im April 1943 in Oullins, wo die Eisenbahner demonstrierten, als sie auftauchten, oder im Februar 1944 in Sotteville-lès-Rouen. Ein Ingenieur, der sich bei einem solchen Ereignis mit einem deutschen Eisenbahner zeigte, wies damit auf die Macht der Besatzer hin, ohne so weit gehen zu müssen, französische bzw. deutsche Polizei oder gar Soldaten der Besatzungsarmee einzuschalten. Als die Befreiung näher rückte, die Streiks Aufstandscharakter annahmen und ihr Ausgang immer unsicherer wurde, handelten die deutschen Eisenbahner wie auch die Führung der SCNF noch vorsichtiger. Von nun an waren die Aktionen ihrer aufmüpfigen Kollegen kein Thema mehr. Zwar hieß es 1944 in einem Bericht des Geheimdienstes „Renseignements généraux", seit dem 10. August hätten gewisse „Streikaktionen das Ziel, die

23 Siehe Rainer Mertens: La mémoire de la Reichsbahn et des cheminots en guerre à travers les expositions permanentes du DB Museum à Nuremberg, in: Les cheminots dans la Résistance Une histoire en évolution (Revue d'histoire des chemins de fer, 34), Paris 2006, S.75-90.

24 Siehe Christopher R. Browning: Des hommes ordinaires. Le 101e bataillon de réserve de la police allemande et la solution finale en Pologne, Paris 1994.

25 Siehe Durand, La SNCF, S.163-173.

26 Siehe Origines sociales et géographiques des cheminots français: actes des deuxièmes rencontres de la Commission „Histoire Sociale des Transports par Fer" de l'AHICF, Paris, 4 avril 1999, in: Revue d'histoire des chemins de fer, 22, Paris 2000.

27 Siehe Christian Chevandier: Cheminots en grève, ou la construction d'une identité (1848-2001), Paris 2002, Kap. III: Les batailles du rail (1939-1944), S.155-218.

Freilassung zweier stellvertretender Einsatzleiter auf dem Rangierbahnhof von Bourget zu erreichen, die die deutschen Behörden im Juli wegen dienstlicher Verfehlungen festgenommen haben, welche einen Zusammenstoß von Zügen mit zwei deutschen Verletzten zur Folge hatten".[28] Aber solche Dinge kamen äußerst selten vor, wahrscheinlich auch, weil die „Bahnhofs" danach ziemlich rasch abgezogen wurden. Der Groll gegen sie hielt sich in Grenzen. Und als Regisseur René Clément in den Monaten unmittelbar nach der Befreiung seinen Film „La bataille du rail" (Schienenschlacht), drehte, war der hinterhältige Eisenbahner in Uniform und Brille, vor dem man sich zu hüten hatte („Passt auf, der macht lange Ohren!"), ein Franzose. Wenn die deutschen Eisenbahner im besetzten Frankreich auch fraglos Werkzeuge der Tyrannei waren, so konnten die französischen Kollegen doch nicht wirklich als ihre Opfer gelten.

Aktionen der Solidarität

Französische Quellen, besonders die mündliche Überlieferung von Menschen, die die Besatzung erlebt haben,[29] bestätigen, dass es keine grundsätzliche Feindseligkeit gab, ja, dass ein gewisses kameradschaftliches Verhältnis möglich war. Es kam sogar zu Verbrüderungen, die nicht allein aus beruflicher Solidarität zu erklären sind. Ist es trotzdem möglich, überlieferte Aussagen zu finden, die in dieser Kriegszeit beruhigend, ja stabilisierend wirkten? Der Historiker ist verwirrt – so wenig eindeutig sind die Quellen. In geschriebenen Texten drückt man sich der pädagogischen Wirkung wegen sehr eindeutig aus. So druckte eine illegale Zeitung im März 1944 ein Interview mit einem Eisenbahner des Bahnhofs von Compiègne.[30] Dem Leser entgeht nicht, dass es gekünstelt wirkt, um die Gräueltaten, die sich dort abgespielt haben, eindringlicher zu beschreiben. In gleicher Weise lässt der Lokführer Marcel Péroche in seinen Erinnerungen die „Bahnhofs" nur zu Wort kommen, um seine eigene Darstellung zu stützen: „Steckt alle französischen Eisenbahner, besonders das fahrende Personal, ins Gefängnis, dann kommen die Züge auch am Bestimmungsort an." Ein solches Gespräch unter Deutschen, das von einem des Deutschen unkundigen Zeugen wiedergegeben wird, ist sicher mit Vorsicht zu genießen. Ebenso Äußerungen, die er einem anderen deutschen Kollegen

28 Notes blanches des Renseignements généraux, 10.-15.8.1944, Archives de la préfecture de police de Paris, S25, 9562/3.
29 Als Beispiel seien die 21 Gespräche genannt, die ich in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre in Oullins geführt habe.
30 Compiègne 1944, in: Vérité, Nr. 1, 3.3.1944, nachgedruckt in: Benoît Crauste: Libre Patrie 1940-1944, mémoire de maîtrise d'histoire contemporaine, Paris 2005, Bd. 1, S.173.

in den Mund legt: „Ich pfeife auf das Großdeutsche Reich und auf die neue Ordnung. Lieber möchte ich ein kleines Reich und dafür bei Frau und Kindern sein.“[31] „Unserem Ingenieur sind diese Herren ganz egal.“[32] Diese Haltung, die einen an Vercors’ „Schweigen des Meeres“ denken lässt, bildet in den gesammelten Aussagen eine Ausnahme. Gegnerschaft gegen den Nazismus wurde eher über zweideutige Verhältnisse zwischen den Beschäftigten der kriegführenden Staaten zum Ausdruck gebracht. Aber vielleicht ist der Ausnahmecharakter dieser Gleichgültigkeit ja gerade ein Element der Schwierigkeit, Aussagen über friedliche Beziehungen zwischen den Eisenbahnern zu finden. In diesem Arbeitermilieu hat das Wort nicht den gleichen Stellenwert wie in gebildeteren Kreisen.

Sehr selten sind auch Beispiele für politisches Eingreifen, wie das kommunistische Flugblatt aus Dijon vom Februar 1943, das die „deutschen Eisenbahner“ auf Deutsch dazu aufruft, „sich für den Frieden einzusetzen“.[33] In solchen Fällen war die Sprache eher besänftigend als friedenskämpferisch. Bis zum Frühjahr 1944 genügte das häufig schon. Die Entwicklung der Kampfhandlungen nach der Landung der Alliierten verschärfte die Konfrontation jedoch. Jetzt hätten die Aussagen eindeutiger und härter sein müssen. Die dazu vorliegenden Quellen sind wiederum nicht eindeutig. Der erste Block besteht aus Untergrundzeitungen wie der letzten Nummer der illegalen „Tribune des cheminots“, herausgegeben von der Gewerkschaft CGT. Diese berichtete im August 1944, am 14. Juli seien zehn Eisenbahner des Südostnetzes und eine Frau russischstämmigen Soldaten der deutschen Wehrmacht in die Hände gefallen, die sie erschießen wollten. „Deutsche Eisenbahner wenden sich dagegen, und als einer sie nicht überzeugen kann, stellt er sich gemeinsam mit den Franzosen an die Wand.“ Die Gewerkschaftszeitung kommt zu dem Schluss: „Das ist ein schönes Beispiel für eine Verbrüderung, die sich in den nächsten Tagen wiederholen wird.“[34]

---

31 Péroche, Les mémoires, S.182, 198.

32 Malaure, Souvenir.

33 Dossier P 2257, Archives de la SNCF, zit. nach: Bachelier, La SNCF, S.779.

34 A la Roche: les Cheminots Allemands arrachent 10 Cheminots Français des mains des russes blancs, in: La Tribune des cheminots, 1.8.1944. Ein Teil dieses Artikels ist in der Geschichte der CGT-Föderation wiedergegeben. Siehe Joseph Jacquet (Hrsg.): Les cheminots dans l’histoire sociale de la France, Paris 1967, S.128f. An dem genannten Eisenbahnknotenpunkt gab es zahlreiche deutsche Eisenbahner, denn Anfang des Jahres waren 180 Mann dem dortigen Depot zugeteilt worden. In einer neueren Darstellung wird auf dieses Handeln der Bahnhofsbeschäftigten eingegangen, ohne jedoch die Solidaritätsgeste zu erwähnen: „Nach dem Eingreifen der deutschen Eisenbahner, die sich für ihre französischen Kollegen einsetzten, zogen sich die wilden Garden schließlich zurück.“ Georges Ribeill: Une saison en enfer, Migennes sous les bombes (été 1944), Dixmont 2004, S.34, im

In diesem Block sind trotzkistische Publikationen, die sich an die Bevölkerung der besetzten Länder wie an die Besatzungstruppen gleichermaßen wandten, von großem Interesse. Wenn sie auch die Tendenz hatten, die patriotische Dimension der gesellschaftlichen Bewegungen zu negieren, um ihre Version zu stützen, so waren sie doch nicht weniger gut informiert, sodass ich ihnen entsprechende Fakten entnehmen konnte. Die größte Tragödie, die die soziale Gruppe der Eisenbahner ereilte, war das Massaker von Ascq bei Lille vom April 1944, dem 86 Personen, in der Mehrzahl Eisenbahner, zum Opfer fielen. Was dort geschah, berichtete einen Monat später eine deutsche antinazistische Zeitschrift: „Ein Zug voller SS-Leute, der aus Russland kam, war entgleist. [...] Um Vergeltung zu üben [...], ließ der SS-Offizier die französischen Eisenbahner, die herbeigelaufen kamen, an die Wand stellen. [...] Was bedeuteten ein paar Menschenleben diesem Berufsmörder, der es gewohnt war, unter Arbeitern ein Blutbad anzurichten? Aber er hatte nicht damit gerechnet, dass der deutsche Arbeiter trotz fünf Jahren Krieg seinen gesunden Menschenverstand noch nicht verloren und sich Solidarität bewahrt hatte. Deutsche Eisenbahner verhalfen zahlreichen Franzosen zur Flucht und retteten ihnen so das Leben. Als eine nachfolgende Untersuchung ergab, dass der Zwischenfall nicht auf Sabotage, sondern auf den schlechten Zustand des rollenden Materials zurückzuführen war, wuchs unter französischen und deutschen Eisenbahnern die Empörung. Sie beschlossen, zum Zeichen des Protests gegen diesen Mord an unschuldigen Arbeitern in einen einstündigen Streik zu treten. Eine Stunde lang ruhte auf dieser Strecke der Verkehr, denn die deutschen Eisenbahner unterstützten die Franzosen und behinderten den Proteststreik in keiner Weise. Ihr tapferes Verhalten hat gezeigt, dass die deutschen Eisenbahner keinen nationalen Hass kennen und ihre Solidarität nicht an nationalen Grenzen Halt macht.“[35] Dass deutsche Eisenbahner französischen Kollegen halfen, ihren Henkern zu entkommen, wird in mehreren Zeugnissen erwähnt, aber konkrete Berichte von solchen Fällen liegen nicht vor.[36] So blieb es bei dem „tapferen Verhalten“, das in der deutschen Publikation hervorgehoben wurde. Als der Streik in eine Erhebung mündete, stellte das Organ der französischen Trotzkisten das Handeln der deutschen Eisenbahner oder zumindest deren Untätigkeit heraus: „Eine [...] Schwäche des Streiks der Eisenbahner ist das Fehlen der Zusammenarbeit mit den deutschen Eisenbah-

Besitz des Verfassers.

35 Arbeiter und Soldat, Organ des Bundes der Kommunisten-Internationalisten, Mai 1944 (Rückübersetzung – d.Ü.).

36 Siehe Les cheminots allemands cachent plusieurs de leurs collègues français menacés, in: La Vie du Rail, 23.8.1964.

nern. Diese haben ihre Klassensolidarität bei den Massakern von Ascq bereits gezeigt, als sie französische Eisenbahner versteckten. Dieses Mal haben sie (bis auf eine Ausnahme, die uns berichtet wurde) nichts unternommen, um den Streik zu brechen. Im Gegenteil, in einigen Zentren haben sie aktive Unterstützung geleistet. Was wurde getan, um ihre Hilfe zu gewinnen? Wäre man dem Beispiel der Verbrüderung in einigen Depots gefolgt, dann hätten wir gegen die Unterdrückung viel stärker sein können.“ Auch hier keine überlieferten Worte, aber eindeutige Taten. Dieser Internationalismus zeigte sich auch im Verhalten des Militärs beim Streik der Eisenbahner von Noisy-le-Sec am 27. Juli: „Die vor Ort stationierten deutschen Soldaten unternahmen weder etwas, um die bewaffneten F.T.P. festzunehmen, noch um den Streik zu brechen.“[37] Die Zeitung hebt den Widerspruch zwischen dem als *super* bewerteten Text der „Tribune“ und deutschfeindlichen Artikeln hervor: „*La Tribune des Cheminots* hat vollkommen recht. Aber dieses Beispiel wird sich nur wiederholen lassen, wenn die deutschen Eisenbahner in den französischen Arbeitern Klassenbrüder sehen. [...] In einem anderen Artikel schreibt *La Tribune* zum Beispiel: ‚Tod den deutschen Invasoren!‘ So hindert man französische und deutsche Arbeiter daran, sich die Hände zu reichen – zum großen Nutzen von Hitler und der Bourgeoisie aller Länder.“ Hier haben wir einen symbolischen Akt der Verbrüderung, wie sie wünschenswert war.

Zu solchen Taten für die Rettung des Kollegen waren auch französische Eisenbahner fähig. Auf dem großen Eisenbahnknotenpunkt Badan bei Lyon wurden Ende Juni 1944 einige französische Eisenbahner von Maquis-Kämpfern[38] abgefangen, als sie einen entgleisten Zug wieder auf die Schienen setzen wollten. Unter ihnen war auch ein „Bahnhof“. „Die Terroristen bemächtigten sich seiner und beschlossen, ihn zu erschießen“, hieß es im Bericht des SNCF-Direktors. „Nach langen Diskussionen wurde der deutsche Eisenbahner nur entwaffnet und zusammen mit unserem Personal freigelassen.“[39] Mit welchen Argumenten das Leben dieses Menschen gerettet wurde, wissen wir nicht.

Brüderlichkeit, keine Kameraderie

Nur wenige Dokumente, zum Beispiel ein im Archiv der SNCF aufgefundenes Foto für eine Ausstellung im Frühjahr 1995 oder jenes, das von

37 La Vérité, 4.und 18.8.1944. F.T.P. (auch FTPF, Francs-tireurs et partisans [français], [Französische] Freischärler und Partisanen - die Red.).
38 Maquis – Bezeichnung für die Partisanen der Résistance – die Red.
39 Zit. nach: Bachelier, La SNCF, S.779.

der „Tagesordnung der Deutschen Reichsbahn“ am 11. Juni 1942 berichtet, zeigen deutsche und französische Eisenbahner, die während der Besatzung Seite an Seite und sogar gemeinsam gearbeitet haben. Klar ist aber auch: Wenn es eine soziale Gruppe gab, deren Identität vom Widerstand gegen die Besatzer geprägt wurde, dann sind es die Beschäftigten der SNCF. Wir wissen nur wenig über die wahren Verhältnisse, doch in jenen Zeiten Gelegenheiten zur Annäherung zu nutzen erforderte, sorgfältig auszuwählen, miteinander zu reden und zu handeln.

Nach Jahren des relativ friedlichen Nebeneinanders bewiesen französische und deutsche Eisenbahner ihre Solidarität im Sommer 1944 mit sehr eindrucksvollen Aktionen. Das erklärt sich zum einen daraus, dass die Zahl der Reichsbahnangehörigen im besetzten Frankreich in dieser Zeit stark anwuchs, wodurch sie nun nichts Besonderes mehr waren, zum anderen daraus, dass alle Eisenbahner sich in einer Ausnahmesituation befanden. Die Friedensgesten bedeuteten für die Beteiligten nicht das Gleiche. Die französische Seite brachte damit zum Ausdruck, dass sie die „Bahnhofs“ nicht mit dem Naziregime gleichsetzte, das die Bewohner der besetzten Länder und zugleich auch die Deutschen unterdrückte, wodurch diese sich an Widerstandsaktionen beteiligen konnten. Die deutschen Eisenbahner hingegen demonstrierten damit ihre Gegnerschaft gegen den Nazismus. Aber Friedensgesten bedeuteten kein Bündnis im Kampf gegen die Nazis. Die Macher der Ausstellung „Die Reichsbahn 1920-1945“ im DB Museum haben in den ihnen zur Verfügung stehenden Archiven, vor allem in deutschen, vergeblich nach Spuren der Hilfe deutscher Eisenbahner für die Résistance gesucht.[40] Auch meine Recherchen, die auf das besetzte Frankreich beschränkt waren, haben kein anderes Ergebnis erbracht. Gerhard Leo gelang es, sich bei der *Transportkommandantur* von Toulouse anstellen zu lassen.[41] Während deutsche Soldaten Positionen in den Reihen des Widerstandes, besonders des kommunistischen, innehatten, deutet nichts darauf hin, dass deutsche Eisenbahner einen derartigen Entschluss gefasst hätten.

Waren es nun Worte des Friedens oder der Beschwichtigung? Wer kann das wissen? Die Taten des Friedens dagegen sind klar und eindeutig: Es waren Taten der Solidarität, die Rettung bedeuteten und bei enormem Risiko vollbracht wurden. Ebenso schwierig ist festzustellen, ob diese Taten in der sozialen Gruppe der Beschäftigten der Eisenbahn, in der Arbeiter-

40 Siehe Im Dienst von Demokratie und Diktatur. Die Reichsbahn 1920-1945, Katalog zur Dauerausstellung des DB Museums, Nürnberg 2002.

41 Siehe Gerhard Leo: Frühzug nach Toulouse. Ein Deutscher in der französischen Résistance 1942-1944, Berlin 1988.

klasse, in der Gesellschaft Widerhall fanden. Welche Maßstäbe dabei auch angelegt wurden, jene kriegführender Nationen wurden überwunden, andere Interessen, eine andere Solidarität gewannen die Oberhand. In einem Berufsfeld, in dem die nationale Dimension wesentlich ist und für jedes Land typische Technologien zum Einsatz gelangen (was zum Teil erklärt, warum es den Deutschen im Sommer 1944 nicht gelang, das französische Eisenbahnnetz unter Kontrolle zu bekommen) schufen die gemeinsamen Wesenszüge der Berufsidentität die Voraussetzungen für eine Solidarität, die sich in dieser Weise manifestierte. Diese wurde mit starken, allerdings nonverbalen Mitteln zum Ausdruck gebracht. In Frankreich wie in Deutschland gehörten die Eisenbahner den Volksschichten an. Unter denen, die im Lande ihre Züge fuhren, gab es nur wenige zweisprachige Personen. Auch ihre begrenzte Beherrschung des gesprochenen oder geschriebenen Wortes wie aller Wege, auf denen ihre Diskurse zu den Historikern hätten gelangen können, erklärt, dass dafür – abhängig von unserem Scharfsinn – nur die Taten übrig geblieben sind.[42]

Aus dem Französischen von Helmut Ettinger

42 Eine breitere Sicht auf diese Frage siehe bei Sylvie Caucanas/Rémy Cazals/Nicolas Offenstadt (Hrsg.): Paroles de paix en temps de guerre, Toulouse (Eigenverlag) 2006.

Die WASG – eine zeitgenössische Arbeiterpartei. Ein Überblick über die kurze Geschichte der „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“

Jochen Weichold

Welchen Charakter hatte die kurzlebige „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG)?[1] Um die Beantwortung dieser Frage hat sich in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Wissenschaftlern bemüht und darauf unterschiedliche Antworten gegeben. Der Sozialwissenschaftler Herbert Hönigsberger konstatiert, keine Partei sei „von den Daten, der Entstehungsgeschichte und dem Selbstverständnis her in einem so eigentlichen Sinn ‚Gewerkschaftspartei‘ wie die WASG“[2] gewesen. Die Politikwissenschaftler Eckhard Jesse und Jürgen P. Lang sehen in der WASG eher eine „Sozialstaatspartei“ denn eine „linke Sammlungspartei“.[3] Marian Künzel wirft die Frage auf, ob die WASG eine „Partei neuen Typs“ im Sinne einer organischen Verbindung von Partei und Bewegung gewesen sei, und kommt zu einem negativen Resultat.[4]
Christian Schiffer fragte danach, ob die WASG „gewerkschaftliche Interessensvertretung“ oder „Partei der neuen politischen Linken“ gewesen sei,[5] mochte sich allerdings zu keiner eindeutigen Antwort durchringen. Schiffer konstatiert einerseits, dass die WASG überdeutlich gewerkschaftliche Positionen widerspiegelte und organisatorisch mit den Gewerkschaf-

---

1 Die Bezeichnung und die Schreibweise der neuen Organisation variierten in der Anfangszeit ihrer Existenz. Auch die erste Abkürzung „ASG“ musste aus urheberrechtlichen Gründen in „WASG“ geändert werden, da das Weiterbildungsinstitut „Arbeitsgemeinschaft Sozialpädagogik und Gesellschaftsbildung e.V.“ (ASG) vor dem Landgericht Düsseldorf erfolgreich gegen die Verwendung des Kürzels durch die „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ geklagt hatte. Um das Verständnis der nachstehenden Ausführungen zu erleichtern, wird im Folgenden durchgängig die Bezeichnung „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG) verwendet.
2 Herbert Hönigsberger: Der parlamentarische Arm. Gewerkschafter im Bundestag zwischen politischer Logik und Interessenvertretung (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 95), Berlin 2008, S.61.
3 Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang: DIE LINKE – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008, S.77f.
4 Siehe Marian Künzel: Die Gründungsphase der Partei Die Linke – eine Partei neuen Typs?, Berlin 2012, S.80f.
5 Siehe Christian Schiffer: Die Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) – Gewerkschaftliche Interessensvertretung oder Partei der neuen politischen Linken?, Diplomarbeit, München 2007.

ten verflochten war. Gewerkschaftliche Positionen mit einer Tendenz zur Restauration des fordistischen Wohlfahrtsmodells als Ziel hätten das Fundament des politischen Selbstverständnisses der Partei gebildet. Andererseits hält Schiffer fest, dass bereits in der Gründungsphase ein Teil der Initiatoren nicht ausschließlich eine gewerkschaftliche Interessensvertretung schaffen wollte und dass es nach der Gründung Parteimitglieder gab, die weniger den Gewerkschaften bzw. ihrem institutionalisierten Kern nahestanden, sondern sich aus sozialen Bewegungen und kleineren linken Gruppen rekrutiert hätten. Insofern könne man „von der WASG durchaus als einer Partei der neuen politischen Linken sprechen",[6] meint Schiffer in deutlicher Überhöhung dieses Teils der WASG-Mitgliedschaft.

Derartig unterschiedliche Befunde wie „Gewerkschaftspartei", „Sozialstaatspartei", „gewerkschaftliche Interessenvertretung" oder „Partei der neuen politischen Linken" legen eine ganz andere These nahe – nämlich die, dass es sich bei der WASG um eine zeitgenössische Arbeiterpartei gehandelt hat. Dieser These soll im Folgenden nachgegangen werden.

Allgemein wird unter „Arbeiterparteien" der politische Teil der Arbeiterbewegung verstanden und deren traditionell enge Verbindung mit den Gewerkschaften betont.[7] Arbeiterparteien haben „die Erkämpfung und die Wahrnahme politischer Rechte der Arbeiter, die Verbesserung ihrer sozialen Stellung, durch staatliche Maßnahmen [...] sowie die Erringung bzw. Erweiterung der politischen Macht der Arbeiterschaft zum Ziel".[8] Anders ausgedrückt: Sie erheben den Anspruch, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, und setzen sich in erster Linie für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und für eine Lösung der „Sozialen Frage" ein.[9] Mit Blick auf die der Arbeiterbewegung entstammenden sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien heben die Parteienforscher Florian Blank und Julia Tzschätzsch als Ideale dieses Parteientypus soziale Gleichheit und Gerechtigkeit hervor.[10]

---

6 Ebenda, S.72.

7 Siehe Arbeiterbewegung, in: Wikipedia, http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeiterbewegung (16.07.2012).

8 Ernst Fraenkel/Karl Dietrich Bracher (Hrsg.): Das Fischer Lexikon Staat und Politik, Frankfurt/Main 1964, S.25. – Ähnlich: Manfred G. Schmidt: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart 2004, S.35.

9 Siehe Arbeiterpartei, in: Wikipedia, http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeiterpartei (16.07.2012).

10 Siehe Florian Blank/Julia Tzschätzsch: Parteitypen. http://bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42045/eigenschaften-und-parteitypen (16.07.2012).

Das Entstehen der WASG

Die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit entstand vor dem Hintergrund der neoliberalen Politik der „Agenda 2010" der von Gerhard Schröder und Joseph Fischer geführten Bundesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen.[11] Insbesondere die Hartz-IV-Gesetzgebung[12] empörte vor allem linke sozialdemokratische Gewerkschafter und ließ sie über geeignete Reaktionen auf diese Politik nachdenken. So stellte Hans-Jürgen Urban, Funktionsbereichsleiter beim Vorstand der IG Metall, 2003 Überlegungen zu einem „radikalen Politikwechsel" an, der auch die Gründung einer neuen linken politischen Kraft nicht ausschloss. In eine ähnliche Richtung gingen die Vorstellungen von Ralf Krämer, Gewerkschaftssekretär bei ver.di in Berlin, in seinem internen Strategiepapier[13] mit dem Titel „Für eine wahlpolitische Alternative 2006".[14]

---

11 Zur nachfolgend dargelegten Genese und zu den Aktivitäten der WASG siehe Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS), Bestand Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) – 078; Ruben Lehnert: Chronologie einer erfolgreichen Parteigründung, in: ADS, WASG – 129; Schiffer, Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit; Helge Meves: Die Chronologie der WASG und ihrer Kooperation mit der Linkspartei.PDS, in: Michael Brie (Hrsg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen, Berlin 2005, S.31f.; Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, in: Wikipedia, http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeit_%26_soziale_Gerechtigkeit_%E2 %80%93_Die_Wahlalternative (12.04.2012).

12 Die Hartz-IV-Gesetzgebung ist ein Teilresultat des sogenannten Hartz-Paketes, das von der unter der Leitung von Peter Hartz tagenden Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" entwickelt worden war. Das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen" (kurz „Hartz IV" genannt) trat am 1. Januar 2005 in Kraft und beinhaltete die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zum sogenannten Arbeitslosengeld II auf einem Niveau unterhalb der bisherigen Sozialhilfe. Zudem wurde die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes aus der Arbeitslosenversicherung mit Wirkung vom 1. Februar 2006 deutlich reduziert. Da sich die Arbeitslosenhilfe in ihrer Höhe nach dem letzten Erwerbseinkommen richtete und damit bei einem Normalarbeitsverhältnis in der Regel höher war als die Sozialhilfe, bedeutet die Hartz-IV-Gesetzgebung einen gravierenden Einschnitt in die Lebensverhältnisse von Erwerbslosen. Siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Hartz-Konzept (25.10.2012).

13 Ralf Krämer hatte seine Überlegungen zunächst in einem Strategiepapier dargelegt, das er mit Leuten aus seinem näheren Umfeld diskutierte und anschließend überarbeitete. Anfang 2004 verschickte er dann das erweiterte Strategiepapier mit dem Titel „Für eine wahlpolitische Alternative 2006" sukzessive an rund 100 Personen, die er mehr oder weniger gut kannte. Siehe: „... die soziale Frage von links und populär wieder ins Spiel bringen". Gespräch mit Ralf Krämer, in: Klaus Ernst/Thomas Händel/Katja Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt? Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE, Hamburg 2012, S.61-74, hier S.63.

14 Siehe Rudolf Speth: Navigieren ohne Kompass. Strategiebildung in Parteien und NGOs, Düsseldorf 2006, bes. S.60f. – Ein Eintritt in die PDS war für diese Kräfte aufgrund der geringen Verankerung dieser Partei in Westdeutschland und des ihr anhaftenden Negativ-

Anfang März 2004 begannen sich zwei Initiativen zu formieren, die „Wahlalternative 2006“ um Ralf Krämer sowie gewerkschaftsnahe Akteure wie Axel Troost, dem Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik („Memorandum-Gruppe“), und dem Redakteur der Zeitschrift „Sozialismus“ Joachim Bischoff und die Gruppe „Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ (ASG) um die IG-Metall-Funktionäre Klaus Ernst, Thomas Händel und Gerd Lobodda. Sie traten Mitte März 2004 mit eigenständigen Aufrufen an die Öffentlichkeit und „waren der organisationsförmig geronnene Protest gegen die Agenda 2010“.[15] Sie fühlten sich von der wachsenden Protestbewegung gegen die neoliberale Politik getragen, die mit dem Europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau am 3. April 2004 mit bundesweit etwa 500.000 Teilnehmern einen großen Erfolg verbuchen konnte.

Anfang Mai 2004 fand ein erstes Treffen von Initiatoren und Regionalkoordinatoren beider Initiativen statt, auf dem vereinbart wurde, die künftigen Organisationsstrukturen gemeinsam aufzubauen. Dies mündete Anfang Juli 2004 in die Vereinigung beider Initiativen in dem Verein „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“. Der große Zuspruch, den dieser politische Vorstoß fand, überraschte die Initiatoren und setzte sie unter Zeitdruck. „Wir waren nach dem Startschuss eigentlich immer Getriebene. Wir mussten immer schnell irgendetwas machen, einen Verein gründen, dann eine Partei, um bei der NRW-Wahl 2005 anzutreten“,[16] reflektierte Ralf Krämer im Frühjahr 2012.

Entgegen den Vorstellungen eines Teils der WASG-Führung, der auf einen langsameren und auf die Konsolidierung der Gesamtorganisation zielenden Prozess setzte, wollte die nordrhein-westfälische WASG unbedingt

---

Images keine Alternative. Die Option PDS bleibe hinter den Erfordernissen und den gesellschaftlichen Möglichkeiten dramatisch zurück, hieß es dazu im Aufruf der „Wahlalternative 2006“ vom 15. März 2004. Nach Ansicht der Autoren des Aufrufs sei die PDS „nicht in der Lage, den überwiegenden Teil des Potentials für eine wahlpolitische Alternative auszuschöpfen. Für einen Großteil des Potentials ehemals sozialdemokratischer, grüner oder sonstwie linker WählerInnen und sozial enttäuschter NichtwählerInnen kommt sie nicht in Frage.“ In den letzten Jahren habe sie sich durch ihre Regierungsbeteiligung in Berlin zusätzlich desavouiert. Sie erscheine als sehr auf sich selbst und auf das Mitregieren fixiert. Sie bzw. ihre führenden VertreterInnen seien offenbar für die notwendige klare und offensive und zugleich populär vorgetragene Gegenposition zum Neoliberalismus in der öffentlichen Auseinandersetzung weder politisch-inhaltlich noch kulturell geeignet. Für eine wahlpolitische Alternative 2006, o.O., 15.03.2004, S.4, in: ADS, WASG – 129.

15 Oliver Nachtwey: Im Westen was Neues. Die Entstehung der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit, in: Tim Spier u. a. (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S.155-184, hier S.173.

16 Gespräch mit Ralf Krämer, S.66.

an der dortigen Landtagswahl im Mai 2005 teilnehmen, was ohne den Parteistatus nicht möglich gewesen wäre. Dadurch sah sich die WASG-Führung genötigt, schneller als ursprünglich beabsichtigt die Gründung einer Partei anzuvisieren.[17]

Getragen wurde der Prozess von der Vereinsgründung zur Installierung der Partei WASG und noch darüber hinaus von der anhaltenden Protestwelle gegen die „Agenda"-Politik, die sich insbesondere in Gestalt der „Montagsdemonstrationen" manifestierte, eine Protestform, die auf die machtvollen Demonstrationen an diesem Wochentag im Herbst 1989 zurückging und wesentlich zur politischen Wende in der DDR beigetragen hatte. Zudem zeigte die sogenannte „Sonntagsfrage", bei der die Wahlpräferenz erkundet wird, dass eine solche neue Partei mit einer beträchtlichen Zustimmung rechnen konnte. Die Bundesdelegiertenkonferenz der WASG Anfang November 2004 in Nürnberg fasste den Beschluss, eine Urabstimmung über die Gründung einer Partei WASG einzuleiten. In dieser Urabstimmung, deren Ergebnis kurz vor Weihnachten 2004 bekannt gegeben wurde, entschieden sich 96,07 Prozent der WASG-Mitglieder für eine Parteigründung.[18]

Daraufhin erfolgte am 22. Januar 2005 auf einer Gründungsversammlung in Göttingen – als typisches Top-Down-Projekt[19] – die Gründung der Partei „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit". Gut ein Vierteljahr später fand vom 6. bis zum 8. Mai 2005 der eigentliche Gründungsparteitag der WASG in Dortmund statt. Die Delegierten beschlossen das Gründungsprogramm, die Satzung, die Beitrags- und Kassenordnung sowie die Schiedsordnung der WASG und wählten einen Geschäftsführenden und einen Erweiterten Bundesvorstand. Zu Mitgliedern des Geschäftsführenden Vorstandes bestimmten die Basisvertreter die ASG-Gründer Klaus Ernst und Thomas Händel, der das Amt des Schatzmeisters übernahm, sowie Axel Troost und die attac-Aktivistin Sabine Lösing. Die Programmatik der WASG orientierte sich an der „Leitidee der so-

17 Siehe „Es gibt kein Zurück". Gespräch mit Klaus Ernst, in: Ernst/Händel/Zimmermann (Hrsg.), Was war?, S.47-59, hier S.53.

18 Siehe Meves, Chronologie, S.31.

19 Ralf Krämer hatte im erweiterten Entwurf seines internen Strategiepapiers vom 5. Februar 2004 für die erste Etappe des Organisationsaufbaus einen solchen Top-Down-Prozess vorgesehen, bis eine „‚kritische Masse' an relevanten Personen und Gruppierungen" gesammelt sei. Ralf Krämer: Für eine wahlpolitische Alternative 2006, in: Ernst/ Händel/ Zimmermann (Hrsg.), Was war?, S.184-206, hier S.200. – Auch Axel Troost erklärte rückblickend die WASG-Gründung zur „reinen Kopfgeburt", zu einer „Gründung von oben": „Die WASG war eine Kopfgründung. [...] Alle haben einen Sprung über den eigenen Schatten gemacht". Gespräch mit Axel Troost, in: ebenda, S.121-133, hier S.123, 125.

zialen Gerechtigkeit".[20] In der Kurzfassung ihres stark von linkskeynesianischen Vorstellungen beeinflussten Gründungsprogramms betonte die WASG: „Wir wollen eine Kehrtwende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik: für Arbeit und soziale Gerechtigkeit! [...] Wir wollen verhindern, dass immer mehr Menschen zu Löhnen beschäftigt werden, von denen sie nicht leben können. Befristete Beschäftigung und Leiharbeit müssen wieder zur Ausnahme werden statt immer mehr zur Regel. Den Kündigungsschutz wollen wir verbessern, statt immer weiter abbauen. Arbeit muss sich lohnen – für alle!"[21]

Die WASG forderte einen Mindestlohn von 1.500 € im Monat bzw. von 9 € pro Stunde. Sie verlangte ein großes öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm und den Ausbau öffentlicher und sozialer Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher Betriebe und Dienstleistungen lehnte sie ab. Sie wollte den Sozialstaat stärken, statt ihn zu demontieren, denn nur Reiche könnten sich einen armen Staat leisten. Die WASG forderte daher „gerechte Steuern". Konzerne und andere profitable Unternehmen sollten deutlich mehr Steuern zahlen. Steuerschlupflöcher für Vermögende und Großverdiener müssten geschlossen, Spekulationsgewinne versteuert, der Spitzensteuersatz auf mindestens 47 Prozent angehoben, eine Vermögenssteuer eingeführt und die Erbschaftssteuer für Reiche erhöht werden. Erwerbslose sollten solidarisch abgesichert und die Verschlechterungen durch die Hartz-Gesetze zurückgenommen werden. Auch künftig müssten die Menschen mit spätestens 65 Jahren in Rente gehen können. In diesem Kontext plädierte die WASG für eine solidarische Bürgerversicherung für alle.

In ihrem Kurzprogramm erklärte die WASG, sie wolle den Interessen der abhängig Arbeitenden und sozial Benachteiligten wieder eine Stimme in Politik und Parlament verschaffen und Partner sozialer und demokratischer Bewegungen sein. Sie strebe ein breites Bündnis mit allen Menschen an, die mit ihr in dem Gedanken geeint sind, dass eine andere Politik machbar ist. Die WASG unterstrich: „Wir machen Druck für eine soziale Alternative. Wir sind die Opposition gegen ungerechte Politik. Wir kämpfen für einen grundlegenden Politikwechsel. Eine solidarische Gesellschaft ist möglich, wenn die Interessen von Millionen mehr zählen als die der Millionäre, wenn die Menschen bestimmen und nicht das Kapital."[22]

---

20 Siehe Horst Dietzel/Jana Hoffmann/Gerry Woop: Studie zum Vergleich der Parteiprogramme von PDS und WASG, Berlin 2005, S.7.

21 Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative WASG: Programm für eine bessere Zukunft, Fürth 2005, S.4.

22 Ebenda, S.15.

Das Programm markierte damit insbesondere jene Punkte, in denen die WASG-Gründer mit der Schröder-SPD über Kreuz lagen. Eine eher untergeordnete Rolle in diesem Programm mit seinem Schwerpunkt auf der Arbeitsmarkt-, der Wirtschafts- und der Steuerpolitik spielten die demokratische Gestaltung und der ökologische Umbau der Gesellschaft, Bildungsfragen oder Außen- und Sicherheitspolitik. Ralf Krämer definierte rückblickend das Eintreten für soziale Gerechtigkeit, für Arbeitnehmerinteressen, für gerechte Verteilung, für machbare und zugleich entschiedene Alternativen gegen die herrschende Politik als „Kern der WASG".[23]
Ideologisch aufgeladene Begriffe wie der des „demokratischen Sozialismus", auf den sich sowohl SPD als auch PDS in ihrer Programmatik beriefen, fehlten im WASG-Programm. Nach dem Willen der Parteigründer sollten so ideologische und weltanschauliche Hürden für einen Beitritt vermieden werden, um möglichst viele Menschen, die ihrem Widerstand gegen den Neoliberalismus auch auf diese Weise praktischen Ausdruck verleihen wollten, für das neue Parteiprojekt zu gewinnen. Axel Troost betonte später, dass „zahlreiche WASG-Mitglieder den Neoliberalismus ablehnen und sich deshalb engagieren, sich aber nicht unbedingt als AnhängerInnen eines Demokratischen Sozialismus bezeichnen würden".[24] Ihr Parteiverständnis formuliert das Gründungsprogramm der WASG wie folgt: Die Partei „versteht sich als Sammlungsbewegung für Menschen unterschiedlicher politischer und sozialer Herkunft. Uns führt das gemeinsame Anliegen für eine gerechtere Gesellschaft zusammen".[25]
Die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit beteiligte sich als Protestpartei und als Alternative zur herrschenden Politik insbesondere der SPD am 22. Mai 2005 an der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und erreichte 2,2 Prozent bzw. rund 182.000 Stimmen. Ca. 50.000 ehemalige SPD-Wähler und ungefähr 60.000 bisherige Nichtwähler hatten diesmal für die WASG votiert.[26] Die konkurrierend angetretene PDS er-

23 Gespräch mit Ralf Krämer, S.74.
24 Axel Troost: Nur in Pluralität erfolgreich, in: Neues Deutschland (Berlin), 18.8.2006.
25 Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative: Gründungsprogramm der ASG, Fürth 2005, S.27, in: ADS, WASG – 129. – Ganz in diesem Sinne hatte Ralf Krämer, einer der strategischen Vordenker der WASG, Anfang Februar 2004 in dem bereits oben angeführten internen Strategiepapier als Ziel umrissen: „Es geht [...] in gewissem Maße auch um einen linken Populismus, der notwendig ist, um die Massen zu mobilisieren. Es geht nicht um eine neue explizit linkssozialistische Partei." Krämer, Alternative, S.193.
26 Siehe Janosch Steuwer: Eine neue Partei „links von der SPD". Überlegungen zur Bedeutung nicht-etablierter Kleinparteien im politischen System Nordrhein-Westfalens am Beispiel der WASG und der Linkspartei.PDS, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen. Forschungen und Forschungsberichte, 2007, Nr. 38, S.97-124, hier S.120. – Das waren 27,5 Prozent bzw. 33 Prozent aller Stimmen, die auf die WASG entfielen.

hielt nur 0,9 Prozent der Stimmen. Die SPD verlor diese Landtagswahl mit 37,1 Prozent – einem Minus von 5,7 Prozentpunkten gegenüber der Landtagswahl 2000.[27] Bundeskanzler Schröder nahm dies zum Anlass, um vorgezogene Wahlen zum Deutschen Bundestag zu verkünden.
Zwei Tage später trat der frühere SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine aus seiner Partei aus und unterbreitete das Angebot, bei der nächsten Bundestagswahl für ein Linksbündnis aus WASG und PDS zu kandidieren.

Die Bundestagswahl 2005

Am 30. Mai 2005 fanden erste offizielle Gespräche zwischen den Bundesvorständen der PDS und der WASG statt. Das vorläufige Ergebnis dieser Verhandlungen bestand in der Absicht, die PDS in Linkspartei.PDS (LP.PDS) umzubenennen und für die Bundestagswahl die Kandidatur von Mitgliedern der WASG auf ihren Landeslisten zu ermöglichen. Am 17. Juni 2005 unterzeichneten Klaus Ernst für die WASG und Lothar Bisky für die PDS das später „Kooperationsabkommen I" genannte Gesprächsergebnis, in dem eine Vereinigung beider Parteien nach spätestens zwei Jahren vorgeschlagen wurde. „Die Art der Vereinigung soll wie zwischen den Parteien ‚Die Grünen' und ‚Bündnis 90', wenn auch in umgekehrter Hinsicht, erfolgen."[28]
Im Juni/Juli 2005 erreichte die prospektierte neue Linkspartei in mehreren Meinungsumfragen erstmalig mehr als zehn Prozent potenzieller Wählerstimmen. In einer späteren qualitativen Akteurs- und Expertenbefragung, die der Politikwissenschaftler Meinhard Meuche-Mäker in der ersten Jahreshälfte 2007 durchführte, waren sich die beteiligten Akteure aus beiden Parteien (sowohl der Bundes- wie der Landesebene) des einzigartigen „window of opportunity" bewusst und übereinstimmend der Meinung, „dass es zur gemeinsamen Bundestagskandidatur von Linkspartei.PDS und WASG keine Alternative gegeben hätte".[29]
Nachdem sowohl der Bundesvorstand der PDS als auch der Bundesvorstand und die Landesvorstände der WASG das vorläufige Ergebnis der

27 Siehe Der Fischer Weltalmanach 2006. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt/Main 2005, S.136, 154.
28 Gesprächsergebnis zwischen Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) und Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), 17.06.2005, in: ADS, WASG – 067.
29 Meinhard Meuche-Mäker: Der Blick von Innen. Die Sicht von Akteuren auf die Bildung der Partei DIE LINKE. Studie auf Grundlage leitfadengestützter Interviews mit Akteuren aus Linkspartei.PDS und WASG, in: Michael Brie/Cornelia Hildebrandt/Ders. (Hrsg.): DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?, Berlin 2007, S.46-89, hier S.86.

Verhandlungen vom 30. Mai 2005 bestätigt hatten, beschloss ein Sonderparteitag der WASG am 3. Juli 2005 in Kassel eine Urabstimmung über Kandidaturen auf den Listen der Linkspartei zur Bundestagswahl 2005 und über die Einleitung eines ergebnisoffenen Diskussionsprozesses für die Schaffung eines breiten demokratischen Linksbündnisses. In dieser Urabstimmung, die am 15. Juli 2005 abgeschlossen wurde, stimmten 81,8 Prozent der WASG-Mitglieder für eine Kandidatur auf den offenen Listen einer Linkspartei und 85,3 Prozent für die Einleitung eines solchen Diskussionsprozesses. Kurz darauf beschloss ein Parteitag der PDS mit 74,6 Prozent die Umbenennung in Linkspartei.PDS.[30]

Bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 erreichte die LP.PDS 8,7 Prozent der Wählerstimmen und 54 Mandate. 44 Prozent ihres Elektorats in den alten Bundesländern bildeten ehemalige SPD-Wähler.[31] Das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap ermittelte, dass es der LP.PDS bei dieser Wahl gelang, per Saldo 960.000 bisherige SPD-Wähler und 390.000 bisherige Nicht-Wähler für sich zu gewinnen.[32] Weit überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte die Linkspartei.PDS mit 16 Prozent der Stimmen bei den Arbeitern und mit 19 Prozent bei den Arbeitslosen.[33] Während die PDS über mehrere Bundestagswahlen hinweg bevorzugt von Menschen mit hoher formaler Bildung, Beamten, Angestellten und Arbeitslosen gewählt worden war, stimmten 2005 Menschen mit formal niedriger Bildung, Arbeiter und – noch stärker als früher – Arbeitslose überdurchschnittlich häufig für die Linkspartei. Durch das Zusammengehen von LP.PDS und WASG gelang es somit, verstärkt in soziale Gruppen vorzudringen, die der PDS vorher eher ferngestanden hatten.[34] Die Politikwissenschaftler Harald Schoen und Klaus W. Falter konstatierten in diesem Kontext: „Gemessen an ihrer Attraktivität in verschiedenen sozialen Gruppen, hat sie [die Linkspartei – J. W.] sich – überspitzt formuliert – von einer Elitenpartei in Richtung einer Unterschichtpartei entwickelt."[35] Man kann also davon ausgehen, dass das Image der WASG als den Protest gegen das Hartz-IV-Gesetz bündelnde „Sozialstaatspartei" (oder besser: Arbeiterpartei) für den Wahlerfolg im klassischen Arbeitermilieu ursächlich war.

---

30 Siehe Neues Deutschland (Berlin), 16./17.7. 2005, 18.7.2005.

31 Siehe Christoph Kowalski: Die Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005. Eine Analyse des Einflusses politischer Sachfragen und der Spitzenkandidaten auf die Wahlabsicht, Saarbrücken 2008, S.26.

32 Siehe DER SPIEGEL, Wahl 2005, 19.9.2005, S.62.

33 Siehe Kowalski, Linkspartei, S.28.

34 Siehe Harald Schoen/Jürgen W. Falter: Die Linkspartei und ihre Wähler, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2005, Nr. 51/52, S.33-40, hier S.37f.

35 Ebenda, S.38; siehe auch Kowalski, Linkspartei, S.27-29.

Indirekt bestätigte das Ralf Krämer in einem Interview, in dem er konstatierte, dass der gewerkschaftliche oder klassenorientierte Ansatz in der PDS keine große Rolle gespielt habe: „Das starke soziale und arbeitnehmerorientierte Profil und die starke gewerkschaftliche Verankerung der LINKEN ist vor allem ein Erbe der WASG.“[36]

Kurs auf die neue Linkspartei

Im Ergebnis der Bundestagswahl konnten zwölf Mitglieder der WASG auf den Listen der Linkspartei.PDS in den Bundestag einziehen. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag entwickelte sich in der Folgezeit zum Labor für die Schaffung einer neuen Linkspartei in Deutschland.[37] Anfang Dezember 2005 beschlossen die Vorstände beider Parteien im „Kooperationsabkommen III“, bis spätestens 30. Juni 2007 die freie Vereinigung der gesellschaftlichen Linken zu erreichen und so die erste wirklich gesamtdeutsche Partei der Bundesrepublik zu schaffen. In diesem Abkommen fanden die Akteure einen Kompromiss zur politischen Ausrichtung der geplanten Partei: „Zur Politik der neu gebildeten Partei sollen Widerstand und Protest ebenso zählen wie der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung und die Entwicklung über den Kapitalismus hinausweisender gesellschaftlicher Alternativen.“[38] In einer Urabstimmung vom 6. bis zum 30. März 2006 votierten 78 Prozent der WASG-Mitglieder für den Parteibildungsprozess und dafür, dass es nur noch um das „Wie“, nicht mehr um das „Ob“ gehe.[39]
Rund ein Fünftel der Mitglieder der WASG (darunter namentlich solche aus dem trotzkistischen Spektrum) war nicht bereit, den Weg der Verschmelzung der WASG mit der LP.PDS zur Partei DIE LINKE mitzugehen. Besonders stark war der Widerstand in den WASG-Landesverbänden Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Sachsen, aber mit dem „Leverkusener Kreis“ (LVK) um Markus Schlegel[40] und Matthias Fiege vor allem auch in Nordrhein-West-

36 Gespräch mit Ralf Krämer, S.72.
37 Siehe Gero Neugebauer: Von der SED/PDS zur Partei DIE LINKE. Oszillieren zwischen Demokratie und Extremismus?, in: Ulrich Dovermann (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011, S.95-122, hier S.101.
38 Kooperationsabkommen III. Rahmenvereinbarung zum Parteibildungsprozess zwischen Linkspartei.PDS und WASG, Berlin, 06.12.2005, S.1, in: ADS, WASG – 067.
39 Siehe Lehnert, Chronologie.
40 Markus Schlegel war Mitglied des Bundesschiedsgerichts der WASG. Siehe ADS, WASG – 007.

falen.[41] Der nach eigenen Angaben rund 300 Mitglieder und 1.500 Interessenten zählende LVK[42] machte sich insbesondere für basisdemokratische Elemente, wie die Trennung von Amt und Mandat, stark und wandte sich gegen „die nicht eben demokratischen Praktiken auf der Vorstandsebene beider Parteien". Markus Schlegel erklärte in einem Interview mit der „taz" diplomatisch: „Mit einer PDS, die in Meckpom und Berlin gemeinsam mit der SPD in den Landesregierungen an der Umsetzung der Hartz-IV-Grausamkeiten mitarbeitet, gibt es erheblichen Diskussionsbedarf."[43] Widerstand gegen ein Zusammengehen mit der LP.PDS hatte es schon vor den Bundestagswahlen gegeben. So hatten sich am 31. Mai 2005 die Landesvorstände Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen in Leipzig getroffen, um über die vom Geschäftsführenden Bundesvorstand der WASG mit der PDS geführten Gespräche zu einem Wahlbündnis zur Bundestagswahl im September 2005 zu beraten. In einer gemeinsamen Erklärung konstatierten die drei Landesvorstände, dass diese Gespräche „von großen Teilen der Parteibasis der WASG mit Skepsis, teils offen ablehnend beobachtet" würden. Der vom Geschäftsführenden Bundesvorstand eingeschlagene Weg würde die Partei „vor eine Zerreißprobe" stellen und eine Weiterentwicklung der Partei verhindern. Die drei Landesvorstände forderten eine Urabstimmung zur Frage „Soll die WASG zu den Wahlen zum 16. Deutschen Bundestag eigenständig kandidieren?" und die unverzügliche Einberufung eines Sonderparteitages zu dieser Problematik.[44] Ein Parteitag der WASG Sachsen stimmte Mitte Juni 2005 gegen ein Wahlbündnis mit der PDS und dafür, bei der Bundestagswahl im September 2005 eigenständig anzutreten. „Wir hatten 16 Jahre die Möglichkeit, in die PDS einzutreten, und haben das aus guten Gründen nicht getan", erklärte WASG-Bundesvorstandsmitglied Andreas Wagner dazu.[45]

---

41 Gegen Markus Schlegel, Matthias Fiege und andere Mitglieder des LVK wurden Parteiordnungsverfahren eingeleitet. Siehe taz – die tageszeitung, NRW-Ausgabe, 27.9.2005; ADS, WASG – 066, 068 und 114.

42 Siehe Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, in: Wikipedia, http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeit_%26_soziale_Gerechtigkeit_%E2%80%93_Die_Wahlalternative (12.04.2012).

43 „Die Listenarithmetik stand fest". Interview mit Markus Schlegel, in: taz – die tageszeitung, NRW-Ausgabe, 17.8.2005.

44 Siehe Erklärung der Landesvorstände Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen der WASG zu den Gesprächen über ein Wahlbündnis mit der PDS, Leipzig, 31.05.2005, in: ADS, WASG – 126.

45 Zitiert nach: Dresdner Morgenpost, 20.6.2005. Der Landesvorstand Sachsen änderte später seine Haltung. Trotz Kritik an der Linkspartei.PDS und am „Wie" des Parteineubildungsprozesses erklärte er anlässlich der WASG-Urabstimmung am 6. März 2006: „Der Landesvorstand Sachsen bekräftigt sein entschiedenes Votum für einen Parteineubildungs-

Der anhaltende Widerstand in mehreren Landesverbänden der WASG gegen ein Zusammengehen mit der Linkspartei.PDS veranlasste den Bundesvorstand der Partei, sich insbesondere im Verlauf des Jahres 2006 mehrfach mit der Lage in der Gesamtpartei und mit der Situation in den Landesverbänden Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zu beschäftigen. Am 13. Mai 2006 enthob er die beiden Landesvorstände ihres Amtes und ersetzte sie durch Beauftragte.[46]

Entgegen den Beschlüssen des Ludwigshafener WASG-Parteitags vom April 2006 gegen Konkurrenzkandidaturen von Linkspartei.PDS und WASG traten am 18. September 2006 bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin und bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern die dortigen Landesverbände der WASG gegen die LP.PDS an. Sie – aber auch Mitglieder aus anderen Landesverbänden der WASG – warfen den realpolitisch orientierten und auf Regierungsbeteiligung setzenden Landesverbänden der Linkspartei.PDS vor, eine „neoliberal weichgespülte Politik"[47] zu betreiben. „Die Linkspartei.PDS beteiligt sich in Berlin an der Umverteilung von unten nach oben",[48] kritisierte die Landesarbeitsgemeinschaft Berlinpolitik der WASG. Lucy Redler, die Spitzenkandidatin der WASG zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin, spottete, montags habe die Linkspartei.PDS gegen Hartz IV demonstriert, dienstags dann bei der Umsetzung geholfen. Die Folge sei: „Berlin ist die Hauptstadt der Arbeitslosen und der Armen."[49] Die LP.PDS verlor bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin rund die Hälfte ihrer Stimmen und erreichte 13,4 Prozent. Die

---

prozess zwischen WASG und Linkspartei.PDS in Sachsen und im Bund unter Einbeziehung der sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften zur Schaffung einer gemeinsamen Neuen Linken." Er hob aber hervor: „Das Modell PDSplus und eine reine Fusion von Linkspartei.PDS und WASG sind zu wenig und gehen am Grundgedanken der Parteineubildung vorbei." ADS, WASG – 126. – Andreas Wagner trat Ende April 2006 aus der WASG aus und wechselte als sozialpolitischer Berater zur Fraktion der rechtsextremen NPD im Sächsischen Landtag. Siehe RP-ONLINE (Rheinische Post), 28.4.2006. http://www.rp-online.de/politik/deutschland/wagner-erklaert-austritt-aus-wasg-1.2240406?ot=de.circit.rpo.PopupPageLayout.ot (17.04.2012).

46 ADS, WASG – 053, 055, 056, 057, 058 und 064. – Der Berliner Landesvorstand der WASG klagte allerdings erfolgreich gegen seine Absetzung und wurde per Gerichtsentscheid wieder eingesetzt. Das Landgericht Berlin räumte dem Landesvorstand Berlin der WASG im einstweiligen Anordnungsverfahren das Recht zur Teilnahme an der Abgeordnetenhauswahl im September 2006 ein. Siehe Harald Bergsdorf: Die neue „Linke". Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel, Bonn 2008, S.65; ADS, WASG – 067.

47 Egbert Scheunemann: Kurzbericht vom Programmkonvent in Hannover, 02.10.2006. http://de.groups.yahoo.com/group/WASG-Infos/message/710?var=0 (10.04.2012).

48 Landesarbeitsgemeinschaft Berlinpolitik der WASG: Bilanz einer Schieflage. Fehlentscheidungen des Berliner SPD-Linkspartei.PDS-Senats, Berlin 2006, S.2.

49 Zit. nach: Frankfurter Rundschau, 8.9.2006.

WASG kam auf 2,9 Prozent. In Mecklenburg-Vorpommern erhielten die Linkspartei.PDS 16,8 Prozent und die WASG lediglich 0,5 Prozent der Wählerstimmen.[50]

Einige der Parteirebellen leiteten die Gründung neuer politischer Organisationen ein. Matthias Fiege, als einer der Sprecher des LVK, kündigte im September 2005 an, eine neue Partei mit dem Namen „Frieden und soziale Gerechtigkeit"[51] aus der Taufe heben zu wollen, weil sich die westdeutsche Linke mit der Kandidatur von WASG-Mitgliedern auf den Listen der Linkspartei.PDS „an die ostdeutsche [Linke – J.W.] verkauft" habe.[52] Fusionsgegner, die eine sozialistische Ausrichtung ablehnten, gründeten die „Soziale Alternative für Gerechtigkeit" (SAG), die in den Bundesländern Bayern, Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen aktiv wurde. Im April 2007 schufen rund 60 Fusionsgegner um das frühere Landesvorstandsmitglied Lucy Redler die auf Berlin beschränkte, sozialistisch ausgerichtete Vereinigung „Berliner Alternative für Solidarität und Gegenwehr" (BASG). Gleichfalls in Berlin wurde im Mai 2007 die Vereinigung „Wahlalternative Soziales Berlin" (WAS-B) gegründet.[53]

Trotz dieser innerparteilichen Widerstände und ungeklärter inhaltlicher Differenzen zwischen WASG und Linkspartei.PDS (vor allem um die Frage der Regierungsbeteiligungen und die damit zusammenhängenden Kompromisse sowie den „demokratischen Sozialismus" als Ziel gesellschaftlicher Veränderungen) waren bereits im Frühjahr 2006 die Weichen in Richtung einer gemeinsamen neuen Linkspartei in Deutschland gestellt.

WASG und LP.PDS bestritten gemeinsam Wahlkämpfe in mehreren Bundesländern und Kommunen und beteiligten sich an der Mobilisierung gegen die Bolkestein-Richtlinie,[54] gegen die in der Agenda 2010 anvisierte Rente mit 67 Jahren, gegen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan, für einen gesetzlichen Mindestlohn und an der Vorbereitung weiterer globalisie-

---

50 Siehe Lehnert, Chronologie.

51 Siehe Falk Heunemann: Die Erfindung der Linkspartei. Die Kooperation der PDS und der WASG zur Bundestagswahl 2005, Saarbrücken 2008, S.59.

52 Siehe DER SPIEGEL, Wahl 2005, S.55.

53 ADS, WASG – 068.

54 Als Bolkestein-Richtlinie wurde die von EU-Binnenmarkt-Kommissar Frits Bolkestein als Entwurf Anfang 2004 vorgelegte Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt bezeichnet, die auf die weitgehende Liberalisierung dieser Leistungen hinauslief und in der geplanten Form zu einer einschneidenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der in diesem Bereich Beschäftigten geführt hätte. Die heftigen europaweiten Proteste bewirkten eine deutliche Abmilderung der Richtlinie in ihrer Ende 2006 beschlossenen Fassung. Siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Richtlinie_2006/123/EG_%C3%BCber_Dienstleistungen_im_Binnenmarkt (25.10.2012).

rungskritischer Proteste. Im September 2006 befasste sich ein Programm-Konvent in Hannover mit dem Selbstverständnis der neuen Linkspartei. Mitte November 2006 schuf ein WASG-Parteitag in Geseke die juristischen Voraussetzungen für den Parteineubildungsprozess und nahm den Leitantrag „Für eine vereinte Partei der Linken – gemeinsam gegen Neoliberalismus" an.[55] Am 10. Dezember 2006 beschloss eine gemeinsame Bundesvorstandssitzung von Linkspartei.PDS und WASG die Gründungsdokumente der geplanten Partei DIE LINKE als Anträge an die parallelen Bundesparteitage beider Parteien in Dortmund. Auf dem 5. Parteitag der WASG im März 2007 in Dortmund stimmten 86,7 Prozent der Delegierten dem Verschmelzungsvertrag der WASG mit der LP.PDS[56] zu (314 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen).[57]
Vor dem Hintergrund dieses Abstimmungsergebnisses warb der Geschäftsführende Bundesvorstand der WASG im Anschreiben an die WASG-Mitglieder zu der nun anstehenden Urabstimmung vom 30. März bis zum 18. Mai 2007 über die Gründung der neuen Partei um Zustimmung: „Der Parteibildungsprozess hat längst begonnen [...]. Die Parteien wachsen auf allen Ebenen zusammen. [...] Es geht voran! Deshalb werben wir – auf Basis des eindeutigen Auftrags unseres Bundesparteitages – für Deine Zustimmung zur Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS auf der Grundlage der beschlossenen Gründungsdokumente. Deshalb bitten wir Dich, an dieser Urabstimmung teilzunehmen und mit JA zu stimmen."[58] In dieser Urabstimmung sprach sich eine Mehrheit von 83,9 Prozent der WASG-Mitglieder für die Gründung der Partei DIE LINKE aus.[59] Ein außerordentlicher Parteitag der WASG am 15. Juni 2007 in Berlin machte schließlich endgültig den Weg frei für die Gründung der neuen Partei am 16. Juni 2007 in Berlin.[60]

55 Gleichzeitig lehnte der Parteitag der WASG in Geseke den zwischen SPD und Linkspartei.PDS im Stadtstaat Berlin ausgehandelten Koalitionsvertrag ab: „In der vorliegenden Form bewertet die WASG den Koalitionsvertrag als keine tragfähige Basis für eine glaubwürdige linke Politik in der Regierung. Wir als WASG könnten dem bisherigen Koalitionsvertrag so nicht zustimmen und erwarten von der Linkspartei in den von uns kritisierten Punkten eine Nachverhandlung." Koalitionsvertrag für Berlin – Keine Stärkung für die Linke. Beschluss des Bundesparteitages der WASG vom 18.11.2006; angenommen mit sehr großer Mehrheit. Pressemitteilung, 18. November 2006, S.2, in: ADS, WASG – 24 e.
56 Im Verschmelzungsvertrag firmiert die Linkspartei.PDS als „Die Linkspartei e.V.".
57 Siehe Protokoll des 5. Parteitages der Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) vom 24. und 25. März (2007) in Dortmund, in: ADS, WASG – 026.
58 ADS, WASG – 120.
59 Siehe http://www.spiegel.de/politik/deutschland/urabstimmung-linkspartei-und-wasg-stimmen-fuer-fusion-a-483707-druck.html (23.10.2012).
60 Rechtlich war die Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS ein Beitritt der

Im traditionellen Arbeitermilieu verankert

Aufbau und Struktur der WASG wiesen kaum signifikante Unterschiede zu den etablierten bundesrepublikanischen Parteien auf. Die WASG, die im gesamten Bundesgebiet aktiv war, gliederte sich in Landesverbände und diese in Kreis- und Ortsverbände. Höchstes beschlussfassendes Gremium der Partei war laut Satzung der Bundesparteitag, dem die Wahl des Geschäftsführenden und des Erweiterten Bundesvorstandes sowie der Mitglieder des Bundesschiedsgerichts oblag. Im Unterschied zu den Bundestagsparteien bestand die Führungsspitze der WASG nicht aus einem oder aus zwei (gleichberechtigten) Vorsitzenden, sondern aus einem Geschäftsführenden Bundesvorstand, zu dessen vier Mitgliedern auch der Schatzmeister der Partei gehörte. Der Erweiterte Bundesvorstand setzte sich aus 16 Mitgliedern zusammen.

Soziologisch gesehen war die WASG das Projekt einer Generation. Das typische WASG-Mitglied war männlich, hatte einen linkssozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Hintergrund, war in den westdeutschen Bundesländern beheimatet und zwischen 41 und 60 Jahren alt. Im März 2007 stammten 58 Prozent der WASG-Mitglieder aus dieser Altersgruppe.[61] Ein starkes Indiz für den gewerkschaftlichen Hintergrund war die Zusammensetzung des im Mai 2005 gewählten ersten Erweiterten Bundesvorstandes, von dessen 16 Mitgliedern zehn haupt- oder ehrenamtlich für die Gewerkschaften aktiv waren. In dem schon erwähnten Interview erklärte Ralf Krämer, die Gewerkschaften hätten für die WASG eine wichtige Rolle gespielt und viele Gewerkschafter durch ihr Engagement für das neue Projekt einen großen Einfluss ausgeübt. „Das betraf in allen Gewerkschaften eher die untere und mittlere Ebene. Die Organisationen als solche haben den Aufbau der WASG nicht unterstützt, aber eben auch nicht versucht, zu verhindern. Das war wichtig.“[62] Und Christine Buchholz betonte: „Die tiefe Verankerung in den Gewerkschaften war eine Besonderheit und eine Leistung der WASG.“[63]

Die mitgliederstärksten Landesverbände waren diejenigen in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Bayern. Die WASG hatte 86 Prozent ihrer Mitglieder in West- und nur 14 Prozent in Ostdeutschland (einschließlich Berlin). In den fünf ostdeutschen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen

WASG zur Linkspartei.PDS.

61 ADS, WASG – 71.

62 Gespräch mit Ralf Krämer, S.71.

63 „Gespaltene Linke hatten wir schon genug“. Gespräch mit Christine Buchholz, in: Ernst/Händel/Zimmermann (Hrsg.), Was war?, S.33-45, hier S.37.

und Thüringen zählte die WASG im März 2007 nur ganze 838 Mitglieder – weniger als im Stadtstaat Berlin mit 840 Mitgliedern. Mehr als drei Viertel der WASG-Mitglieder waren männlich.[64]

Zu diesem oben skizzierten vorherrschenden Typ der Mitgliedschaft kamen Aktivisten sozialer Bewegungen wie attac, kritische Wissenschaftler, linke Publizisten, Anhänger der christlichen Soziallehre und Personen, die in der aufstrebenden neuen Partei die Chance sahen, für ihre politischen Vorstellungen einen neuen Resonanzboden zu finden. Namentlich trotzkistische Kräfte aus der „Sozialistischen Alternative" (SAV) und dem „Linksruck", aber auch von der PDS abgestoßene Linksradikale oder von dieser Partei enttäuschte Mitglieder traten der WASG bei und strebten in Führungspositionen.[65] Die Politikwissenschaftler Franz Walter und Tim Spier wiesen frühzeitig auf die aus dieser Heterogenität resultierenden Probleme hin: „Es bleibt schwer vorstellbar, wie langbärtige kommunistische Altkader, linkskeynesianische Wirtschaftsprofessoren, junge Attac-Aktivisten, traditionsorientierte Gewerkschaftsfunktionäre, sozial engagierte, aber doch zutiefst bürgerliche Kirchenlaien, arbeitslose Metallarbeiter und unqualifizierte Jungarbeiter auf einen gemeinsamen Nenner kommen sollen."[66]

In der Tat resultierten aus dieser Heterogenität nicht wenige Konflikte, die die Existenz der WASG begleiteten und auch das Bundesschiedsgericht der Partei beschäftigten.[67] Das betraf unterschiedliche Organisationsvorstellungen (basisdemokratisches versus vertikal ausgerichtetes Organisationsverständnis nach dem Vorbild der IG Metall) ebenso wie die Kooperation bzw. den Verschmelzungsprozess mit der PDS bzw. LP.PDS – vielfach kulminierend im Für und Wider zu Regierungsbeteiligungen. Damit verbunden waren unterschiedliche Antworten auf die Frage, ob die neue Partei mehr auf Sachpolitik oder mehr auf Protest setzen sollte.[68]

---

64 ADS, WASG – 71.

65 Christine Buchholz, Mitglied der „Linksruck"-Bundesleitung, ließ sich im Mai 2005 in den Erweiterten Bundesvorstand der WASG wählen. Im März 2007 schaffte sie den Sprung in den Geschäftsführenden Bundesvorstand. (ADS, WASG – 026). In Berlin wurde die SAV um Lucy Redler entristisch in der WASG aktiv, und es gelang ihr, den Landesverband der WASG zu dominieren. Siehe Jesse/ Lang, DIE LINKE, S.80.

66 Franz Walter/Tim Spier: Viel Lärm um nichts? Zu den Erfolgsaussichten einer neuen Linkspartei, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 2004, H. 6, S.328-337, hier S.336.

67 ADS, WASG – 113 bis 116.

68 Die Differenzen hinsichtlich der politischen Ausrichtung der neuen Partei führten bereits im Vorfeld des Gründungsparteitags der Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007 zur Konstituierung innerparteilicher pressure groups aus Mitgliedern sowohl der LP.PDS als auch der WASG. Dazu gehörten die „Antikapitalistische Linke" um Sahra Wagenknecht, Ulla Jelpke, Cornelia Hirsch (alle drei LP.PDS), Thies Gleiss und Sabine Lösung (beide

Im ersten halben Jahr nach der Parteigründung in der zweiten Januarhälfte 2005 stieg die Mitgliederzahl der WASG stark an. Doch schon im Spätsommer des Jahres war die Entwicklungsdynamik als Mitgliederpartei aufgebraucht. Von der Zeit nach der Bundestagswahl 2005 bis zum Frühjahr 2007 stagnierten die Werte zwischen 11.000 und 12.000 Mitgliedern und Eintritte und Austritte hielten sich auf relativ niedrigem Niveau die Waage.[69]

Im Unterschied dazu strahlte die Perspektive einer neuen gesamtdeutschen linken Partei auf die Wählerinnen und Wähler großen Charme aus. Das äußerte sich nicht nur in guten Ergebnissen bei der Bundestagswahl 2005 und zumeist bei jenen nachfolgenden Landtags- und Kommunalwahlen, bei denen beide politische Formationen gemeinsam antraten, sondern machte auch die im Juni 2007 aus dem Verschmelzungsprozess von WASG und LP.PDS hervorgegangene Partei DIE LINKE bei der Bundestagswahl 2009 sehr erfolgreich.

Die Transformation der PDS und der WASG in die neue Linkspartei kann nach Auffassung der Politikwissenschaftler Dan Hough, Michael Koß und Jonathan Olsen in drei Entwicklungsstufen unterteilt werden: „eine Initial-Periode des gegenseitigen Skeptizismus und einer Haltung des Abwartens aufseiten der Mitglieder und Führer beider Parteien; eine spätere Periode der Euphorie und des guten Willens, als die neue Wahlallianz gestaltet wurde, um die Bundestagswahl 2005 zu bestreiten; und eine (noch unbeendete) Periode der nüchternen Auseinandersetzung mit Herausforderungen, der Konfrontation mit Enttäuschungen und des nach drücklichen Arbeitens, um den Fusionsprozess zur Reife zu bringen“.[70]

Die eingangs gestellte Frage nach dem Charakter der WASG lässt sich auf der Basis des ausgebreiteten Materials[71] wohl am besten so beantworten:

WASG), die sich im März 2006 formierte, und die „Sozialistische Linke“ um Ralf Krämer, Christine Buchholz (beide WASG), Wolfgang Gehrcke und Ulla Lötzer (beide LP.PDS), die im August 2006 entstand. Siehe Jesse/Lang, DIE LINKE, S.102-105.

69 Die von der WASG für Ende 2006 mit 11.746 angegebene Mitgliederzahl der Partei musste nachträglich im September 2007 auf 8.944 Mitglieder nach unten korrigiert werden. Siehe http://www.die-linke.de/index.php?id=55&no_cache=1&tx_ ttnews%5BbackPid%5D=9&tx_ ttnews%5Btt_news%5D=629 (12.04.2012). Das legt die Folgerung nahe, dass wahrscheinlich auch die anderen von der WASG angegebenen Mitgliederzahlen überhöht waren. Schlussendlich wäre die Mitgliederzahl der WASG im Zeitraum von Herbst 2005 bis Frühjahr 2007 auf Werte zwischen 8.000 und 10.000 Mitglieder anzusetzen.

70 Dan Hough/Michael Koß/Jonathan Olsen: The Left Party in Contempory German Politics, Hampshire 2007, S.151f.

71 Das Archiv Demokratischer Sozialismus hat nun die in den Jahren 2010 und 2011 übernommenen Unterlagen der WASG erschlossen und über ein Findbuch der Forschung zugänglich gemacht. Archiv Demokratischer Sozialismus: Findbücher / 12. Bestand: Wahl-

Die WASG, die mit ihrem politischen Programm an die Idealvorstellungen des fordistischen Wohlfahrtsmodells der 70er-Jahre anknüpfte, repräsentierte diejenigen Arbeitnehmerschichten, die von den ökonomischen und sozialen Umbrüchen insbesondere des vergangenen Jahrzehnts betroffen oder bedroht waren, weniger diejenigen, die mit den heute modernsten Produktivkräften verbunden sind. Sowohl die bereits im Namen der WASG und schwerpunktmäßig in ihrem Programm zum Ausdruck kommende Forderung nach Arbeit und sozialer Gerechtigkeit als auch ihre Verankerung in den Gewerkschaften und ihre Wählerschaft, die sich hauptsächlich aus Arbeitern und Arbeitslosen zusammensetzte, legen nahe, die WASG als eine sozialstaatlich orientierte Protestpartei mit starker Verankerung im Gewerkschaftsmilieu zu beschreiben. In diesem Sinne handelte es sich bei der WASG um eine zeitgenössische Arbeiterpartei.

alternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG), 2004 bis 2007, Hrsg.: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2012.

Die Aktualität von Rosa Luxemburgs „Akkumulation des Kapitals“ in Lateinamerika[1]

Isabel Loureiro

„Ich weiß noch, wie ich mit heißen Tränen in Zürich als Studentin einmal Professor Sibers ‚Abriß der ursprünglichen ökonomischen Kulturen‘ las, wo die systematische Verdrängung und Austilgung der Rothäute Amerikas durch die Europäer beschrieben ist, und ich ballte die Fäuste vor Verzweiflung, nicht nur, daß solches möglich war, sondern daß das alles nicht gerächt, bestraft, vergolten worden ist. Ich zitterte vor Schmerz, daß jene Spanier, jene Angloamerikaner längst gestorben und vermodert sind und nicht wiedererweckt werden können, damit an ihnen all die Martern, die sie den Indianern zugefügt, vorgenommen werden. Aber das sind kindische Auffassungen.“

Rosa Luxemburg an Sonia Liebknecht, nach dem 16. November 1917[2]

1. Rosa Luxemburg in Lateinamerika?

Bekanntlich haben verschiedene Generationen von Ökonomen Rosa Luxemburgs „Akkumulation des Kapitals“ kritisiert. Selbst diejenigen, die mit ihren Ideen sympathisieren, erkennen, dass es in ihrer Lösung für die Probleme der Marxschen Theorie der Akkumulation Fehler gibt.[3] In diesem Aufsatz möchte ich mich auf die Aktualität des historischen Teils des Buches konzentrieren, der sich mit der Analyse der kapitalistischen Durchdringung nichtkapitalistischer Regionen der Welt und mit ihrer Transformation in Warenökonomien durch die gewaltsame Expropriation der nichtkapitalistischen Produzenten beschäftigt.

Diese Aktualität wurde im Lateinamerika der 1970er-Jahre von nichtstalinistischen linken Intellektuellen anerkannt.[4] Rosa Luxemburgs Origina-

---

1 Bearbeitete Fassung des Vortrages auf der Konferenz zum 140. Geburtstag „Rosa Luxemburg: Theorie, Kontext, Aktualität“ in Moskau am 5./6.10.2011.

2 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe. Bd. 5, Berlin 1984, S.323.

3 Michael Krätke z.B. hält das Buch für „genial und missglückt zugleich“. Michael Krätke: Rosa Luxemburg und die Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus, in: Narihiko Ito/Annelies Laschitza/Ottokar Luban (Hrsg.): Rosa Luxemburg. Ökonomische und historisch-politische Aspekte ihres Werkes, Berlin 2010, S.130-174, hier S.170.

4 Siehe Narihiko Ito: Die Entstehung der „Akkumulation des Kapitals“ von Rosa Luxemburg und ihre Aktualität, in: Wegweiser zum Gedanken Rosa Luxemburgs, Tokio 2007,

lität bestand darin, die dialektische Einheit zwischen der Akkumulation des Kapitals in den Metropolen und der Unterentwicklung in der Peripherie bewiesen zu haben. Anders gesagt, das kapitalistische Weltsystem erzeugt in seinem historischen Entwicklungsprozess die Unterentwicklung in der Peripherie als einen komplementären Aspekt der Entwicklung in den Metropolen.[5]

Von dieser allgemeinen Annahme ausgehend, nehme ich einige zentrale Ideen der „Akkumulation des Kapitals" wieder auf und bringe zwei zeitlich recht weit voneinander entfernte Marxisten in einen Dialog miteinander: den Kunstkritiker Mario Pedrosa, der Rosa Luxemburgs Denken in den 1940er-Jahren in Brasilien eingeführt hat, und David Harvey. Beide benutzten das Buch, um die Krise des zeitgenössischen Kapitalismus zu erklären. Sie helfen uns dabei zu verstehen, was sich heute in Lateinamerika abspielt.

Ich beginne mit Mario Pedrosa. Der letzte Absatz der „Akkumulation des Kapitals", den er in der Einleitung zu seinem Buch „A crise mundial do imperialismo e Rosa Luxemburgo" (Die Weltkrise des Imperialismus und Rosa Luxemburg) zitiert, beeinflusst seine ganze Analyse der „kapitalistischen Krise von – endlich – Weltumfang",[6] die er vor seinen Augen sich entfalten sah. In diesem letzten Absatz schreibt Rosa Luxemburg eingangs: „Der Kapitalismus ist die erste Wirtschaftsform mit propagandistischer Kraft, eine Form, die die Tendenz hat, sich auf dem Erdrund auszubreiten und alle anderen Wirtschaftsformen zu verdrängen, die keine andere neben sich duldet. Er ist aber zugleich die erste, die allein, ohne andere Wirtschaftsformen als ihr Milieu und ihren Nährboden, nicht zu existieren vermag, die also gleichzeitig mit der Tendenz, zur Weltform zu werden, an der inneren Unfähigkeit zerschellt, eine Weltform der Produktion zu sein. Er ist ein lebendiger historischer Widerspruch in sich selbst, seine Akkumulationsbewegung ist der Ausdruck, die fortlaufende Lösung und zugleich Potenzierung des Widerspruchs."[7]

Mario Pedrosa nahm zwei Gedanken Luxemburgs auf, die er als grundlegend für das Verständnis der Krise der 1970er-Jahre ansah: 1. Der Ka-

---

S.169-210; Isabel Loureiro: Die Aktualität der Ideen Rosa Luxemburgs aus brasilianischer Sicht, in: Ito/Laschitza/Luban (Hrsg.), Rosa Luxemburg, S.10-21.

5 Sie habe die Dependenztheorie vorweggenommen. Siehe Armando Cordova: Rosa Luxemburg und die Dritte Welt, in: Claudio Pozzoli (Hrsg.): Rosa Luxemburg oder die Bestimmung des Sozialismus, Frankfurt/Main 1974, S.86.

6 Mario Pedrosa: A crise mundial do imperialismo e Rosa Luxemburgo, Rio de Janeiro 1979, S.17.

7 Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals, in: Dies.: Gesammelte Werke (GW), Bd. 5, Berlin 1975, S.35-411, hier S.411.

pitalismus expandiert um die ganze Welt und beseitigt alle nichtkapitalistischen Produktionsweisen. 2. Der Kapitalismus kann nicht allein existieren, um zu akkumulieren, muss er sich von nichtkapitalistischen ökonomischen Formen nähren. Davon ausgehend fragt er, was von dieser nichtkapitalistischen Welt noch vorhanden ist und antwortet: „Die Grenzen des tropischen Afrika, die Wälder des Amazonas (die größten Reserven an Sauerstoff, die der zunehmend erstickenden Menschheit übrig bleiben), Lateinamerikas Gebirge [...], die fernen Grenzen der Erde, [...] die Meere zwischen den Kontinenten, dort, wo die letzten Hoffnungen der Großmächte liegen, die ihren alten kolonialen Reichtum verlieren [...] die imperialen Mächte [...] suchen schlau in den Meeren, in den Wüsten, unter der Erde, alles das, was für ein zukünftiges Monopol brauchbar ist. Das heißt, alles das, was den Reichtum dieser zum Elend verurteilten Völker, ausmachen könnte.“[8]

Darüber hinaus sieht Mario Pedrosa einen weiteren Gedanken von Rosa Luxemburg als wichtig an: Die Plünderung der kolonialen Länder durch den europäischen Kapitalismus ist notwendig für die erweiterte Reproduktion des Kapitals, nicht nur in der Phase der sogenannten „ursprünglichen Akkumulation“, sondern bis heute. Er schreibt dazu: „Rosa Luxemburg zeigte mit Beispielen aus ihrer Zeit, dass die kapitalistische Durchdringung außerhalb der gemäßigten Regionen die gleichen Methoden von Gewalt und Brutalität wie in der Ära der ‚ursprünglichen Akkumulation‘ verwendete. Wenn es einen Methodenunterschied in der hohen Entwicklung des Kapitalismus gibt, so den, dass die Anwendung von einfacher Gewalt als nicht so zweckmäßig betrachtet wird wie die des Geldes und, wenn es nötig ist, der Korruption, um die Konkurrenz ‚friedlich‘ zu gewinnen, nach der so zivilisierten Philosophie solcher Multinationalen wie Lockheed und ITT.“[9]

Diesen Mechanismus der „ursprünglichen Akkumulation“, den Mario Pedrosa beschreibt, nannte David Harvey 25 Jahre später „Akkumulation durch Expropriation“ (acumulation through dispossession).[10] Alte Formen der Enteignung – Privatisierung von Land und Vertreibung der bäuerlichen Bevölkerung, Kommodifizierung der Arbeitskraft, Abschaffung von Formen der heimischen Produktion und des Konsums, Aneignung von natürlichen Ressourcen usw. – wurden mit neuen Mechanismen der

8 Pedrosa, A crise mundial, S.19.

9 Ebenda, S.62.

10 David Harvey: O novo imperialismo, São Paulo 2004, S.121 (dt. zuerst: Der „neue“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung, Hamburg 2003). Seiner Meinung nach ist diese Bezeichnung für einen noch im Gang befindlichen Expropriationsprozess besser als „ursprüngliche Akkumulation“.

Kommodifizierung in den Bereichen der öffentlichen Dienstleistungen, Gesundheit, Bildung, Kultur usw. verbunden.
Anders gesagt, wir beobachten heute in Lateinamerika, dass der Kapitalismus in der Krise, um weiter zu akkumulieren, sich Räume aneignen muss (um nicht über die Expropriation von „modernen" ökonomischen Dimensionen zu sprechen), die vor Kurzem noch im „Naturstand" waren, bevölkert von indigenen Völkern, von Flussbewohnern, Kleinbauern usw. Auf diese Weise verwandeln die transnationalen Unternehmen die natürlichen Ressourcen dieser Regionen in „zukünftiges Monopol". In den 1970er-Jahren dachte Mario Pedrosa an eine von den Transnationalen beherrschte Zukunft. Heute ist die damalige Zukunft Gegenwart, in der diese Völker zum „zum Elend verurteilt"[11] sind.

2. Lateinamerika heute[12]

Heute wird Lateinamerika dominiert von einem Produktionsmodell, welches auf den Agrar-Industriellen-Sektor gestützt ist, dessen wesentliche Eigenschaften bestehen in: 1. Aneignung von Gemeinschaftsgütern; 2. Rückkehr zu Rohstoffexporten,[13] das heißt, Lateinamerika ist wieder zu einem Rohstofflieferanten für die Weltwirtschaft geworden; 3. Ausdehnung der Kommodifizierung des Bodens (auch für die Spekulation, nicht nur für die Produktion), was die Konzentration des Grundbesitzes vertieft. In diesem Prozess spielen die transnationalen Unternehmen, auf die sich die Agroindustrie stützt, eine bedeutende Rolle. Die andere Seite der Medaille ist eine kompensatorische Sozialpolitik mit einem bloßen Verteilungscharakter, die dieses umweltschädliche Modell nicht infrage stellt. Kurz, eines der wichtigsten Merkmale des politischen und wirtschaftlichen Prozesses in Lateinamerika ist der Verlust der Souveränität über seine natürlichen Ressourcen (Kohlenwasserstoffe, Erze, Wasser, Biodiversität). Die Transnationalen setzen ein Modell durch, welches auf den Export von Rohstoffen konzentriert ist und auf einer wahllosen Ausbeutung dieser Ressourcen beruht.
Dies soll nachfolgend an zwei Beispielen aus dem südlichen Lateinamerika erläutert werden: der Herstellung von Agrotreibstoffen aus Zuckerrohr in Brasilien[14] und der Sojabohnen-Produktion in Paraguay.

---

11 Pedrosa, A crise mundial, S.3.
12 Siehe II Encuentro de dirigentes sociales e intelectuales críticos de América Latina, Montevideo, 2010. http://www.rediu.org/principal.html.
13 Siehe Reprimarização faz economia brasileira retroceder, http://www.ihuonline.unisinos.br/index.php?option=com_content&view=article&id=3405&secao=338.
14 Maria Luísa Mendonça: Monopólio da terra e produção de agrocombustíveis [Landmo-

Die Zuckerrohr-Industrie war seit der Kolonialzeit für Brasilien immer wichtig. Vom Export von Zucker bis zum Export von Ethanol ist mehr als ein Jahrhundert vergangen. Mit dem Ethanolexport steigt die Präsenz des internationalen Kapitals in der Agrotreibstoffindustrie,[15] aber das bedeutet nicht, dass es zu einem Widerspruch zwischen dem alten Großgrundbesitz und den „modernen" transnationalen Konzernen kommen würde.
Das aktuelle Wirtschaftswachstum in Brasilien ist auf die extraktive und landwirtschaftliche Produktion für den Export gestützt (75 Prozent) und in den Händen der transnationalen Konzerne konzentriert. Die Ethanol-Produktion wird von Erdölfirmen dominiert (British Petroleum, Shell, Petrobras). Die Konzentration von Land in den Händen der transnationalen Unternehmen stieg von 4,5 Millionen Hektar 2006 auf neun Millionen Hektar 2010. Begleitet war das von zunehmender Gewalt gegen die Landarbeiter in den vom Agrobusiness dominierten Gebieten. Die übermäßige Ausbeutung von Arbeitskräften auf den Zuckerrohrplantagen ist eine der schändlichsten Seiten der brasilianischen „Modernität": Ein Arbeiter muss zehn bis 15 Tonnen pro Tag ernten und erhält einen Durchschnittslohn von R$ 3,87 pro Tonne.[16] Berichte über Sklavenarbeit auf Zuckerrohrplantagen gibt es immer wieder.[17] Kleinbauern im Bundesstaat São Paulo beklagen sich, dass ihr Land von Zuckerrohr-Monokultur umgegeben ist, was viele Probleme mit sich bringt. Der Einsatz von Flugzeugen, um die Pestizide versprühen zu können, kontaminiert die benachbarten Nahrungspflanzungen, die Wasserquellen und die Tiere in der ganzen Region. Das Erstaunlichste ist, dass die territoriale Expansion der Zuckerrohrmonokultur durch öffentliche Mittel finanziert wird,[18] was die

nopol und Produktion von Biokraftstoffen], in: Direitos Humanos no Brasil 2010. Relatório da Rede Social de Justiça e Direitos Humanos [Menschenrechte in Brasilien 2010. Bericht des Sozialen Netzes für Gerechtigkeit und Menschenrechte], São Paulo 2010, S.57-63 [www.social.org.br].

15 Die Beteiligung von ausländischen Unternehmen in der Zuckerrohr-Industrie ist von ein Prozent 2000 bis auf 20 Prozent 2010 gestiegen. Siehe http://www.social.org.br/revista-monopolio.pdf, S.15. Nach dem Brasilianischen Institut für Geografie und Statistik (Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística, IBGE) stieg die Monokultur von Zuckerrohr in São Paulo von 57,3 Prozent 1995 auf 73,2 Prozent 2009.

16 Siehe http://www.social.org.br/revista-monopolio.pdf, S.24.

17 Im Durchschnitt sind 3.000 Arbeiter in den Zuckerrohrplantagen jedes Jahr durch das Arbeitsministerium befreit worden.

18 Im Plano Safra (Ernte-Plan) 2009/10 erhielt das Agrobusiness 93 Mrd. R$, während die kleinen Betriebe 15 Mrd. R$ bekamen (siehe Plano Agrícola e Pecuário 2009-2010/ Ministério da Agricultura, Pecuária e Abastecimento. Secretaria de Política Agrícola. – [Landwirtschaft und Vieh Plan 2009-2010. Ministerium für Landwirtschaft, Viehzucht und Versorgung. Sekretariat der Agrarpolitik], Brasília 2009, S.11) Das Agrobusiness erhält Kredit bei negativem Zins, seine Schulden sind eingefroren und hohe Schulden werden erlassen.

Unterordnung der brasilianischen Regierung unter das Großkapital deutlich macht.
2009/10 erzeugten Brasilien, Argentinien und Paraguay 50 Prozent der Weltproduktion von Sojabohnen. Der größte Teil wird nach China, Japan und in die EU für die Nahrungsmittelindustrie, insbesondere im Zusammenhang mit der Fleischproduktion, exportiert. Der Grund für die Ausweitung der Sojaanbaufläche in den drei südamerikanischen Ländern liegt in den niedrigen Bodenpreisen.
Was heute in Paraguay in Bezug auf das Agrobusiness geschieht,[19] ist die Wiederholung dessen, was seit den 1970er-Jahren in Brasilien geschehen ist, nur dass in Paraguay die großen Soja-Produzenten Brasilianer sind, die zusammen mit den transnationalen Konzernen agieren.
Die Soja-Plantagen haben sich in den letzten zehn Jahren in Paraguay vor allem an der Grenze zu Brasilien ausgebreitet. Sie provozierten schwere Umweltprobleme (Entwaldung,[20] Klimawandel, Verschmutzung von Flüssen und Wasserquellen durch Pestizide) und soziale Probleme (Landflucht, Ausbeutung der indigenen Arbeitskraft, Kinderarbeit und Sklavenarbeit), die ernsthafte Auswirkungen auf die indigenen und bäuerlichen Gemeinden hatten und haben. Auch hier ist der Staat nachlässig oder trägt zur Verletzung der kollektiven und individuellen Rechte der indigenen und bäuerlichen Bevölkerung bei.

3. Ein alternatives Entwicklungsmodell?

Kehren wir zurück zu Rosa Luxemburg und zum letzten Absatz der „Akkumulation des Kapitals“, der so endet: „Auf einer gewissen Höhe der Entwicklung [des Kapitalismus] kann dieser Widerspruch nicht anders gelöst werden als durch die Anwendung der Grundlagen des Sozialismus – derjenigen Wirtschaftsform, die zugleich von Hause aus Weltform und in sich ein harmonisches System, weil sie nicht auf die Akkumulation, sondern auf die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der arbeitenden Menschheit selbst durch die Entfaltung aller Produktivkräfte des Erdrundes gerichtet sein wird.“[21] Dazu abschließend zwei Bemerkungen:
1. Nach Rosa Luxemburg ist der Sozialismus ein harmonisches ökonomisches System, dessen Ziel nicht die Akkumulation des Kapitals, son-

19 Siehe Los impactos socioambientales de la soja en Paraguay – 2010, BASE Investigaciones Sociales, Repórter Brasil, agosto de 2010. http://www.baseis.org.py/base/leermas.php?noticia=171.
20 1945 umfasste der Atlantische Regenwald von Alto Parana in der östlichen Region von Paraguay acht Millionen Hektar, heute ist die Fläche auf 700.000 Hektar reduziert.
21 Luxemburg, Akkumulation des Kapitals, S.411.

dern die Befriedigung der Lebensbedürfnisse aller Arbeitenden ist. Mario Pedrosa bemerkt, indem er diese Passage zitiert, dass die Wirklichkeit des Sozialismus diesem Begriff entsprechen sollte (obwohl er in den Ländern, in denen er institutionalisiert wurde, sehr weit davon entfernt gewesen ist).

2. Der Sozialismus setze die Entwicklung aller produktiven Kräfte des Planeten voraus. Die Marxistin Rosa Luxemburg (und ihr Nachfolger Mario Pedrosa) wiederholte mechanisch die Formel von Marx, denn damals konnte sie sich die ökologische und soziale Katastrophe, die die Fetischisierung der Entwicklung der produktiven Kräfte impliziert, nicht vorstellen.

Aber wir können mit dem Wissen aus den vergangenen 20 Jahren die so kritisierte zentrale These der „Akkumulation des Kapitals" „ökologisch" aktualisieren: Das Kapital kann nicht für immer akkumulieren. Allerdings nicht, weil die gesamte Welt einst durchkapitalisiert sein wird, sodass der Kapitalismus wie bei Luxemburg seine logische und historische Grenze finden würde, sondern wegen der natürlichen Grenzen unseres Planeten.

So kommen wir an die entscheidende Frage unserer Zeit heran: Was für ein Entwicklungsmodell möchten wir für Lateinamerika? Das aktuelle Modell der „Akkumulation durch Expropriation" ist neben anderen Problemen mit landwirtschaftlichen Praktiken verbunden, die nicht nachhaltig sind: Expansion von Monokulturen, Anwendung von Pestiziden, Bodendegradation, Entwaldung, Zerstörung der Biodiversität, Verschwendung von Wasserressourcen, Verschmutzung der Wasserquellen, Gefahr für die Nahrungssicherheit, Anstieg der Nahrungsmittelpreise.

Bei den politischen und wirtschaftlichen Debatten, die innerhalb der sozialen Bewegungen stattfinden, wird das Modell der vom Kapitalismus auferlegten Konsumgesellschaft kritisiert und die Aufmerksamkeit auf ein alternatives Entwicklungsmodell in Verbindung mit den indigenen Völkern gelenkt. Ein Beispiel ist die Idee des „buen vivir" („guten Lebens"), die in den neuen Verfassungen von Ecuador (2008) und Bolivien (2009) Niederschlag gefunden hat.

Es handelt sich um eine komplexe Idee, die aus den Traditionen und Werten der indigenen Völker der Anden stammt. Sie besteht im Grunde in einer neuen Art des Lebens auf der Basis einer harmonischen Integration von Gesellschaft und Natur. In diesem Sinne präsentiert sie sich als Alternative zur westlichen Idee des Fortschritts, die auf Wachstum ohne Grenzen basiert und die sozialen und ökologischen Externalitäten ignoriert. Nach François Houtard ist diese komplexe Idee des „guten Lebens" ein „spezifischer Beitrag, den die Völker der Abya Yala [Amerika] anbieten würden, um eine neue Zivilisation aufzubauen". In westlichen Begrif-

fen könnte sie womöglich mit „Ökosozialismus“ (Michael Löwy, Joel Kovel) oder mit „Sozialismus des guten Lebens“ (Boaventura de Souza Santos) übersetzt werden.22

Sicher wäre es nicht leicht, eine ursprüngliche Idee indigener Gemeinden an den Westen anzupassen, was aber vor allem zählt, ist ihr Potenzial. Die Aufnahme des Begriffs des „guten Lebens“ in die Verfassungen von Ecuador und Bolivien, die nach einem Prozess breiter gesellschaftlicher Partizipation erfolgte, ist etwas Originelles in der Linken. Vielleicht können wir mit der Idee des „guten Lebens“ einen Ausweg aus der Krise finden, in der wir gegenwärtig leben.

22 François Houtard: El concepto de sumak kawsay (buen vivir) y su correspondencia con el bien comun de la humanidad. http://www.justiciaypazcolombia.com/IMG/pdf/ buen_vivir.pdf.; siehe auch Thomas Fatheuer: Buen vivir. A brief introduction to Latin America's new concepts for the good life and the rights of nature, Berlin 2011.

Biografisches

Rosa Luxemburgs öffentlicher Vortragszyklus zur Nationalökonomie im Herbst 1907. Sechs unbekannte Berichte der Berliner Politischen Polizei[1]

Eckhard Müller

Mit Annelies Laschitza arbeite ich seit einiger Zeit an der Edition von zwei neuen Bänden der „Gesammelten Werke" Rosa Luxemburgs. Sie werden sämtliche Texte Rosa Luxemburgs in deutscher Sprache enthalten, die bisher unveröffentlicht sind. Auf sie ist von Rosa-Luxemburg-Forschern aufmerksam gemacht worden und konnten durch uns neu in Archiven und Bibliotheken entdeckt werden.
Dabei stießen wir z.B.:
Erstens auf Zeugnisse über das Interesse deutscher Polizeibehörden an der jungen Rosa Luxemburg, als sie noch gar nicht in Deutschland eingetroffen war. Seit Mitte der Neunzigerjahre des 19. Jahrhunderts wurden die politische Tätigkeit von Rosa Luxemburg in der polnischen Arbeiterbewegung und ihre Publizistik in der sozialdemokratischen Presse von der Politischen Polizei des deutschen Kaiserreiches verfolgt und ausgewertet.[2]
In einem vertraulichen Schreiben des Präsidenten der Polizeidirektion Dresden an den Berliner Polizeipräsidenten vom 13. November 1896 heißt es: „Auf dem unlängst abgehaltenen Londoner Parteikongresse hat sich eine ‚Genossin' Rosa *Luxemburg* bemerklich gemacht, indem sie besonders für ein Zusammenwirken der Sozialdemokratie in Russisch-Polen mit den russischen Sozialrevolutionären eingetreten ist. Dieselbe Person hat dann einige Aufsätze über ‚Die nationalen Kämpfe in der Türkei und die Sozialdemokratie' geschrieben, welche im Oktober dieses Jahres in der hiesigen ‚Sächsischen Arbeiter-Zeitung' veröffentlicht worden

1 Erweiterter Beitrag auf der Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz am 4./5. Oktober 2011 in Moskau.
2 Siehe Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, I. HA, Rep. 77 CB P, Nr. 172; Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Engagement für den politischen Massenstreik. Zwei bisher unveröffentlichte parteiinterne Ansprachen vom Sommer 1913, in: Ders.: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913-1919, Leipzig 2008, S.118-126.

sind und bekanntlich soeben Anlass zu einer Pressfehde zwischen der Redaktion dieses Blattes und dem Chefredakteur des ‚Vorwärts' *Liebknecht* gegeben haben. Es wäre mir erwünscht, etwas Näheres über diese Rosa Luxemburg und ihre agitatorische Tätigkeit zu erfahren, weshalb Euer Hochwohlgeboren ich um eine gefällige Mitteilung Desjenigen, was dort über diese Person bekannt ist, hiermit ergebenst bitte."[3]

Im gewünschten Bericht stellte der Berliner Polizeipräsident fest: „Fräulein Rosa Luxemburg-Kruszynska hält sich seit längerer Zeit in Zürich auf und hat vordem in Paris studiert. Sie ist eine bekannte Gegnerin des auswärtigen Verbandes polnischer Sozialisten und hat im Jahre 1893 zusammen mit dem bekannten Karski-Marchlewski in Russisch-Polen die ‚Sozialdemokratie des Königreiches Polen' gegründet, eine Organisation, die sich von der ‚polnisch-sozialistischen Partei' nicht nur separierte, sondern deren Bestrebungen direkt bekämpfte.

Als Organ der ‚Sozialdemokratie des Königreiches Polen' gaben Luxemburg und Karski die ‚Sprawa Robotnicza' [Arbeitersache] in Paris heraus. [...] Die Luxemburg ist jetzt der Mittelpunkt aller oppositionellen Strömungen in der polnisch-sozialistischen Bewegung und zählt sie außer in Paris und Zürich auch unter den polnischen Genossen in Posen, Breslau und Zabrze viele Anhänger; von letzteren erhielt sie ein Mandat für den diesjährigen internationalen Arbeiter-Kongreß zu London und war sie als Delegierte polnischer Sozialisten in Posen, Breslau und Zabrze auf Intervention von Singer und Liebknecht zur polnischen Delegation zugelassen worden. Dogma der Luxemburg ist die Forderung der organischen Einverleibung Polens in Rußland und verlangt sie darum auch ein Zusammenwirken der Sozialdemokratie in Russisch-Polen mit den russischen Sozialrevolutionären, während der ‚Auswärtige Verband' und die polnisch-sozialistische Partei Russisch-Polens die Befreiung Polens und ein Zusammengehen der polnisch-sozialistischen Bewegung in den 3 Teilen Polens anstreben."[4] Zudem wird darauf verwiesen, dass Rosa Luxemburg Studentin in Zürich ist.

Zweitens fanden wir Dokumente über ihren wirkungsvollen Anteil an ökonomischer und wirtschaftsgeschichtlicher Bildungsarbeit in Berlin auf öffentlichen Großveranstaltungen im Oktober/November 1907. Es handelt sich um sechs Polizeiberichte und einen „Vorwärts"-Bericht zu sechs Vorträgen in Berlin-Kreuzberg mit insgesamt 4.600 Teilnehmern, und zwar 3.500 Männern und 1.100 Frauen. Diese Berichte werden in die geplante Edition vollständig aufgenommen.

---

3 Landesarchiv Berlin (im Folgenden: LAB), A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 12330, Bl. 149.
4 Ebenda, Bl. 150f.

Rosa Luxemburg hatte im Frühjahr 1897 ihre Dissertationsschrift mit dem Titel „Die industrielle Entwicklung Polens“[5] an der Universität Zürich eingereicht und verteidigt. Ihr Gutachter Prof. Julius Wolf bescheinigte Rosa Luxemburg „volle Beherrschung des Gegenstandes, große Sorgfalt, großer Scharfsinn. Sie erschließt ihr Thema, ohne je weitläufig zu werden und legt Zeugnis ab ebenso von theoretischer Begabung wie von praktischem Blick.“[6] Im Vorwort zur Dissertation schrieb sie grundsätzlich: „Die ökonomischen Fragen stehen heute im Vordergrunde des geistigen Lebens aller zivilisierten Länder, man hat in ihnen bereits die Triebfeder des ganzen gesellschaftlichen Seins und Werdens erkannt; die politische Physiognomie, die historischen Schicksale eines Landes sind für uns ein Buch mit sieben Siegeln, wenn wir nicht sein wirtschaftliches Leben mit allen sich daraus ergebenden sozialen Folgen kennen.“[7]

Rosa Luxemburg besaß nicht nur solide Kenntnisse der marxistischen Theorie, sondern ebenso die Fähigkeit, unvoreingenommen an die Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens und an überlieferte theoretische Erklärungen heranzugehen.

In ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit hatte Rosa Luxemburg das Vermögen erworben, ökonomische Wurzeln gesellschaftlicher Erscheinungen freizulegen. Dringlich riet sie in einem Brief: „Mit dem gründlichen Studium der Nationalökonomie tust *Du auf jeden Fall* recht; was Du auch immer

5 Rosa Luxemburg: Die industrielle Entwicklung Polens, in: Gesammelte Werke (im Folgenden: GW), Bd. 1/1, 8. überarb. Aufl., Berlin 2007, S.113-216; siehe auch Annelies Laschitza: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996, S.66-71.

6 Zit. nach: ebenda, S.69. In einer Rezension in der „Neuen Zeit“ zur Dissertation von Rosa Luxemburg gab es folgende Einschätzungen: „Betrachtungen über Russland und seine Zukunft sind an der Tagesordnung; leider scheint aber meist die Qualität des zu dieser Frage Gebotenen hinter der Quantität zurückzubleiben. Deshalb müssen wir doppelt dankbar sein für eine Arbeit, die wie die oben genannte auf durchaus solider Basis beruht, auf reichlichem Quellenmaterial, das übersichtlich gruppiert und geschickt verarbeitet ist. Dr. R. Luxemburg [...] zeigt sich in ihrer als Züricher Doktordissertation verfassten Schrift als sehr berufen dazu, uns ein klares und in vielen Punkten neues Bild von der ökonomischen Lage Russlands zu geben. Dass sie sich dabei zunächst auf ihre engere Heimat Polen beschränkte, war sehr gut: gerade dieser Beschränkung verdankt sie die Sicherheit der Ergebnisse ihrer Arbeit. Der äußere Zweck derselben brachte es mit sich, dass die Verfasserin ihr Thema als rein volkswirtschaftliches behandelt und nur gelegentlich einen Abstecher auf das gerade für uns Deutsche so interessante Gebiet der ‚polnischen Frage‘ machte. [...] Sie beweist unter anderem mit Schärfe und Klarheit, dass in Polen schon längst, besonders seit die Gutsbesitzerklasse nicht mehr den Ton angibt, die kapitalistischen Interessen viel stärker geworden sind, als die nationalen.“ Die Neue Zeit, Stuttgart, 17. Jg., Erster Bd., 1898/1899, S.440-442.

7 Luxemburg, Die industrielle Entwicklung, S.115.

wirst und nach welcher Richtung Du Dich auch entwickeln magst, die Nationalökonomie ist als Grundlage der sozialen Bildung unentbehrlich."[8] Wirtschaftliche Faktoren seien in der Wechselwirkung des Politischen und des Ökonomischen „in letzter Linie maß- und ausschlaggebend", aber freilich nicht „die *einzigen* Entwicklungsgewalten". Es gebe, meinte sie, wohl keine wirklichen „Materialisten, welche behaupteten, daß die ökonomische Entwicklung gleichsam wie eine selbstzufriedene Lokomotive durch das historische Geleise saust und die Politik, die Ideologie etc. bloß wie tote Güterwagen hilflos und passiv ihr nachtrotten".[9]

Rosa Luxemburg verfasste 1898/1899 u. a. 27 wirtschaftspolitische Beiträge für die „Sächsische Arbeiter-Zeitung". Sie sei unzufrieden mit der Art und Weise, wie man in der sozialdemokratischen Presse meistens die Artikel schreibe, bemerkte sie in einem Brief an Robert Seidel. „Es sei ja alles so konventionell, so hölzern, so schablonenhaft. Das Wort eines Börne klingt jetzt wie aus einer anderen Welt. Ich weiß – die Welt ist ja eine andere, und andere Zeiten wollen andere Lieder haben. Aber eben ‚Lieder', unser Geschreibsel ist ja meistens kein Lied, sondern ein farbloses und klangloses Gesurr, wie der Ton eines Maschinenrades. Ich glaube, die Ursache liegt darin, daß die Leute beim Schreiben vergessen, in sich tiefer zu greifen und die ganze Wichtigkeit und Wahrheit des Geschriebenen zu empfinden. Ich glaube, daß man jedes Mal, jeden Tag, bei jedem Artikel wieder die Sache durchleben, durchfühlen muß, dann würden sich auch frische, vom Herzen und zum Herzen gehende Worte für die alte, bekannte Sache finden." Deshalb lese sie „von Zeit zu Zeit den alten Börne", den kaum ein Deutscher noch zur Hand nehme, der aber in ihr „immer frische Gedanken und lebhafte Empfindungen" wecke.[10] Für ihren Plan der Arbeit an wirtschaftspolitischen Artikeln sah sie vor: „So steht er vom ersten Augenblick an absolut fest – zu notieren: 1. Aktuelle Erscheinungen rein *ökonomischer* Natur, 2. Wichtige Neuheiten auf dem Gebiet der *Technik* (z.B. Verkehrsmittel), die über die allgemeine Entwicklung des Kapitalismus aussagen, 3. Die Sozialpolitik, die über die Fortschritte der Sozialreform oder des Klassenkampfes aussagt."[11]

Diese Beiträge waren eingebunden in die Auseinandersetzung mit Eduard Bernstein in der sogenannten Revisionismusdebatte. Es fiel Rosa Luxemburg nicht schwer, anhand der tatsächlichen Entwicklung den Konzentrationsprozess in der kapitalistischen Wirtschaft nachzuweisen. Ob die Mo-

8 Rosa Luxemburg an Kostja Zetkin, 20. März 1907, in: Gesammelte Briefe (im Folgenden: GB), Bd. 2, 3. korr. und ergänzte Aufl., Berlin 1999, S.281.
9 Rosa Luxemburg an Robert Seidel, 15. August 1898, in: GB, Bd. 1, Berlin 1982, S.185.
10 Rosa Luxemburg an Robert Seidel, 23. Juni 1898, in: ebenda, S.153.
11 Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, 15. Dezember 1898, in: ebenda, S. 230.

nopolisierung, die am Ende des 19. Jahrhunderts vor allem in den USA zu beobachten war, zu einer allgemeinen kapitalistischen Erscheinung werde, wisse sie nicht, aber eines könne sie mit Gewissheit sagen: „*Sollte* je die amerikanische Kartellwirtschaft zum internationalen Übel werden, dann wird sie nicht ein Hindernis für den Sozialismus, sondern eine Geißel sein, die alle Opfer des siegreichen Vormarsches des Kapitals in die Arme des Sozialismus peitschen und die Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft so auf die Spitze treiben wird, daß sie die sozialistische Umwälzung als die einzige Erlösung aus der Pein der Kapitalsherrschaft begrüßen wird.“[12]

Rosa Luxemburg war durch ihre theoretische und agitatorische Tätigkeit in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung geradezu prädestiniert, auch in deren Bildungsarbeit einzusteigen. Im Januar 1902 sprach sie neben Rudolf Steiner zur Eröffnung der Arbeiterbildungsschule in (Berlin-)Spandau zum Thema „Wissenschaft und Arbeiterkampf“. An Rudolf Steiner, der als Lehrer an der Arbeiter-Bildungsschule Berlin unterrichtete, schrieb sie 1902: „Von Ihren Erfolgen in der Arbeiterbildung höre ich immer von Zeit zu Zeit. Neulich hat man mich durch Kautskys Einfluß durchaus in das nationalökonomische Lehrfach anspannen wollen, ich habe aber den Anschlag tapfer, wenn auch mit blutendem Herzen, abgeschlagen. Die Popularisierung der Wissenschaft ist für mich eine der schönsten Aufgaben, aber ich ziehe immer noch vor, ich krasser Egoist, selbst an ihren Mutterbrüsten zu saugen.“[13]

Wegen gedanklicher Anstöße, „anspornend zur Arbeit und zur Wissenschaft“,[14] las Rosa Luxemburg mit Vergnügen die ökonomischen Schriften von Ferdinand Lassalle und Karl Rodbertus. Sie berücksichtigte um der verarbeiteten Quellen willen deren antidemokratische bürgerliche Geschichtsdarstellung, wenn sie zwar „tendenziös ‚deutsch‘ und reaktionär, aber ein solides Werk“ ist.[15] Bei der Lektüre von Karl Büchers „Entstehung der Volkswirtschaft“ gestand sie: „Eine Fülle von Anregungen hat mir der gemeine Mist gegeben“.[16] Hauptsächlich zog jedoch Rosa Luxemburg die Analysen von Karl Marx und Friedrich Engels zu Rate. Sie hatte tiefe Kenntnisse ihrer ökonomischen Werke wie des „Kapital“ und die „Theorien über den Mehrwert“.[17] Darüber hinaus besaß sie überaus fun-

12 Rosa Luxemburg: Ein Ergebnis der Kartellwirtschaft, in: GW, Bd. 1/1, S.586.

13 Rosa Luxemburg an Rudolf Steiner, 14. Oktober 1902, in: GB, Bd. 6, Berlin 1993, S.224.

14 Rosa Luxemburg an Kostja Zetkin, 24. September 1907, in: GB, Bd. 2, S. 308.

15 Rosa Luxemburg an Hans Kautsky, 20. Juni 1909, in: GB, Bd. 3, Berlin 1982, S.37.

16 Rosa Luxemburg an Kostja Zetkin, 1. Juli 1909, in: ebenda, S.42.

17 Siehe Rosa Luxemburg: Der zweite und der dritte Band [des „Kapitals“], in: GW, Bd. 4,

dierte theoriegeschichtliche Kenntnisse über die politische Ökonomie und einen ausgeprägten Sinn für wirtschaftshistorische Zusammenhänge.
Nach der Jahrhundertwende wurde innerhalb der deutschen Sozialdemokratie die Forderung nach einer eigenständigen Bildungskonzeption der Partei immer lauter und verstärkte sich im Zuge der Auswirkungen der demokratischen Revolution 1905 bis 1907 in Russland. Die bildungspolitische Initiative, die unter dem Motto „Volkserziehung und Sozialdemokratie" stand, ging vor allem von Clara Zetkin und Heinrich Schulz aus. Der Mannheimer Parteitag von 1906 beschäftigte sich mit der Schulungsarbeit der Partei und fasste den Beschluss, einen zentralen Ausschuss einzurichten, der die Bildung der Parteimitglieder und Funktionäre intensivieren sollte.[18]
In diesen Zusammenhang ist auch die Verpflichtung von Rosa Luxemburg im Herbst 1907 für zwei öffentliche Vortragszyklen zu je sechs Veranstaltungen über Nationalökonomie durch den Verband der Berliner Wahlvereine und Umgegend einzuordnen.[19] Dazu wurden Teilnehmerkarten zu 60 Pfennig ausgegeben. Das ausgedruckte Programm lautete:
„Einführung in die Nationalökonomie.
Was ist Nationalökonomie?

1. Die gesellschaftliche Arbeit.
2. Der Austausch.
3. Die Lohnarbeit.
4. Die Herrschaft des Kapitals.
5. Die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft."[20]

Auf diese Vorträge bereitete sich Rosa Luxemburg intensiv vor. Am 24. September 1907 teilte sie in einem Brief mit: „Endlich bin ich wieder in der Nationalökonomie richtig ins Lot gekommen. Ich war schon ganz aus

---

6. überarb. Aufl., Berlin 2000, S.291-301; Dies.: Aus dem literarischen Nachlass von Karl Marx, in: GW, Bd. 1/2, 7. überarb. Aufl., Berlin 2000, S.462-476; Michael R. Krätke: Rosa Luxemburg und die Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus, in: Rosa Luxemburg. Ökonomische und historisch-politische Aspekte ihres Wirkens. Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Tokio, April 2007, und Berlin, Januar 2009, Berlin 2010, S.130-174.
18 Siehe das Protokoll der konstituierenden Sitzung. Abgedruckt in: Josef Olbrich (Hrsg.): Arbeiterbildung nach dem Fall des Sozialistengesetzes (1890-1914). Konzeption und Praxis, Braunschweig 1982, S.107-113; Peter Braune: Die gescheiterte Einheitsschule. Heinrich Schulz – Parteisoldat zwischen Rosa Luxemburg und Friedrich Ebert, Berlin 2004, S.112-140; Dieter Fricke: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917 in zwei Bänden, Bd. 1, Berlin 1987, S.677-696.
19 Siehe Matthias John: Berlin als Zentrum des sozialistischen Arbeiterbildung. Zur bildungspolitischen Diskussion von 1905/06 und ihren Ergebnissen, in: Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte. Dreißigster Bd. (Neue Folge Bd. 15), Berlin 1987, S.61-105.
20 LAB, A Pr. Br. Rep.030, Nr.12994, Bl. 73 VS-RS.

der Denkweise heraus, und das drückte mich sehr. Nun aber drohen mir doch neue Umwälzungen."[21]

Der sozialdemokratische Parteivorstand beschloss auf Vorschlag von Karl Kautsky und August Bebel Ende September 1907, angesichts der angedrohten Ausweisung von Anton Pannnekoek und Rudolf Hilferding, die als Lehrer an der 1906 eröffneten Parteischule tätig waren, an ihre Stelle Rosa Luxemburg als Lehrerin für Nationalökonomie und Wirtschaftsgeschichte zu berufen. „Gerade zupaß kommt es mir, daß ich ja für den Berliner Kursus vorbereitet bin, und ich könnte denselben Plan benutzen, nur ausführlicher [...] Den Kursus für die Berliner, auf den ich mich so sehr gefreut habe, und den ich [für] zehnmal wichtiger halte, müßte ich natürlich schießen lassen; doch geht die Sache insofern nicht verloren, als ich die Vorlesungen als Broschüren geschrieben habe; jetzt muß ich nur noch zwei Wochen daran arbeiten, dann sind sie fertig. Ich glaube, sie werden was taugen."[22]

Am nächsten Tag gab Rosa Luxemburg dem Parteivorstand definitiv ihre Zusage zum Lehrauftrag an der Parteischule ab 1. Oktober 1907, zumal eine Lösung für die Berliner Vorträge gefunden werden konnte. Den anderen Zyklus übernahm mit gleicher Themenstellung der Reichstagsabgeordnete und Mitglied des Parteivorstandes Hermann Molkenbuhr. In seinem Tagebuch notierte er: „Da die Polizei Hilferding und Pannekoek das Unterrichten verbietet und R.[osa] Luxemburg einspringen muß, muß ich an ihrer Stelle ökonomische Vorträge halten, also wieder mal Marx' ‚Kapital' lesen. Ich muß wieder das studieren, was früher so manche Schwierigkeiten machte. Nur wenn man sich genau an das Werk hält, entdeckt man die Stellen, die so große Schwierigkeiten machen. Das Lesen des Werkes bereitet großen Genuß, aber zum Verzweifeln ist es, wenn man in sechs Abenden den wesentlichen Inhalt wiedergeben soll. Man kann nur einen dürftigen Abklatsch des Gerippes wiedergeben."[23]

Molkenbuhr begann am 14. Oktober seine Vortragsreihe in den Germania-Sälen in (Berlin-)Schöneberg. Alle sechs Montagsvorträge von Molkenbuhr dokumentierte der „Vorwärts".[24] Die 1.000 Teilnehmer seiner ersten Veranstaltung wurden darüber informiert, dass Rosa Luxemburg aufgrund ihrer Tätigkeit als Lehrerin an der Parteischule nur den einen Zyklus im „Deutschen Hof" in Berlin-Kreuzberg, Luckauer Straße, jeweils freitags halten kann.

---

21 Rosa Luxemburg an Kostja Zetkin, 24. September 1907, in: GB, Bd. 2, S.306.

22 Ebenda, S. 306f.; siehe Laschitza, Im Lebensrausch, S.281-299.

23 Bernd Braun/Joachim Eichler (Hrsg.): Arbeiterführer. Parlamentarier. Parteiveteran. Die Tagebücher des Sozialdemokraten Hermann Molkenbuhr 1905 bis 1927. Mit einer Einleitung von Bernd Braun, München 2000, S.86.

24 LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 12994, Bl. 68 VS-70 RS, 86-101.

Am 18. Oktober begann Rosa Luxemburg ihren Vortragszyklus.[25] Eugen Ernst, Vorsitzender des Verbandes der Berliner Wahlkreisvereine und Umgegend, eröffnete die öffentliche Versammlung mit 800 Teilnehmern und gab Rosa Luxemburg das Wort für ihren ersten Vortrag in der Reihe: Einführung in die Nationalökonomie mit dem Thema: „Was ist Nationalökonomie?" Laut Bericht des „Vorwärts" erörterte sie eingangs die Frage: „Was ist vom marxistischen im Unterschied zum bürgerlichen Standpunkt unter Nationalökonomie zu verstehen?" Sie verwies darauf, dass über diese Frage die verschiedensten Ansichten bestehen, und erklärte: „Die Bezeichnung ‚Nationalökonomie', zu Deutsch: Volkswirtschaftslehre, ist irreführend, denn kein Volk, keine Nation führt eine in sich abgeschlossene Wirtschaft, sondern in Wirklichkeit ist es so, daß alle Völker miteinander eine gemeinschaftliche Wirtschaft führen." An historischen Beispielen der Entwicklung der Baumwollindustrie in den verschiedensten Regionen der Welt demonstrierte Rosa Luxemburg, „daß es keine Volkswirtschaft mehr gibt, sondern daß eine Weltwirtschaft herrscht. Karl *Marx* gebraucht deshalb auch niemals den Ausdruck Nationalökonomie, sondern er spricht stets von politischer Ökonomie. Was Nationalökonomie genannt wird, ist nicht Volkswirtschaftslehre, sondern Weltwirtschaftslehre."[26]
Dann behandelte sie als zweites Problem: „Warum müssen wir die Nationalökonomie als besondere Wissenschaft studieren?" Ihre Antwort lautete: „Solange die wirtschaftlichen Verhältnisse noch einfache waren und die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen sich ohne Schwierigkeiten regelten, bedurften diese Beziehungen keines wissenschaftlichen Studiums. Mit Beginn der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist das anders geworden. Als Begleiterscheinung dieser Wirtschaftsweise treten Krisen auf. Auch die Arbeitslosigkeit ist eine ständige Erscheinung in der heutigen Gesellschaft. Ebenso die täglichen, ja stündlichen Preisschwankungen, durch die der eine, ohne einen Finger zu rühren, in kurzer Zeit Millionär, der andere ein Bettler wird. Diese Erscheinungen sind nicht durch die Natur gegeben, sie sind Menschenwerk und doch steht ihnen die bürgerliche Gesellschaft ratlos gegenüber, als ob es sich um unbezwingbare Elementargewalten handelte. Wir stehen hier vor den Folgen einer anarchischen Wirtschaftsweise, die der heutigen über den Kopf gewachsen ist. Das ist der Grund, weshalb wir die Verhältnisse des Wirtschaftslebens wissenschaftlich untersuchen müssen. Die Wissenschaft soll uns den Schlüssel zur Erklärung der Erscheinungen im Wirtschaftsleben geben. Es ist klar, daß eine Wissenschaft, welche berufen ist, Aufschluß zu geben

25 Ebenda, Bl. 72-84.
26 Vorwärts, Nr. 246, 20.10.1907.

über die Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft, nicht eher da sein konnte wie diese selbst, und daß sie auch nicht länger dauern kann wie der Kapitalismus. Die nationalökonomische Wissenschaft klärt uns nicht nur auf über die Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft, sondern sie zeigt uns auch die Tendenzen, welche den Untergang der kapitalistischen Wirtschaft bedingen. Hiernach wird man verstehen, daß die Nationalökonomie eine Klassenwissenschaft ist. Eine solche Wissenschaft kann kein Auditorium bei den herrschenden Klassen finden.“[27]

Abschließend erörterte Rosa Luxemburg den Zusammenhang von Nationalökonomie und Klassenkampf. „Wo die bürgerlichen Nationalökonomen aufgehört haben, da hat *Marx* weitergebaut. Seine Lehre ist demnach ein Kind der bürgerlichen Gesellschaft, diese aber will ihr Kind nicht anerkennen. Deshalb wendet sich Marx mit seiner Lehre an das Proletariat, und hier findet er das Verständnis, welches den Gelehrten der bürgerlichen Gesellschaft infolge ihres Klasseninteresses verschlossen ist.“ Marx habe nachgewiesen, „daß der Sozialismus nicht nur ein schönes Ideal ist, sondern daß er die Konsequenz ist, die sich aus der kapitalistischen Wirtschaft mit Notwendigkeit ergibt, und daß wir deshalb zum Sozialismus kommen müssen, wohin der Weg nicht nur durch die wirtschaftliche, sondern auch durch die politische Entwicklung führt. Marx hat unser Ideal, das sozialistische Endziel, auf einen wissenschaftlichen Boden gestellt, aber er hat uns zugleich auch einen Wegweiser gegeben, der uns auf Schritt und Tritt in den gegenwärtigen Verhältnissen des wirtschaftlichen und politischen Kampfes zurechtweist. Das Studium der Nationalökonomie ist demnach nicht nur als Grundlage für unser Zukunftsideal notwendig, sondern auch zur Erkenntnis der Verhältnisse der Gegenwart. Die Nationalökonomie ist die Wissenschaft aller Wissenschaften; sie bereitet den Boden, auf dem wir in das Land der Zukunft marschieren.“[28]

Auf Wunsch Rosa Luxemburgs brachte der „Vorwärts“ keine weiteren Berichte.[29] Diese Vorträge sollten nach ihren Intentionen 1908/1909 als Broschüren zur „Popularisation der Marxschen ökonomischen Lehre“[30] erscheinen. Rosa Luxemburg bemühte sich jedoch vergeblich bei sozialdemokratischen Verlegern um eine Herausgabe.

Die Bolschewiki erklärten sich in einem Schreiben an die Sozialdemokratie des Königsreichs Polen und Litauen bereit, die Vorträge ins Russische

27 Ebenda.
28 Ebenda.
29 Siehe Mitteilungsblatt des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend, Berlin, Nr. 12, 13.11.1907.
30 Rosa Luxemburg: Vorwort zu „Die Akkumulation des Kapitals“ von Dezember 1912, in: GW, Bd. 5: Ökonomische Schriften, Berlin 1975, S.7.

zu übersetzen und legal herauszugeben. Am 29. Juni 1909 schrieb Rosa Luxemburg an Alexander Bogdanow-Malinowski: „Die vorgesehene Herausgabe meiner ‚Einführung in die Nationalökonomie' im russischen Parteiverlag ist leider unmöglich geworden, und mein Übersetzer sucht einen bürgerlichen Verlag."[31]

In der Akte der Berliner Politischen Polizei unter dem Titel „Sozialdemokratische Bestrebungen" finden sich über alle sechs Vorträge Rosa Luxemburgs und Hermann Molkenbuhrs zur Einführung in die Nationalökonomie bisher unbekannte handschriftliche Berichte von Polizeibeamten.[32]

Im Polizeibericht zum ersten Vortrag von Rosa Luxemburg wurde vermerkt, dass begrifflich „Nationalökonomie" eigentlich der falsche Ausdruck sei, es dafür eigentlich „Weltwirtschaftsökonomie" heißen müsste. „Sie führte als Beweis dafür, daß eine Wirtschaftsökonomie innerhalb einer Nation unmöglich sei, die Entwicklung der Baumwollindustrie an und zeigte an der Hand dieser Entwicklung, welche gegenseitige Abhängigkeit zwischen fast allen Nationen sich an dem Verlauf der Entwicklung der Baumwollindustrie feststellen lasse u. so sei es mit allen Industriezweigen." Die Nationalökonomie sei eine Wissenschaft, „die erst infolge des Kapitalismus entstanden sei". Man brauche „diese Wissenschaft um Rätsel zu lösen wie z.B., wodurch entstehen Krisen, Arbeitslosigkeit, Preisschwankungen".[33]

Im Unterschied zum Bericht des „Vorwärts" dokumentierte der Polizeibeamte auch zwei Fragen aus dem Publikum. Die erste Frage lautete, „ob Rosa Luxemburg alle bürgerlichen Professoren für zu unwissend hält, um die Nationalökonomie zu begreifen?" Zur Beruhigung erhielt die Fragerin von der Referentin die Antwort, „daß alle diese Herren schwer gelehrt seien, daß sie aber nicht fähig seien, den sozialen Zusammenhang der Weltwirtschaftsökonomie zu begreifen, denn das sei eine Wissenschaft, die sich gegen die herrschenden Klassen richtet." Zweitens wurde gefragt, „ob es streng wissenschaftlich sei, von ‚Entmenschten Bourgeois' zu sprechen?" „Die L.[uxemburg] hilft sich auch hier aus der Verlegenheit. Sie antwortet: Zunächst müsse sie auf die in der Frage enthaltene Spitze antworten, daß man streng wissenschaftlich sein und dennoch, nur gerade deshalb Temperament besitzen muss. Jede Wissenschaft ist eine Kampfwissenschaft als Beispiel nennt sie die Naturwissenschaft und die Namen Darwin und Haeckel. Die Bourgeois sind durch die historische Entwick-

31 Rosa Luxemburg an Alexander Bogdanow-Malinowski, 29. Juni 1909, in: GB, Bd. 6, Berlin 1993, S.163.
32 LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 12994, Bl. 69 VS-83 RS, 86 VS-101.
33 Ebenda, Bl. 72 VS.

lung des Kapitalismus zu ihrer unmenschlichen Ausbeutungswirtschaft gezwungen, gerade das beweist die Nationalökonomie, und in diesem logischen Zusammenhang hat sie das Wort unmenschlich oder entmenscht in Bezug auf die Bourgeoisie streng wissenschaftlich gebraucht."[34]
Wie im Bericht des „Vorwärts" vom 20. Oktober ging der Polizeibericht zum Schluss auf das Verhältnis des Proletariats zur Nationalökonomie ein. Die Nationalökonomie sei „für den Proletarier die Wissenschaft der Wissenschaften. Marx hat die Nationalökonomie geschaffen und mit ihr soll der Kampf gegen die herrschenden Klassen geführt werden. Es sind wohl seitens der Revisionisten einige Stimmen laut geworden: ‚Die Wissenschaft steht über dem Klassenkampf', aber diese Leute haben ja gar keine Ahnung von der Geschichte der Wissenschaften. Jede Wissenschaft hat an ihrem Anfang Klassenkämpfe hervorgerufen oder durchgemacht. Als Beispiel nennt sie die Entwicklungslehre, die Naturwissenschaft, ja sogar die Mathematik in ihren Anfängen. Die Nationalökonomie und die materialistisch historische Geschichtsauffassung, das seien die Mittel, die uns Genossen in die Lage setzten, jeden Nationalliberalen streng objektiv der Unwahrheit seiner Verheißungen zu überführen."[35] Mit den Erkenntnissen der Nationalökonomie seien auch die Stellung zum zerfallenden Mittelstand und zur Fabrikarbeit der Frauen zu beantworten, denn entsprechend der historischen Entwicklung würden für die Sozialdemokratie neue Mitkämpferinnen und Mitkämpfer erwachsen.
Am 25. Oktober 1907 hielt Rosa Luxemburg ihren zweiten Vortrag zum Thema: „Die gesellschaftliche Arbeit". Im Bericht des Beamten der Berliner Politischen Polizei wurde festgehalten, zu allen Zeiten sei die „gesellschaftliche Arbeit unbedingt notwendig, um das, was zur Speise, Bekleidung und Obdach eines jeden Menschen notwendig ist, zu beschaffen. Der einzelne Mensch sei nicht in der Lage, dies zu beschaffen, hierzu sei das Zusammenarbeiten mehrerer Menschen notwendig." Weiter wird die urkommunistische Produktionsweise von vor Tausenden Jahren charakterisiert, in der Leute aus der Mitte der Gemeinschaften gewählt wurden, „welche über die verschiedenen Arbeiten und Einrichtungen im Orte zu bestimmen hatten. Diese Leute hätten es auch sehr gut verstanden, sich die Gewalt und Herrschaft über den Ort anzueignen. Dies sei schon die Grundlage der heutigen Klassenherrschaft." Diesem Kommunismus sei die Gesellschaft des Frondienstes, der Sklaverei, der Zunftgesellschaft gefolgt. „Mit dem immer Weiterschreiten der Kultur und der Macht des Kapitals sei die jetzt bestehende Gesellschaft der herrschenden Klassen ent-

34 Ebenda, Bl. 72 VS-72 RS.
35 Ebenda, Bl. 72 RS.

standen, die sich nur zur Pflicht macht, die Arbeiter, durch welche sie ernährt wird, in ihrer Gewalt zu behalten und auszubeuten. Dieser kapitalistischen Gesellschaft stehe jetzt eine Gesellschaft der arbeitenden Klasse gegenüber, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, welche die Arbeiter vor der Ausbeutung des Kapitals schützen. Diese Organisationen müßten immer noch mehr gestärkt und ausgebaut werden."[36]
Beim dritten Thema – „Der Warenaustausch" – am 1. November 1907 ist in den Aufzeichnungen des Polizeibeamten ebenfalls die urkommunistische Produktionsweise, speziell die Tätigkeit der Handwerker, Ausgangspunkt. „Nach Aufhebung der kommunistischen Gemeinde sei die Produktion der Waren eine andere geworden. Ein jeder könnte jetzt auf seine eigene Rechnung Waren produzieren, so viel er wollte. Auch habe niemand etwas dagegen, wenn er nichts tue, dann aber ja jeder für seinen Lebensunterhalt allein sorge. Da nun der Schuhmacher nicht von seinen Stiefeln, der Bäcker nicht von seinen Backwaren leben konnten, so mußte ein Austausch mit den Waren erfolgen. Dieser Warenaustausch habe auf dem Markte stattgefunden. Es stellte sich aber bald heraus, daß nicht jeder Mann zu jeder Zeit Bedarf an Waren ein und derselben Art habe, deshalb sei nicht die Ware gegen Ware, sondern die Waren gegen Vieh eingetauscht worden. Das Vieh sei früher als das Wertvollste geschätzt und ein jeder, der viel Vieh hatte, als reich angesehen worden. Da auch dieser Warenaustausch nicht immer praktisch gewesen sei, so sei ein Austausch zwischen Ware und Geld eingeführt worden, der auch noch jetzt bestehe."[37]
In ihrem vierten Vortrag – „Die Lohnarbeit" – führte Rosa Luxemburg am 8. November 1907 nach dem Polizeibericht aus, „daß schon im Mittelalter die Lohnarbeit eine Ware gewesen sei, die wie jede andere Ware auf den Markt kam, um dort verkauft zu werden. Die Unternehmer und Kapitalisten holten sich auch heute noch ihre Lohnarbeiter vom Markt. Denn ohne diese Ware könnten dieselben keine andere brauchbare, für die menschliche Gesellschaft unentbehrliche Ware fertigen und dann wieder auf den Markt bringen. Einem jeden Käufer sein gutes Recht sei nun, mit seiner gekauften Ware anfangen zu können, was er wolle und so machten es auch die Unternehmer und Kapitalisten mit ihren gekauften Arbeitskräften." Trotz der Arbeiterschutzgesetze falle bei einem solchen Kaufgeschäft „die Gleichheit und Brüderlichkeit vollständig weg". Für plötzliche Spitzen von Nachfragen für Waren hielten sich die Unternehmer eine industrielle Reservearmee, um damit den Bedarf zu decken. Mit dem Fortschritt der Technik werde die Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft

36 Ebenda, Bl. 74 VS-75 RS.
37 Ebenda, Bl. 76 VS-77 VS.

immer weniger. „Die jetzige kapitalistische Wirtschaftsordnung müßte abgeschafft werden und es müßte herrschen: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für alle.“[38]

Mit dem Thema des fünften Vortrages – „Die Herrschaft des Kapitals“ – am 15. November 1907 vertiefte Rosa Luxemburg laut der handschriftlichen Aufzeichnungen eines Polizeibeamten ihre Ausführungen über die Lohnarbeit. Die Kapitalistenklasse sei eine ausbeutende Klasse, die hohe Gewinne einstreiche, „indem sie nur versucht, die Arbeitskräfte ihrer Angestellten auszubeuten und dafür einen Lohn zahlt, der mit den Leistungen gar nicht zu vergleichen ist [...] Ferner führte sie aus, daß die Großkapitalisten die kleineren Geschäftsleute und Handwerker unterdrücken und letztere dadurch genötigt werden, ihr Geschäft an die Ausbeuter abzutreten, wodurch denen die Möglichkeit gegeben wird, immer noch höhere Gewinne zu erzielen. Durch Ausbeutung der Arbeiter und nicht bezahlen der eigentlichen Arbeitskraft, sammeln sich die sogenannten besitzenden Klassen noch mehr Kapital. Durch noch mehr ähnliche Beispiele suchte die Vortragende den Anwesenden klar zu machen, daß die Arbeiterklasse alles aufbieten muß, um sich aus dem Joch der Kapitalisten zu entfernen.“39

Das abschließende sechste Thema des öffentlichen Vortragszyklus’ von Rosa Luxemburg am 22. November 1907 lautete: „Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft“. Den Polizeibericht über dieses Thema verfasste der Kriminalschutzmann Klante, der bereits die erste Veranstaltung am 18. Oktober überwacht hatte. In den urchristlichen Gemeinden, bei den Sklavenhaltern, im Mittelalter bei den Zünften gehörten Produktionsmittel und Arbeitskraft zusammen. „Erst die Entwicklung des Kapitals hat einen großen Riß in diese historische Tatsache gemacht. Sie stellte die Dinge auf den Kopf. Das Produktionsmittel wurde der Herr der Arbeitskraft. Das Kapital entwickelte sich ganz mechanisch und zog die Kapitalisten an sich, vereinigte sie und vergesellschaftete sie. Hierdurch wurde die Leitung der Produktion unpersönlich, es herrscht vollständige Anarchie. Mit jeder neu erfundenen Maschine wird der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit größer, das ging so weit, daß sich zuletzt Kapital und Arbeiter als Klassen gegenüberstanden. Der Kapitalismus umfaßte alle die, die nichts stellten als die Produktionsmittel, die Arbeiterklasse umfasste alle, die keine Produktionsmittel besaßen, sondern nur Arbeitskraft. Mit der Zeit wurde das Produktionsmittel zum Feind der Arbeitskraft, ein ganz anormaler Zustand. Der Kapitalismus entwickelte sich im-

38 Ebenda, Bl. 78 VS-79 VS.
39 Ebenda, Bl. 80 RS-81 RS.

mer weiter, er entwand sich vollständig den Händen eines Einzelnen und dem Willen des Menschen. Er entwickelte sich ganz mechanisch, sich nur als Selbstzweck, nur sich als Ziel. Aber von Zeit zu Zeit schlug er sich selbst aufs Haupt, durch Geschehnisse, deren Abwendung nicht in seiner Macht lag; die Krisen.

Durch die Krisen wurden ganze Massen von Produktionsmitteln sowohl wie von Arbeitskräften vernichtet. Die Krisen waren aber zum Weiterexistieren des Kapitalismus notwendig. Der Kapitalismus stellte wie gesagt alle Dinge auf den Kopf; jede Maschine, die erfunden wurde und doch eigentlich die Arbeitskraft des Menschen entlasten sollte, belastete sie. Die Gesellschaft wurde nur noch Mittel für die Produktion des Kapitals. Beweis hierfür ist der Militarismus, die Kolonialpolitik, die Flottenpolitik, das Bauen von Eisenbahnen in unfruchtbaren Wüsten usw. Das stetige Wachsen des Kapitalismus in die Tiefe sowohl wie in die Breite zeigt aber in seinen höchsten Höhen, den Trusts in Amerika, schon Ansätze zur Organisation."[40]

Zugleich unterstrich Rosa Luxemburg, dass die proletarische Masse der Arbeitskraft wächst, obgleich sie immer wieder mithilfe des Lohngesetzes herabgedrückt wird. Die kapitalistische Gesellschaft sei nicht das letzte Glied der Entwicklung, „an ihre Stelle wird die sozialistische Gesellschaft treten. Auch hier ist wieder Produktionsmittel und Arbeitskraft vereinigt, die Produktion ist nur ein Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft. Die Produktionsmittel gehören auch dann keinem Eigentümer, sondern der Gesellschaft. Aber diese Gesellschaft besteht nur aus den Arbeitskräften selbst. Es ist also so wie bei den urchristlichen Gemeinden mit dem Unterschied, daß hier die Organisation bewußt, planvoll vor sich geht, während dies bisher instinktartig geschah. Den Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft müssen wir durch bewußte Organisation der Gesellschaft und durch eine dem Kapitalismus Halt gebietende Willensäußerung erzwingen. Das ist eben der Unterschied zwischen uns Marxisten und den sogenannten Revisionisten, welche meinen, die sozialistische Gesellschaft wachse von selbst aus der kapitalistischen ganz mechanisch heraus."[41]

Die vorgestellten Vorträge zeigen exemplarisch, wie Rosa Luxemburg anhand historischer Beispiele, ökonomischer und sozialer Zusammenhänge Sozialdemokraten bildhaft über Ursprünge und Funktionsweise der kapitalistischen Wirtschaft aufklärte. Auf dem Nürnberger Parteitag 1908 erklärte Leo Liepmann vom Vorstand des Verbandes Berliner Wahlkreisver-

40 Ebenda, Bl. 82 VS-83 VS.
41 Ebenda, Bl. 83 VS-83 RS.

eine und Umgegend, dass die Teilnehmer „den Sinn der Vorträge begriffen haben, davon befriedigt waren und profitierten".[42]

Die öffentlichen Vorträge Rosa Luxemburgs im Oktober/November 1907 in Berlin waren eine Vorstufe und Grundlage zu ihrer Schrift „Einführung in die Nationalökonomie". Diese Schrift, die nur als Fragment überliefert ist, gibt am umfassendsten Aufschluss über Rosa Luxemburgs Verständnis der politischen Ökonomie. In dieses Manuskript sind sowohl die Vorbereitungen Rosa Luxemburgs auf den öffentlichen Vortragszyklus vor Berliner Sozialdemokraten im Herbst 1907 als auch ihre ökonomischen Vorlesungen an der Parteischule in den Jahren 1907 bis 1914 eingeflossen. Es ist während des Ersten Weltkrieges von ihr im Gefängnis erweitert worden. Das Manuskript hat eine wechselvolle Geschichte und ist zu Lebzeiten von Rosa Luxemburg nicht zur Veröffentlichung gekommen.[43] 1925 wurde die „Einführung in die Nationalökonomie" von Paul Levi erstmals herausgegeben. In der DDR wurde die Schrift 1951 publiziert. Beide Ausgaben enthalten Nachlässigkeiten in der Textwiedergabe und Entzifferungsfehler.

Im Unterschied dazu ist in der Edition „Rosa Luxemburg. Gesammelte Werke, Band 5. Ökonomische Schriften", Berlin 1975, der Text nach dem handschriftlichen Originalmanuskript neu entziffert, sind die Randnotizen von Rosa Luxemburg vollständig und in der richtigen Platzierung mitgeteilt, ihre Quellenangaben ergänzt und vervollständigt, Zitate belegt und erklärende Anmerkungen zum Verständnis der angeführten historischen Ereignisse angefügt worden.[44]

Quellenkritisch wurde bereits auf die unterschiedliche Berichterstattung zum ersten Vortrag Rosa Luxemburgs durch den „Vorwärts" und im Polizeibericht verwiesen. Zugleich ergibt der Vergleich beider Dokumentationen Rückschlüsse auf einen relativ hohen Wahrheitsgehalt damaliger Polizeiberichte. Die sechs Themenschwerpunkte der Vorträge Rosa Luxem-

---

42 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Nürnberg vom 13. bis 19. September 1908 sowie Bericht über die 5. Frauenkonferenz am 11. und 12. September 1908 in Nürnberg, Berlin 1908, S.241.

43 Siehe Paul Frölich: Rosa Luxemburg. Gedanke u.[nd] Tat. Mit e. Nachw. von Prof. Dr. Klaus Kinner, Berlin 1990 (Nach dem Text der 1949 vom Verlag Friedrich Oetinger in Hamburg besorgten Ausgabe), S.193-195; auch Jürgen Kuczynski: Memoiren. Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler, Berlin-Weimar 1973, S.103-105.

44 Siehe Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), NY 4002/74, Bl. 1-506; Hermann Lehmann: Zur Neuherausgabe der ökonomischen Schriften von Rosa Luxemburg, in: Wirtschaftswissenschaft (Berlin), 23. Jg., 1975, H. 9, S.1412-1418; siehe auch Siegfried Liebing: Rosa Luxemburg: „Einführung in die Nationalökonomie", in: Klaus Kinner/Helmut Seidel (Hrsg.): Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes, Berlin 2002, S.71-85.

burgs entsprechen sechs Gliederungspunkten ihrer Schrift „Einführung in die Nationalökonomie“. Die in den Polizeiberichten erfassten Inhalte, Argumentationslinien und wesentlichen politischen Aussagen von Rosa Luxemburg sind in den Texten ihrer „Einführung in die Nationalökonomie“ enthalten, natürlich ausführlicher und mit viel statistischem Material. Ihr kam es vor allem darauf an, dass der historische Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse erkannt wird.
Aufschlussreich ist es, dass die Polizeibehörde bei der Einschätzung der Vortragsreihen von Rosa Luxemburg und Hermann Molkenbuhr beide im typischen Polizeijargon gegenüberstellt: „Molkenbuhrs Vorträge zeigen eine gewisse Sachlichkeit und nüchterne Auffassung. Die Rosa [Luxemburg] dagegen hat in ihren Ausführungen derartige logische Jongleurstücke zum Besten gegeben, daß sie dadurch am besten beweist, wie wenig sie wissenschaftlich zu denken geeignet ist. Besonders und charakteristisch ist ihr Versuch, die von ihr gebrauchte Phrase ‚Entmenschter Bourgeois‘ als wissenschaftlich gerechtfertigt darzustellen, aus ihrer geradezu unsinnigen Behauptung, daß die zünftigen Nationalökonomen die Weltwirtschaftslehre deshalb nicht verstehen können, weil ‚diese Wissenschaft sich gegen den Kapitalismus richtet‘.“[45]
Rosa Luxemburgs wissenschaftliche Fähigkeiten und theoretisches Fundament auf ökonomischem Gebiet waren inzwischen viel zu gefestigt und bekannt, sodass ihr verleumderische Urteile von Polizeibehörden überhaupt nichts anhaben konnten. Molkenbuhrs obiges Urteil in seinem Tagebuch, über seine Unzulänglichkeiten das Marxsche „Kapital“ zu propagieren, spricht Bände und steht im Widerspruch zur wohlwollenden Bewertung des Polizeibeamten.

Unsere Bitte: Jede und Jeder, der ein neues Textdokument von Rosa Luxemburg entdeckt, möge uns das wissen lassen, damit die Vollständigkeit der Veröffentlichung sämtlicher noch existierender Hinterlassenschaften Rosa Luxemburgs gewährleistet wird.[46]

45 LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 12994, Bl. 68.
46 Siehe Annelies Laschitza: Info – Aufruf – Bitte, in: Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Berlin), Nr. 41, März 2012, S.45.

Göritz oder Steidle? Ein heikles Problem[1]

Siegfried Grundmann

Am 12. Juni 1937 verurteilte der „Volksgerichtshof“ (VGH) vier, wie es hieß, „Kommunisten“ zum Tode.[2] Am 20. Juni 1938 wurden diese in der Justizvollzugsanstalt Berlin-Plötzensee zwischen 6.00 und 6.15 im Abstand von jeweils fünf Minuten enthauptet: Stefan Lovasz, Josef Steidle, Artur Göritz und Liselotte Herrmann. Der Mitangeklagte Alfred Grözinger hatte eine Gesamtstrafe von zwölf Jahren Zuchthaus erhalten.
Bisherige Recherchen und Publikationen zum Fall haben sich vorwiegend mit Lilo Herrmann befasst. Selbstverständlich bleibt die Beschäftigung mit ihrem Schicksal weiterhin ein legitimer Gegenstand von Recherchen und Publikationen.
Ein noch nicht behandeltes, freilich heikles, Thema ist die Frage: Wer hat – Göritz betreffend – gelogen: Steidle oder Göritz? Hat Steidle, indem er Göritz belastete, dem VGH, der allein die Aussagen Steidles gelten ließ, einen Vorwand für das Todesurteil gegen Göritz geliefert? Hat Göritz, der alles leugnete, was ihm Steidle vorwarf, das Ansehen Steidles beschädigt und Zweifel an dessen moralischer Integrität entstehen lassen? Einer von beiden muss gelogen haben, ein „Sowohl-als-auch“, ein „Beide-hatten-recht“ gibt es nicht.
Von den Beschuldigten wurde Arthur Göritz als letzter, am 18. Mai 1936, festgenommen, Stefan Lovasz bereits am 15. Juni 1935, Alfred Grözinger am 18. Juni 1935, Josef Steid und Liselotte Herrmann am 7. Dezember 1935. Göritz war auch als letzter, am 17. April 1937,[3] angeklagt worden, Lovacz, Grözinger und Steidle schon am 11. März 1937,[4] Lilo Herrmann am 27. März 1937.[5] Anschließend wurden die Strafsachen Herr-

---

1 Meine Recherchen zum Komplex Lovasz-Steidle-Göritz-Herrmann-Grözinger wurden von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin gefördert. Für wertvolle Hinweise danke ich Lothar Letsche (Stuttgart), der sich wohl so intensiv wie niemand sonst mit Lilo Herrmann befasst hat.
2 VGH-Urteil gegen Stefan Lovasz, Alfred Grözinger, Josef Steidle, Liselotte Herrmann und Arthur Göritz, 12. Juni 1937, Bundesarchiv ZC 4900, A. 4, Bl. 365-387(im Folgenden: BArch).
3 Anklageschrift gegen Artur Göritz, 17. April 1937, BArch, NJ 10712, Bd. 5, Bl. 299-302 Rs.
4 Hauptanzeige gegen Stefan Lovasz, Alfred Grözinger und Josef Steidle, 21. Juli 1936, BArch, ZC 4900, A. 1, Bl. 73-127; Anklageschrift gegen Stefan Lovasz, Alfred Grözinger und Josef Steidle, BArch, NJ 10710, A. 1, unpag.
5 Anklageschrift gegen Liselotte Herrmann, 27. März 1937, BArch, ZC 4900, A. 8, Bl. 339-344.

mann und Göritz gemäß Antrag von Reichsanwalt Parrisius und durch Verfügung von Senatspräsident Engert mit der Strafsache gegen Lovacz, Grözinger und Steidle „zwecks gemeinschaftlicher Verhandlung und Entscheidung“ verbunden.[6]

Artur Göritz. Polizeifoto vom 22. Mai 1936,
BArch, ZC 4900, A. 23, Bl. 23 (in Hülle)

Josef Steidle. Polizeifoto vom 11. Dezember 1935,
BArch, ZC 4900, A. 21, Bl. 11 (in Hülle)

Lovacz wurde „wegen Vorbereitung zum Hochverrat unter erschwerenden Umständen“ zum Tode verurteilt, Steidle, Göritz und Herrmann „wegen Landesverrats, begangen in Tateinheit mit Vorbereitung zum Hochverrat unter erschwerenden Umständen“. Steidles Verurteilung wurde „auch mit Verbrechen gegen § 5 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe vom 28. Februar 1933“ begründet. Im Falle von Lovasz, Grözinger, Steidle und Herr-

6 Verfügung vom 24. April 1937, BArch, ZC 4900, A. 2, Bl. 216-216 Rs.

mann entsprach die Begründung des Urteils der Anklage. Dagegen war Göritz zunächst wegen Vorbereitung zum Hochverrat, aber nicht wegen Landesverrat angeklagt. Erst am 4. Tag der Hauptverhandlung beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Göritz wegen Landesverrat zum Tode zu verurteilen – was dann auch geschah.
Wie kam es dazu? Was sollte Artur Göritz verbrochen haben? War er geltendem Gesetz entsprechend tatsächlich ein Landesverräter? War er überhaupt ein Widerstandskämpfer und „Kommunist"?

Die unterstellte Straftat: Weitergabe von Nachrichten über die Dornier-Flugzeug-Werke Ludwigshafen

Laut Urteil des VGH wurden seit Frühjahr 1934 „Nachrichten über die Anzahl der Flugzeuge, die Dornier damals baute, die Anzahl der dort beschäftigten Arbeiter und über die politische Einstellung der Arbeiterschaft" an die Komintern (und damit an einen „ausländischen Nachrichtendienst") weitergegeben. Es habe sich dabei um Staatsgeheimnisse gehandelt, zumal die militärische Luftwaffe 1934 „noch getarnt war". Dass auch Nachrichten über für zivile Zwecke bestimmte Flugzeuge geliefert wurden, sei nicht von Belang, weil ein kommender Krieg ein „totaler Krieg"[7] sein werde, „in dem alle irgendwie verwendbaren Kräfte der Nation eingesetzt werden müssen". Infolgedessen würden „auch ursprünglich für die zivile Luftfahrt bestimmte Flugzeuge zu Kriegszwecken Verwendung finden".[8]
Die Beschaffung und Weitergabe der Nachrichten über die Dornier-Werke an eine ausländische Macht wurde Artur Göritz (und Steidle als angeblich erstem Empfänger) zur Last gelegt. Göritz wurde beschuldigt, im Frühjahr 1934 und Ostern 1935 Mitteilungen über die Dornier-Werke an Steidle weitergegeben zu haben. Als Kommunist habe Göritz damit gerechnet, dass die russische Regierung Kenntnis erhält. Als ein bei Dornier

7 Unterstreichungen im Zitat wie im Original (VGH-Urteil vom 12. Juni 1937). Generell gilt im vorliegenden Text (auch wenn darauf nicht immer hingewiesen wird): Die Schreibweise in Zitaten entspricht dem Original.
8 BArch, ZC 4900, Bd. 4, Bl. 381 Rs. Bemerkenswert an der Argumentation des VGH ist, dass die Verletzung völkerrechtlich gültiger Verträge durch Hitlerdeutschland als rechtens interpretiert wird und die Aufdeckung geheimer Rüstungen als Verbrechen. Zudem hat ein deutsches Gericht in einer Zeit, als Hitler nicht müde wurde, friedliche Absichten zu beteuern, einen kommenden Krieg als selbstverständliches Faktum betrachtet, der zudem keinen Unterschied machen werde zwischen zivilen und militärischen Nutzungen von Flugzeugen (und anderem Gerät). Lange vor dem im Februar 1943 von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels proklamierten „totalen Krieg" und zwei Jahre vor Ausbruch des Krieges urteilte das höchste deutsche Gericht, der kommende Krieg werde ein „totaler Krieg" sein!

Beschäftigter sei er bereits im Dezember 1933 auf die dort geltenden Geheimhaltungsvorschriften hingewiesen worden und habe deren Kenntnisnahme im Februar und im Dezember 1934 unterschriftlich bestätigt.[9]
Über die Konsequenzen von Landesverrat war Göritz tatsächlich informiert. Die Frage ist nur, ob und inwiefern er in solcher Weise tätig gewesen war.

Alleinige Grundlage des Urteils: die Aussagen von Josef Steidle

Anklage und Urteil gegen Artur Göritz beruhten allein auf den Aussagen von Josef Steidle – vormals Chef des Geheimapparats der KPD („Am-Apparat") in Württemberg. Laut VGH-Urteil vom 12. Juni 1937 waren „andere Beweismittel, als die eigenen Angaben des Steidle, für diese Verbindung und für die Nachrichten, die Göritz dem Steidle geliefert hat, nicht vorhanden".[10] Am 14. September 1937 wiederholte der Reichsanwalt beim VGH im Schreiben an den Reichsminister der Justiz, dass auf den Aussagen von Steidle „die tatsächlichen Feststellungen des Urteils über die Tat des Verurteilten Göritz allein beruhen".[11]
Steidle selbst rühmte sich im Gnadengesuch vom 17. Juni 1937, der Polizei „auch das kleinste soweit es in meinem Bewußtsein war" angegeben und der Polizei mitgeteilt zu haben, wovon sie vorher „keine Ahnung" hatte.
Das trifft nicht zu, denn Steidle hatte noch vor dem 15. Februar 1936 im Verhör geplaudert, er habe im August 1935 mit Lilo Herrmann „unter anderem" über die Dornierwerke und einen früher dort beschäftigten Kommunisten gesprochen.
Es ist naheliegend, dass der vernehmende Kriminalkommissar Mauch wissen wollte, worüber man im Einzelnen gesprochen hatte und wer dieser Kommunist war. Ganz unvorbereitet war Mauch schon damals nicht. Während ihrer zweiten Vernehmung, am 7. Februar 1936, hatte Lilo Herrmann ausgesagt, dass sie von Steidle das Ergebnis der Vertrauensratswahlen in den Firmen Bosch, Daimler und Dornier erhalten habe und auch „noch einige Aufschriebe über Flugzeuge" gemacht habe, an die sie sich aber nicht mehr genau erinnern könne.[12] Mauch wusste nun, dass Nachrichten zum Flugzeugbau in den Dornier-Werken an einen Am-Funktionär gelangt waren und auch, an wen er sich halten musste, um Genaue-

9 Verpflichtung zur Geheimhaltung vom 26. Februar 1934, BArch, NJ 10712, Bd. 1, unpag.; Erklärung vom 6.12.1935, ebenda.
10 BArch, ZC 4900, A. 4, Bl. 379.
11 BArch, ZC 4900, A. 5, Bl. 222 Rs. (Hervorhebung im Zitat von mir, S. G.).
12 BArch, ZC 4900, A. 6, Bl. 101.

res über den ihm noch nicht namentlich bekannten Am-Funktionär zu erfahren. Er brauchte nur zu warten, bis sich während einer der anstehenden Vernehmungen von Josef Steidle eine günstige Gelegenheit bot, und er hat diese Chance genutzt.

Über die Beschaffung der Pläne der Munitionsanlage („Muna") Celle sowie über Beziehungen zu den Daimler-Werken hatte Steidle in seiner ersten Vernehmung am 20. Dezember 1935 ausgesagt, über Liselotte Herrmann am 21. Dezember 1935, über Artur Göritz aber erst in seiner vierten polizeilichen Vernehmung am 15. Februar 1936.

Steidle gab zu Protokoll[13], er habe im August 1935 mit Lilo Herrmann über die Dornier-Werke gesprochen und über einen dort beschäftigten Kommunisten, den die Polizei zwar festgenommen, aber mangels Beweisen wieder freigelassen habe. Es könne sich nur um einen ihm bekannten Mann handeln, und dieser Mann habe Artur Göritz geheißen. Diesen habe er 1931 kennen gelernt. Als er, Steidle, 1934 von seinem von der Schweiz aus operierenden und für den süddeutschen Raum zuständigen Vorgesetzten „Hugo" (Franz Feuchtwanger) gefragt wurde, ob er in der Lage sei, Verbindung zu Dornier zu schaffen, habe er die Frage bejaht und Göritz genannt. Daraufhin habe er den Auftrag bekommen festzustellen, was dort produziert wird, wie viel Leute beschäftigt sind und wie die politische Stimmung unter den Arbeitern ist. Er, Steidle, sei zu Göritz gefahren, habe sich nach dessen Befinden erkundigt und ihn „vorsichtig ausgefragt", ohne ihm von seinem Auftrag Kenntnis zu geben. Anschließend sei er mit Göritz über die Osterfeiertage zum Skifahren ins Walsertal gefahren und habe diesen dort abermals „ausgefragt". Göritz habe die politische Vergangenheit von Steidle gekannt und daher wissen müssen, „woher diese Aufträge kamen", die er später erhalten habe. Schriftlich habe er mit Göritz „nicht verkehrt". Den von Göritz erhaltenen mündlichen Bericht hätte er, Steidle, „selbst schriftlich niedergelegt und der Liselotte Herrmann übergeben".

Gegenteiligen Aussagen von Lovacz und Herrmann widersprach Steidle am 14. März 1936 energisch und bestand auf der Richtigkeit seiner Aussagen. Am 22. Mai 1936 wiederholte er dies und äußerte zudem, er könne sich an Einzelheiten, z. B. zur Zahl der bei Dornier hergestellten Flugzeuge und der dort beschäftigten Arbeiter, „nicht mehr erinnern".[14] Abwechselnd berichtete Steidle am 22. Mai über Vorgänge, an die er sich „*nicht mehr genau* erinnern"[15] könne, und über Dinge, die ihm „genau im

13 BArch, ZC 4900, A. 17, Bl. 127 Rs.-130 Rs.
14 BArch, ZC 4900, A. 17, Bl. 131 Rs.
15 Hervorhebung von mir, S. G.

Gedächtnis“ geblieben wären. Göritz habe auch gesagt, dass in Schweizer Zeitungen über die Dornier-Werke berichtet wurde. „Ich habe bei *mir gedacht*, dass diese Berichte von Göritz stammen *könnten*. *Gesagt hat er dieses nicht*. [...] Ich kann [...] *nicht sagen*, ob es sich um Werksnachrichten von Dornier oder um andere Sachen gehandelt hat [...] Wie oft Göritz in der Schweiz war und dort Berichte abgeliefert hat, *kann ich nicht sagen*.“[16]
Nachdem Steidle am 15. Februar 1936 den polizeilich bislang völlig unbekannten Göritz erstmals belastet hatte, wurde dieser observiert. Eine strafbare Handlung konnte die Polizei für die fragliche Zeit aber nicht feststellen. Trotzdem wurde Göritz drei Monate später, am 18. Mai 1936, festgenommen.
Göritz bestritt die ihm unterstellten Delikte von Anfang an bis zum Tage seiner Hinrichtung vehement und behauptete, dass Steidle lüge. Er vermutete, Steidle habe ihn beschuldigt, um einen anderen zu decken. Ein Beweggrund für diesen sei auch gewesen, dass er anfänglich mit einer nur milden Strafe für Göritz gerechnet habe und die Denunziation für ihn insofern eine lässliche Sünde wäre.
Alle Versuche der Gestapo, Göritz zu einer anderen Aussage zu bewegen, blieben erfolglos. Am 2. Juni 1936 vernommen, erklärte er: „Ich kann trotz Vorhalt der Aussagen des Steidle nichts Weiteres sagen. Wenn mir gesagt wird, dass *geständige Beschuld. auf eine mildere Beurteilung rechnen können* als überführte Beschuld., so ändert das hieran nichts.“[17] Erfolglos bemühte sich Kriminal-Kommissar Mauch um die Beschaffung weiterer Belastungszeugen. Steidle blieb der einzige.

Wer hat gelogen, Steidle oder Göritz?

Hatte Göritz während des Osterausflugs 1934 geplaudert und die Regeln der Konspiration verletzt, aber nach seiner Festnahme – konfrontiert mit den Aussagen von Steidle – erkannt, einen Fehler gemacht zu haben? War er klug genug, sich nicht erneut aufs Glatteis locken zu lassen – diesmal von Kriminalkommissar Mauch? Hat er nach seiner Festnahme die Regeln der Konspiration bis zum bitteren Ende befolgt?

16 BArch, ZC 4900, A. 17, Bl. 132 Rs. (Hervorhebungen von mir, S. G.)
17 BArch, NJ 10712, Bd. 3, Bl. 26 Rs. (Hervorhebung von mir, S. G.). Die Zusage einer „milderen“ Strafe war offenbar gängige Praxis in den Ermittlungen der Stapo Stuttgart. Im protokollierten Geständnis von Wieland heißt es: „Der Beschuldigte [...] erklärte nach Verlesung seiner Angaben gegenüber der Polizei u. nach Hinweis des vernehmenden Richters, dass erfahrungsgemäss geständige Beschuldigte vom Volksgerichtshof oder vom Strafsenat in Stuttgart eine mildere Beurteilung zu gewärtigen haben, als überführte Beschuld.: [...] ich gebe zu, dass ich den Plan gemacht habe.“ BArch, NJ 10712, Bd. 3, Bl. 28 Rs.

Und Steidle: Hat er gelogen? War er ein Denunziant und Verräter, oder „nur“ ein Denunziant? Wäre ihm „nur“ anzulasten, ohne ersichtlichen Zwang wahrheitsgemäß ausgesagt und einen „Landesverräter“ geopfert, nicht aber, gelogen zu haben? Wurde er mitschuldig an der Verurteilung und schließlich auch Hinrichtung eines Unschuldigen?
Für Göritz sprechen nicht nur seine beharrliche Leugnung der ihm unterstellten Straftaten, sondern auch, dass keine Beweise für die Beschuldigungen gegen ihn beigebracht werden konnten, dass Steidle der einzige Zeuge der Anklage war sowie die Bedenkenlosigkeit, Widersprüchlichkeit und Verschwommenheit vieler Aussagen von Josef Steidle.
Gestapo und VGH haben den Aussagen von Steidle vorbehaltlos vertraut. Nach der Anklageschrift gegen Göritz bestand „nach Lage der Sache kein Anlaß, an der Richtigkeit der Bekundungen des Zeugen Steidle zu zweifeln“.[18] Laut VGH-Urteil war der Senat „unter Würdigung der genannten Umstände zu der Überzeugung gelangt, daß die Angaben des Angeklagten Steidle [...] in vollem Umfange auf Wahrheit beruhen [...] andere Beweismittel, als die eigenen Angaben des Steidle, waren für die Verbindung und für die Nachrichten, die Göritz dem Steidle geliefert hat, nicht vorhanden. [...] Abgesehen davon ist der Senat auf Grund des persönlichen Eindrucks, den Steidle gemacht hat, zu der Überzeugung gelangt, daß er nicht einer derartig gemeinen Gesinnung fähig ist, daß er zu unrecht einen Mitangeklagten belastet in einer Weise, die für Göritz die Todesstrafe zur Folge haben konnte.“[19]
Auch wenn es so gewesen wäre, dass Steidle ansonsten nicht gelogen hat: ein Beweis dafür, dass er dies im Falle Göritz, in diesem einen Falle, nicht getan hat, ist das nicht!

Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat, verurteilt wegen Landesverrat

Nachdem Steidle wiederholt Göritz beschuldigt hatte, ermittelte das Württembergische Politische Landespolizeiamt auf Ersuchen des Reichsanwalts beim VGH gegen Göritz wegen dringendem Verdacht des Landesverrats.[20] Göritz wurde vom Reichsanwalt Parrisius am 17. April 1937 aber nur wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt. In einem der Anklageschrift beiliegenden Vermerk begründete Parrisius den Verzicht auf die Anklage wegen Landesverrat: „*Dem angeschuldigten Göritz ist ein Ver-*

18 BArch, NJ 10712, Bd. 5, Bl. 301 Rs.
19 BArch, NJ 10712, Bd. 4, Bl. 378 Rs.-379.
20 „Stuttgart, den 10. November 1936. Hauptanzeige gegen 1.) Göritz, Arthur, 2.) Wieland, Walter [...] wegen Landesverr. bzw. Beihilfe dazu“, BArch, NJ 10712, Bd. 3, Bl. 81-88.

brechen des Landesverrats nicht hinreichend nachzuweisen. [...] Voraussetzung für das Vorliegen eines Verbrechens gegen § 1 Abs. 2 ist, daß der Täter die im Interesse der Landesverteidigung geheimzuhaltenden Nachrichten an eine ausländische Regierung oder an eine Person, die im Interesse einer ausländischen Regierung tätig ist, gelangen läßt. Es kann daher dahin gestellt bleiben, ob der Angeschuldigte dem Zeugen Steidle bei der Schilderung der Verhältnisse in den Dornier-Werken militärische Geheimnisse verraten hat, da ihm nicht nachzuweisen ist, daß er die Funktionärsstellung des Zeugen Steidle gekannt und insbesondere gewußt hat, daß dieser bereits damals wieder im Am-Apparat der KPD und damit im Interesse der Komintern und der mit dieser eng verbundenen Regierungsstellen der Sowjet-Union tätig war. Die von dem Angeschuldigten Göritz Ostern 1935 anläßlich der Zusammenkunft im Walsertal gemachten Mitteilungen über das Flugzeug DO 17 stellen im übrigen nach dem Gutachten des Reichskriegsministeriums[21] objektiv keine Staatsgeheimnisse im Sinne des § 88 Abs. 1 StGB dar. Es liegen auch keine hinreichenden Anhaltspunkte dafür vor, daß der Angeschuldigte sie als solche angesehen hat. Daß er dem Funktionär Steidle bei dieser Besprechung sonstige geheimzuhaltende Nachrichten übermittelt hat, hat sich nicht feststellen lassen.“[22]

Während der Hauptverhandlung vor dem VGH aber wendete sich das Blatt.

Am Ende des 3. Verhandlungstages, am 10. Juni 1937, wurde Göritz vom Vertreter der Staatsanwaltschaft „darauf aufmerksam gemacht, dass bei ihm möglicherweise auch Verurteilung wegen Landesverrats in Frage kommen könne“.[23] Wie danach zu erwarten, beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft am 4. Verhandlungstag, am 11. Juni 1937, Göritz wegen Landesverrat zum Tode zu verurteilen. Dem Antrag wurde entsprochen.[24]

Noch am Tage der Urteilsverkündung, am 12. Juni 1937, erklärten die Mitglieder des erkennenden Senats in einer Stellungnahme, der Senat halte sämtliche Angeklagte eines Gnadenerweises nicht für würdig. Unterschrieben haben Senatspräsident Engert, SA-Brigadeführer Hauer, Studienprofessor Heinlein, Landgerichtsrat Dr. Zieger und SS-Sturmbannführer Wittmer, letzterer allerdings mit der Einschränkung: „Bei Göritz emp-

21 Der Reichskriegsminister an den ORA. Zweigstelle Berlin, 31. März 1936. Gutachten in der Strafsache gegen Steidle, BArch, ZC 4900, A. 18, Bl. 43, 43 Rs.

22 BArch, NJ 10712, Bd. 5, Bl. 291 (Unterstreichung wie im Original. Kursive Hervorhebung von mir, S. G.).

23 BArch, ZC 4900, A. 5, Bl. 279Rs.

24 Die Begründung dafür wurde eingangs schon zitiert.

fehle ich Begnadigung, sonst einverstanden".[25] Am 30. Juni 1937 sprach sich auch das Gestapa Berlin gegen einen Gnadenerweis aus: „Auf das dortige Schreiben vom 22. Juni 37 teile ich ergebenst mit, daß hier keine besonderen Umstände vorliegen, die bei der Prüfung eines Gnadenerweises zu berücksichtigen wären [...] Geißler."[26]
Damit war klargestellt, wie sich eine dem Gestapa untergeordnete Dienststelle verhalten sollte. Am 1. Juli 1937 teilte die Staatspolizeistelle Stuttgart dem Reichsanwalt beim VGH mit: „Bei Artur Göritz liegen besondere Umstände, die bei der Frage der Prüfung eines Gnadenerweises in Betracht zu ziehen wären, nicht vor".[27] Ob SS-Sturmbannführer Wittmer seine Empfehlung, Göritz begnadigen zu wollen, zurückzog, ist den Akten nicht zu entnehmen. Es könnte sein, dass dieser Einwand kommentarlos ignoriert wurde und Wittmer fortan geschwiegen hat.

Gnadengesuche

Bereits am 14. Juni 1937, also zwei Tage nach dem Todesurteil, und noch ohne Kenntnis der schriftlichen Urteilsbegründung, verfasste Göritz eine Stellungsnahme und bat, diese seinem Gnadengesuch[28] an den „Führer" beizufügen: „Selbst die Urteilsbegründung bestätigt daß mir ein Landesverrat nicht nachzuweisen sei. Jedoch bestünde für den hohen Senat keine Ursache an den Aussagen des Mitangeklagten Steidle zu zweifeln da er selbst sich ja auch damit belaste [...] Er, Steidle, hätte bei all seinen Aussagen nie einen seiner Tatgenossen zu Unrecht belastet und immer die Wahrheit gesagt. In der Hauptverhandlung gab er aber [...] zu daß er mich persönlich in verschiedenen Sachen aus Wut belastete als er erfuhr daß auch ich erfreut gewesen war als durch die Machtübernahme dem seelischen und wirtschaftlichen Chaos ein Ende bereitet wurde. [...] Weiterhin mußte er seine früheren, auf das Bestimmteste abgegebenen Behauptungen, u. a. daß ich früher Mitglied der KPD gewesen sei, zurück nehmen und nur unbegründete Vermutungen daraus machen. [...] Die Glaubwürdigkeit des Steidle wurde in mehr als diesen Fällen auf das bestimmteste erschüttert. Dies wird wohl auch der hohe Senat nicht bestreiten. [...]
Ich vermutete daß Steidle mich deshalb zu Unrecht belastete, weil er einen anderen Tatgenossen, der wohl die wahre Quelle der Dornier-Nachrich-

25 BArch, ZC 4900, A. 23, Bl. 4.
26 BArch, ZC 4900, A. 20, Bl. 15 (Geißler = Kurt Geißler, Leiter des „Kommunismus"-Dezernats im RSHA).
27 BArch, ZC 4900, A. 23, Bl. 14.
28 Gemeint war das Gnadengesuch seines Verteidigers, das dieser im August einreichen wird.

ten sein mag zu decken, um damit auch sich selbst vor der Aufdeckung noch wichtigerer Sachen zu schützen. Er nahm wohl auch an daß mir seine Belastung nicht mehr gefährlich werden würde. [...]
Er war sich über die Tragweite seiner Angaben nicht im Klaren da er in der Verhandlung zugab, er würde diese heute nicht mehr machen, aber er könne nicht mehr zurück [...] sonst hätte er [...] sich selbst als den gemeinsten Lügner hinstellen müssen. [...] In seinem Schlußwort gestand er [...] ein, daß er niemals mit einem Todesurteil gerechnet hätte. Also auch nicht für den, den er belastete. [...] Er gab während der Verhandlung auch zu bei seinem Besuch in Friedrichshafen auch noch einen anderen Dornier-Mann besucht zu haben, dessen Namen er aber nicht nennen wolle um ihn nicht auch noch mit rein zu verwickeln. Warum der hohe Senat dieser für meine Schuld oder Unschuld doch äußerst wichtigen Frage keine Bedeutung schenkte kann ich nicht fassen. [...]
Ein weiterer Punkt der Urteilsbegründung ist, daß [ich], wenn ich auch nicht Mitglied der K.P.D. gewesen bin, ihr doch durch Nachrichten hätte helfen wollen. Nie habe ich für die K.P.D. gekämpft, nicht einmal vor der Machtübernahme [...]. Als Wandervogel [...] hatte ich ja eine völlig bürgerliche Lebensauffassung. [...] Und nun soll ich mein Vaterland verraten haben und bin ich zum Tode verurteilt einzig deswegen weil ein Mensch der in allen Regeln des Verrats geschult ist mich zu Unrecht belastet".[29]
In ähnlicher Weise stellte der Verteidiger von Artur Göritz, Rechtsanwalt Fritz Pfeffer, in seinem Gnadengesuch vom 6. August 1937[30] die Glaubwürdigkeit von Steidle infrage:

- Steidle sei ein alter KPD-Mann, schon darum müssten seine Angaben mit Vorsicht aufgenommen werden.
- Steidle habe behauptet, Lovacz hätte ihn mit der Fahrt zu Göritz beauftragt. Lovacz sei bei dieser Behauptung im Gericht „ostentativ aufgestanden & hat diese Angabe als eine offensichtliche Lüge bezeichnet, denn er habe mit Steidle über Dornier überhaupt nie gesprochen. Schon darum könne nicht behauptet werden, Steidle habe niemals einen dritten mit Absicht belastet."
- Steidle habe während der Verhandlung zugeben müssen, dass seine Behauptung, Göritz sei KPD-Mitglied gewesen, nur eine Vermutung war.
- Steidle habe behauptet, Buchmann mehrere Male mit Göritz zusammengebracht zu haben. Bei der Gegenüberstellung vor Gericht stellte sich aber heraus, dass Buchmann zwar Steidle, aber nicht Göritz

29 BArch, NJ 10712, Bd. 6, Bl. 19-20 Rs. (Unterstreichung und Zeichensetzung wie im Original).
30 BArch, NJ 10712, Bd. 6, Bl. 15-18 Rs.

kennt. Daraufhin habe sich Steidle korrigiert und erklärt, dass er lediglich Treffs zwischen Buchmann und Göritz vereinbart habe, aber nicht wisse, ob diese zustande gekommen sind.[31]

Insofern sei die Glaubwürdigkeit von Steidle erschüttert. „Es muss deshalb Bedenken erwecken, wenn das Urteil allein auf den Angaben des Steidle fusst".

Auch wenn die Einwände des Verteidigers Pfeffer letztlich zurückgewiesen wurden, ignorieren konnte man sie nicht.

Reichsanwalt Parey nahm am 14. September im Schreiben an den Reichsminister der Justiz Stellung zum Gnadengesuch des Rechtsanwalts Pfeffer und tat alle vorgetragenen Zweifel an der Glaubwürdigkeit von Steidle als belanglos ab.[32] Bezugnehmend auf die Hauptverhandlung bestätigte Parey zwar, dass die Behauptung des Steidle, Lovacz habe ihn mit der Aufnahme illegaler Verbindungen zu den Dornier-Werken beauftragt, nicht bewiesen werden konnte. Gleichwohl erklärte er, der Senat habe „damit nicht die Darstellung des Verurteilten Steidle als widerlegt angesehen, sondern es dahingestellt sein lassen, ob dieser sich geirrt oder der Mitverurteilte Lovasz den Auftrag bezüglich der Dornier-Werke wider besseres Wissen abgeleugnet hat". Parey bestätigte auch, dass die Aussage von Steidle zur Mitgliedschaft des Göritz in der KPD lediglich eine Vermutung gewesen sei. Der erkennende Senat, schrieb Parey, habe der formellen Mitgliedschaft keine Bedeutung beigemessen, weil die kommunistische Gesinnung von Göritz entscheidend sei. Bezugnehmend auf die Vermutung von Göritz, dass Steidle ihn aus Wut über seine politische Gesinnungsänderung zu Unrecht belastet habe, bemerkte Parey, der in der Sache befragte Berichterstatter hätte „bestätigt, daß Steidle eine derartige Äußerung *nach seiner Erinnerung* nicht getan"[33] habe. Allen „erhobenen Anständen gegen

31 Während der Hauptverhandlung, am 8. Juni 1937 hatte Pfeffer beim II. Senat des VGH beantragt, „den früheren Reichstagsabgeordneten der K.P.D. Buchmann" als Zeugen zu laden und seinen Antrag wie folgt begründet: „Der Mitangeklagte Steidle, der den Göritz belastet, behauptet, den Göritz schon früher, vor dem Umsturz, mit Buchmann bekannt gemacht zu haben. Daraus schliesst Steidle auch die Zugehörigkeit des Göritz zu K.P.D. Da Göritz dies ebenfalls wie das andere bestreitet, ist es für die Glaubwürdigkeit der Angaben des Steidle von Bedeutung, den Buchmann über diese Behauptung zu hören". (BArch, ZC 4900, A. 2, Bl. 289). Diesem Antrag wurde stattgegeben. Das Verhandlungsprotokoll belegt, dass Buchmann seine Aussagen gemacht hat, allerdings nichts – wie ansonsten auch – über den Inhalt der Aussage. Dem Gnadengesuch von Pfeffer und der Erwiderung durch den Reichsanwalt ist zu entnehmen, dass Buchmann, wie von Pfeffer angegeben, eine KPD-Mitgliedschaft von Göritz nicht bestätigt hat. Man möchte meinen, dass die Glaubwürdigkeit von Steidle damit tatsächlich erschüttert wurde.

32 BArch, ZC 4900, A. 5, Bl. 222 -225 Rs. (Hervorhebungen von mir, S. G.).

33 Hervorhebung von mir, S. G.

die Glaubwürdigkeit des Verurteilten Steidle“ könne somit „kein Gewicht beigemessen werden“. Abweichungen von früheren Aussagen des Steidle wären von „belangloser Art“ und zu Recht für die Entscheidung des Senats ohne Bedeutung gewesen. Parey sah insbesondere darum keinen Anlass, an der Glaubwürdigkeit von Steidle zu zweifeln, weil „bis zu seinem Geständnis nicht einmal die Tatsache seiner Beziehungen zu Göritz den Strafverfolgungsbehörden bekannt“ gewesen sei.[34]
Es musste so sein: Steidle hatte „glaubwürdig“ zu sein, weil Göritz sterben sollte. Nur so ließ sich die Fiktion aufrechterhalten, dass das VGH-Urteil kein Fehlurteil gewesen sei.
Die entscheidende Bemerkung aus dem Gnadengesuch von Göritz erwähnte Parey aus gutem Grunde nicht: Steidle habe während der Verhandlung zugegeben, „in Friedrichshafen auch *noch einen anderen Dornier-Mann* besucht zu haben, dessen Namen er aber nicht nennen wolle“.[35] Dass dem nicht nachgegangen wurde, ist nur damit zu erklären, dass der VGH eine Entlastung von Göritz gar nicht wollte.

Landesverrat?

In seinem Gnadengesuch vom 6. August 1937 widersprach Rechtsanwalt Pfeffer auch der Verurteilung von Göritz wegen Landesverrat mit Bestimmtheit und mit guten Argumenten: [36]

- Göritz wurde von der Reichsanwaltschaft lediglich wegen Hochverrat, aber nicht wegen Landesverrat angeklagt. Die Reichsanwaltschaft hatte dies in einer Erklärung, die in den Gerichtsakten niedergelegt wurde, ausführlich begründet.
- Zwischen der ersten und zweiten Begegnung von Steidle und Göritz vergingen 15 Monate, von einem „Fortsetzungszusammenhang“ kann folglich nicht die Rede sein.
- Göritz hat die Funktionärsstellung des Steidle nicht gekannt und „nicht gewusst, [...] dass die Nachrichten an eine ausländische Regierung, oder eine für diese tätige Person gehen sollen“.
- Laut Gutachten des Sachverständigen aus dem Reichs-Kriegsministerium waren die Mitteilungen über die Flugzeuge DO 17, 18 & 19 A keine Staatsgeheimnisse. Geheimhaltungspflichtig wären nur Anga-

34 Die Tatsache, dass Lilo Herrmann durch eine unbedachte Äußerung, deren Folgen sie nicht voraussehen konnte, den Anstoß dazu gegeben hatte, Steidle wegen der Berichte aus den Dornier-Werken zu vernehmen, dass Steidles Aussagen also durchaus nicht „freiwillig“ gewesen sind, wird hier wie in den Gerichtsakten überhaupt mit keiner Silbe erwähnt.
35 Hervorhebung von mir, S .G.
36 BArch, NJ 10712, Bd. 6, Bl. 15-18 Rs.

ben über die Geschwindigkeit der DO 17 und 19 gewesen, was, „wie Steidle selbst sagt, nicht der Fall“ war.

- Obwohl die Verhandlung seit Fertigstellung der Anklageschrift „nicht mehr Belastendes für Göritz ergeben“ hat, plädierte die Reichsanwaltschaft auf Landesverrat.
- „Schon in der am Schluß der Verhandlung mündlich gegebenen Urteilsbegründung hat das Gericht zum Ausdruck gebracht, dass der Tatbestand des Landesverrats gar nicht weit genug ausgedehnt werden könne. [...] Wenn das Gericht diesen Ausführungen des Sachverständigen nicht gefolgt ist, sondern davon ausgeht, dass der kommende Krieg ein ‚totaler Krieg‘ ist & es nicht entscheidend ist, ob es sich um Flugzeuge für militärische oder zivile Zwecke handle, so muss diese Argumentation Bedenken erwecken. Denn wenn schliesslich nach Ansicht des Gerichts eine Verkehrsmaschine für den Kriegsfall für den Transport von Personen oder Material für Kriegszwecke benutzt werden kann & deshalb Nachrichten über dieselben als Nachrichten über Staatsgeheimnisse [...] anzusehen sind, so ist in logischer Fortsetzung dieser Ausführungen auch eine Nachricht über ein Automobilwerk & über Verkehrsautomobile als Nachricht über ein Staatsgeheimnis anzusehen.“
- In Friedrichshafen wurde „ganz allgemein in der Bevölkerung über Flugzeuge gesprochen & ihre Geschwindigkeit erörtert. [...] Steidle hätte sich also derartige Nachrichten ohne weiteres besorgen können & es ist nicht einzusehen, warum sie nun gerade bei Göritz den Tatbestand des Landesverrats erfüllen sollen.“
- „Schließlich sei noch darauf hingewiesen, dass erst in letzter Zeit die DO 17 & 19 sogar in den Zeitungen erwähnt wurden, anlässlich der Teilnahme an dem internationalen Fliegertreffen in Zürich. Von der Do 17 kam sogar in verschiedenen Tageszeitungen eine fotografische Abbildung. Sogar die Geschwindigkeit dieser Maschine konnte sich jeder Laie auf Grund der Zeitungsnachrichten genau ausrechnen, denn mit dieser Maschine wurde die Geschwindigkeitsprüfung bestritten.“

Senatspräsident Engert machte zum Gnadengesuch von Pfeffer am 3. September 1937 den für den Reichsanwalt bestimmten Vermerk, dieses mache „Ausführungen tatsächlicher u. rechtlicher Art, die das Urteil gegen Göritz als Fehlurteil hinzustellen sich bemühen [...]. Abgesehen hiervon, daß die tatsächlichen Behauptungen des Verteidigers im wesentlichen von falschen Voraussetzungen ausgehen, sind sie – zwar *nicht vom Standpunkt eines Paragraphen*, so doch aus dem Gesichtspunkt der Staats- und Volkssicherheit, die doch nach <u>meiner</u> Überzeugung *höher zu werten*

sind als der starre Wortlaut eines Gesetzes – nach der rechtlichen Seite höchst anfechtbar. Sie würden sich – theoretisch gedacht – im übrigen nach meiner Auffassung allenfalls einfügen können in den Rahmen eines Berufungs- und Wiederaufnahmeverfahrens, scheinen mir aber wenig geeignet zur Mitbegründung eines Gnadengesuchs.“[37]

Reichsanwalt Parey tat in seinem Schreiben vom 14. September 1937 an den Reichsminister der Justiz die Darlegungen des Verteidigers „zum Tatbestand des Landesverrats“ mit wenigen Sätzen ab und sah zu einer Änderung seiner Meinung „keinen Anlaß“.

Welche Not ihm die Entgegnung auf die Argumentation Pfeffers bereitete, ist daraus zu ersehen, dass der Entwurf seiner Stellungnahme[38] massenhaft Streichungen und Ergänzungen enthält. Pareys Dilemma war, begründen zu müssen, warum sein Vertreter in der Hauptverhandlung einen ganz anderen Standpunkt bezog als er selbst in der Anklageschrift.

Einerseits erscheint es ihm „nicht ohne Bedenken, wenn der Senat grundsätzlich ausführt, daß es für die Frage, ob Nachrichten über die Anzahl von im Bau befindlichen Flugzeugen als Staatsgeheimnisse [...] anzusehen seien, nicht entscheidend sei, ob es sich um Flugzeuge für militärische oder zivile Zwecke handle, da ein kommender Krieg ein „totaler Krieg“ sein werde“. Diese Begründung reiche „zum Nachweis des Vorliegens eines Staatsgeheimnisses nicht aus“, da auch „Zivilflugzeuge an das Ausland verkauft und dort benutzt [werden], obwohl dieselben Typen im Kriegsfall für deutsche militärische Zwecke Verwendung finden können“. Trotzdem pflichtete er der „Feststellung des Gerichts bei, dass die Mitteilungen des Göritz gegenüber Steidle zu Ostern 1935 über die Flugzeuge Do 17, 18 und 19, „Staatsgeheimnisse [...] darstellen, wenn auch nicht mit der vom Gericht gegebenen Begründung, so doch im Ergebnis“. Der Auffassung des militärischen Sachverständigen, die bei Dornier gebauten Flugzeuge Do 17, 18 und 19, wären nicht geheimhaltungsbedürftig, könne er sich „nicht anschließen“. Dem angeblich mangelnden Sachverstand des militärischen Sachverständigen wird so die Schuld für Versäumnisse bei der Anfertigung der Anklageschrift in die Schuhe geschoben!

Geradezu skurril mutet Parreys Begründung an, warum er Göritz nur wegen Hoch- und nicht wegen Landesverrats angeklagt hatte: „Da mir zur Zeit der Anklageerhebung nicht bekannt war, daß es sich bei Do 19 um ein Militärflugzeug handelt und Do 17 und Do 18 auch als Militärflugzeuge Verwendung finden sollten, hatte ich den Verurteilten zum Hochver-

37 BArch, ZC 4900, A. 23, Bl. 40, 40 Rs. (Unterstreichung im Original. Sonstige Hervorhebungen von mir, S. G.).

38 BArch, ZC 4900, A. 5, Bl. 202-208.

rat und nicht wegen Landesverrats und Verrats militärischer Geheimnisse angeklagt. Der Reichsanwalt nahm somit in Anspruch, was er dem Verurteilten verweigerte: sich geirrt, etwas nicht gewusst zu haben![39] Der eine hat seinen „Irrtum" nur korrigieren, der andre dafür sterben müssen: „In der Hauptverhandlung hat mein Stellvertreter auf Grund des veränderten Sachverhalts (militärische Eigenschaft der Flugzeuge Do 17, Do 18 und Do 19) den Verurteilten Göritz eines Verbrechens gegen § 89 StGB. für überführt angesehen und demgemäß Todesstrafe gegen ihn beantragt".

Widerstandskämpfer Göritz?

Übereinstimmend wird in den Gnadengesuchen seiner Verwandten zum Ausdruck gebracht, man könne nicht glauben, daß Artur Göritz einer so „unehrenhaften Tat" fähig gewesen sei. Auch sei ihm nach dem „Umsturz", wie der Vater am 20. Juni 1937 schrieb, „an seiner eigenen Mitwirkung beim Aufbauwerk des Führers gelegen" gewesen.[40] „Seit der Machtübernahme" hätte er sich, wie sein Onkel 1935 geführten Gesprächen entnommen hatte, „bedingungslos zur nationalsozialistischen Weltanschauung bekannt". Er habe ihm gesagt: „Was unser Führer anstrebt ist das, was ich schon immer suchte, allerdings im falschen Lager. Da ich nun sehe, daß der Führer seine Worte in die Tat umsetzt, stelle ich mich auch mit meiner ganzen Person hinter den Führer." Er „fühle sich glücklich an dem Wiederaufbau Deutschlands mitschaffen zu können".[41]
Göritz machte zu keinem Zeitpunkt nach der Urteilsverkündung andere Angaben als vorher und betonte immer wieder, Steidle habe mit seinen hartnäckigen Lügen versucht, den eignen Kopf auf Kosten eines anderen retten zu wollen. An seine Frau schrieb Göritz am 17. Juni 1937 in einem nicht beförderten Brief: „[...] wenn ich einst vor dem Richterstuhl des Allmächtigen stehen werde, dann wird meine Seele unbefleckt sein, denn dort richtet man nicht nach Aussagen falscher Zeugen, denn die irdischen Richter sind ja auch nur Menschen u. ihr Urteil nicht unfehlbar, aber dessen hätten sie eingedenk sein sollen. Schuldig an dem Urteil ist einzig u.

39 So hatte Göritz am 22. Mai 1936 im Verhör durch Mauch erklärt, zwar von der Do 17 gehört zu haben, aber nicht zu wissen, welchen Zwecken das Flugzeug Do 17 dienen sollte. Das Flugzeug sei damals schon geflogen. Er habe gehört, dass die Geschwindigkeit 350 km je Stunde betragen habe. Göritz bestritt aber auch energisch, Steidle über das Flugzeug Mitteilungen gemacht zu haben (BArch, NJ 10712, Bd. 3, Bl. 9). Der Reichsanwalt durfte sagen, z. Z. der Anklageerhebung über die Zweckbestimmung von Do 17 nicht informiert gewesen zu sein; Göritz wurde ein solches Nichtwissen nicht zugestanden.
40 BArch, NJ 10712, Bd. 6.
41 BArch, NJ 10712, Bd. 6, Bl. 12.

allein der, der in allen Variationen der Heuchelei, der Verleumdungen u. Schurkerei geschult wurde [...] Mag mich auch die Niedertracht brechen, an Deutschland zweifle ich nicht, dem Führer galt mein Versprechen u. die Treue breche ich nicht".[42]
Und am 1. Juli 1937 schrieb er seinen Eltern: „Doch ein Glaube ist es der uns alle aufrecht erhält: der Glaube an den Führer. [...] Und auch das sei Euch Trost u. Stärke dass selbst die schärfste Untersuchung mir keinen Landesverrat nachweisen konnte. Sondern dass ich einzig u. allein auf die Aussage eines Anderen hin verurteilt wurde."[43] Wer so schreibt, will sich nicht mit einer Lüge von seinen Eltern und seiner Frau verabschieden.
So unerschütterlich der Glaube an „den Führer" zu sein schien: dieser kannte kein Erbarmen, auch mit Göritz nicht. Noch am 19. Juni, als ihm 19.09 Uhr mitgeteilt wurde, dass der „Führer und Reichskanzler" gemäß Erlass vom 14. Juni 1938 beschlossen habe, „von seinem Gnadenrecht keinen Gebrauch zu machen", und das Urteil am 20. Juni morgens 6.10 Uhr vollstreckt werde, erklärte Artur Göritz: „ich bin doch unschuldig. [...] oh Gott im Himmel, ich bin unschuldig. Der Mann der mich belastet hat, hat doch gelogen".[44]
Wie sehr ihm daran gelegen war, nicht als Landesverräter in die Geschichte einzugehen, belegt auch sein am 20. Juni 1938, also wenige Stunden vor seiner Hinrichtung, verfasstes Schreiben an den II. Senat des VGH.[45] Er hoffe, dass „vielleicht doch einmal an das Licht der Sonne kommt, wie wahr meine Aussagen und Unschuldsbeteuerungen gewesen sind". „Angesichts des Todes sagt man die Wahrheit heißt es [...] Ich muß noch einmal beteuern, daß ich das mir zu Last gelegte Verbrechen nicht begangen habe, dagegen fühle ich mich verpflichtet noch einmal zu unterstreichen, daß der mich belastende Steidle sich nur von niederen, um nicht zu sagen gemeinen, Gefühlen leiten ließ [...] *Ich trage mein Schicksal* im Gefühl, ein Opfer der Niedertracht geworden zu sein, aber *in den Glauben, daß diese wohl mein Leben und das Glück meiner Familie zerstören kann, aber den Sieg des Guten und das Glück meines Vaterlands nicht stören kann. Ich kann mich nicht als ein Märtyrer einer Idee fühlen* sondern als schuldloses Opfer einer Intrige, welche Steidle die zweifelhafte Befriedigung gibt, nicht allein büssen zu müssen. [...] Ich nehme Abschied von der Welt ohne Haß oder Ärger auf Schicksal oder Menschen, sondern verknüpfe mit meiner letzten Bitte den letzten *Wunsch, daß mein Vaterland in alle Ewigkeit vor Lüge und Nie-*

42 BArch, ZC 4900, A. 23, Bl. 9-10 Rs.
43 BArch, ZC 4900, A. 23, Bl. 27-31 (Abschrift).
44 BArch, ZC 4900, A. 20, Bl. 96-97 Rs.
45 BArch, ZC 4900, A. 20, Bl. 107/107 Rs. (Hervorhebungen von mir, S. G.).

dertracht geschützt werde und Gott seinen Segen über meinen Führer u. mein geliebtes Vaterland breiten möge".
So schreibt keiner, der gelogen hat.

Steidle – Widerstandskämpfer, aber auch Verräter und Denunziant

Anderes ist zum Verhalten von Josef Steidle zu sagen. Mit Nachdruck sorgte er nach der Urteilsverkündung dafür, dass Göritz keine Gnade gewährt wurde. Wenige Wochen nach seiner Verurteilung, am 28. Juli 1937, schrieb Steidle an Mauch, er könne noch Angaben machen von denen das Gericht und die Geheime Staatspolizei Berlin bisher keine Ahnung hätten.[46] Daraufhin wurde Steidle am 6. September 1937 vernommen.[47]
Gegenstand der Vernehmung waren:

a) „Kommunistische Einstellung des Göritz und evtl. illegale Betätigung für die Roten Sportler"
b) „Geplanter Treff mit dem Pol. Leiter Buchmann"
c) „Sache mit einem unbekannten Ingenieur".

Hauptanliegen des Steidle war der „Nachweis", dass Göritz, vielleicht nicht eingetragenes Parteimitglied, so doch der Gesinnung nach Kommunist gewesen sei. Eine weitere Göritz belastende Mitteilung von Steidle war, dass dieser Verbindungen in die Schweiz unterhalten habe. Dies habe er bisher verschwiegen, um Göritz „zu schonen". Auch habe er, um „Göritz nicht so schwer zu belasten" nicht mitgeteilt, dass „es für Göritz keinen Zweifel geben konnte, daß ich das, was er mir erzählte, weitermelden würde. An wen, wußte er nicht. Es war ihm klar, daß ich es weitermelde und er wußte, daß ich Kommunist war."
Monate später, am 27. Mai 1938, schrieb Stefan Lovasz an Kriminalrat Koppenhöfer von der Staatspolizeistelle Stuttgart einen Brief, der Göritz hätte entlasten können. Er teilte mit, „dass ihm im Falle Göritz etwas „Ungeheuerliches" zu Ohren gekommen sei, das den Göritz in ein ganz anderes Licht stellen dürfte, als dies bis jetzt der Fall gewesen sei".[48]
Daraufhin wurde Lovasz am 13. Juni 1938 in Berlin-Plötzensee (wohin Lovasz bereits zum Zwecke der Urteilsvollstreckung überführt worden war) von Mauch vernommen. Lovasz gab folgende Erklärung zu Protokoll:[49]
„Am 25. Mai wurde ich in der Strafsache gegen Pfizenmaier [...] vom 2. Senat des Volksgerichtshofs Berlin als Zeuge vernommen. Auf dem Rück-

46 BArch, ZC 4900, A. 4, Bl. 294.
47 BArch, ZC 4900, A. 23, Bl. 43-49.
48 Staatspolizeiamt Stuttgart an den ORA beim VGH, 3. Juni 1938, BArch, ZC 4900, A. 20, Bl. 53.
49 BArch, ZC 4900, A. 20, Bl. 18.

transport nach dem Strafgefängnis Plötzensee kam ich mit Josef Steidle im Gefangenenwagen zusammen. Der Transportbegleiter setzte sich zum Kraftwagenführer. Steidle und ich waren somit allein im Wagen.
Dabei entwickelte sich folgendes Gespräch, das ich mir sofort nach Rückkehr in die Zelle aufgeschrieben habe.
Lovasz: Was hältst Du von Liselotte Herrmann und Göritzens Lage?
Steidle: Die Herrmann mag wohl durchkommen, bei Göritz – hier machte Steidle eine kurze Pause – bei dem ist es halt schlecht, weil er zweimal unterschrieben hat. [...] Nun ist bei ihm nur noch gut, dass er bis heute nichts zugegeben hat. Ich kann ihn also immer noch herausreissen. Ich brauche nur kurz vor der Hinrichtung die Erklärung abzugeben, ich hätte im Fall Göritz gelogen. Göritz sei tatsächlich unschuldig.
Lovasz: Willst Du das machen?
Steidle: Ha, ich muss noch einmal sehen, ich bin mir noch nicht im Klaren."
Am 13. Juni 1938 zur Rede gestellt,[50] bestätigte Steidle die Angaben von Lovasz mit wenigen Einschränkungen: „Göritz hatte nach Auffassung des Lovasz Aussicht auf Begnadigung. [...] Hinsichtlich des Göritz sagte ich, ich rechne nicht mit einer Begnadigung, weil Göritz immer alles abgeleugnet habe. [...] Es ist möglich, dass ich sagte, bei Göritz sei es schlecht, weil er im Betriebe zweimal unterschrieben habe.
Im Falle Göritz wurde nicht von mir gesagt, ich hätte die wirklich schweren Sachen [...] nicht weitergegeben, sondern nur die leichteren. Ich habe von mir selbst gesagt, dass ich die Sachen, die ich als schwer betrachtet habe, nicht weitergemeldet hätte. Wenn dies der Fall wäre, dann wäre es bestimmt mit mir schon aus [...] Diese Aeusserung bezog sich [...] nicht auf Göritz sondern allgemein auf unsere Tätigkeit. [...] Ich kann mit ruhigem Gewissen sagen, dass ich von Göritz alles angegeben habe, was ich weiss. [...] Richtig ist, dass ich zu Lovasz sagte, ich hätte doch nicht damit gerechnet, dass Göritz die Todesstrafe bekommen könnte. Richtig ist, dass ich zu Lovasz sagte, Göritz habe bis jetzt alles bestritten. Weiter sagte ich, wenn Göritz und ich hingerichtet werden, kann ich ihn, wenn ich will, immer noch herausreissen. Ich brauche nur zu sagen, ich hätte im Falle Göritz von Anfang an gelogen, dann können sie ihn nicht hinrichten. [...] Ich kann mich nicht erinnern, dass ich sagte, ich wolle einmal sehen, ob ich das machen (also den Göritz herausreissen wolle."

50 BArch, ZC 4900, A. 20, Bl. 57.

Fazit: Nicht Göritz, sondern Steidle hat gelogen

Ein Irrtum von Göritz jedoch war zu meinen, dass Steidle schuld an allem sei, und ein verhängnisvoller Irrtum, die Justiz entlasten zu wollen. Gewiss: das Verhalten von Steidle gegenüber Göritz war würdelos, gleichwohl hat er nur den *Vorwand* für ein Todesurteil geliefert. Nicht Steidle, der „Volksgerichtshof" hat Göritz zum Tode verurteilt, nach entsprechender Vorbereitung durch die Gestapo und Hilfeleistung durch Steidle. Was mit Göritz geschah, war Mord, staatlich sanktionierter Mord. Nicht für eine Idee ist Göritz gestorben, er war, wie er zutreffend bemerkte, kein „Märtyrer einer Idee". Seine Tragik war, als Landesverräter sterben zu müssen, obwohl er – auch im Sinne des Gesetzes – keiner war. Soweit erkennbar, war er kein Gegner, sondern sogar ein Befürworter des Systems. Aber dieser Umstand war für Gericht und Gestapo belanglos. Der „Gesichtspunkt der Staats- und Volkssicherheit" war, wie Engert geschrieben hatte, „höher zu werten [...] als der starre Wortlaut eines Gesetzes".
Fazit des Ganzen: Artur Göritz war kein Widerstandskämpfer und Kommunist, er war „nur" Opfer einer gnadenlosen Justiz und eines verbrecherischen Systems.

Berichte

Demokratie – Wirtschaft – Staat.
Kolloquium zum 80. Geburtstag von Ulla Plener

Günter Benser

Am 23. Februar 2013 fand in Berlin in den Räumlichkeiten der Rosa-Luxemburg-Stiftung ein gut besuchtes, ganztägiges Kolloquium statt, zu dem der Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. eingeladen hatte. Der Förderverein wurde unterstützt vom „JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung" und vom Gesprächskreis Geschichte in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Veranstaltung war dem 80. Geburtstag der Vereinsvorsitzenden Ulla Plener gewidmet und befasste sich mit einem speziellen Interessengebiet der Jubilarin, mit dem Wechselverhältnis von Demokratie, Wirtschaft und Staat – in Sonderheit mit der Problematik der Wirtschaftsdemokratie – als linker Strategie zur demokratischen Transformation der Gesellschaft.
Eingangs würdigte der stellvertretende Vereinsvorsitzende *Ralf Hoffrogge* (Berlin) das Lebenswerk von Ulla Plener. Sie hat zahlreiche fundierte Veröffentlichungen vorgelegt, zu sozialen Bewegungen und zur Demokratieproblematik, zum antifaschistischen Widerstand (Frauen in der Résistance), zum Stalinismus und den Opfern des stalinistischen Terrors, biografische Untersuchungen zu Max Hoelz, Kurt Schumacher und Theodor Leipart sowie Arbeiten zu weiteren Themen. Die wissenschaftliche Betätigung macht jedoch nur die halbe Ulla Plener aus. Hinzu kommt ihr unermüdliches Engagement zum Erhalt einer wissenschaftlichen Struktur für Arbeiterbewegungs- und Sozialgeschichte außerhalb der finanzierten „scientific community", in deren Zentrum das regelmäßig mit informativen Beiträgen eines weit gefächerten Autorenkreises erscheinende „JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung" steht. Wenn sich dieses Kolloquium in der altersmäßigen Zusammensetzung seiner Teilnehmer positiv von den meisten vergleichbaren Veranstaltungen abhob, so ist auch das nicht zuletzt ihr und ihren ständigen Bemühungen um einen Brückenschlag zwischen den Generationen und zwischen Wissenschaftlern unterschiedlicher politischer Sozialisation oder theoretisch-methodologischer Orientierung zu danken.

Die Veranstaltung war durch drei Panels sinnvoll strukturiert, und es blieb auch Raum für die freie Diskussion. Gleichwohl drifteten die Deutungsmuster und die Handlungsempfehlungen für eine linke Strategie sichtlich auseinander. Sie lassen sich somit auch in diesem Bericht nur schwer in einen Guss bringen. Obwohl die Beiträge nicht einzeln, sondern geschlossen jeweils im Panel zur Diskussion gestellt wurden, sind in diesem Bericht wesentliche inhaltliche Anmerkungen, Ergänzungen oder Einsprüche besser bei den Informationen über die einzelnen Beiträge platziert. Verknappungen, Vereinfachungen und vielleicht auch manche Verzeichnungen lassen sich schwerlich umgehen, weshalb schon an dieser Stelle auf den geplanten Protokollband verwiesen sei.

Als erste sprach – der Hauptthematik etwas vorgelagert – *Alexandra Wagner* (Berlin), deren Promotion Ulla Plener betreut hatte, woran Wagner dankbar erinnerte. Sie sprach zur Geschlechterdemokratie und verglich die Stellung der Frau in der DDR und der BRD beziehungsweise der heutigen erweiterten Bundesrepublik. Bezüglich ersterer machte sie auf die Diskrepanz zwischen Gleichberechtigung per Gesetz und realer Gleichstellung aufmerksam. Da in der DDR die Befreiung der Frau traditionell als Teil der generellen sozialen Emanzipation verstanden wurde, blieb die tiefer greifende Dimension der Genderfrage unbeachtet, und dem Feminismus wurde überwiegend mit Unverständnis begegnet. Gleichwohl wurde das bis in die Gegenwart der Bundesrepublik hineinreichende Modell des männlichen Alleinverdieners und Familienernährers in der DDR überwunden und eine das Selbstbewusstsein stärkende Berufstätigkeit der Frau auf vielfältige Weise gefördert. Eindeutig hinkte die BRD auf diesen Feldern hinterher, und trotz mancher positiven Veränderungen tut sie dies bis heute noch. Wenn sich etwas verändert hat – und damit traf sich dieser Beitrag mit den Ausführungen der folgenden Referenten –, dann auf Druck von unten, in diesem Fall durch Frauenpower.

Panel I war überschrieben mit „Demokratie, Ökonomie und Staat. Skizze eines Problems“ und sollte gewissermaßen Leitlinien für den Umgang mit der gewählten Thematik abstecken. *Ulla Plener* (Berlin) eröffnete mit dem Vortrag von sieben Thesen zu „Demokratisierung von Staat und Wirtschaft als Strategie der Linken“. Ihr Ausgangspunkt war ein Demokratieverständnis, bei dem die Bevölkerung Entscheidungen aktiv mit vorbereitet, durchführt und kontrolliert, wobei die Arbeiterbewegung die liberale Idee der persönlichen Freiheit zur Idee der sozialen Gerechtigkeit erweitert und auf den ökonomischen Bereich ausgedehnt hat. Plener äußerte sich zu wirtschaftsdemokratischen Ansätzen der Vergangenheit und wirtschaftsdemokratischen Überlegungen der Gegenwart. Leider reichte die Zeit nicht aus, um jenen Forderungskatalog im Einzelnen vorzutra-

gen, den sie aus zeitgenössischen theoretischen Betrachtungen und realen praktischen Initiativen herauskristallisiert hatte. Eine ihrer grundlegenden Überlegungen besagt, dass eine Demokratisierung der Wirtschaft über staatliches Handeln erreicht werden muss, was wiederum nur durch Druck von unten, letztlich durch die Macht der Straße durchsetzbar ist. Deshalb räumte sie trotz Globalisierung und Integrationsprozessen dem Nationalstaat eine größere Rolle ein als andere Referenten und verteidigte diese Auffassung in der Diskussion. Demokratie in Staat und Wirtschaft sollte ihrer Ansicht nach die Zentralidee linker Strategie und der Ansatzpunkt für die Bündelung der Kräfte sein.

Volkmar Schöneburg (Potsdam) sprach als Rechtswissenschaftler und gestützt auch auf seine Erfahrungen als brandenburgischer Justizminister über den demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Er ging von den aus einem begrenzten Freiheitsverständnis des Staatssozialismus gewonnenen Erkenntnissen aus und verwies darauf, wie seit der Pariser Februarrevolution von 1848 soziale Rechte und Regelungen Einzug in das Verfassungsrecht gefunden haben. Für eine linke Strategie empfahl er, Ansprüche auch in Gestalt von Rechtsnormen anzumelden, die dann nicht nur als Staatsziele, sondern als Grundrechte verankert werden sollten. In der Diskussion wurde einerseits geltend gemacht, dass die Institutionalisierung von Mitbestimmungsgremien Gefahren der Bürokratisierung heraufbeschwört, anderseits aber auch, dass – wie nicht zuletzt die kommunalpolitische Praxis beweist – Demokratie vor Ort eingeübt werden kann und muss.

Alex Demirovič (Berlin) erörterte das Verhältnis von Demokratie und Ökonomie. Er zeigte die Gefährdungen der Demokratie durch wirtschaftliche Macht. Die vor allem in den Achtzigerjahren des vorigen Jahrhunderts entwickelten Konzepte zur Demokratisierung der Wirtschaft bezeichnete er nicht nur als gescheitert, es fehlte auch das Nachdenken über diese Niederlage. Im Beugen unter die Gesetze des Marktes ginge die Frage unter, warum, was, wozu produziert wird. Demirovič appellierte, bei allen Überlegungen zur Wirtschaftsdemokratie nicht nur Großunternehmen im Auge zu haben, sondern den Blick auch auf Bereiche außerhalb der materiellen Produktion zu richten, etwa auf Dienstleistungen, Gesundheits- und Bildungswesen, nicht zuletzt auf die Finanzmärkte. Hieran anknüpfend, wurde in der Diskussion daran erinnert, dass nach der Novemberrevolution das Konzept der Wirtschaftsdemokratie der Abwehr weitergehender, radikalerer Forderungen diente.

Wenn es in der anschließenden Diskussion einen gemeinsamen Nenner gab, so war dies die Einsicht, dass nur Bewegungen von unten etwas Nachhaltiges bewirken können – global denken, lokal handeln!

Panel II befasste sich unter der Überschrift „Von den Räten zur Wirtschaftsdemokratie“ vor allem mit konkreten historischen Erfahrungen. *Axel Weipert* (Berlin) stellte Ergebnisse seiner Studien zur Revolutionären Betriebsrätezentrale 1919/1920 in Berlin vor. Weipert charakterisierte sie als den Versuch, auch nach bereits erfolgter Entscheidung der Frage „Rätemacht oder parlamentarische Demokratie“ der Rätebewegung neue Impulse zu verleihen. Der Referent ging auf Struktur, Programmatik und Aktionen dieser vom radikalen linken Flügel der deutschen Arbeiterbewegung getragenen Bewegung ein, die der Arbeitsgemeinschaftspolitik von SPD, Gewerkschaften und Großindustrie entgegenzuwirken suchten. Dem lag ein Konzept zugrunde, das über den Kampf um Mitbestimmungs- und Kontrollrechte zum Kampf um die politische Macht und um die Vergesellschaftung der Produktionsmittel führen sollte. Seine Verwirklichung scheiterte sowohl an staatlichen Repressionen und an der Obstruktion der Gewerkschaftsführung, die sich mit einem bescheidenen Betriebsrätegesetz begnügte, als auch am anders gelagerten Politikverständnis des Parteikommunismus. Mit ihrer basisdemokratischen Orientierung und ihrem Versuch, wirtschaftlichen und politischen Kampf zu verbinden, vermag diese Rätebewegung noch manche Anregung für heutige Überlegungen zu geben. Allerdings musste in der Diskussion konstatiert werden, dass gerade in der jüngeren Generation Erwartungen an eine Demokratisierung der Wirtschaft in hohem Maße verloren gegangen sind.

Sebastian Zehetmair (München), der sich wirtschaftsdemokratischen Konzepten und Kontroversen der Zwanzigerjahre zuwandte, hob zu Recht die Notwendigkeit eines historisierenden Herangehens hervor, was die Beachtung der Unterschiede zwischen damaligem und heutigem Kapitalismus einschließt. Er verwies darauf, dass Konzeptionen, wie sie vor allem Fritz Naphtali und Rudolf Hilferding vertraten, auf deren Vorstellungen von einem „organisierten Kapitalismus“, vom Funktionswandel des Staates und auf einer zu optimistischen Beurteilung des Gewichtes der Gewerkschaften beruhten. Ihr Scheitern resultierte nicht zuletzt aus diesen Fehlannahmen. Wenn es heute Anknüpfungsmöglichkeiten gibt, so bestünden diese vor allem im Bemühen, Demokratie über den politischen Raum hinaus zu denken und anzusteuern und dies in einer grundsätzlichen Herangehensweise. Generell sah Zehetmair jedoch den Schlüssel zu Veränderungen nicht im Bauen von Modellen, sondern in der Erhöhung der politischen Aktivität der Arbeitenden. In der Diskussion wurde darauf verwiesen, dass Naphtali und Hilferding in einen internationalen Diskurs zu Fragen der Wirtschaftsdemokratie eingebunden waren und dass der eigentliche Inspirator für Theorie und Praxis von Wirtschaftsdemokratie Theodor Leipart gewesen sei.

Gisela Notz (Berlin) behandelte die Genossenschaftsbewegung als dritte Säule der Arbeiterbewegung und verwies auf weitere Formen alternativen Wirtschaftens im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft. Sie benannte weit in die Geschichte zurückreichende Wurzeln, die nicht nur zu den sozialistischen Utopien, sondern auch zu praktischen Erprobungen hinführen und die sich in der Programmatik der deutschen Arbeiterbewegung niederschlugen. Vor allem durch Konsum- und Wohnungsbaugenossenschaften war diese Säule der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik auch im Alltag zahlreicher Arbeiterfamilien verankert, bis sie von den Nazis zerstört wurde. Nur andeutungsweise erinnerte sie an die in der DDR existierenden Genossenschaften, die indes ein Erfahrungsfeld darstellen, auf dem noch so manche Einsichten zu gewinnen sind. Eine anhaltende Renaissance war den Genossenschaften in der Bundesrepublik nicht beschieden. Wer sich hier – vor allem im Gefolge der 68er-Bewegung – dem kapitalistischen Leistungsdruck zu entziehen suchte, entschied sich in der Regel für weniger institutionalisierte Formen alternativen Wirtschaftens. Erwartungsgemäß war damit die Diskussion darüber angestoßen, ob es unter der Allmacht des Kapitals und unter den Gesetzen der Profitwirtschaft überhaupt Inseln alternativen Wirtschaftens geben kann. Aber dem hatte Notz vorgebeugt, indem sie auf den partiellen Charakter solchen Tuns hingewiesen hatte, mit dem allerdings die Möglichkeit bestünde, sich der Diktatur der Märkte zu verweigern und ein Fenster in ein alternatives Leben zu öffnen.

Panel III sollte einer Abschlussdiskussion mit dem Thema „Demokratische Transformation" dienen. *Kamil Majchrzak* (Berlin) lenkte die Aufmerksamkeit auf Arbeiterselbstverwaltungen und Betriebsräte in der Volksrepublik Polen, wobei er eingangs kritisierte, dass der Begriff „Selbstverwaltung" noch gar nicht gefallen war, gleich gar nicht – so sei vom Berichterstatter hinzugefügt – der Begriff „Selbstermächtigung". Nachdem die in Polen 1944 bis 1947 zunächst noch gesetzlich verankerten Arbeiterselbstverwaltungen abgeschafft worden waren, lebten vergleichbare Vertretungen Anfang der Achtzigerjahre wieder auf. Sie sorgten für die Wahl von Betriebsdirektoren, bestimmten und kontrollierten die Produktion. Demgegenüber stellten der spätere Runde Tisch und das Machtdreieck „Partei/Staat - Solidarność (nun vorwiegend von Intellektuellen repräsentiert) – Kirche" in Majchrzaks Sicht einen eindeutigen Rückschritt dar. Angesichts dieser Erfahrung hielt er solch eine Selbstverwaltung nur dann für möglich, wenn ein Machtvakuum existiert oder wenn die Kräfte ausreichen, sie gegen den Staat durchzusetzen, nicht aber in Partizipation mit dem Staat. Dagegen wurde in der Diskussion eingewandt, dass diese betrieblichen Selbstverwaltungen nicht das gesamte Spektrum der Demo-

kratisierung abzudecken vermögen, dass hier gesamtgesellschaftliche Interessen außen vor bleiben und die Gefahr gegeben ist, dass berufsständische Anliegen dominieren.
Auch *Michael Hewener* (Berlin), der nach der Möglichkeit von Wirtschaftsdemokratie im „Staat des Kapitals" fragte, machte aus seiner Skepsis kein Hehl, denn der Staat sei an die Produktion von Mehrwert gekoppelt. Ihn überzeugte auch nicht der Verweis auf alternative Entwicklungen im Norden Lateinamerikas, weil dort eine spezifische, durch Rohstoffexporte gekennzeichnete Ökonomie bestimmend sei. Auch in der bis dahin kaum thematisierten Konkurrenz zwischen den Arbeitenden sah er ein ernstes Hemmnis für wirtschaftsdemokratische Projekte.
Damit waren eigentlich die aus Geschichte und Gegenwart abgeleiteten Erwägungen und Hoffnungen in ziemlich pessimistische Zukunftserwartungen eingemündet. Das gab Anlass, vor Staatsnihilismus wie auch vor zugespitzten Polarisierungen zu warnen und mehr darüber nachzudenken, wie Tageskämpfe mit dem Ringen um eine gesellschaftliche Alternative verbunden werden können.
Der folgende Beitrag wäre wohl besser in Panel II angesiedelt gewesen. *Dietmar Lange* (Berlin) ging noch einmal in die 60er- und 70er-Jahre zurück und verglich die zu jener Zeit vor allem von oppositionellen Gewerkschaftern getragenen Auseinandersetzungen in Italien und Deutschland. Vor allem in Italien gingen die Aktionen deutlich über reine Tarifkämpfe hinaus und zielten auch auf humanere Arbeitsbedingungen, vernünftigeren Technikeinsatz und erhöhten Umweltschutz. Sie zeichneten sich durch ansteigende Massenaktivität aus, wobei sich die Basis wiederholt über ihre Führungen und die Apparate hinwegsetzte.
Mit etwas Abstand werden dem Berichterstatter auch die Lücken in der Behandlung der aufgeworfenen Thematik bewusst. Zu den nicht aufgegriffenen Problemen gehört unter anderem das Verhältnis zwischen Wirtschaftsdemokratie beziehungsweise direkter Demokratie und repräsentativer Demokratie. Da hätte sich ein Anknüpfen an das zwei Jahre zuvor am gleichen Ort durchgeführte Kolloquium zu Basisdemokratie und Arbeiterbewegung eigentlich angeboten. Da Wirtschaftswissenschaftler auf der Tagung kaum vertreten waren, blieben ökonomische Zusammenhänge unterbelichtet. Was erheischen eigentlich die objektiven Gegebenheiten von Produktion, Reproduktion und Konsumtion für die Struktur- und Leitungsformen? Ist bei Anwachsen der Weltbevölkerung, Aufbrauchen der Ressourcen und Gefährdung unserer natürlichen Umwelt ein Überleben der Menschheit ohne Wirtschaftsplanung überhaupt denkbar, und wie stellt sich in solch einem Rahmen die Frage nach Zentralisierung und Dezentralisierung, nach der Wahrnehmung von Gesamt-, Gruppen- und

Einzelinteressen? Wo ist der Punkt, an dem betriebswirtschaftliche Optimierung gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen unterzuordnen ist? So gesehen ist die Wirtschaftsdemokratie letztlich ein Teilaspekt der Frage „Wie wollen wir leben?“ Nicht dass es darauf keine Antworten gebe (es gibt deren eher zu viele), aber es steht noch jene die Massen ergreifende große Erzählung aus, mit der dem neoliberalistischen Fundamentalismus der Boden entzogen werden kann.

Damit sind wir beim Primat der Politik gegenüber der Ökonomie. Diese Problematik tauchte in der Diskussion direkt oder indirekt wiederholt auf – nicht zuletzt als Einwand gegen die Vorstellung, im Rahmen des Kapitalismus sei eine Demokratisierung der Wirtschaft möglich, oder gar als völlige Negierung von Demokratie im Namen eines Rätekommunismus. Dahinter steht letztlich das herkömmliche Verständnis, der Weg führe über die Eroberung der politischen Macht zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel und zur Aufhebung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit, wodurch sich im Rahmen einer Planwirtschaft die Übereinstimmung von gesellschaftlichen und persönlichen Interessen herstellt. Das war ja wohl das weithin akzeptierte Ausgangskonzept unserer geistigen Väter, das in Anpassung an reale Konstellationen und Kräfteverhältnisse sowie angesichts negativer Erfahrungen im Staatssozialismus zumindest mittelfristig aufgegeben wurde. Der Kollaps des Realsozialismus gab den eher pragmatischen Ansätzen zur Neugestaltung des Verhältnisses von Demokratie – Staat – Wirtschaft scheinbar Recht. Er hat aber nicht widerlegt, dass es grundlegender Veränderungen der realen Machtverhältnisse bedarf, um ein zum Kapitalismus alternatives Wirtschaftssystem durchzusetzen. Wie andererseits die Globalisierung nicht widerlegt hat, dass selbst unter kapitalistischen Bedingungen die Allmacht der Magnaten eingegrenzt und die Arbeitswelt schrittweise humanisiert werden kann. In den hohe Kreativität erfordernden neuen Wirtschaftszweigen erweist sich die unternehmerische Engstirnigkeit ohnehin bereits als kontraproduktiv.

So anregend die Tagung war, belegt sie aber auch, dass wir uns noch auf schmalen Pfaden vorwärts tasten und dass vieles weiter zu durchdenken ist. Uns bleibt indes als Trost die historische Erfahrung, dass es immer wieder unerwartete, für sich genommen nebensächliche Anlässe gab und geben wird, die die Massen – ohne dass diese zuvor Weisungen von Theoretikern eingeholt hätten – in Bewegung bringen und zu tief greifenden Veränderungen treiben können.

Dem Frieden verschrieben – Basel 1912.
Die Kultur des Friedens ausbauen – Europa 2012

Marga Voigt

Vom 22. bis 24. November 2012 fand in der Universität Basel die Internationale Tagung „Krieg & Frieden. 100 Jahre Außerordentlicher Kongress ‚Gegen den Krieg' der Sozialistischen Internationale von 1912 in Basel und die Frage des Friedens heute" statt. Der lange Name der Konferenz spiegelt die Fülle des Programms dieser dreitägigen Tagung, auf der aus historischer, soziologischer und politikwissenschaftlicher Perspektive allein 57 vortragende Wissenschaftler die historischen Hintergründe, den Verlauf und die Folgen des Basler Friedenskongresses beleuchtet und über die Aktualität der 1912 verhandelten Fragen lebhaft diskutiert haben.

Zu Beginn der jeweiligen Konferenztage gab es Plenarvorträge von *Egbert Jahn* (Mannheim) „Von der Antikriegs- zur Friedensbewegung. Entwicklungsschritte im vergangenen Jahrhundert", *Stig Förster* (Bern) „Die internationale Lage, der Rüstungswettlauf und die steigende Kriegsgefahr zur Zeit des Kongresses" sowie am dritten Tag von *Wolfram Wette* (Freiburg/Breisgau) „Das Kriegsverhüten, damals und heute". Er sprach am deutlichsten die Erfahrungen und Lehren des Friedenskongresses an und benannte die Widersprüche im gegenwärtigen Verhältnis zu Krieg und Frieden in den verschiedenen Regionen der Welt. Seine Frage: „Was hat uns der Basler Friedenskongress heute noch zu sagen?" zog sich wie ein roter Faden durch die 16 parallel stattfindenden Panels. Um es gleich voranzustellen: Die Gastfreundschaft der Konferenzorganisatoren, mit *Prof. Frithjof Benjamin Schenk* an der Spitze, möchte ich besonders hervorheben. In seiner Begrüßung der Tagungsteilnehmer – hauptsächlich Wissenschaftler aus dem Gastgeberland Schweiz und aus Deutschland, aber auch aus England, Polen, Österreich, Südafrika, den USA, und viele politisch und geschichtlich Interessierte – ging er darauf ein, dass der Basler Friedenskongress den Krieg letztlich nicht verhindern konnte, welche geschichtliche Bedeutung er dennoch hat und was er für Gegenwart und Zukunft lehrt.

In vier Sessionen wurden die historischen Kontexte, die Aktualität des Friedenskongresses, die Friedens- und Konfliktforschung sowie Kriegsprävention, Friedenssicherung und Friedensbewegung fächerübergreifend diskutiert. Die Vortragsthemen reichten von historischen Betrach-

tungen der Schweizer und internationalen Ebene, über die Entwicklung der Friedensbewegung zu verschiedenen Zeiten, die Friedensaktionen von Frauenorganisationen (*Kristina Schulz,* Bern), den Friedensbestrebungen historischer Persönlichkeiten wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (*Annelies Laschitza*, Berlin), Jean Jaurès (*Rudolf Jaun*, Zürich), über die weiblichen und die französischen Delegierten des Kongresses von 1912 (*Regina Wecker*, *Peter Huber,* beide Basel), die zivilisatorischen Aspekte der II. Internationale (*Feliks Tych*, Warschau), die Friedensbewegung in Südafrika, den „Arabischen Frühling" bis zu vielfältigen aktuellen Aspekten zu Krieg und sozialer Ungleichheit in Sierra Leone (*Rebekka Ehret*, Luzern) sowie friedenspolitische Fehler und Möglichkeiten der Europäischen Union (*Andreas Gross*, Zürich).

Zur Debatte standen auf der Tagung auch die katastrophalen Folgen des „Krieges gegen den Terror", die Zerrüttung des Völkerrechts und der Menschenrechte, der Abbau der Freiheits- und Bürgerrechte, die Zunahme der Fremdenfeindlichkeit, der Verlust an menschlichen und materiellen Ressourcen sowie der Zerfall der politischen und Streitkultur.

Im historischen Kontext war das martialische Motto des Basler Friedenskongresses 1912 „Krieg dem Kriege!" die Antwort der in der II. Internationale vereinten sozialistischen und sozialdemokratischen Parteiführer und Delegierten auf die Hochrüstung der imperialistischen Mächte. Es beeindruckte die über drei Millionen Mitglieder ihrer Parteien und deren 15 Millionen Wähler. Die zentrale Frage der Tagung zum 100. Jahrestag des Baseler Kongresses lautete denn auch: „Warum blieb es bei einem schönen Appell an die Regierungen der Großmächte, wo doch der Frieden als zentraler Wert in vieler Munde war?" *Egbert Jahn* verwies auf die Spaltung der Antikriegsbewegung in eine proletarische und eine bürgerlich-aristokratische Strömung. Die proletarische Bewegung habe sich von der Überzeugung leiten lassen, dass ein dauerhafter Frieden erst in einer sozialistischen Gesellschaft möglich sei. Der bürgerlichen Bewegung sei es hingegen um einen Frieden unter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen gegangen, sodass alle Anstrengungen unternommen werden müssten, den heraufziehenden Weltkrieg zu verhindern. Der Kongress der II. Internationale von 1912 und die Kundgebungen gegen den Krieg bis zum August 1914 seien die letzten massenhaften, wenngleich ohnmächtigen, Aktionen eines gemeinsamen sozialistischen Friedensstrebens gewesen.

Annelies Laschitza und *Ottokar Luban* (Berlin) verwiesen auf die Anstrengungen der radikalen Linken, um die Ursachen von Rivalitäten zwischen den europäischen Großmächten und deren Bündnissen zu enthüllen. Das Wichtigste des Kongresses sei für die Linken gewesen, mit einem Appell

die Menschen aufzuklären, sie zu massenhaftem Widerstand zu mobilisieren, auf einen Krieg mit Kampfgeist und energischen Aktionen zu antworten und die Revolution in den Blick zu nehmen. Dem Basler Kongress habe es jedoch an Polemik und demzufolge seinem Friedensmanifest an Kühnheit gefehlt. Nicht zu Unrecht bezeichnete Rosa Luxemburg in einer Notiz von 1918 die II. Internationale des Jahres 1912 drastisch als „Leiche" und den Basler Kongress als „Leichenschmaus". Mit diesem „Paukenschlag" und weiteren bisher unbekannten Dokumenten des in Vorbereitung befindlichen Ergänzungsbandes von Rosa Luxemburgs Werken beeindruckte Laschitza in Referat und Diskussion auf der Tagung.

Feliks Tych erinnerte an die heiße soziale und politische Szenerie in Europa um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Bekanntlich stellten die Befürworter eines revolutionären Weges in der II. Internationale nicht die Mehrheit. Einzig die Bolschewiki, so Tych, machten Ernst mit den Resolutionen von Stuttgart 1907, Kopenhagen 1910 und auch Basel 1912, indem sie den Krieg mit dem Willen der Soldaten durch eine Revolution beendeten. Allerdings um den Preis eines blutigen Bürgerkrieges und einer Einparteienherrschaft, deren Folgen bis heute wirken. Luban legte dar, wie es den deutschen Linken gelungen sei, trotz ungeheurer Widerstände die Arbeiterschaft für Massenaktionen zu gewinnen. Die spontane Erhebung in der deutschen Flotte Anfang November 1918 und die sich anschließend über das ganze Land ausbreitende revolutionäre Welle hätten von der starken Friedenssehnsucht der Arbeiter und Soldaten gezeugt.

Stig Förster verwies mit reichhaltigem Quellenmaterial eindrücklich auf die militaristische Denkweise der Elite des Deutschen Kaiserreichs, vor allem der Generalität, und verdeutlichte die Dringlichkeit von Friedensaktionen. *Wolfgang Kruse* (Hagen) machte in der Debatte deutlich, dass die deutsche Generalität zu keinem Zeitpunkt die sozialdemokratischen Friedensbestrebungen als ernst zu nehmenden Faktor betrachtet habe. Die Überschätzung der Machtmittel der II. Internationale und die Unterschätzung der nationalen Gefühle der Proletarier als begünstigende Faktoren für den Trugschluss des Friedens sowie die Inszenierung des Friedenskongresses wurden auf der Tagung vielseitig herausgestellt (*Christian Mielenz*, Bielefeld; *Bruno Schoch*, Frankfurt/Main). Ausdrücklich zur Sprache kam auch, dass die konservative Presse mit Hohn und Spott auf das Friedensengagement der Sozialisten, auf die Beteiligung der Kirchen- und Stadtväter von Basel und erst recht auf die Teilnahme von Frauen an diesem Kongress reagierte.

Die Mentalitätsunterschiede in der Einstellung der Europäer zwischen 1912 und 2012 zum Krieg hob der Friedensforscher *Wolfram Wette* überzeugend hervor und verhehlte nicht das Fehlen von Machtmitteln als histo-

rische *und* aktuelle Defizite bei den Möglichkeiten der Kriegsverhütung. Nach dem Schock zweier Weltkriege hätten zentrale Positionen des Basler Friedenskongresses bis heute überlebt, so *Gernot Erler* (Freiburg/Breisgau). Sie gehörten zum Bestand der europäischen politischen Kultur der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und müssten nach dem Ende des Kalten Krieges in der gewachsenen Europäischen Union zu einem Ordnungsprinzip des friedlichen Interessenausgleichs und der Konfliktvermeidung heranwachsen. Der Politiker warb in seinem Referat für die Europäische Union als Friedensmacht und stellte ihre Erweiterung als Erfolgsgeschichte und Ausdehnung des Friedensraumes heraus. Im Plenum wurde vom Publikum kritisch entgegengehalten, dass sich zu der Friedensmentalität nach innen eine Festungsmentalität nach außen geselle. Auch die Haltung des Referenten zum Jugoslawienkrieg wurde vom Publikum hinterfragt. Einig war man sich im Plenum darüber, dass das europäische Modell des politischen Liberalismus von dem des Finanzkapitalismus überlagert werde. Folgen dieser Politik zeigten sich in der immer größer werdenden Schere zwischen Arm und Reich, zwischen den wirtschaftlich starken und schwachen Ländern der EU und an den Protesten auf den Straßen Europas.

Wiederum gelinge es der europäischen Linken nicht, referierte der Europaratsabgeordnete *Andreas Gross*, gemeinsam eine ausreichend radikale Antwort auf die gegenwärtige europäische Krise zu entwickeln und dieser auch europapolitisch entsprechende Handlungen und Reformen in einer mit Waffen vollgepumpten politischen Welt folgen zu lassen. Dies erfordere von den Linken Europas Kraft und Engagement für eine europäische föderalistische Verfassung, um die ökonomischen und sozialen Herausforderungen der Gegenwart zu meistern.

Eine Analyse des Imperialismus blieb ebenso wie das Phänomen der Beeinflussbarkeit von Massen und das Erstarken des Nationalismus – erstaunlich ähnlich wie 1912 – auf der Tagung des Departements Geschichte der Universität Basel unterbelichtet. Die Zukunft einer europäischen Friedensordnung braucht die Enthüllung der Ursachen und Gefahren, die den Rivalitäten von Großmächten und ihren Bündnissen zugrunde liegen. Hier schließt sich der Kreis zu den radikalen linken Kritikern des Außerordentlichen Kongresses der II. Internationale vor 100 Jahren. Denn am Ende opferten die meisten Sozialisten im August 1914 den proletarischen Internationalismus der Verteidigung ihrer Vaterländer und propagierten gar den Krieg als Einsatz für den gesellschaftlichen Fortschritt.

Der Tagung schloss sich ein gemeinsamer Besuch der Friedensfeier der Sozialdemokratischen Partei (SP) der Schweiz im Basler Münster an.

Wenn es um den Frieden gehe, so Pfarrer *Lukas Kundert*, dann hätten Kirche und Sozialisten das gleiche Ziel. Der Festredner *Erhard Eppler*, ehemaliger deutscher Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, meinte, was die Friedensfrage für die internationale Sozialdemokratie heute in Europa und im Mittelmeerraum bedeute, sei einfach zu beantworten: mehr Solidarität unter den Menschen und den Ländern, mehr Respekt für die ärmeren Menschen und Länder, mehr Mitsprache für alle. Der Schweizer SP-Präsident *Christian Levrat* forderte: Schluss mit der blindwütigen Sparpolitik und prangerte die Marktfetischisten an. Von der Hoffnung auf Frieden, Freiheit und Gleichheit sprach auch die tunesische Menschenrechtsanwältin und Frauenrechtlerin *Bochra Bel Haj Hmida*.
Eine achtbare Friedensfeier anlässlich des 100. Jubiläums des Friedenskongresses der II.Internationale von 1912.

Buchbesprechungen

Willy Brandt: Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte. Hrsg. und eingel. von Klaus Schönhoven (Willy-Brandt-Dokumente, Bd. 2), Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2012, 858 S., ISBN 978-3-8012-0426-6

Es ist in verschiedener Hinsicht verdienstvoll, in diesem Kompendium alle relevanten Reden Brandts, d.h. auch jene nicht in der zehnbändigen Berliner Ausgabe enthaltenen, zur Geschichte der SPD wie zu übergreifenden Themen der deutschen Geschichte versammelt und orientierend eingeleitet zu haben. Dies erleichtert dem interessierten Leser einen weitgehenden Zugriff, zumal die 55 Dokumente in fünf Kapiteln nach thematischen Schwerpunkten geordnet wurden:

I. Vordenker und Vorkämpfer des demokratischen Sozialismus,

II. Wegmarken der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik,

III. Das andere Deutschland: Exil und Widerstand während der NS-Zeit,

IV. Programm und Perspektiven der Sozialdemokratie nach 1945,

V. Nachdenken über das eigene Land.

B. war kein Historiker und hat sich fast immer Rat bei anderen geholt, eigene Textentwürfe zur Diskussion gestellt oder Zuarbeiten angefordert, die aufmerksam bearbeitet wurden. Er erweist sich verständlicherweise dabei als ein Zeitzeuge und Akteur besonderen Formats. Dies gleich für drei Perioden deutscher und europäischer Geschichte, einmalig reich an Turbulenzen und historischen Großereignissen, einschließlich eines Epochenbruchs, weshalb das zurückliegende Jahrhundert zu Recht als „Jahrhundert der Extreme“ (Hobsbawn) gilt. Entsprechend vielgestaltig stellt sich B.s Geschichtsbild dem Leser dar. Er vermittelt in allen seinen persönlichen Sichten und Einsichten seine Überzeugung, dass die Menschen aus der Geschichte lernen können und sollten, vor allem aus ihren Fehlern. Einen historisch-materialistischen Geschichtsdeterminismus lehnte er zwar ab, aber objektive Zwänge und menschliches Handeln für gewollte Ziele unter vorgefundenen Umständen bestimmten sein Bild von Geschichte als offenem Prozess.

Es wäre müßig, auf andere Sichten, auf Irrtümer oder einzelne Fehler hinzuweisen – es handelt sich schließlich nicht um ein Geschichtsbuch. Es kann auch nicht überraschen, dass sich weitgehende Deckungsgleichheit mit den Arbeiten von der SPD nahestehenden Historikern zeigt. Bei der inzwischen in seiner Partei herrschenden Geschichtsvergessenheit könnte man nur wünschen, die heranwachsende Generation von Sozialdemokraten wäre auf der Höhe des Geschichtsverständnisses ihres zur reinen Ikone gemachten ehemaligen Vorsitzenden (sieht man einmal von manchen Passagen aus der Zeit des Kalten Krieges ab), um zu begreifen, was für ein historischer Traditionsbruch von Gerhard Schröder vollzogen wurde. *Heinz Niemann*

Dieter Kramer: Kulturpolitik neu erfinden. Die Bürger als Nutzer und Akteure des kulturellen Lebens, Kulturpolitische Gesellschaft e.V. Bonn, Klartext Verlag, Essen 2012, 233 S., ISBN 978-3-8375-0710-2

„Die öffentliche Kulturpolitik ist in Deutschland im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts in der schlimmsten finanziellen Krise seit langem", denn „der neoliberale Staat muss zugunsten des Euro und der Banken außergewöhnliche Belastungen tragen" (S.9), sodass ihm die Mittel fehlen, bisherige kulturelle Standards aufrechtzuerhalten. Aus Sicht des Verf. tritt die Krise aber nicht nur als Finanz- respektive Ressourcenkrise in Erscheinung, sondern auch als Adressaten- und Inhaltskrise. Auf diese mehrdimensional schwierige Situation reagiert K. in den neun Kapiteln seines Buches mit anspruchsvollen kulturwissenschaftlichen und kulturhistorischen Analysen sowie einer Flut von Gedanken, Anregungen und Vorschlägen.

Nach seinem Verständnis ist Kulturpolitik mehr als Kunstförderung und Kunstpolitik, sie ist Gesellschaftspolitik, und Gesellschaftspolitik ist besonders unter neoliberalen Bedingungen auch Kulturpolitik. Größten Wert legt K. auf die Feststellung, dass „die Individuen in ihrem Alltag, in ihren Vergemeinschaftungen und in ihrem Umgang mit den Dingen die entscheidenden Akteure" sind, da sie eben diesen Alltag, „ihr Zusammenleben und ihre Lebensqualität mit ihren eigenen Sinnhorizonten ausgestalten und darüber entscheiden, wie sie leben wollen" (ebenda). Dafür und für ihr Genussleben investieren sie eine Menge Zeit (Zeitspende) und Kaufkraft. „Sie sind die wichtigsten Akteure für die kulturellen Strukturen sowohl im ästhetisch-kulturellen Bereich der Künste wie auch in der Sozialkultur des Miteinander." (S.10f.) K.s Denken kreist daher um die Hauptthese, dass die Nutzer und Akteure das stabilste Element im Kulturprozess darstellen und dass ihre Kreativität und ihre Fähigkeit, auch ohne Staat oder Herrschaft stabile sozialkulturelle Lebensformen zu entwickeln, als wichtigste Ressource des kulturellen Lebens der Gegenwart anzusehen und daher in kulturpolitischen Entscheidungen zu berücksichtigen sei.

Um diese These zu stützen, holt K. weit aus. Er bietet einen Exkurs zur Geschichte der Kulturpolitik sowie selbstorganisierter Lebensformen, setzt sich kritisch mit volkspädagogischen Aktivitäten auseinander und formuliert vor diesem Hintergrund Vorschläge für eine neue Kulturpolitik.

Dabei kamen ihm seine Erfahrungen als Hochschullehrer, als Kulturpolitiker und Museologe und zuletzt als unabhängiger Sachverständiger in der Enquetekommission des Bundestages ‚Kultur in Deutschland' (nominiert von der Fraktion Die Linke) sehr zugute. Zielstrebig geht er der Frage nach, „wie Menschen in der Vergangenheit ihr sozialkulturelles Leben ohne den Staat organisieren, und wie dies in der ständischen Gesellschaft und der Klassengesellschaft in fortwährender Auseinandersetzung mit hegemonialen Schichten geschieht, teilweise auch gegen den Staat. Wie sehen Genussleben und Entfaltung als Realisierung von Lebensqualität und den selbst gesetzten Standards und Vorstellungen des guten und richtigen Lebens in den verschiedenen Milieus und Zeiten aus? [...] Wie steht das alles in Beziehung zu

dem, was später Kulturpolitik wird?" (S.54)

Gemeinschaftsbildungen und Symbolwelten der Stammesgesellschaften und der Antike werden nur gestreift, ausführlicher befasst sich K. mit kulturellen Eigenaktivitäten „subalterner" Milieus in den Städten und ländlichen Regionen der Ständegesellschaft. Zünfte, Gilden und Gesellenwesen mit ihren Ritualen und Symbolen werden betrachtet, ebenso Nachbarschaften und Gemeinwerk. K. warnt jedoch vor Romantisierungen oder unkritischer Kopie vorgestellter Gemeinschaften. Ihm liegt daran zu zeigen, dass sich auch im Mittelalter und danach die eigenen Motive und Vorstellungen von Menschen Raum verschafften. Ausführlich widmet er sich der Allmende-Problematik, damit der 2012 verstorbenen amerikanischen Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom folgend, die die Fähigkeit zur gemeinschaftlichen Bewirtschaftung von Gemeineigentum – Weideland, Wasserkraft, Fischteiche etc., wie sie in Vergangenheit und Gegenwart Mitteleuropas (der Mir im zaristischen Dorf kam wohl nicht in den Blick) üblich war und z. T. noch ist, als bedeutende ökonomische Ressource hervorhob. Sie erkannte aber wohl auch, dass Menschen nicht nur ganz pragmatisch zusammen arbeiteten, sondern gemeinsame Regeln definierten, Spielräume absteckten und Sanktionen für jene vorsahen, die sich nicht daran hielten. Diese Ressource der Selbstorganisation „für eine Neuerfindung der Kulturpolitik zu nutzen, ist die anstehende Aufgabe" (S.79), schlussfolgert K. Bei den heute zur Diskussion stehenden „Commons" geht es indes nicht nur um materielle, sondern ebenso um immaterielle Werte wie Kunst, Wissen, Unterhaltung und Spaß. In diesem Sinne behandelt er „das Genussleben und die Spaßkomponente" in der Kultur der populären Milieus (S.85ff.), z. B. verschiedene Geselligkeitsformen wie Feste, Jahrmärkte, populäres Schauspiel, Erzählwelten sowie andere gemeinschaftliche Aktivitäten – religiöses Leben, Bruderschaften etc. Die eigenen Interessen folgende Arbeiterkulturbewegung kommt relativ knapp in den Blick, immerhin liegt dazu eine umfängliche Literatur vor.

In der vorindustriellen Welt war Kulturpolitik vor allem Macht- und Ordnungspolitik der Herrschenden. Die jeweiligen Eliten grenzen sich zu allen Zeiten und bis heute von der Volkskultur ab. Sie beurteilen nicht zuletzt mit Spaß und Genuss verbundene Volksaktivitäten negativ, nutzen sie zugleich als Ventilfunktion bei laut werdender Unzufriedenheit des Volkes. Doch seit der Zeit der Aufklärung entwickelten sich neue Praktiken des Umgangs mit Volkskultur. Einerseits erfuhr diese eine Aufwertung, andererseits vermerkt K. (unter Berufung auf Adelheid von Saldern und insbesondere Kaspar Maase) „eine volkserzieherische Selbstermächtigung der ‚Gebildeten'", mit welcher sie ihre Definitionsmacht sichern, aber zugleich die unberechenbaren Massen veredeln und unter Kontrolle halten wollten (S.118ff.). Volkspädagogische Aktivitäten aller Art, „Lesebildung als Einübung der Lesefähigkeit und als Übernahme der (klein) bürgerlichen Wertekultur" (S.122) sowie den gegen Ende des 19.Jh. ausbrechenden Kampf gegen Kolportage und „Schundliteratur" bezeichnet K. als Ausdruck der Bevormundung des Lese- und Kulturverhaltens der sogenannten Unterschichten, die bis in

unsere Tage reicht. Selbst die Arbeiterbewegung und später die realsozialistische Kulturpolitik taten sich lange schwer mit dem Recht auf Unterhaltung, Genuss und Konsum, verfolgten eher Hebungs- und Veredelungsprogramme. K. akzeptiert einerseits, dass mit der Überwindung des „Schundkampfes" eine Nobilitierung der Massenkultur stattfand (Maase), die nunmehr zur Normalkultur der nachbürgerlichen Massendemokratie geworden sei (S.187). Er meldet aber Zweifel an, denn Massenkultur ist auch Marktstrategien unterworfen. Zudem beanspruchten privilegierte Bevölkerungsgruppen für ihre Formen des Genusses und ihre Lebensgewohnheiten nach wie vor besonders viele Ressourcen.

Dieses und weitere widerspruchsvolle Gegenwartsprobleme behandelt K. in den letzten drei Kapiteln, die sich mit den kulturellen Öffentlichkeiten und den Instrumenten einer neuen Kulturpolitik, mit der Sicherung der Qualität in den Künsten und mit der Kulturpolitik als Teil einer sozialkulturellen Infrastrukturpolitik befassen. Sie bergen gewiss den meisten Diskussionsstoff, nicht nur weil die analysierten Kulturprozesse noch offen, noch im Fluss sind, sondern weil viele der vorgestellten Thesen und stets anregenden Gedanken (z.B. über die Bedeutung der Provinz, über die soziale Stadt, über Geschmack, elitäre Arroganz und Massenpsychologie, über die Hochkultur, über Kulturpolitik und Kreativität) sowie die etwas breit geratene Auseinandersetzung mit der relevanten Literatur wohl noch der Selbstverständigung dienen und Weiterdenken erfordern. Im Mittelpunkt stehen bei K. die Aktivitäten nicht bevormundeter Akteure, deren Tätigkeit er entschieden von jenem bürgerschaftlichen Engagement abgrenzt, das staatlichen Vorgaben folgt. Weil die neuen sozialen Bewegungen der Wortführer, Symbolanalytiker und Begriffsarbeiter bedürfen, empfiehlt er zur Koordinierung selbstorganisierten kulturellen Lebens ein von ihm seinerzeit für die Stadt Marburg konzipiertes Kulturbüro als Impulsgeber und beratende bzw. vermittelnde, organisierende Agentur – ein bedenkenswerter Vorschlag mit Perspektive. Übrigens – ostdeutsche Kulturgeschichte kommt als Lernpotenzial im Positiven wie im Negativen kaum vor. Eigentlich schade.

Evemarie Badstübner

Lars Bluma/Karsten Uhl (Hrsg.): Kontrollierte Arbeit – disziplinierte Körper? Zur Sozial- und Kulturgeschichte der Industriearbeit im 19. und 20. Jahrhundert, Transcript-Verlag, Bielefeld 2012, 431 S., ISBN 978-3-8376-1834-1

Nachdem die Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegungen in den 1990er-Jahren einen merklichen konjunkturellen Dämpfer erfuhr, hat sich das Forschungsinteresse seit der Jahrtausendwende verstärkt der Geschichte der Arbeit zugewandt. Dieser relativ neue Trend hängt mit der informationstechnologischen Revolution, der fortschreitenden Globalisierung des Wirtschaftens, aber auch dem Zusammenbruch des Staatssozialismus sowjetischen Typs und der sich seit den 1970er-Jahren in westlichen Industrieländern ausbreitenden Beschäftigungskrise zusammen. Auf die Geschichte der Arbeit, insbesondere der in der Industrie geleisteten, sind auch die in

dem hier vorzustellenden Bd. versammelten Beiträge fokussiert.

Das Buch geht auf den von Bluma und Uhl im Februar 2011 an der Ruhruniversität Bochum ausgerichteten Workshop „Arbeit – Körper – Rationalisierung: neue Perspektiven zum historischen Wandel industrieller Arbeitsplätze“ zurück. Im einleitenden Beitrag formulieren die Hrsg. die These, dass es „durchaus größere Erträge verspricht, sich erneut dem Thema der Rationalisierung zu stellen“ (S.11). Das mag auf den ersten Blick erstaunlich wirken, denn die Geschichte industrieller Rationalisierung kann kaum als Desiderat gelten. Darauf machen B. und U. zu Recht aufmerksam. Doch der hier gewählte Forschungsansatz verspricht tatsächlich einige Überraschungen, problematisiert er doch das in der Forschung bislang dominierende Paradigma der mit eher negativem Vorzeichen versehenen Sozialdisziplinierung. Es sei nämlich „genauer zu untersuchen, inwieweit die Rationalisierung und die sogenannte Humanisierung der Arbeit nicht im Gegensatz zueinander standen“ (S.13). Diese Nicht-Gegensätzlichkeit, hier mithilfe des Foucaultschen Begriffs der „gouvernementalité“ exemplifiziert und auf die Dialektik von Fürsorge und Kontrolle zugespitzt, wird an anderer Stelle von B. in dem Sinne auf den Punkt gebracht, es gelte die Beziehungen aller relevanten Akteure zu betrachten und sie nicht auf eine „Frontstellung von Arbeit und Kapital“ zu reduzieren (S.39). Differenzierung und Synthese bündeln sich hier zu einem starken Argument, um „Fragestellungen der Arbeitergeschichte mit denjenigen der Unternehmensgeschichte zu verbinden, die vermeintliche Kluft zwischen Sozial- und Kulturgeschichte zu überbrücken und Anregungen aus der Geschlechter-, Körper- und Technikgeschichte zu integrieren“ (S.17).

Dieser Vorgabe entsprechen die hier präsentierten Studien mehr oder weniger konsequent, indem sie den Akzent „auf die historische Analyse des industriellen Arbeitsplatzes als komplexes Ensemble von Körpern, Maschinen und Arbeitsprozessen“ setzen, „welches neue Körper-, Raum- und Wissensordnungen produzierte“ (S.18). Der zu diesem Zweck von mehreren Autoren hergestellte Bezug zu Michel Foucault erscheint begründet, wirkt aber mitunter etwas angestrengt. Das anspruchsvolle Programm wird unter den Schwerpunkten (1.) „Subjektivierung und Disziplinierung“, (2.) „Risikoregulierung und Gesundheit“, (3.) „Arbeitsorganisation und industrielle Ordnung“, (4.) „Rationalisierung abseits der Produktion: Die Betriebskantine“ in zwölf Beiträgen bis auf die empirische Ebene herunterdekliniert.

Im ersten Teil entwickelt B. unter den Stichworten der Hygienisierung, Rationalisierung, Biopolitik und Humanisierung der Arbeitswelt zwischen 1880 und den 1970er-Jahren konzeptionelle Überlegungen zu einer körperzentrierten Biopolitik des Ruhrbergbaus. Dagmar Kift konkretisiert solche Bemühungen anhand der in der Weimarer Republik von Carl Arnhold, Leiter der Ausbildung bei der Gelsenkirchener Bergwerks AG, propagierten „organischen Betriebsgestaltung“ und seiner Bestrebungen zur „Heranbildung eines hochwertigen Bergarbeiter-Nachwuchses“. Mit Aufsätzen von Berufsschülern aus der Zeit nach den 1950er-Jahren erschließt Peter-Paul Bänziger eine interessante Quelle, die den hohen Stellen-

wert von Arbeit und Arbeitsplatz-Qualität in der individuellen Wahrnehmung der Lehrlinge bestätigt und die Bedeutung von Freizeit, Konsum, Familie sowie auch Politik eher relativiert.

Unter dem Titel „Risikoregulierung und Gesundheit" stehen im zweiten Teil Arbeits- und Gesundheitsschutz im Mittelpunkt. Arbeiter agierten in dieser Hinsicht sehr unterschiedlich. So zeigt Judith Rainhorn am Beispiel des Protests gegen den Einsatz von Bleifarbe in Frankreich zu Beginn des 20. Jh., wie verzwickt die Interessenlinien mitunter verliefen, wobei Arbeiter durchaus die Politik der Gewerkschaften durchkreuzen konnten. Den Zusammenhang von Rationalisierung und Gesundheitsschutz beleuchtet Nina Kleinöder am Beispiel der Eisen- und Stahlindustrie in den letzten Jahrzehnten des 20. Jh. Typisch hierfür wurden komplexe Akteursnetzwerke. Auf den begrenzten Effekt von Sozialdisziplinierung geht Manuel Schramm am Beispiel des Strahlenschutzes im ost- und westdeutschen Uranbergbau ein. Systemübergreifend ignorierten Arbeiter die Schutzvorschriften, wenn sie ihnen überflüssig erschienen. Anhand der Frage, wie seit den 1950er-Jahren Grenzwerte der Schadstoffkonzentration am Arbeitsplatz bestimmt wurden und wie man mit den Ergebnissen umging, verdeutlicht Beat Bächi im Zusammenhang mit der Aufwertung individueller Gesundheit eine Tendenz zum „flexiblen Normalismus", der freilich auch mit der Individualisierung der Risiken verbunden war.

Um „Arbeitsorganisation und industrielle Ordnung" geht es im dritten Teil, der drei Perspektiven auf das Rationalisierungsproblem eröffnet. Wie Gesellschaftsentwürfe und Ordnungsmodelle der Moderne in der Fließbandarbeit der deutschen und britischen Automobilindustrie zwischen 1920 und 1960 zum Tragen kamen, diskutiert Timo Luks als Spannungsfeld von Körper und Raum, Ordnung und Subjektivierung. Willeminje Linssen legt den Schwerpunkt auf die Rolle der Ingenieure bei der Arbeitsorganisation – also auch Disziplinierung – im belgischen Kohlebergbau vom Ende des 18. bis zur Mitte des 19. Jh. Der amerikanischen Büroorganisation um 1920 wendet sich Christine Schnaithmann zu. Sie beschreibt die Schreibtischarbeit als Rationalisierungsprozess, bei dem standardisierte Arbeitsplatzordnungen, tayloristische Praktiken und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen eine symbiotische Beziehung eingingen.

Die Betriebskantine als Objekt der „Rationalisierung abseits der Produktion" steht im Zentrum des vierten Teils. Uhl verdeutlicht, wie man nach dem Ersten Weltkrieg die Rationalisierung und Verbesserung des Arbeitsplatzes auf der einen Seite und die Vernachlässigung des Betriebes als „Lebensraum" auf der anderen Seite als Problem wahrnahm. Mit der Einrichtung von Speisesälen und Betriebskantinen versuchte man es nicht nur zu entschärfen, sondern betriebliche und Beschäftigteninteressen zusammenzuführen. Damit ging allerdings auch die Ausweitung der Kontrolle und – durch räumliche Trennung dieser Einrichtungen nach Arbeitern und Angestellten – der sozialen Distinktion einher. Mark B. Cole ergänzt diesen Problemkreis mit einem Aufsatz zur Tätigkeit des NS-Amtes „Schönheit der Arbeit" und den von diesem repräsentierten Konzepten der „Volksernährung" und „Gemeinschaftsverpflegung".

Hrsg. und Beiträgern ist über die gesamte Themenpalette hinweg ein konsistenter Bd. gelungen. Er lenkt den Blick darauf, wie Rationalisierung und Technisierung neue räumliche Konstellationen von Körpern, Maschinen und Arbeit entstehen lassen. Die beteiligten Menschen waren in diesem komplexen und in sich widersprüchlichen Prozess nicht nur Kontrolle und Disziplinierung ausgesetzt, sondern sie konnten dabei auch Freiräume und bessere Arbeitsbedingungen erlangen. Mit dieser unkonventionellen Problemsicht leisten Hrsg. und Beiträger einen lesenswerten Beitrag zur Diskussion um die Geschichte der Arbeit. *Peter Hübner*

Mike Rapport: 1848. Revolution in Europa, Theiss Verlag, Stuttgart 2011, 446 S., ISBN 978-3-8062-2430-6

An Darstellungen zur Revolution von 1848 herrscht wahrlich kein Mangel, wie der Autor selbst einräumt (S.7). R.s Bd. unterscheidet sich aber von vielen anderen dadurch, dass er die europäische Dimension des Geschehens in den Mittelpunkt rücken will. Die Vorgeschichte und die einzelnen Etappen der Revolution werden dazu jeweils länderübergreifend nacherzählt: ihre direkten Vorläufer in den 1830er- und 1840er-Jahren, die ersten Erhebungen in Italien, Frankreich und dann in Österreich und Deutschland. Es folgt die Ausdifferenzierung der Revolutionen und ihre spätere Niederwerfung. Die genannten vier Regionen bilden dabei – durchaus zu Recht – den Schwerpunkt. In knapper Form geht R. aber auch auf jene Teile Europas ein, in denen die politischen Verhältnisse stabiler blieben, wie Großbritannien, Spanien, Skandinavien und Russland. Die Ereignisgeschichte nimmt breiten Raum ein, allerdings bisweilen auf Kosten der analytischen Tiefe. Nur teilweise überzeugend versucht sich R. an einer systematischen Herangehensweise und strukturiert dabei den Text anhand der Leitbegriffe „Nationalismus“, „Demokratie“ und „soziale Frage“ (S.8). Dass die Darstellung überaus spannend zu lesen ist, beruht nicht zuletzt auf der Art der ausgiebig zitierten Quellen. Meist handelt es sich dabei um Augenzeugenberichte oder Memoiren. Dadurch und dank der zahlreichen Abbildungen vermittelt R. dem Leser ein plastisches Bild.

Ein wesentliches Hindernis für die Revolutionäre sieht R. im aufkommenden Nationalismus: Er habe sie gespalten und so als Türöffner der Konterrevolution gedient (S.200). Das wird deutlich bei der Behandlung der polnischen Minderheit durch die Paulskirchenversammlung, mehr noch aber bei Ungarns Umgang mit Minderheiten wie den Slawen und Rumänen. Das 20. Jh. warf in diesen blutigen ethnischen Konflikten seinen unheilvollen Schatten voraus. Erfolgreich war die Revolution nur, wenn es gelang, verschiedene soziale Gruppen zusammenzuführen. Dazu gehörten in aller Regel das Bürgertum, die Bauern auf dem Land sowie die Handwerker und Arbeiter der Städte. Mancherorts spielten selbst Adlige eine wichtige Rolle, in Italien sogar Teile der katholischen Kirche. In einem knappen Abschnitt des Buches wird die wichtige Rolle der Frauen gewürdigt. Aber das breite Bündnis war von vornherein fragil. Es zerbrach, als im Sommer 1848 neben die verfassungsrechtlichen Fragen zunehmend die unvermindert anhaltende soziale Not auf die

politische Agenda drängte. Die Radikalität der Arbeiter trieb viele Revolutionäre nun zurück ins Lager der Konservativen: Sie tauschten ihre neue Freiheit ein gegen die Sicherheit ihres Eigentums. Das war jedoch nicht der einzige Grund ihres Scheiterns. Vielmehr blieben zentrale Säulen der alten Ordnung auch in den Stürmen der Revolution erhalten. Außer in Frankreich konnten sich die Monarchen überall mit Zugeständnissen auf dem Thron halten, vor allem aber verfügten sie weiter über Armee und Verwaltungsapparat. Einen naheliegenden Vergleich mit der Revolution in Deutschland und Österreich 70 Jahre später zieht der Autor nicht. Die alten Eliten konnten nun, gestützt auf ihre Machtmittel und dank der Fragilität der neuen Verhältnisse, zum Gegenangriff übergehen. Geschickt nutzten sie dabei die ethnischen Differenzen ebenso wie die Angst vor einer zweiten, sozialen Revolution. Die Abschaffung der Leibeigenschaft wiederum sorgte für die Loyalität der Bauern. Außerdem zeigten sich die Konservativen auch in anderer Hinsicht sehr flexibel: Sie übernahmen von den liberalen und radikalen Gegenspielern deren politische Methoden, indem sie höchst erfolgreich eigene Zeitungen und massenwirksame Verbände gründeten.

Die Frage nach dem Scheitern der Revolution und nach ihrer Bedeutung beantwortet R. insgesamt differenziert. Zwar habe sie wesentliche Ziele nicht dauerhaft erreichen können. Aber sie blieb trotzdem nicht ohne Folgen: So habe sie neben der Bauernbefreiung breite Bevölkerungsteile überhaupt erstmals politisiert, in Italien oder Deutschland sei sie ein wichtiger Schritt auf dem Weg der nationalen Einheit gewesen.

Durchgängig argumentiert R. von einem liberalen Standpunkt aus. So ist für ihn beispielsweise das Scheitern der Verfassungsbemühungen die Ursache des Versagens in der sozialen Frage, denn so habe es am gesetzlichen Rahmen gefehlt, um diese Konflikte friedlich zu lösen. Das scheint doch ein wenig zu einfach gedacht. Gerade auch, weil R. an anderer Stelle betont, dass den Besitzenden ihr Eigentum offenbar wichtiger war als der Staatsaufbau. In manchen Schilderungen wird auch seine Distanz zu spontanen Massenbewegungen spürbar, die primär mit zielloser Gewalt und Plünderungen assoziiert werden. Der sich ausbreitende Liberalismus in seinen verschiedenen regionalen Schattierungen bildete R. zufolge die Klammer der Ereignisse in Europa. Gespeist aus jeweils eigenen regionalen Ursachen, war er „polyzentrischer Natur“. Zugleich hätten die Revolutionen aber „starke Ähnlichkeit in der Zielsetzung, den Abläufen und den Problemen“ aufgewiesen. (S.408) In diesem Sinn handelte es sich um ein „wahrhaft europäisches Phänomen“ (S.406).

Über die angeführten Thesen des Autors kann man natürlich streiten. Schlicht ärgerlich sind dagegen die zahlreichen Fehler, die sich durch den ganzen Bd. ziehen. Hierzu nur einige Beispiele: Der Habsburger Albert trug den Titel eines Erzherzogs, nicht Erzbischofs (S.76f.); der Berliner Tiergarten wird mit dem erst 1955 eröffneten Tierpark verwechselt (S.86); die preußische Nationalversammlung wird fälschlich als preußischer Landtag bezeichnet (S.232). Neben diesen Flüchtigkeitsfehlern sind andere Fehlinformationen schon bedenklicher. Felix zu Schwarzenberg etwa wurde nicht am

19. Oktober, sondern am 21. November 1848 Ministerpräsident von Österreich (S.297); das Dreiklassenwahlrecht in Preußen wurde nicht 1848, sondern erst ein Jahr später eingeführt (S.305); die Meinung, dass Henri de Saint-Simon zu den wissenschaftlichen Sozialisten zu zählen ist, dürfte R. wohl exklusiv vertreten (S.49); die deutsche Nationalversammlung umfasste 585 Abgeordnete, während der Autor die doppelte Zahl veranschlagt (S.236). Hinzu kommt, dass manche wichtigen Forschungen nicht zur Kenntnis genommen wurden. So fehlt beispielsweise ein Hinweis auf das Standardwerk zu den Ereignissen in Berlin von Rüdiger Hachtmann (Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997).

Trotz der genannten Mängel ist der vorliegende Bd. durchaus lesenswert. Zum einen wegen seiner Anschaulichkeit, die ihn insbesondere für Einsteiger attraktiv macht. Zum anderen wegen der Perspektive: Viel zu häufig wird die Revolution von 1848 noch immer als nationales Ereignis gefasst, bei dem die gleichzeitigen Entwicklungen jenseits der Grenzen allenfalls am Rande eine Rolle spielen. *Axel Weipert*

Victor Adler/Friedrich Engels: Briefwechsel. Im Auftrag des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien, hrsg. von Gerd Callesen und Wolfgang Maderthaner, Akademie-Verlag, Berlin 2011, XXII, 267 S., Ill., ISBN 978-3-05-004988-5

Diese Publikation ist eine wesentlich erweiterte Ausgabe des bereits anlässlich des 50. Jubiläums des Wiener Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA) 2009 in Wien hrsg. Briefwechsels Victor Adler-Friedrich Engels (siehe Rez. im JahrBuch, 2011/I, S.189-191). Aus dem Akademie-Verlag liegt damit in ästhetisch sehr ansprechender Form ein Buch vor, das sowohl den Briefwechsel als auch 18 Artikel von Adler, drei von Engels und einen Nachruf von Engelbert Pernerstorfer zum Tod von Engels wiedergibt. Im Weiteren zählt zum Neuwert dieser Ausgabe eine von M. verfasste Biografie Victor Adlers und eine Bibliografie der von Louise Kautsky 1891-1896 für die österreichische Arbeiterpresse geschriebenen Artikel. Damit sind, so die Hrsg., alle derzeit zum Briefwechsel Adler-Engels erreichbaren Texte aus den Archiven in Wien, Amsterdam und Moskau vorgestellt.

In einem kurzen Vorwort stellt M. die Leistungsfähigkeit und die Archivbestände des von ihm geleiteten VGA vor. Die archivarischen Bestände und die Spezialbibliothek umfassen derzeit ca. 65.000 Bände. Besonders bemerkenswert sind ein vollständiges Exemplar der „Arbeiter-Zeitung“ (inklusive der Zensurausgaben aus der Zeit des Ersten Weltkrieges und der Periode Oktober 1933-Februar 1934 sowie des weltweit einzigen kompletten Exemplars der illegalen „AZ“), die Sammlung sozialwissenschaftlicher Periodika und die Sozialistika-Sammlung in Erstausgaben. Der VGA verstehe sich „als Archiv, Bibliothek und Forschungsinstitut [...] als geschichts- und kulturwissenschaftliches Institut mit internationalem Bezug. Er bewahrt, betreut und sichert das geistige Erbe der österreichischen Arbeiterbewegung in ihrem internationalen Kontext, initiiert wissenschaftliche Forschung, unterstützt Vorhaben der Volksbildung, mediale

Produktionen und Dokumentationen und betreut Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei ihren Recherchen“ (S.VIII).

Sehr hilfreich für das Hineinfinden in die Geschichte des Briefswechsels sind die von C. erarbeitete editorische Einführung (S.XVII-XXII) und die Biografie Adlers, die auf acht Seiten Herkunft und Lebensweg des Gründers der österreichischen Sozialdemokratie vorstellt. M. schildert den Weg des 1852 in einer deutsch-jüdischen Prager Familie Geborenen, seine Wiener Lebens- und Universitätsjahre, seine leidvollen Erfahrungen als Armenarzt, bis hin zum Gründer der geeinten österreichischen Sozialdemokratie und zu seiner Freundschaft mit Engels. Dem Biografen gelingt es mit viel Feingefühl, die charakterlichen Eigenschaften, die hohen ethischen und humanistisch-politischen Ideale Adlers aufzuhellen und so das Bild eines außergewöhnlich hingebungsvollen Politikers der Arbeiterbewegung zu zeichnen. Adler habe sein gesamtes Vermögen in diverse Parteiprojekte investiert und dann im parteilichen wie im persönlichen Leben in einer finanziellen Dauermisere ausharren müssen. Er habe auch „Ironie und eine unnachahmliche Fähigkeit zum Kompromiss“ besessen. Er sei „zugleich ein Meister der Metapher“ gewesen, „dessen Sarkasmus und Witz gelegentlich auch ins Abgründige umschlagen konnte“ (S.XII). Zudem offenbarte Adler „eine ausgeprägte Abneigung gegen Abstraktion und historische Konstruktion“. Ihn interessierte, so M., „die Theorie beinahe ausschließlich unter dem Aspekt, ob und wie sie für den alltäglichen Kampf und die schrittweise Herausbildung einer ‚Arbeiterklasse europäischen Zuschnitts‘“ brauchbar war. Eben dieser Kampf stelle „das eigentliche Lebenswerk Victors Adlers dar. Es [sei] bezeichnend, dass er als einer der wenigen Großen des internationalen Sozialismus kein theoretisches Werk“ (S.XIII) verfasste. Indessen belegen die von Adler publizierten Sozialreportagen, beispielsweise über das Elend der Wienerberger Ziegelarbeiter und über die Wiener „Tramwaysklaven“, sowie seine Studien zum Alkoholismus brisante Themen, die sehr wesentlich sein politisches Denken und Handeln beeinflusst haben (S.XV). Ebenso aufschlussreich sind Beiträge von Adler und Engels zum Antisemitismus (S.115, 141), zur historischen Bedeutung des 1. Mai (S.131-136, 161), über das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und das Parlament (S.167-170) sowie über die Parteitagsdebatte 1894, bei der es um die Möglichkeiten des Massen- und Generalstreiks ging. Adler schrieb dazu: „Ich werde eine Resolution beantragen, die den Generalstreik als letztes Mittel in Aussicht stellt, aber nur für den Moment, wo die Regierung so harthörig, unsinnig und selbstmörderisch ist, daß sie das allgemeine Wahlrecht nicht durchsetzt“ (S.185).

Der Briefwechsel dokumentiert die enge, außergewöhnlich herzliche Freundschaft der Autoren. Diese lässt sich u. a. aus einem Brief vom 29.12.1891 ableiten. Adler schreibt über seine Unzufriedenheit mit Verhaltensweisen im eigenen sozialdemokratischen Umfeld, er nennt „Dummheit, Kleinlichkeit, Brutalität“ (S.24) und schlussfolgert: Wenn „ich noch einmal zu Geld komme, stifte ich ein Stipendium, mit welchem jeder tüchtige Parteigenosse alljährlich auf eine Woche zu Dir nach Regentpark road geschickt wird – als klima-

tischen Kurort fürs Hirn u. die Nerven – ich habe ein unglaubliches Heimweh nach den schönen Tagen mit Dir u. August [Bebel] – welcher der einzige ganze Kerl ist!!“ (S.25) Besondere Aufmerksamkeit verdient auch ein Brief von Engels an Adler vom 16.3.1895. Zuvor hatte Adler wissen lassen, dass er in Kürze eine Haftstrafe anzutreten habe und in dieser Zeit ein intensives Studium des „Kapital“ Bd. 2 und 3 beabsichtige. Daraufhin Engels: Wenn Du „die Hauptsache gründlich und das weniger Wichtige zunächst oberflächlich durchnimmst (am besten vorher die Hauptsachen aus Band 1 nochmals zu lesen) so wirst Du einen Überblick über das Ganze bekommen und nachher die vernachlässigten Stellen auch leichter verarbeiten“ (S.104). Am 15.6.1895 folgte die Antwort Adlers: „In wenigen Tagen ist meine Haft abgesessen. Dank meinem Entschluß, einmal auch mir zu leben u. alles ‚Zeitliche‘ für ein paar Wochen abzuschütteln, ist mir die Zeit vom 18. Mai bis jetzt zu einer so genußreichen u. ersprießlichen geworden, wie keine andere seit vielen, vielen Jahren“ (S.105). Er betonte seinen großen Respekt vor der von Engels für die originalgetreue Fertigstellung der Bde. 2 und 3 geleisteten Arbeit: „Was die Welt, was die Bewegung Dir an Dank schuldet, wird sie Dir oft noch sagen; ich will Dir nur als Mensch, als Einzelner herzlich danken für das, was ich persönlich durch Deine Arbeit gewonnen“ habe (ebenda).

Der Anhang enthält ein Verzeichnis der Briefe, die auf dem Wege von Wien nach London und umgekehrt verloren gegangen waren und auf die Engels im Brief vom 22.3.1894 aufmerksam gemacht hatte (S.237). Außerdem ein Verzeichnis „Friedrich Engels’ Beiträge 1887-1895 in Wiener Arbeiterzeitungen“, von denen zwölf im hier vorgestellten Bd. enthalten sind. Erstmals werden „Louise Kautskys Beiträge in der ‚Arbeiter-Zeitung‘ und dem ‚Oesterreichischen Arbeiterkalender‘“ (S.240-244) genannt. Es folgen ein Personenverzeichnis mit Kurzbiografien (S.245-257) sowie Verzeichnisse der Periodika und der Abbildungen.

Das Buch ist für die Forschung zur Geschichte der internationalen, insbesondere für das Verständnis der österreichischen Sozialdemokratie unverzichtbar, gewinnt doch letztlich der Leser Einblicke in Interna der Parteigeschichte, in die weitestgehende Übereinstimmung der Ideen von Adler und Engels, in die mentalen und freundschaftlichen Beziehungen beider Repräsentanten der sozialistischen Bewegung.

Horst Klein

Heiner Jestrabek: Eduard Fuchs. Kunstsammler und Zeitkritiker. Eine biographisch-politische Skizze (Edition Spinoza, Philosophische Texte), Freiheitsbaum-Verlag, Reutlingen 2012, 190 S., ISBN 978-3-922589-53-1

Vielleicht ist Fuchs einigen Altachtundsechzigern, die Walter Benjamins Aufsatz „Eduard Fuchs, der Sammler und der Historiker“ (1937) gelesen hatten, ein Begriff; vielleicht auch Kennern des Malers Max Slevogt (1868-1932), mit dem Fuchs zeitweise eng befreundet war. In den Büchern von Thomas Huonker (1985) und Ulrich Weitz (1991) erscheint Fuchs vor allem als Kunstsammler und Kulturwissenschaftler, nicht aber als radikaler Sozialist und Kommunist. Er war beides: der politische Kopf bedingte den ästheti-

schen und der ästhetische prägte den politischen. Dieser Dialektik geht J. in seinem Bändchen nach.

Eduard Fuchs wurde Ende Januar 1870 in Göppingen als zweites Kind eines eher erfolglosen Kaufmanns geboren. Er wuchs in Stuttgart auf und begann nach Abbruch der Oberrealschule 1886 eine Kaufmannslehre in einer Druckerei. Er näherte sich über freidenkerische Anschauungen anarchistischen und später sozialistischen Positionen. Diese vertrat er agitatorisch offensiv: 1888 wurde er zu fünf Monaten Haft wegen „Majestätsbeleidigung" und „Widerstand gegen die Staatsgewalt" verurteilt. 1889 gründete er den „Verein der Handlungsgehilfen" mit. Dieser wurde als Tarnorganisation der verbotenen Sozialdemokratie angesehen, 1890 erhielt Fuchs erneut eine fünfmonatige Haftstrafe.

Im gleichen Jahr fand er eine Anstellung bei einem sozialdemokratischen Verlag, der die „Münchener Post" und die Satirezeitung „Süddeutscher Postillon" herausgab. Ab 1892 Chefredakteur des Satireblattes, wirkte er in München mit dem eingemeindeten Schwabing als der kulturellen Hochburg Bayerns unter sozialkritischen bürgerlichen Intellektuellen, Schriftstellern, Malern und bildenden Künstlern, die vor allem gegen Militarismus, Klerikalismus, Moralismus und Epigonentum öffentlich auftraten. Schwabings Bohème-Milieu begünstigte die sozialistische Agitation und politische Dichtung von Fuchs, der gleichzeitig als Sammler den Grundstock für seine umfangreiche Schriften-, Karikaturen- und politische Grafiksammlung (auch der Arbeiterbewegung) legte. 1901 zog Fuchs nach Berlin und wirkte dort erfolgreich als freier Schriftsteller: „Als Herausgeber kulturhistorischer Bildbände entwickelte er eine spezifische Mischung von zeitgenössischen Illustrationen mit seinen kulturhistorischen Kommentierungen. Hier fand er einen typischen Stil, wurde auch unter kommerziellen Gesichtspunkten sehr erfolgreich und erreichte ein großes Publikum." (S.68) Mit Editionen wie „Karikatur der europäischen Völker", „Die Frauen in der Karikatur", „Geschichte der erotischen Kunst" und vor allem mit der „Illustrierten Sittengeschichte" (1912) wurde Fuchs bekannt: „Die *Sittengeschichte* [...] sicherte ihm fortan die finanzielle Unabhängigkeit und trug ihm den Spitznamen ‚*Sitten-Fuchs*' ein." (S.76)

Obgleich recht vermögend, blieb Eduard Fuchs Marxist und Sozialist: Er nahm an der „Zimmerwalder Konferenz" (1915) teil, war Vorstandsmitglied des „Deutschen Hilfsverein für die politischen Gefangenen und Verbannten Russlands" und Mitglied der „Deutschen Liga für Menschenrechte". Vom „Spartakusbund", als dessen Gründungsmitglied Fuchs gilt, wurde er 1918 zu Gesprächen über die Gründung der III. Internationale nach Sowjetrussland entsandt. Fuchs publizierte unter anderem Honoré Daumier (vier Bände, 1917-1922), war an der Gründung des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt am Main beteiligt, richtete ein sozialwissenschaftliches Archiv in Berlin ein, förderte junge Künstler wie Carl Meffert (Clément Moreau), gewann Ludwig Mies van der Rohe für die Gestaltung des Revolutionsdenkmals für die Opfer der Novemberrevolution (1926) und wirkte als Nachlassverwalter von Franz Mehring, dessen Arbeiten er ab 1929 neu herausgab. 1928 verließ Fuchs „aus Protest gegen den ultralinken Kurs" (S.121) die KPD

und schloss sich der KPD-Opposition an. 1933 ging er ins Exil nach Paris. Er starb dort kurz vor seinem 70. Geburtstag im Januar 1940. Die Nazis hatten 1933 Fuchs' Besitz beschlagnahmt und seine wertvolle Kunstsammlung 1937 versteigert.

J. hat viele Fakten und anschauliches Material zusammengetragen. Als Autor vermengt er im spröden Text chronologische und systematische Darstellung. Auch sind die kleinformatigen Schwarzweiß-Reproduktionen zu oft nur schwer erkennbar. Das freilich sollte nicht davon abhalten, diese Skizze zu lesen. *Wilma Ruth Albrecht*

David Fernbach (Hrsg.): In the steps of Rosa Luxemburg. Selected writings of Paul Levi (Historical materialism book series, 31), Brill Verlag, Leiden-Boston 2011, VI, 349 S., ISBN 978-90-04-19607-0

Der Bd. wird von Hrsg. Fernbach eingeleitet, der auf 32 Seiten den schwierigen politischen Weg von Paul Levi zusammenfasst und würdigt. Dem folgen in vier Teilen wichtige Arbeiten Levis. Einige davon hat schon Charlotte Beradt herausgegeben, die ausgewählten Artikel aus Levis Periodika „Sozialistische Politik" und „Sozialistische Politik und Wirtschaft" sind z. T. weniger bekannt.

Paul Levi, einer der bedeutenden deutschen Arbeiterfunktionäre, war umstritten. Die SPD bekämpfte und beschimpfte ihn 1919, nahm ihn 1922 wieder auf – 2004 reklamierte Uli Schöler (SPD) den Partei-Außenseiter für die SPD. In der ultralinken Ära (1928-1933) verachtete die KPD Levi, die er in schwierigsten Zeiten 1919-1921 geführt hatte, 1983 nannte ihn die SED „einen hervorragenden Kämpfer der deutschen Arbeiterbewegung".

F. beschreibt die Arbeit und die Schwierigkeiten Levis als KPD-Vorsitzender nach der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Als politischer Nachfolger Luxemburgs war Levi kein Theoretiker, jedoch ganz in ihrem Sinne ein revolutionärer Realpolitiker. Die junge KPD, mitten in der Revolution gegründet, wanderte damals auf einem schmalen Grat, bedrängt von ihren radikalisierten Mitgliedern, die von der konterrevolutionären Politik der SPD und dem Zaudern der USPD empört waren. Sie wollten, wie die Parteiführung um Levi, die russische Revolution aus der Isolierung befreien und im Deutschen Reich den Sozialismus erkämpfen. Insofern bestand damals Interessengleichheit zwischen der KPD unter Paul Levi und ihrer Schwesterpartei in Sowjetrussland. Hinzu kam der Druck der sowjetischen Komintern-Emissäre (zeitweise Karl Radek und Béla Kun), die besonders in für Russland kritischen Lagen auf revolutionäre Aktionen drängten. So musste bei der Gratwanderung das richtige Maß gesucht werden. Es gelang Levi im Oktober 1919, die ultralinken Anhänger von Fritz Wolffheim und Heinrich Laufenberg aus der Partei zu drängen – gegen den Willen der Moskauer Emissäre. Aber im März 1921 fiel die KPD in Abwesenheit von Levi auf eine von Monopolisten und Großgrundbesitzern Mitteldeutschlands gemeinsam mit den SPD-Politikern Severing und Hörsing vorbereitete Provokation (Einmarsch der Schutzpolizei in das Industrierevier) herein und versuchte, eine revolutionäre Entwicklung in Gang zu setzen.

Paul Levi sah die KPD in der Gefahr des Putschismus, begann eine Kritik erst im Kreise der Parteiführung, dann öffentlich, verzichtete im Februar 1921 auf den Parteivorsitz, aber nicht auf seine Kritik. Diese verfehlte Märzaktion war an der „Offensivtheorie" von August Thalheimer orientiert, die ein schwerer Fehler war. Levi kritisierte sie scharf mit seiner Broschüre „Unser Weg. Wider den Putschismus", was zum Bruch mit der KPD führte. Lenin und Clara Zetkin bemühten sich um einen Kompromiss, weil sie Levis Führungsfähigkeiten sehr schätzten. Jedoch führte dessen „Disziplinbruch" zum Ausschluss aus der Partei.

Mit seinen Freunden, den „Leviten", zu denen auch KPD-Reichstagsabgeordnete gehörten, gründete er die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG). Die Ultralinken in der KPD vertieften mit ihrer Argumentation den Graben. Die KAG schloss sich im September 1921 der USPD an und verstärkte dort anfangs den linken Flügel. Aber im September 1922 beschloss die große Mehrheit der USPD die Vereinigung mit der Mehrheitssozialdemokratie zur „Vereinigten SPD" (VSPD). Die Linken um Paul Levi hatten jedoch kaum Einfluss auf Strategie und Taktik der Führung der vereinigten SPD.

Ab 1920 war Levi Mitglied des Reichstags, bis zu seinem tragischen Tod am 9. Februar 1930. In der SPD und in deren Reichstagsfraktion blieb er ein Außenseiter. Bis zuletzt kämpfte er um die Bestrafung der Luxemburg-Mörder und deren Beschützer in der Justiz – vergeblich.

Die Buch-Einführung von F. stellt diese Entwicklung Levis dar. Leider übergeht er die solidarische Würdigung Levis durch August Thalheimer im Jahre 1930. In einem sehr mitfühlenden Nachruf schrieb Thalheimer: „Ich traf ihn zuerst im Sommer 1918 [...] Er war hervorragend beteiligt an der Vorbereitung des November [...] Er war ein glänzender Mitarbeiter der ‚Roten Fahne' unter der Redaktion Rosa Luxemburgs. Zugleich trat er als Massenredner auf [...] Nach Rosas Tod wurde er der tatsächliche Führer der Partei [...] Wenn er, wie Lenin es aussprach, mit seiner Kritik an der Märzaktion (1921) zu 90 Prozent Recht hatte, wenn er leicht sich hätte durchsetzen können bei organisiertem, diszipliniertem, geduldigem Vorgehen, so verdarb er alles durch die entgegengesetzte Tat [...] Der Kommunismus, dem Levi angehörte, hat keine Ursache, Paul Levi noch über den Tod hinaus anzuklagen. Die Arbeiterklasse kann klar und unbefangen die helle Vergangenheit, in der er dem Kommunismus diente, scheiden von der späteren Zeit." (in: Gegen den Strom, 1930, Nr. 3, S.103f.) Dieser Ton und diese Form der Würdigung eines Kampfgenossen waren früher unter Sozialisten üblich und bleiben auch heute vorbildlich.

In vier Kapiteln stellt F. Paul Levis wichtigste Schriften vor. Sie befassten sich mit der Rechtsentwicklung der Republik, der geheimen Aufrüstung, der verworfenen Justiz und kommentierten kritisch-marxistisch viele Probleme. Levis Kritik an der Sowjetunion, anders als sonst in der SPD üblich, war sachlich in der Form, aber irrig. 1924 schloss er aus ihrer schnellen ökonomischen Entwicklung, sie würde eines Tages imperialistisch werden und die Welt bedrohen. Lenins Neue Ökonomische Politik und seine Agrarpolitik lehnte er ab: Vielleicht war es damals schwer für Außenstehende, die ökono-

mischen und sozialen Probleme eines isolierten, armen Entwicklungslandes zu verstehen.
Dass F. mit dieser Publikation den großen Sozialisten Paul Levi einem englischsprachigen Publikum näherbringt, ist äußerst verdienstvoll. Unabhängige Revolutionäre vom Schlage Paul Levis gehören in die Erinnerung der Arbeiterbewegung.
Der Buchhrsg. ist ein Enkel von Wolfgang Fernbach. Der Redakteur gehörte zu den Spartakisten, die 1918 das „Vorwärts"-Gebäude besetzt hielten, das am 11. Januar 1919 von konterrevolutionären Truppen gestürmt wurde. Fernbach war einer der Parlamentäre, die über die Kapitulation verhandeln sollten, und die beide erschossen wurden. Am 20. Januar 1919 wurden Karl Liebknecht, Wolfgang Fernbach, der Arbeiterdichter Werner Möller und andere in einem großen Trauerzug zu Grabe getragen. Enkel David hat einige Bücher zur Geschichte veröffentlicht und einige Arbeiten von Marx ins Englische übersetzt. *Theodor Bergmann*

Ernst Hanisch: Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938), Böhlau Verlag, Köln-Weimar-Wien 2011, 478 S., ISBN 978-3-205-78601-6

Zumindest der Titel des zu besprechenden Bd. ruft Irritationen hervor. Aber so ist das, wenn mit einem solchen „Aufmacher" der Versuch unternommen wird, den Inhalt eines gewichtigen Werkes oder – wie hier – den komplizierten persönlichen wie politischen Charakter der biografisch vorgestellten Persönlichkeit auf *den einen* Begriff zu bringen. Der potenzielle Leser sollte sich davon nicht abschrecken lassen. Der Inhalt des Werkes trägt diesem Titel auch nicht wirklich Rechnung, ist in seiner Würdigung weit differenzierter. Im Übrigen hing Otto Bauer sicher diversen Illusionen an, lässt sich aber kaum auf diesen Aspekt reduzieren. Ohne Umschweife kann dennoch hier vorab konstatiert werden, dass der Autor trotz des merkwürdigen Titels *die* große, umfassende und differenzierte Biografie des bedeutenden Austromarxisten vorgelegt hat, die längst überfällig war.
Sicher, es liegen bereits eine ganze Reihe biografischer Annäherungen an diese intellektuelle Führungsfigur der europäischen Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit vor. Aber die frühen Arbeiten etwa von Otto Leichter oder Anton Ackermann krankten daran, dass ihnen noch die erforderliche kritische Distanz fehlte, die von jüngeren politischen Mitstreitern gegenüber einem großen Vorbild auch selten zu erwarten ist. Ein Versuch von Ewa Czerwinska-Schupp aus jüngerer Vergangenheit scheiterte vor allem daran, dass es der Autorin nicht gelang, den Gegenstand in eine zeitgenössische Perspektive einzubetten, sie ihn vielmehr vorrangig als Projektionsfläche zur Be- und Verarbeitung eigener enttäuschter politischer Illusionen benutzte.
Vielleicht ist es sogar gerade die politisch-intellektuelle Distanz des Biografen zum Gegenstand seiner Betrachtung, die die Grundlage für das Gelingen dieses herausragenden Werkes bildet. Hier schreibt kein intellektueller Sozialdemokrat, kein marxistischer Historiograf, vielmehr ein Autor, der sich selbst einem „liberalen Katholizismus" mit stark sozialem Anspruch verpflichtet fühlt. Es versteht sich von selbst, dass sich daraus im-

mer wieder Wertungen, Einordnungen ergeben, die kritisch zu hinterfragen wären, die auch der Rezensent gelegentlich nicht teilt. Aber sie sind in jedem einzelnen Fall sorgsam und abwägend begründet, im besten Sinne auseinandersetzungsfähig.

Was das Besondere an dieser Biografie ausmacht, ist zudem die Tatsache, dass ihr Verf. – trotz aller Schwierigkeiten, die er selbst eingehend beschreibt – den Privatmann Otto Bauer hinter der überragenden politischen Figur hervorholt, seinen persönlichen, auch familiären, Werdegang rekonstruiert und die dabei gemachten Erfahrungen mit dessen politischer Entwicklung in Beziehung setzt. Eine von Bauers großen Stärken (die er zudem auf die in der Zwischenkriegszeit wahrgenommene internationale Rolle der österreichischen Sozialdemokratie innerhalb der eigenen Parteifamilie wie der Arbeiterbewegung insgesamt übertrug), die des moderierenden und zusammenführenden Vermittlers, führt H. auf seine schon früh eingeübte innerfamiliäre Rolle zurück. Auch Bauers Entscheidung für den marxistischen Sozialismus sieht er bereits in jungen Jahren gemachten Erfahrungen als Schüler und Student geschuldet.

Neu ist die Interpretation, dass es Bauers Rolle als Soldat war, die (obgleich er leidenschaftlich für den Frieden kämpfte) seinen Habitus stark geprägt und dann – ins Klassenkämpferische transformiert – im Wege der militärischen Metaphorik seine Sprache als reifer Politiker zutiefst geformt habe. Dies wird künftig anhand einer neuerlichen kritischen Durchsicht seines schriftstellerischen Schaffens genauer zu überprüfen sein. Uneingeschränkt zustimmen wird man aber können, wenn der Autor schreibt: „Was das Werk Otto Bauers so reizvoll macht, ist nicht nur der große historische Bogen, der es stützt, sondern auch die sinnlichen Schilderungen der Gesellschaft, die scharfen sozialgeschichtlichen Skizzen, die ‚Fleisch und Blut der Geschichte' wiedergeben." (S.14f.) Skeptischer beurteilt H. hingegen den politischen Akteur Otto Bauer, der eine Reihe gravierend falscher Entscheidungen getroffen habe, was aus heutiger Distanz leichter erkennbar sei.

Auf etwa 400 Seiten wird uns der Werdegang dieses außergewöhnlichen politischen Talents vorgestellt, von dem in seinen frühen Jahren der weit ältere Karl Kautsky schon schwärmte, so stelle er sich den jungen Marx vor. Wir erfahren erstmals Näheres über das familiäre Umfeld (eingeschlossen sein Verhältnis zu seiner Schwester, die zu den bekannteren Patienten Sigmund Freuds gehörte). Zur Einführung gehören die Abschnitte über Bauers „Judesein im Zeitalter des politischen Antisemitismus" wie die gelungene Skizze über den „großen Raum der multiethnischen Habsburgermonarchie". Für H. charakterisiert Bauers frühes Engagement in der Sozialdemokratie seine Sehnsucht nach Erlösung, in deren Rahmen die Sozialdemokratie als Heimat und Utopie zugleich empfunden wurde. Der Vorzug dieser Arbeit liegt gerade darin, dass Bauers große theoretische Arbeiten, sei es die frühe über die Nationalitätenfrage (die bis heute den Rang eines „Klassikers" beanspruchen kann), seien es die über den Aufstieg des Bolschewismus, seien es seine ökonomischen Schriften über die kapitalistische Rationalisierung wie die zur Kriegsfrage und zum „integralen Sozialismus", immer in den zeitgenös-

sischen Kontext eingebettet werden. Wir erleben also immer beide: den Akteur wie den Theoretiker Otto Bauer. Dass er – nicht nur gelegentlich – dazu neigte, getroffene (oder verpasste) Entscheidungen nachträglich zu „theoretisieren", ist ein schon häufiger beschriebenes Phänomen.
Wer sich künftig mit Otto Bauer beschäftigt, wird um diese große Biografie nicht herumkommen! *Uli Schöler*

Nicola Spakowski: „Mit Mut an die Front". Die militärische Beteiligung von Frauen in der kommunistischen Revolution Chinas (1925-1949), Böhlau Verlag, Köln-Weimar-Wien 2009, X, 420 S., ISBN 978-3-412-20294-1

Die ungeheure Wucht der chinesischen Revolution ist nicht zu denken ohne die ungeheure Wucht, mit der Frauen in ihr zu Handelnden wurden. Das ist das Fazit des Buches von Spakowski, das in doppelter Hinsicht herausgehobene Beachtung verdient. Erstens eben dieser Konzentration auf die Frauenbeteiligung wegen, die im deutschsprachigen Raum in dieser Komplexität noch kein Vorbild hat. Und zweitens wegen der Darstellung der Revolution insgesamt. Es ist ein mutiger und für die weitere wissenschaftliche Durchdringung der Revolutionsgeschichte wichtiger Schritt, von einer kommunistischen Revolution zu sprechen und deren Dauer von 1925 bis 1949 zu veranschlagen (S.4). Indem S. dies unternimmt, sieht sie die Gongchandang, die Kommunistische Partei Chinas (KPCh), als treibende Kraft einer ganzen Epoche – und zwar trotz der Niederlagen, die die Partei 1927 in der gemeinhin als national oder bürgerlich bezeichneten Revolution 1925-1927 und dann noch einmal 1934 mit der erzwungenen Aufgabe der Sowjetgebiete in Südostchina, die in den Langen Marsch mündete, hinnehmen musste. Und auch die 1937 gelungene Herstellung der antijapanischen Einheitsfront mit der von Jiang Jieshi (Tschiang Kaischek) geführten Guomindang (GMD), die 1927 und 1934 noch Triumphator über die Gongchandang gewesen war, erscheint in dieser Perspektive als Resultat vor allem des entschiedenen, der GMD keine andere Wahl lassenden Drängens der Kommunistinnen und Kommunisten.
In der Betrachtung von Frauen als Akteurinnen – und nicht als Opfer – der Revolution sieht sich S. auf den Spuren von Helen Young, die 2001 in „Choosing Revolution. Chinese Women Soldiers on the Long March" (Die Revolution gewählt. Chinesische Soldatinnen auf dem Langen Marsch) im Ergebnis zahlreicher Interviews mit Veteraninnen zu der Erkenntnis gekommen war, „dass diese Frauen durch ihre Tätigkeiten in ihrer eigenen Sicht einen wichtigen Beitrag zur Revolution geleistet und sich in diesem Sinne als in die kommunistische Bewegung integriert gefühlt haben" (S.10). Um aber die subjektive Wahrnehmung der damaligen Akteurinnen nicht zu verabsolutieren und sich zugleich auch davor zu schützen, „die damalige militärische und politische Praxis im" – wie es leider nur allzu oft geschieht – „Lichte ahistorischer und eurozentrischer Grundannahmen und Werte" zu betrachten, verpflichtet sich S. einem „Ansatz, der als diskurstheoretisch modifizierte Sozialgeschichte [...] bezeichnet werden könnte" (S.13). Da-

mit, so erklärt sie – gestützt u. a. auf Miguel A. Cabrera und Margaret R. Somers – werde der „klassische sozialhistorische Ansatz, der einen direkten und deterministischen Zusammenhang von Strukturen über Interessen zum Handeln herstellt", aufgelöst (S.14). Es werde der Raum frei für dreierlei: erstens für eine relationale – nicht totalisierende – Vorstellung von Kontexten und Institutionen, „wie sie etwa im Begriff der ‚Gesellschaft', der ‚feudalen Gesellschaft', der ‚Revolution', der ‚Partei' oder der ‚Armee' vorliegen"; zweitens für ein Verständnis von Interessen als „das weitere Feld von Wünschen, Erwartungen und Zielen historischer Akteure" (S.15); und drittens für eine Sicht auf Konflikte als „das Ergebnis von Interessendivergenzen zwischen Akteuren oder Rollenambiguitäten von Individuen" (S.16). Im Resultat all dessen gelinge es dann, „die militärische Partizipation von Frauen [...] als Abfolge bzw. Nebeneinander zeitlich und räumlich differenzierter Muster einer geschlechtsspezifisch strukturierten militärischen Praxis" zu verstehen, „die sich in der Interaktion zwischen historischen Akteuren und in der Verhandlung von Theorien, Konzepten und Programmen herausbildete" (S.17f.).

S. nimmt „das gesamte Spektrum kriegsrelevanter Rollen von Frauen in den Blick", Partizipation als „Hebel und Ausdruck der Frauenbefreiung" oder aus „eng pragmatischen oder nationalistischen" Motiven (S.18). Sie behandelt das eine wie das andere und bedenkt darüber hinaus auch jene, „die sich der militärischen Partizipation und ganz allgemein der ‚Befreiung' in kommunistischer Definition vollständig verweigerten" (ebenda). Für die Entwicklung der Partizipation sieht sie „vier Ebenen" als „ausschlaggebend": erstens das mit der chinesischen Revolution einhergehende *state-* und *nation-building*, das die Voraussetzung dafür schuf, dass die Frauenpartizipation zum Massenphänomen werden konnte; zweitens die „emanzipatorischen Verheißungen der kommunistischen Ideologie" im Allgemeinen; drittens das für den „konkreten Revolutionsansatz der KPCh" charakteristische „Dreierbündnis von Revolution, Kriegführung und Frauenbewegung" im Besonderen und viertens den „Wechsel von Mustern [...] in unterschiedlichen räumlichen und zeitlichen Kontexten" (S.18-23).

Davon geleitet, entfaltet S. auf über 400 Seiten außerordentlich kenntnisreich und unter Nutzung einer herausragend großen Zahl von chinesischsprachigen Quellen – die entsprechende Liste weist um die 500 Texte aus! – ein vielfarbiges, etliche neue Einsichten gewährendes Panorama der chinesischen Revolution. Nur Weniges davon kann hier genannt werden.

Zum Beispiel die kurze Geschichte der Zweigstelle Wuhan der für die militärische Heranbildung der ersten KPCh-Kader entscheidenden Whampoa-Militärakademie. In dieser am 12. Februar 1927 eröffneten Zweigstelle wurden anders als in der Zentrale in Kanton auch Frauen ausgebildet, und zwar mit einem Anteil von 16,5 Prozent (S.61). Zahlreiche Erfahrungsberichte von Lehrgangsteilnehmerinnen auswertend, kommt S. zu dem Schluss, dass die Motivation der Frauen, aufbauend auf ihren „eigenen Erfahrungen in der Feudalfamilie", durch eine „enge Verknüpfung von allgemein revolutionärem und frauenpolitischem Engagement gekennzeichnet" war (S.63). Mit

dem blutigen Bruch des Bündnisses zwischen GMD und KPCh durch Jiang Jieshi 1927 endete auch in Wuhan die Zusammenarbeit, aber wie ihre der KPCh verbundenen männlichen Kollegen spielten auch die hier ausgebildeten KPCh-nahen oder der KPCh angehörenden Frauen im weiteren Revolutionsverlauf eine wichtige Rolle.

Für die „Sowjetphase" (1927-1934) – es ist hier vielleicht zu betonen, dass die in dieser Phase der Revolution von der KPCh beherrschten, vornehmlich im Südosten gelegenen Gebiete tatsächlich „chinesische Sowjetrepubliken" (Zhonghua suweiai gongheguo) hießen – gruppiert S. eine Fülle von Beobachtungen und Überlegungen um die im November 1931 erlassenen „Ehebestimmungen" dieser Gebiete, die in scharfem Kontrast zu den ansonsten noch immer bestehenden feudalen Regeln und Gesetzen standen. Sie fixierten z. B. die „freie Wahl des Ehepartners", das „Verbot der arrangierten Ehe und der Geldheirat", das „Verbot der Polygamie", das „Verbot des Systems der Kindsbräute" und „das beiden Ehepartnern zustehende Recht auf Scheidung" (S.106). In „Frauenschulen" und „Frauenuniversitäten" durchliefen Frauen eine Ausbildung zu revolutionären Kadern, die oft mit der Alphabetisierung ihren Anfang nahm und sich dann in politischer Schulung und militärischem Training fortsetzte. Mit dem „Roten Frauenbataillon" von Qiongya (heute Hainandao), dem „Freiwilligenteam von Frauen" im Zentralen Sowjetgebiet und dem „Unabhängigen Frauenbataillon" im Chuan-Shaan-Sowjetgebiet würdigt S. spezifisch militärische Frauenverbände und verweist auf heftige Auseinandersetzungen um das Maß der Partizipation, die immer dann aufbrachen, wenn es um die tatsächlich gleichberechtigte Erfüllung militärischer Aufgaben, einschließlich der unumgänglich blutigen Kampfhandlungen – und nicht etwa „nur" um typische Hinterland-, Versorgungs- und Sanitätsaufgaben – ging.

Einen außerordentlich wichtigen Beitrag zur Darstellung der Revolutionsgeschichte leistet S. mit ihren Forschungen zum Langen Marsch, der in seiner Gesamtheit von 1934 bis 1937 dauerte, oft aber beschränkt wird auf den Marsch der Ersten Frontarmee aus der südöstlichen Provinz Jiangsu nach dem zentral-nördlich gelegenen Yan'an 1934/35, an dem mit Mao Zedong, Zhou Enlai und Zhu De die später sich endgültig durchsetzende KPCh-Führung teilnahm. Bei diesem „Hauptmarsch" mit seinen anfangs rund 86.000 Teilnehmern waren Frauen „die absolute Ausnahme: Ungefähr dreißig Frauen zogen hier mit" die Vierte Frontarmee hingegen, die unter Führung des späteren Mao-Konkurrenten Zhang Guotao aus dem Chuan-Shaan-Sowjetgebiet aufbrach, zählte „mehrere Tausend Frauen" (S.156). Hier setzte sich die schon zuvor in den Sowjetgebieten zu beobachtende „‚Feminisierung' der kommunistischen Bewegung" (S.154) fort – im Marsch der Ersten Frontarmee wurde sie mit weit in die Zukunft reichender gesellschaftspolitischer Wirkung abgebrochen.

Aber die ungleich stärkere Partizipation begründete zugleich ungleich stärkere Tragik. Das Schicksal, das die am Marsch der Vierten Frontarmee und dann auch 1936 beim Durchbruchsversuch durch die antikommunistisch beherrschten Gebiete in Richtung Sowjetunion beteiligten Frauen erlitten,

ist für S. Anlass, die nicht nur in China selbst vorherrschende, sondern auch in westlichen Standardwerken vertretene Auffassung von einem „siegreichen Ende“ (shengli jieshu) als „außerordentlich fragwürdig“ herauszustellen (S.155). Im „Westzug“ wurde Frauen die „besonders gefährliche Funktion des Schutzes der (männlichen) ‚Haupttruppen‘ übertragen, weil man davon ausging, dass sie in der Lage seien, sich durchzuschlagen, wenn die Truppen versprengt würden, und weil bekannt war, dass die Gegner Frauen eher gefangen nehmen als töten würden“. Die Gefangennahme von Frauen aber hieß „in der Regel erzwungene Heirat, wenn nicht gar Versklavung und sexuelle Ausbeutung: Vergewaltigung, Zwangsverheiratung, Verkauf und Zwangsprostitution“. Aber auch in den Kampfhandlungen selbst brachten die Frauen gewaltige Opfer. Berichtet wird von einem „Gefecht, bei dem über sechshundert Frauen ums Leben kamen“ (S.155). Dies alles, so S., dürfe keineswegs nur „summarisch benannt“ werden (S.156), und so widmet sie sich dem Zug der Vierten Frontarmee in großer Ausführlichkeit.

Ebenso gründlich befasst sich S. mit dem Schicksal Zehntausender Frauen in den von der GMD zurückeroberten ehemaligen Sowjetgebieten, die in überaus großer Zahl „Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt“ wurden (S.200). Größte Sorgfalt in der Darstellung und Quellenarbeit zeichnet auch die Kapitel über die Periode des antijapanischen Widerstandskrieges und des Bürgerkrieges aus.

Zitiert werden soll hier jedoch aus dem Schluss des Buches, der noch einmal besonders überzeugend die Methode der Verf. erhellt. „Die Ideologie der Frauenbefreiung“, bilanziert sie, sei „Voraussetzung der grundsätzlichen Entscheidung für eine Mobilisierung von Frauen“ gewesen; „die schlagkräftige Verbindung von Partei, Armee und Frauenbewegung“ habe „einen nicht unerheblichen Anteil am Sieg der Kommunisten über die GMD gehabt“. Und dann bricht sie dieses klare Bild mit der Überlegung, dass es doch für „paradox“ gelten müsse, dass diese „schlagkräftige Verbindung“ ausgerechnet zu einem Zeitpunkt entstanden sei, da „die Kriegsmobilisierung unter geschlechtsspezifischen Vorzeichen und unter bewusster Vereitelung der militärischen Karrierewünsche bestimmter Frauen Ende der 30er/Anfang der 40er Jahre systematisiert wurde“ (S.372).

Es ist ihr wichtig, dass die Frauen in den Direktiven der kommunistischen Führung der 20er- bis 40er-Jahre zur Frauenarbeit „vor allem als *Objekte* [Hervorhebung: W. A.] von Befreiung und Mobilisierung“ erschienen (S.373), und sie wendet sich zugleich gegen daraus abgeleitete Pauschalisierungen. In den Selbstdarstellungen auch jener Frauen, die „in nichtmilitärische Funktionen umgelenkt“ wurden, überwögen „das Moment der Integration, das Selbstbewusstsein, welches aus dem Ausbruch aus der Familie und aus der öffentlichen Tätigkeit bezogen wurde, und die Dankbarkeit für eine Karriere, die unter den Bedingungen der feudalen Ordnung undenkbar gewesen wäre“ (S.374). Von dort aus schlägt S. einen Bogen zur „neuen Frauenbewegung“ in China, die sich seit den 1980er-Jahren des „Subjektbewusstseins“ (*zhuti yishi*) und des „Gruppenbewusstseins“ (*qunti yishi*) der Frauen in der Revolution annimmt.

S. ist für ein Buch zu danken, mit dem sie unser Wissen um China erheblich bereichert und Maßstäbe für die Revolutionsgeschichtsschreibung setzt, die weit über den „Fall China“ hinausgehen. *Wolfram Adolphi*

Mirja Keller u. a.: Antifa. Geschichte und Organisierung (Reihe theorie.org), Schmetterling Verlag, Stuttgart 2011, 180 S. ISBN 978-3-89657-665-1

Gruppen mit dem Schwerpunkt antifaschistischer Arbeit, abgekürzt Antifa, waren in den 1990er-Jahren wohl eine der wichtigsten Organisationsformen der radikalen Linken in der Bundesrepublik. Noch heute gibt es in jeder größeren Stadt meist mehrere linke Gruppen, die „Antifa“ im Namen tragen. Das Autorenteam des Bd. untersucht Antifaschismus, „eins der zentralen Aktionsfelder der Linken in Deutschland“ (S.7), seit der Entstehung in der Weimarer Republik. Bei der Beschreibung dieser historischen Phase liegt der Schwerpunkt auf den von der KPD angeführten Organisationen (Proletarische Hundertschaften, Roter Frontkämpferbund, Kampfbund gegen den Faschismus, Antifaschistische Aktion), wobei auch die sozialdemokratischen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit seinen Schutzformationen (Schufos) und die Eiserne Front mit ihren Hammerschaften sowie die anarchosyndikalistischen Schwarzen Scharen Erwähnung finden.

In der Nachkriegszeit war die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) lange Zeit die größte Organisation mit antifaschistischem Schwerpunkt, die zu ihrer Gründungszeit um die 250.000 Mitglieder umfasste (S.44f.). Später wurde die VVN vor allem als „Satellit“ der KPD bzw. der DKP wahrgenommen. Die SPD beschloss bereits 1948 (nicht 1946 wie die Autoren behaupten) die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in SPD und VVN. Die VVN bezog sich während ihrer gesamten Geschichte auf das Grundgesetz, das sie „antifaschistisch“ und wohl auch antikapitalistisch deutete. Das schützte die Vereinigung nicht vor der Überwachung durch den Verfassungsschutz und in den 1950er-/60er-Jahren sogar vor Verbotsversuchen (S.47).

Auf das Schicksal der VVN in der DDR wird nicht eingegangen, dafür aber auf Konflikte zwischen der KPD/SED und den nach der Befreiung spontan gebildeten Antifa-Ausschüssen und -Komitees. Schon im Juni 1945 erklärte Walter Ulbricht: „Wenn die Partei eine richtige Politik betreibt, dann bleibt für antifaschistische Sekten kein Platz mehr.“ (S.75)

In den 60er-/70er-Jahren spielte Antifaschismus als eigenständiges Aktionsfeld der Linken in der BRD keine herausragende Rolle. Einige wichtige Ereignisse, z.B. die vom SDS 1959 organisierte Wanderausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“, finden keine Erwähnung. Der Begriff „Faschismus“ wurde in dieser Zeit von vielen linken Strömungen äußerst inflationär benutzt: zum Beispiel zur Bezeichnung der bundesdeutschen Notstandgesetze und der US-amerikanischen oder israelischen Außenpolitik.

Die Autoren zeigen auf, welche wichtige Rolle für die Entstehung der späteren Antifa-Praktiken der Kommunistische Bund (KB) spielte. Diese ursprünglich maoistische Organisation, die zwischen 1971 und 1991 vor allem

im Norden der BRD aktiv war, ging von einer schleichenden Faschisierung der westdeutschen Gesellschaft aus und schenkte daher dem Bereich der Antifa-Arbeit mehr Aufmerksamkeit als die anderen „K-Gruppen“. 1974 wurde eine „Zentrale Antifa-Kommission“ gegründet, die „stilbildend“ für die spätere Autonome Antifa wurde. Recherche, Öffentlichkeitsarbeit, Störaktionen gegen Nazi-Versammlungen wurden in diesem Rahmen praktiziert. Im November 1981 initiierte die Antifaschistische Initiative Hannover, die sowohl Autonome als auch KBler umfasste, ein sogenanntes „Norddeutsches Antifatreffen“. Dort traten Differenzen zwischen den Autonomen und den von traditionellem Parteimarxismus geprägten KB und VVN zutage. Autonome fanden die Forderungen nach dem Verbot der Nazi-Organisationen zu staatsaffirmativ, der KB warf dagegen den Autonomen vor, sie würden die Nazis überbewerten und nur auf Schlägereien aus sein (S.68f.).

Zum vorläufigen Höhepunkt der Antifa-Bewegung kam es nach der Wende von 1989/90, als die rechtsradikalen Aktivitäten nicht nur im Osten rapide zunahmen. Interessant ist in diesem Kontext die Geschichte der Genese der Autonomen Antifa in der DDR. Den Anstoß hatte der Überfall von Nazis auf ein Konzert in der Berliner Zionskirche im Oktober 1987 gegeben. Die ersten Gruppen, z.B. die Antifa Potsdam, suchten Kontakt zur FDJ und zu jüdischen Organisationen. In den folgenden Jahren wurden Antifa-Gruppen zur wichtigsten Tätigkeitsform der Autonomen, oft zum Unwohl der älteren Autonomen, die einer festen Organisation ablehnend gegenüberstanden. Die Abkehr von früheren autonomen Vorstellungen gipfelte 1992 in der Gründung der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO). Die tonangebenden Gruppen von AA/BO wie Antifa [M] aus Göttingen und Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) gerieten oft in die Kritik, u.a. wegen des positiven Bezugs auf marxistische und leninsche Theorien. Bereits 1993 bildete sich als „Abgrenzungsprojekt und Alternative zugleich“ (S.94) das Bundesweite Antifa Treffen (BAT).

Ausführlich wird im Buch das von der AA/BO vertretene „Konzept des revolutionären Antifaschismus“ vorgestellt. Konsequenter Antifaschismus müsste in revolutionären Antikapitalismus münden – so die Hoffnung der AA/BO in den 1990er-Jahren. Es werden auch Versuche, reine Frauen-Gruppen (Fantifa) oder rein migrantische Antifa (Antifaşist *Gençlik*) zu gründen beleuchtet.

Zu einer Krise der AA/BO und der Antifa insgesamt kam es nach dem im Sommer 2000 von der Bundesregierung ausgerufenen „Aufstand der Anständigen“. Auf einmal wurde der Kampf gegen den Rechtsextremismus zur patriotischen Pflicht und zur Verteidigung des guten Rufes des „Standorts Deutschland“. Die Vorstellung, Antifaschismus sei per se links, schwand angesichts der Teilnahme der Hardliner der Abschiebepolitik an Demonstrationen gegen „rechte Gewalt“.

In den folgenden Jahren fand ein Zerfalls- und Transformationsprozess in der Bewegung statt. Im April 2001 löste sich die AA/BO auf, die führenden Gruppen spalteten sich – die AAB 2002, die Antifa [M] und die Kölner Antifa K 2004. Die Spaltungen spiegelten die neue politische Konstellation

wider: Während die einen aus der Antifa-Bewegung zunehmend in Antiglobalisierungsproteste wechselten, wandten sich die anderen eher der Theorie zu und sahen Ideologiekritik als die wichtigste Aufgabe der radikalen Linken. Daneben existiert die „klassische Antifa", die ihren Schwerpunkt in der unmittelbaren Bekämpfung der Nazis sieht, heute immer noch. Die aus der Krise der Antifa (und damit auch der Autonomen insgesamt) entstandenen Strömungen schlossen sich im Rahmen der Vorbereitung der Proteste gegen das G8-Treffen in Heiligendamm zu jeweils größeren Netzwerken zusammen. Die bewegungslinken Gruppen wie Antifaschistische Linke Berlin oder Antifaschistische Linke International aus Göttingen vereinigten sich 2004/05 zur Interventionistischen Linken (IL). Die Gruppen, die Theorien der „antinationalen" (in expliziter Abgrenzung zu Antideutschen) Linken mit Demonstrations-Praxis verbinden wollten, wie die Berliner Gruppe Theorie.Organisation.Praxis (TOP) oder Göttinger Redical [M] schufen das Bündnis „…ums Ganze!" (UG). Um die theoretische Neubegründung der antifaschistischen Politik bemüht sich die im Juli 2001 gegründete Zeitschrift „Phase 2".

Insgesamt bietet das Buch eine gute Übersicht sowohl über die historische Entwicklung der antifaschistischen Organisationsstrukturen, als auch über ihre inhaltlichen Debatten. Leider sind den Autoren und dem Lektorat ein paar ärgerliche Ungenauigkeiten unterlaufen: So z.B. gab und gibt es keine Gruppe von Migranten, die „jüdische Aussiedler" heißt, – genau wie die meisten bundesdeutschen Medien im Sommer 2000 verwechseln die Autoren russlanddeutsche „Spätaussiedler" und jüdische „Kontingentflüchtlinge" (S.26). Das ominöse „Antifa Heft", welches im Juli 1989 erschien (S.77), hieß in Wirklichkeit „Antifa Infoblatt Ostberlin".

Zu den Schwächen des Buches gehört auch das Ignorieren vieler marxistischer Faschismustheorien jenseits der offiziellen Komintern-Linie und der Frankfurter Schule – weder Trotzkis, noch Thalheimers, noch Ernst Fraenkels Erklärungsmodelle werden erwähnt. Es werden auch keine Angaben über die reale Größe der Antifa-Bewegung zu ihrer Blütezeit gemacht.

Ungeachtet dieser Kritikpunkte ist das Buch als ein erfolgreicher Versuch zu bewerten, die Geschichtsschreibung einer bedeutenden linken Bewegung anzustoßen. *Evgenij Kasakow*

Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Eckert in Quellen und Dokumenten, *Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2011, 527 S., ISBN* 978-3-89144-443-6

Erwin Eckert war ein heute leider kaum bekannter protestantischer Pfarrer, der unter den religiösen Sozialisten der Weimarer Zeit eine herausragende Stellung einnahm, der deutschen Konservativen, Völkischen und Nationalsozialisten energisch die Leviten las, und dies sowohl von seiner Kanzel herab als auch in – zumeist gut besuchten – öffentlichen Veranstaltungen; ein Mann, der schließlich im Oktober 1931 enormes Aufsehen erregte, als er aus der SPD ausgeschlossen wurde und daraufhin der KPD beitrat. Selbst historisch Interessierten scheint

der „Fall Eckert“ wenig geläufig zu sein, obgleich sich in ihm alle Auseinandersetzungen jener Jahre, die unmittelbar dem Machtantritt der deutschen Faschisten vorausgingen, wie in einem Brennspiegel gleichsam konzentriert erkennen lassen. Was Eckert bewegte, was ihn antrieb und wie gegen ihn intrigiert, gehetzt und entschieden worden ist – all das bietet sich in seiner Biografie dar, und das insbesondere für die frühen 30er-Jahre des vorigen Jh.

Der 1893 geborene Eckert trat 1911 der SPD bei, studierte Theologie und Philosophie, zog 1914 freiwillig in den Krieg, um bald zu erkennen, dass sein Christsein sich kaum mit dem Selbstverständnis deutschnational geprägter Kirchenherren vereinbaren ließ. Die Kirche dürfe, so schrieb er schon 1920, nie wieder für den Krieg predigen. So erwuchs aus seinem sozialen Engagement für die Schwachen und Armen bald ein politisches. Mehr und mehr stellte er sich nationalistischem Wahn und „armseliger Judenhetze“ entgegen. Sein Weg führte ihn für kurze Zeit an die Spitze des *Bundes der religiösen Sozialisten,* aber auch in Konflikte mit der badischen Landeskirche. In diesen ging es bald um mehr als nur um den Gegensatz zwischen einem Einzelnen und der kirchlichen Amtsautorität – in ihnen spiegelte sich die generelle Frage nach der Haltung des deutschen Protestantismus zu den Angriffen auf die parlamentarisch-demokratische Verfasstheit der Weimarer Republik sowie zu der mehr und mehr erstarkenden faschistischen Bewegung, die von manchen seiner kirchlichen Gegner sogar als „deutsche Freiheitsbewegung“ gewürdigt wurde. Dass Eckert beispielsweise Partei gegen die „frömmelnden Deutschnationalen und reichsblöcklerischen Hindenburgianer“ ergriff (S.34f.), bot Anlass zu Ermahnungen und Forderungen, solche Art politischer Betätigung zu unterlassen. Eckert wehrte sich, seine Position klar definierend: „Ich werde keinem Erlass gehorsam sein, der [...] meine persönliche Freiheit als Staatsbürger in Frage stellt und mich zu einer Ansicht zwingen will, oder besser, eine Ansicht unwidersprochen zu lassen mich zwingen will, die nach meiner Überzeugung sich nicht aus dem Evangelium begründen lässt.“ (ebenda)

Die auf dem Umschlag des Bd. abgedruckte Flugschrift spricht vom „Protestantismus am Scheideweg“ und fragt, was denn gelten solle: Das Heil in Jesus Christus oder „Heil Hitler“? Das Kreuz Christi bedeute Liebe, Gerechtigkeit, soziale Hilfe, Erbarmen mit den Schwachen und mit den Ärmsten der Armen, Duldsamkeit, Wille zum Verstehen Anderer, Samariterdienst, Wahrheit, Ordnung, Selbstzucht und Ruhe, Volksgemeinschaft, Frieden und Völkergemeinschaft sowie Erlösung und Aufstieg. Anderes, ja Entgegengesetztes bedeute das gebrochene und mit Haken versehene Kreuz: Hass, Gewalttätigkeit, Recht des Stärkeren, Herrenmenschentum, Ausmerzung der Schwachen, Unduldsamkeit, Unterdrückung jeder anderen Meinung, Faustrecht, Verdrehung und Irreführung, Chaos, Leidenschaft und Fanatismus, Parteilichkeit und Volkszerreißung, Völkerverhetzung und Krieg sowie Zerstörung und Untergang. Deutlicher, präziser und enthüllender konnte der Gegensatz kaum dargestellt werden.

Dass Eckert – B. meint, man könne ihn in gewisser Weise als einen „Theologen der Befreiung“ ansehen – seine unverkennbare christlich-religiöse Grund-

haltung mit sozialem Inhalt, ja auch mit sozialistischem Gedankengut verknüpfte, stieß in seiner Badischen Landeskirche zunehmend auf Kritik. Nach Abmahnungen, direkter Bestrafung und finanzieller Benachteiligung erteilte sie ihm Anfang 1931 ein Redeverbot, klagte ihn an und enthob ihn seines Amtes. Da er auch mit der Zustimmung der Sozialdemokratie zum Panzerkreuzerbau, überhaupt mit der Tolerierungspolitik gegenüber den präsidialdiktatorischen Herrschaftspraktiken unter Reichskanzler Heinrich Brüning nicht konform gehen wollte, schloss ihn die SPD am 2. Oktober 1931 aus ihren Reihen aus. Seine Antwort: Beitritt zur KPD am 3. Oktober 1931, überzeugt davon, in ihr und mit ihr die faschistische Bewegung am besten bekämpfen zu können, versehen mit der Zusicherung, als Kommunist seinen Glauben keineswegs aufgeben zu müssen.

Der Hrsg., ein Schüler Wolfgang Abendroths und bislang mehrfach mit Publikationen über Eckert und den deutschen Protestantismus in Erscheinung getreten, bietet zu den Vorgängen eine umfassende, aufschlussreiche und erhellende Dokumentation. Wer ihn kennt, durfte von vornherein ein von Kenntnisreichtum, Vielfalt und Akribie geprägtes Werk erwarten.

Und was jetzt vorliegt, darf als nutzbringende und sinnvolle Ergänzung aller bisher erschienenen Arbeiten betrachtet werden. Lesern und Forschern Gelegenheit zu geben, sich ein eigenständiges Urteil über die damaligen Akteure zu bilden, wird als Ziel des Bd. bezeichnet. Mit den rund 100 zeitgenössischen Dokumenten erscheint der geschichtliche Rahmen weit gespannt, weit auch über das Biografische hinaus.

Die Dokumentation umfasst fünf Teile, die sowohl chronologisch als auch systematisch angelegt sind. Im ersten findet der Leser 33 Reden und Artikel Eckerts aus dem Jahr 1930, im zweiten ebenfalls 33 Texte aus dem folgenden Jahr, das eine gravierende Wende in Eckerts Leben bringen sollte. Zu lesen ist, mit welcher Intensität und Argumentationskraft er das Un- und Antichristliche in den dem Nazismus förderlichen Bemühungen um ein sogenanntes „positives Christentum“ enthüllte, wie klarsichtig er die Gefahren beschrieb, die den Deutschen durch die „Nationalgötzen“ drohen würden. Gelesen werden kann, wie er sich gegen die Anwürfe seiner Kirchenoberen wehrte, die ihm wegen „Unbotmäßigkeit“ Redeverbote erteilten, Geldstrafen auferlegten und ihn schließlich am 11. Dezember endgültig, unehrenhaft und ruhegehaltlos aus dem Dienst der Evangelischen Kirche Badens entfernten. Seinen Texten gerade aus dem Jahre 1931 kann entnommen werden, wie Eckert sich um einen Ausweg aus der Krise bemühte, wie er seinen Schritt in die KPD begründete und zugleich kein Stück seines Christseins aufgab. Die gegen Eckert ergangenen vier Urteile kirchlicher Gerichte finden sich im dritten Teil. Sie wurden vollständig aufgenommen und füllen nahezu ein Fünftel des gesamten Quellenteils.

Das folgende Kapitel versammelt solidarische Stimmen zum „Fall Eckert“. So sehr sie von Empörung und Protest, von Unterstützung und Kritik an den kirchlichen Entscheidungen künden, so sehr zeigen sie auch unterschiedliches Herangehen an die gesellschaftlichen Probleme jener Zeit. Berichtet wird auch über die zunehmende Isolierung Eckerts im *Bund der religiösen Sozia-*

listen und seinen Ausschluss aus diesem. Zahlreich wandten sich Sozialdemokraten von Eckert ab. Aufschlussreich und berührend liest sich vor allem das „Abschiedswort an unseren Genossen Eckert", das Emil Fuchs als stellvertretender Vorsitzender des Bundes am 27. Dezember 1931 in der Zeitung „Der religiöse Sozialist" veröffentlichte. Darin betonte er einerseits die gemeinsamen Positionen und den Wunsch nach einer geeinten Front des Proletariats auch im Kampf „um die Kirche" und stellte andererseits dar, dass ihn seine Überzeugungen einen anderen Weg gehen lassen würden. Er könne Eckerts Weg nicht mitgehen, „weil er unserer ehrlichen Überzeugung nach falsch ist, aber wir lieben Dich um der Tapferkeit und der persönlichen Ehrlichkeit, um der glühenden Liebe zur Masse willen, mit denen Du diesen Weg gehst, und wir ehren die Rücksichtslosigkeit gegen Dich selbst, die in dem allen liegt. [...] Wir werden nicht aufhören, der Kirche zu sagen, dass sie das Evangelium verleugnet, wenn sie nationalsozialistische Pfarrer duldet und den kommunistischen ausstößt. Wir sagen ihr, dass sie mit ihrer ganzen nationalistischen Haltung seit 1918 und der ganzen Verleugnung des Evangeliums, die darin liegt, eine ganz wesentliche Schuld an der Katastrophe trägt, die über unser Volk hereinbricht." (S.488f.)

Der fünfte Teil bietet einen „Ausblick auf das Jahr 1933". Er enthält einen beschämenden, weil Hitler bejubelnden Hirtenbrief vom 29. März 1933 aus der Feder von Prälat Julius Kühlewein, einem der Beteiligten an allen kirchlichen Strafverfahren gegen Eckert, sowie Dokumente des Ringens um die Rehabilitierung des Pfarrers. Letztere erfolgte in einer Erklärung der Badischen Kirchenleitung vom 22. April 1999. Den Bd. beschließen Kurzbiografien der Autoren und Literaturhinweise.

Manfred Weißbecker

Sebastian Fink: Das Stahl- und Walzwerk Riesa in beiden deutschen Diktaturen 1933 bis 1963. Ein Vergleich (Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 29), Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2012, 546 S., Abb., ISBN 978-3-86583-615-1

Fink, der mit dieser Arbeit 2010 an der Universität Leipzig promoviert wurde, hatte sich an ein schwieriges Vorhaben gewagt. Hans-Ulrich Wehler zufolge erfordert bereits der synchrone Vergleich die „Beherrschung zweier Forschungskomplexe". „Ungleich schwieriger auszuführen" sei jedoch der „diachrone Vergleich [...] wegen der komparativen Perspektiven auf größere Zeitspannen und wegen der unterschiedlichen Systembedingungen". (Diktaturenvergleich, Totalitarismustheorie und DDR-Geschichte, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hrsg.): Doppelte Zeitgeschichte, Bonn 1998, S.346-352, hier S.346). Diese besondere methodische Herausforderung reflektiert der Verf. kaum, und er bewältigt sie schließlich auch nicht.

Gravierende formale Schwächen stechen ins Auge: fehlende Datierungen, falsche Seitenangaben für ausnahmslos alle 40 Abbildungen, ungenaue bzw. fehlerhafte Nachweise in den Fußnoten, irreführende Querverweise innerhalb des Textes (z.B. S.148, Anm. 92) sowie ein Titelfoto ohne die nötige Erklärung. Ein Blick in das sehr schmale Literaturverzeichnis, wohlgemerkt

für faktisch zwei Forschungskomplexe, nährt bereits die Ahnung einer unbefriedigenden Lektüre.

Wenn man sich für einen solchen Vergleich sinnvollerweise auf „einen eigenen Mikrokosmos als Bestandteil der Diktaturen“ beschränkt (S.26), sollte von vornherein klar sein, dass eine entsprechend dichte Quellenüberlieferung für den eng begrenzten Untersuchungsgegenstand, hier das Stahl- und Walzwerk Riesa (SWR), notwendig ist und zwar für beide Zeiträume. Doch gleich auf den ersten Seiten seiner Einleitung räumt F. „Lücken [...] bei der Betrachtung der innerbetrieblichen politischen Organisationen der NS-Zeit“ ein (S.21f.). Das ist besonders misslich, weil die Leitfrage des Autors auf „das Verhalten der Arbeiterschaft und deren Reaktionen gegenüber Betriebs- und Gewerkschaftsleitung und den jeweiligen innerbetrieblichen Parteiorganisationen“ gerichtet ist (S.25). In der Tat findet der Leser im Kapitel III „Das Stahl- und Walzwerk Riesa 1933 bis 1945“, in den Unterkapiteln 1.4 „Die politischen Verhältnisse [...] ab 1933“ mit den Gliederungspunkten a) Die NSDAP-Betriebsorganisation und b) Die Deutsche Arbeitsfront im Werk, ebenso wenige empirisch abgesicherte Aussagen wie im nachfolgenden Unterkapitel 1.5 „Verhalten der Arbeiterschaft 1933 bis 1939“. Leider wird es in dem auf die SBZ/DDR bezogenen Teil der Arbeit nicht besser. Er gründet auf wenig mehr Quellenmaterial, das tatsächlich unmittelbar auf das SWR bezogen ist. F. stützt sich in erheblichem Maße auf Veröffentlichungen aus DDR-Zeiten, allerdings ohne dabei immer die von ihm selbst angemahnte „äußerste Vorsicht“ und den „nötigen ideologischen Abstand“ bei deren Bewertung (S.24) walten zu lassen. Fast völlig vermisst der Rezensent eine sinnvolle Einbeziehung einschlägiger Veröffentlichungen. Eklatant ist dieser Mangel hinsichtlich des FDGB und seiner betrieblichen Gliederungen, der Verdrängung und Ausschaltung der Betriebsräte sowie der Installation der SED-Betriebsgruppen. F. ignoriert Siegfried Suckuts „Die Betriebsrätebewegung in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands (1945-1948)“ (Frankfurt/Main 1982) ebenso wie Helke Stadtlands „Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit“ (Essen 2001) und Detlev Brunners „Sozialdemokraten im FDGB“ (Essen 2000). Nicht selten reißt F. ein Thema nur kurz an, um nach wenigen Sätzen schon wieder zum nächsten zu springen. So ist im Unterpunkt „Politische Einflussnahme von außen – Die SMAD/SMAS“ kurz von der Entnazifizierung die Rede. Der Autor nennt dazu einen Befehl Nr. 351[?] der SMAD, ohne genaue zeitliche Einordnung und unter Vernachlässigung der beiden wichtigen SMAD-Befehle Nr. 201 (August 1947) und Nr. 35 (Februar 1948). Die Erwartung, dass nun etwas Konkretes über Verlauf und Ergebnisse der Entnazifizierung im Riesaer Stahl- und Walzwerk zu erfahren ist, wird enttäuscht. Verwirrend wirkt, wie der Verf. häufig mit den zitierten Quellen bzw. der sporadisch herangezogenen Sekundärliteratur zwischen den verschiedenen Ebenen (SBZ, Land Sachsen, Kreis, Stadt Riesa, SWR oder andere Betriebe) hin- und herspringt. Im Unterkapitel IV. 2.4 „Politische Herrschaftsinstanzen im Werk nach 1949 a) Politische Betriebsorganisation – Entwicklung der SED-Betriebsgruppe bis 1963“ spricht F. für die Zeit „ab

1956“ von der Verleihung des Titels „Brigade der sozialistischen Arbeit“ (S.414), dabei begann die sozialistische Brigadekampagne erst 1959. Auch eine Einordnung dieser vom FDGB inszenierten Massenbewegung, die hinsichtlich der politischen Beeinflussung und der Reaktionen in der Arbeiterschaft durchaus bedeutsam war, nimmt F. nicht vor, obwohl er mit Jörg Roesler, Peter Hübner und Christoph Kleßmann im Literaturverzeichnis immerhin drei Historiker mit Publikationen nennt, in denen die Brigadebewegung ausführlich thematisiert wird. Im Gliederungspunkt IV. 3.1. „Die DDR-Wirtschaft und das Neue Ökonomische System“ genügt dem Verf. eine einzige Seite, um unter Verzicht auf einschlägige Veröffentlichungen diesen wichtigen wirtschaftspolitischen Komplex zu behandeln, freilich wiederum ohne ihn hinreichend zu erklären und für das eigene Thema zu problematisieren.

Angesichts dieser Oberflächlichkeiten, Ungenauigkeiten und Fehler in den beiden Themenkomplexen NS und SBZ/DDR verzichtet der Rezensent darauf, auf die daraus abgeleiteten Vergleichsergebnisse näher einzugehen. Der Erkenntnisgewinn aus dieser Arbeit ist leider gering. Denn dass es wenig sinnvoll ist, den dritten Schritt (Vergleich) vor dem ersten (solide Bearbeitung eines Themenkomplexes) zu gehen, ist ebenso bekannt wie die Erfahrung, dass nicht unbedingt jede Dissertation zwischen zwei Buchdeckel gehört.

Thomas Reichel

Thomas Gebauer: Das KPD-Dezernat der Gestapo Düsseldorf, Disserta-Verlag, Hamburg 2011, 568 S., ISBN 978-3-942109-74-1

Die hier als Buch vorliegende und an der Universität Düsseldorf entstandene Dissertation überrascht gleichermaßen als gelungene zeithistorische Studie wie auch als Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung am Niederrhein. Ausgangspunkt ist die Überlegung, den Widerstand gegen das NS-Regime nicht von seinem deprimierenden Endergebnis aus zu betrachten, sondern die Verlaufsgeschichte des Kampfes der Gestapo mit den KPD-Untergrundorganisationen nachzuzeichnen, um den Mythos von der „allmächtigen“ Geheimpolizei zu hinterfragen.

Untergliedert in vier Kapitel, befasst sich die Studie mit der Geschichte der Geheimen Staatspolizei im Allgemeinen und deren Terrorregime in Düsseldorf im Besonderen (1), der Situation der KPD am Niederrhein (2), ihrer verborgenen Pressearbeit (3) und der aktiven Widerstandsgruppe um Wilhelm Knöchel (4).

Gestützt auf eine gründliche Auswertung der Polizei-Akten im Landesarchiv Düsseldorf gelingt es dem Autor nachzuweisen, dass die seit 1930 mit einem Verbot rechnende KPD Anfang 1933 sehr wohl in der Lage war, organisiert im Untergrund zu verschwinden, da die Gestapo vollkommen willkürlich in der Art eines „undifferenzierten Kahlschlags“ nur der prominenten bzw. aktenkundig gewordenen Mitglieder habhaft werden konnte. Zunächst verhaftete man vor allem Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes, da man sich vor Straßenschlachten fürchtete. Danach wurde mit Schutzhaftbefehlen versucht, mögliche Unterstützer der KPD einzuschüchtern, nach Kriegsausbruch galten diese Verhaftungen dem Zweck, Oppositionelle für die Dauer des Krieges „kaltzu-

stellen". Auf die Verhaftungen folgten die berüchtigten Prügel- und Folterverhöre, wobei sich die Düsseldorfer Gestapo schon 1934 den Ruf besonderer Brutalität erwarb, da teilweise SS- und SA-Männer als Hilfspolizei diese „Schmutzarbeit" übernahmen. Zum völligen Erliegen kam die Untergrundarbeit erst, als die KPD-Landesleitung in Berlin verhaftet, der Kontakt zur exilierten Parteiführung unterbrochen und damit die Finanzierung des Widerstands unmöglich wurde.

Neben der Anstiftung zum Denunziantentum kann das Einschleusen von Spitzeln vor dem Hintergrund der Vorsichtsmaßnahmen der KPD als die einzige wirklich effiziente Möglichkeit der Gestapo gelten, in die inneren Kreise der illegalen KPD vorzudringen. Denunziationen spielten jedoch nur als allgemeines Bedrohungsszenario eine Rolle, da sich oftmals Hinweise auf „kommunistische Umtriebe" als Nachbarschaftsstreitigkeiten ohne reale Verdachtsmomente erwiesen. Dennoch zeugte die Fülle an Flugblättern u. ä. an Rhein und Ruhr noch bis 1935 von der Stärke des kommunistischen Widerstands, wenngleich die Verhaftungen immer neue Lücken in die Untergrundorganisationen rissen.

Als besonders hinderlich bezeichnet G. den Umstand, dass die Untergrund-KPD in stalinistischer Manier die Sozialdemokratie einen „Steigbügelhalter Hitlers" schmähte und sich dadurch vom zweiten Hauptträger des Widerstandes gegen das Nazi-Regime isolierte. Anders sah dies Wilhelm Knöchel, der bei den exilierten Genossen (v. a. in Moskau) einen Realitätsverlust wahrnahm und erkannte, dass der kommunistische Widerstand bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung keinen Rückhalt hatte. Mit seiner 1942 herausgegebenen Untergrundzeitung „Der Friedenskämpfer" bemühte sich Knöchel deshalb, vor allem die Unmenschlichkeit des Regimes anzuklagen und die Deutschen über den Krieg und dessen Aussichtslosigkeit aufzuklären. Doch auch diese Widerstandsgruppe, die als einzige noch während des Krieges der offiziellen Parteiführung unterstand, wurde durch die Infiltrier- und Foltermethoden der Gestapo zerschlagen.

G. schließt mit der Einsicht, dass solange die Kommunisten wirklich unter sich waren, die Gestapo keine Gefahr für deren Existenz darstellte. „So lange nur ehrliche und eingeweihte Genossen an den Treffen teilnahmen und diese ebenso wie die nächtlichen Aktionen, bei denen Zeitungen und Flugblätter verteilt wurden, vor den Blicken neugieriger Bürger geschützt waren, war die Gestapo für aktiv und bewusst illegal operierende KP-Aktivisten nicht zu fürchten. Aber gerade das erwies sich auf die Dauer als nicht durchführbar. Die verhängnisvollen Stolpersteine waren zum einen die Unvorsichtigkeit der kleineren Parteimitglieder, die zunächst SA-Patrouillen und Denunzianten auf den Plan riefen. Zum anderen war es die Unübersichtlichkeit der Mitgliedschaft der KPD als Massenpartei der Weimarer Republik, was es Polizeispitzeln ziemlich leicht machte, in ihre höchsten Kreise vorzudringen" (S.553f.). *Michael Eckardt*

Maximilian Scheer: Das deutsche Volk klagt an: Hitlers Krieg gegen die Friedenskämpfer in Deutschland. Ein Tatsachenbericht (Originaltitel 1936). Erweiterte Neuausg. hrsg. von Katharina Schlieper, Laika-Verlag, Hamburg 2012, 405 S.

Ein sehr wichtiges Buch zur Dokumentation des dunkelsten Kapitels deutscher Geschichte des 20. Jh. hat unlängst der Laika-Verlag als Reprint wieder zugänglich gemacht, allerdings unter dem m. E. aus heutiger Sicht irreführenden (Original-)Titel: „Das deutsche Volk klagt an". Nach einem Blick in den Innenteil erscheint mir der Untertitel weit zutreffender: „Hitlers Krieg gegen die Friedenskämpfer in Deutschland. Ein Tatsachenbericht." Es ist ein erweiterter Reprint der Originalausgabe von 1936 aus dem Pariser antifaschistischen Exil.

Dieses „Schwarzbuch" musste damals ob seiner Brisanz anonym erscheinen, wurde jedoch „geschrieben von Maximilian Scheer unter Mithilfe wahrscheinlich von Erich Birkenhauer und Bruno Meisel"; herausgegeben hat diese erweiterte und kommentierte Neuauflage Katharina Schlieper, die Tochter des damals verantwortlichen Autors.

Es waren 1936 Anliegen und Hoffnung des Verf. und des Initiators Willi Münzenberg, dass der vorgelegte Tatsachenbericht gleichermaßen als Mahnung und Appell nicht ungehört verhallen möge, damit „von der Welt die Gefahr des millionenfachen Todes in einem neuen Kriege abgewandt werde. Darum musste dieses Buch geschrieben werden. Es ist so objektiv, wie es ein Tatsachenbericht erfordert, und so unerbittlich, wie es die Wahrheit gebietet" (S.19). Auch der bevorstehende Massenmord an den Juden kündigte sich in den unmissverständlichen Hetztiraden bei den Verfolgungsaktionen offen an. Und diese Wahrheit zeigt sich mit der grausamen Härte unwiderlegbarer Beweise: gegliedert in sieben Kapitel, wobei eingangs „Die Tyrannei gegen das deutsche Volk" und zuletzt „Der Widerstand eines Volkes" getragen sind vom noch nicht erschütterten Glauben an einen tief verwurzelten – nur vorübergehend unterdrückten – Humanismus der Deutschen.

Die anderen Kapitel widerlegen allerdings diese Hoffnung; denn „Ein Volk hinter Stacheldraht" entlarvt eher eine „Volksgemeinschaft", die der „Legalisierung" des Terrors schweigend zuschaute, und „Die Statistik des Grauens" wurde in den Jahren ab 1933 oft durch Zeitungsmeldungen, sogar durch an Litfasssäulen zur Abschreckung verkündete Todesurteile oder Strafmaßnahmen bekannt. Die diskriminierenden Gesetze der Hitlerregierung bestimmten längst den Alltag. Jedoch: Das deutsche Volk klagte nicht an! Zum öffentlichen Massenprotest kam es selten. Das lässt den heutigen Leser erschauern angesichts der aufgelisteten – und zumeist ungesühnt gebliebenen – Grausamkeiten.

Die immer wieder regional verstreut aufflammenden Widerstandsaktionen konnten infolge des ungehemmten brutalen Terrors nicht zusammengeführt werden zu einer Bewegung gegen die Hitlerregierung und ihre Mördertrupps.

Die Hoffnung auf einen „Volkswiderstand um des Friedens willen", wie der Autor das Schlusskapitel überschrieb, blieb eine Illusion, ebenso wie die Feststellung „Ein getretenes und entehrtes

Volk bäumt sich auf gegen die Unkultur, gegen diesen zum Krieg treibenden Machtrausch der Tyrannen“ (S.362). Die Nachrichten von Widerstandsaktionen angesichts schockierender Opferberichte und -dokumente, die „nach draußen“ in die Exilzentren gelangten, waren leider lückenhaft und oft euphorisch „geschönt“.

Den Auftrag zum Buch erhielt Scheer von der Pariser Edition de Carrefour. Eine französische Ausgabe erschien im Februar 1937, und sofort reagierten mehrere Pariser Zeitungen positiv auf die Publikation, indem sie diese umfassende erschreckende Bilanz des deutschen Nazisystems betroffen würdigten. Dank des Netzes der französischen Gewerkschaften war diese Ausgabe rasch vergriffen; eine zweite folgte 1938.

Diese und weitere sachkundige Anmerkungen zu zeitgeschichtlichen Vorgängen während der Entstehung des Buches sind dem einleitenden Aufsatz des französischen Historikers und Schriftstellers Lionel Richard unter dem bezeichnenden Titel „Bereits 1933 wußte man alles“ zu entnehmen. Dieser verweist auch auf die nicht zu unterschätzende Rolle von Sándor Radó beim Entstehen der vorliegenden Dokumentation des Naziterrors.

Anschließend erläutert Schlieper in einem informativen Beitrag die vorliegende historische und aktuelle Veröffentlichung als ein Buch „der dokumentierten entsetzlichen Tatsachen“ (S.15) und wünscht dem Leser „eine tiefe Anteilnahme [...] insbesondere jedoch Achtsamkeit gegenüber allen Nuancen der Ausgrenzung, der Willkür und anderer neofaschistischer Haltungen in Gegenwart und Zukunft, angesichts des Terrors einer Zeit, deren Folgen noch immer nicht der Vergangenheit angehören.“ (ebenda).

Diese Publikation kann mit zeitgenössischen amtlichen Verlautbarungen, Protokollen, Dokumenten und Aussagen Überlebender für die notwendige, nie nachlassende Aufklärungsarbeit wertvolle Informationen bieten. Die angeführten Namenlisten, Verordnungen, Strafregister und Verbote dokumentieren jedoch erst den Anfang einer Schreckensherrschaft, die sich nach 1936 verstärkt fortsetzte.

„Mich selber“, bekennt Scheer „traf das Schreiben und Redigieren des Buches so tief, dass es mir unmöglich wurde, ein anderes geschriebenes oder gefilmtes Werk ähnlichen Stoffes zu sehen oder zu lesen“ (S.14). Das glaubt man ihm angesichts der eigenen emotionalen Erschütterung beim Lesen der seitenlang sachlich aufgelisteten Opferlisten sofort.

Im Vorwort zur französischen Originalausgabe von 1937, dessen deutsche Fassung im Reprint dem Dokumententeil vorangestellt ist, mahnt Romain Rolland, „selbst wenn wir vor dem Verbrechen und dem Unglück weglaufen wollten, kämen sie bis zu unserer Tür, uns zu suchen“, und er mahnt nicht nur das französische Volk zur Wachsamkeit (S.17f.).

Über Maximilian Scheers Werdegang und politisches Engagement vermitteln gut kommentiert die Zeittafel „Biografisches“ und eine Auswahlbibliografie wichtige Details. In diesem Zusammenhang sei auf seine autobiografischen Bücher „Ein unruhiges Leben“ (Berlin 1976) und „So war es in Paris“ (1964) hingewiesen.

Die Erläuterungen von Nikolaus Brauns unter dem Titel „Propaganda als Berufung /Der rote Manager Wil-

li Münzenberg“ über den Initiator der 1936 vorgestellten Dokumentation sind detailreich, Vorurteile und Vermutungen korrigierend.
Die beigelegte Übersichtskarte der Konzentrationslager, Zuchthäuser und Gefängnisse in Nazideutschland (leider ohne Jahresangaben), bieten ebenso wie die Lager- und Disziplinarordnung des KZ Esterwegen beweiskräftige Ergänzungen.
Dieses Buch wird gebraucht! Es gehört unbedingt in die Bibliotheken – vor allem an Schulen und Universitäten – gerade jetzt, da die Generation der Zeitzeugen ausstirbt. *Helga W. Schwarz*

Peter Rau: Der Spanienkrieg 1936-39, PapyRossa Verlag, Köln 2012, 132 S.

Der Autor – von Beruf Journalist und seit Jahren der Thematik verbunden – bietet in der Reihe „Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie“ einen populär-wissenschaftlichen Abriss des Spanischen Bürgerkriegs. Damit sind bereits die Abstriche von hohen wissenschaftlichen Ansprüchen vorgegeben: R. verzichtet darauf, seine Quellen und – oft sehr langen – Zitate in Fußnoten zu belegen (bei Zitaten wird lediglich der Verf., selten auch der Titel, vermerkt; zu den einzelnen Fakten und Bewertungen fehlen entsprechende Verweise). Lediglich eine Liste verwendeter Literatur hilft hier dem Leser. Das Augenmerk legt der Verf. auf den Inhalt der Darstellung, nicht auf neue Fakten oder neue Forschungsergebnisse. Da es eine Unmenge an Literatur zum Thema gäbe, begründet R. die Notwendigkeit seiner Publikation damit, eine Abhandlung „aus unvoreingenommener marxistischer Sicht“ hinzuzufügen (S.8). Heutige bundesdeutsche Darstellungen seien immer noch von Sichtweisen des Kalten Krieges geprägt (allerdings gibt es seit den 90er-Jahren auch differenzierte Darstellungen) und auch die früheren Darstellungen in der DDR und Sowjetunion litten an ideologischen Vorgaben und Einschränkungen.
R. gliedert sein Büchlein in zehn chronologisch-thematisch angelegte Kapitel. In Kapitel I bis III (Von der Ersten zur Zweiten Republik, Sieg der Volksfront, Militärputsch) behandelt der Autor die Vorgeschichte und den Beginn des Bürgerkriegs. Die folgenden Abschnitte – Kapitel IV bis VII – gehen (mit der Intervention, der Nichteinmischungspolitik, Komintern und Interbrigaden sowie der Rolle der Sowjetunion) auf internationale Aspekte ein. Kapitel VIII (mit Schwerpunkt POUM) und IX (zum Kriegsverlauf) befassen sich mit dem innerspanischen Geschehen. Das letzte Kapitel erfasst ein allzu oft ausgeblendetes Thema: Spanien nach dem Krieg. Eine wertvolle Ergänzung zu den Darlegungen bietet die Zeittafel.
Die Zahlenangaben, so hinsichtlich der insgesamt 35.000 bis 40.000 Interbrigadisten, von denen über 3.000 aus Deutschland kamen, entsprechen dem neuesten wissenschaftlichen Stand. Mit Recht vermerkt R., dass die Interbrigaden nur eine verschwindende Minderheit in der spanischen Volksarmee darstellten, aber an allen entscheidenden Brennpunkten eingesetzt waren und hohe Verluste hatten. Aus der Debatte über den Gründungstag der Interbrigaden hält sich R. heraus, er verweist darauf, dass dafür unterschiedliche Ereignisse (diverse Aufrufe der Komintern, Einverständnis der Spanischen Regie-

rung etc.) benannt werden. Nicht einleuchtend ist, dass der Autor den inzwischen weitgehend in der wissenschaftlichen Literatur akzeptierten Begriff Spanischer Bürgerkrieg durch Spanienkrieg ersetzt und das damit begründet, der Krieg habe zwar als Bürgerkrieg begonnen, doch schon nach wenigen Tagen eine internationale Dimension erreicht, sodass von einem Bürgerkrieg „schlechterdings nicht mehr die Rede sein kann" (S.7).
Die Abhandlung ist gut lesbar geschrieben, störend sind aber manchmal laxe, dem Tageszeitungs-Stil entlehnte Formulierungen (z. B. S.18 „Schnee von gestern"). Teilweise sind Bezeichnungen ungenau (so S.12, die PSOE heißt in der genauen deutschen Übersetzung eben nicht Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens sondern Spanische Sozialistische Arbeiterpartei).
Auch wenn diese Broschüre hinsichtlich des wissenschaftlichen Neuwerts nichts Wesentliches erbringt, ist sie doch durch die kompakte, die Fakten des konkreten Geschichtsverlaufs im Wesentlichen exakt widerspiegelnde Überblicksdarstellung eine äußerst nützliche, für einen breiten Leserkreis dringend gebrauchte und für 9,90 € preiswerte Publikation im Taschenbuch-Format. *Herbert Mayer*

Rolf Binner/Bernd Bonwetsch/Marc Junge: Massenmord und Lagerhaft. Die andere Geschichte des Großen Terrors (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Moskau, Bd. 1); **Rolf Binner/Bernd Bonwetsch/Marc Junge (Hrsg.): Stalinismus in der sowjetischen Provinz. Die Massenaktion aufgrund des operativen Befehls Nr. 00447**, (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Moskau, Bd. 2), Akademie-Verlag, Berlin 2009, 2010, 821 S., 729 S., Abb., ISBN 978-3-05-004662-4, ISBN 978-3-05-004685-3

Die beiden gewichtigen – im doppelten Sinne des Wortes – Bde. gehören zusammen: Der erste ist eine Mischung aus monografischer Darstellung und Dokumentensammlung über die Vorbereitung, Durchführung, Transformation und Auswirkungen bzw. Begleitumstände des Befehls Nr. 00447, der eine der zentralen Anordnungen für die sogenannten Massenoperationen während des Großen Terrors in der Sowjetunion war; der zweite Bd. ist ein Aufsatzbd., der thematisch geordnet die Umsetzung des Befehls in der sowjetischen Provinz in einer großen Anzahl von Einzelstudien untersucht. Beide Bde. liegen – mit einigen Abweichungen – auch in russischer Sprache vor (veröffentlicht 2008 und 2009), eine erste Studie der Autoren Binner und Junge zu dem untersuchten Befehl erschien auf Russisch bereits 2003.
Die Forschungen über die Massenoperationen haben das Bild über den Terror der Stalin-Zeit entscheidend verändert. Waren es früher die großen Schauprozesse der Jahre 1936 bis 1938, die glauben machten, die Verfolgungen in den 30er-Jahren seien Machtkämpfe innerhalb der KPdSU gewesen, die vor allem Parteimitglieder betroffen hätten, so haben die Einzelheiten über die Massenoperationen bewirkt, dass seit den Neunzigerjahren diese Gewaltexzesse als Terror gegen das gesamte Volk bewertet werden. Aber auch wenn die Dimensionen der Massenoperationen weit über

die der Schauprozesse hinausgingen, so sind doch die Zielgruppen in den Befehlen zu den Massenoperationen auch spezifiziert.

Der Befehl Nr. 00447 vom 30. Juli 1937, der einen Tag später vom Politbüro gebilligt worden war und der parallel zu den so bezeichneten nationalen Operationen lief, richtete sich in der Diktion der damaligen Verfolger gegen „ehemalige Kulaken, Kriminelle und andere antisowjetische Elemente". Unter diese Etikette wurden Personengruppen gepresst wie zwangsumgesiedelte Bauern, deren Strafe abgelaufen war oder die sich von ihren Verbannungsorten entfernt hatten, Personen, die früher in anderen Parteien als der bolschewistischen organisiert waren, ehemalige Weißgardisten oder Angehörige der zaristischen Strafbehörden oder aber auch tatsächlich Kriminelle, also insgesamt Personen, die in der einen oder anderen Weise aktenkundig geworden waren. Die Einteilung in Kategorien – die erste Kategorie wurde zum Tode, die zweite zu acht bis zehn Jahren Lagerhaft verurteilt – und deren Zuordnung nach Republiken und Gebieten, wie es für die Massenoperationen typisch war, lässt uns heute den Terror als „Verhaftung nach Plansoll" charakterisieren. Treffend ist auch der russische Titel der genannten ersten Veröffentlichung: Wie der Terror „groß" wurde. Denn von dieser Operation waren bis zum November 1938 knapp 800.000 sowjetische Staatsbürger betroffen. Da in einer ersten Anweisung nur die Zahl von 270.00 Personen genannt war, zeigt die Untersuchung auch, wie sich der Terror aufgrund der „Wünsche" seitens lokaler Machthaber ausweitete und teilweise verselbstständigte. Der Befehl ist damit auch derjenige mit der quantitativ größten Tragweite.

Der erste Bd. enthält 231 Dokumente, die von den ersten vorbereitenden Maßnahmen im Juli 1937 bis zu einer Direktive aus dem Jahr 1945 darüber, wie die Verwandten der zum Tode Verurteilten zu unterrichten seien, reichen. Sie sind in Kapitel zur Umsetzung, Transformation und Beendigung des Befehls sowie zur konkreten Beschreibung, wie und durch wen die Verhaftungsakten „produziert" wurden, gegliedert. Eine hilfreiche Einleitung erläutert jeweils die Zusammenhänge und gibt zahlreiche Hinweise zur mittlerweile sehr umfangreichen Forschungsliteratur. Abgerundet wird diese Mischung aus Darstellung und Dokumentation durch eine von den Autoren zusammengestellte Statistik, die akribisch auf 74 Seiten Angaben zu den jeweiligen Personengruppen, Zeiträumen der Verhaftungen und zur Verteilung der Kategorien in den sowjetischen Regionen auflistet. Außerdem werden die Namen der verurteilenden Troika-Mitglieder, soweit sie ermittelt werden konnten, aufgezählt. Dankenswerterweise enthält dieser Bd. auch ein kommentiertes Personenregister.

Der zweite Bd. geht auf eine Konferenz zurück, die 2006 am Deutschen Historischen Institut in Moskau abgehalten wurde. Nach einer Einführung, in der das Forschungsprojekt zum Befehl Nr. 00447 vorgestellt wird (sodass der zweite Bd. auch separat handhabbar ist), folgen 24 Einzelstudien, die außer von den beiden Projektverantwortlichen B. und J. ausschließlich von russischen Forschern verfasst wurden. Das besondere Verdienst ist es, Spezialisten aus dem großen Land zunächst auf dieser Konferenz, dann in

dem Sammelbd. vereint zu haben, die anhand der Regionalarchive zu Opfern und Tätern bzw. zu der Operation allgemein und damit zu sehr unterschiedlichen Provinzen der UdSSR Forschungen vorlegen konnten. Einen kleinen Schwerpunkt bildet die Altaj-Region; es sind aber ebenso Untersuchungen zu Kalinin- oder Leningrad, Perm' oder Kiev, Novosibirsk oder zum Donbass, also kreuz und quer durch die Sowjetunion anzutreffen. Nicht nur die große Anzahl an Autoren, sondern auch die vielen in der Danksagung erwähnten Helfer verdeutlichen die Breite des Projektes und den großen Forschungsaufwand.

Ohne auf die Ergebnisse beider Bde. im Einzelnen eingehen zu können, ist doch zu konstatieren: Eine solch detaillierte („in die Tiefe gehende" – so der russische Titel des Dokumentenbd.) Erschließung dieses Befehls – sowohl durch die Vielzahl der zum Teil sehr entlegenen Dokumente in Bd. 1, als auch durch die vielen Mikrostudien in Bd. 2 – zeigt in überaus verdienstvoller Weise für nicht russisch lesende Historiker die Mechanismen des Großen Terrors in der Sowjetunion.

Carola Tischler

Petra Scheidt: Karriere im Stillstand? Der Demokratische Frauenbund Deutschlands im Spiegel seiner Kaderarbeit und der Kaderstrukturen seines hauptamtlichen Funktionärskorps (Historische Forschungen, 28), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2011, 435 S., ISBN 978-3-515-10083-0

Die Autorin veröffentlicht „im wesentlichen unverändert" (S.12) ihre Dissertationsschrift, die im Sommersemester 2008 von der Universität Duisburg-Essen angenommen wurde. Die Arbeit besteht aus sieben Kapiteln, einem Abkürzungsverzeichnis, einem Quellenverzeichnis und einer CD-ROM mit insgesamt 218 Diagrammen. Nach der Einleitung (Kapitel I) geht es in Kapitel II um die „Entstehung des DFD und den Führungsanspruch der SED". In Kapitel III werden die „Auswirkungen kaderpolitischer Weichenstellungen und Probleme der Kaderarbeit" reflektiert, während in Kapitel IV die „Kaderstrukturen in den Apparaten des DFD" im Mittelpunkt stehen. In Kapitel V beantwortet die Autorin die Frage, ob das „Scheitern des DFD als Sonderfall oder als Beispiel" zu werten ist. Kapitel VI enthält ihr Fazit und Kapitel VII Anmerkungen zu den Diagrammen.

Eine Gesamtwertung vorab: Publikationen dieser Art hindern mich daran, die DDR und auch meine Biografie kritisch zu reflektieren. Die Diffamierungsabsicht ist so offensichtlich, die Ausdrucksweise so arrogant, dass sich jedes weitere Nachdenken erübrigt.

Mangelnde Sachkenntnis fällt als erstes auf, vor allem fehlendes Wissen zum sozialistischen Gesellschaftskonzept und zum Thema „Klasse und Geschlecht". Die DDR war als „Diktatur des Proletariats" konzipiert, die „Avantgarde des Proletariats", also die SED, sollte die Führung dieser Gesellschaft übernehmen. Insofern war es eben kein „verhängnisvoller Irrtum", dass es der Frauenorganisation, die dieses Konzept mittrug, nicht gelang, den „ideologischen Ballast" abzuwerfen, sondern folgerichtig. Auch das unterschiedliche Wirkungsfeld des DFD (Betriebsgruppen vs. Wohnge-

bietsgruppen) lässt sich nur vor dem Hintergrund von Klassentheorie und Klassenpolitik sachgerecht interpretieren. Die von S. identifizierten Probleme zwischen DFD und SED sprechen für eine generelle Unsicherheit einer so konzipierten Gesellschaft im Umgang mit der Frauenfrage. Auch die Vermutungen von S. zur Rolle der sozialen Herkunft der Funktionärinnen lassen sich nur auf der Grundlage solider Kenntnisse dieses Gesellschaftskonzeptes sinnvoll diskutieren. Doch diese Kenntnisse fehlen der Verf.

Was die Anfänge des DFD und seiner Kaderprobleme betrifft, so ist besonders bedauerlich, dass S. auf alternative Literaturquellen (alternativ etwa zu Hubertus Knabe) verzichtet. Die umfangreiche feministische Literatur zum Thema „Klasse und Geschlecht", auch Publikationen von Renate Genth, Ingrid Schmidt-Harzbach, Rita Pawlowski, Irene Stoehr, Anne-Elisabeth Freier, Barbara Henicz, Margit Hirschfeld, Kerstin Pfeiffer, Siegfried Scholz oder Hans-Jürgen Arendt wurden ignoriert. Das hat zur Folge, dass die Verf. Ost-West-Unterschiede nicht reflektieren kann. Das Gelöbnis der Gründungsfrauen vom 9. März 1947 findet keinen Eingang in ihr Urteil.

Möglicherweise wären auf der Grundlage anderer Literatur auch andere „historische Zäsuren" als die politikgeschichtlich üblichen (17. Juni 1953, 13. August 1961 oder der Amtsantritt Honeckers) in den Blick geraten, nämlich frauenpolitisch relevante, wie die Gründung selbstständiger betrieblicher Frauenausschüsse ab Januar 1952, die Veröffentlichung des Frauenkommuniqués „Die Frau – der Frieden und der Sozialismus" 1961, der erste zentrale Frauenkongress der DDR 1964 (nicht in den 50er-Jahren, sondern auf diesem Kongress wurde die führende Rolle der SED ins DFD-Statut aufgenommen, S.22), die Verabschiedung des Familiengesetzes 1965, der zweite zentrale Frauenkongress der DDR 1969 oder die Verkündung der Gleichberechtigung der Frau „nach dem Gesetz und im Leben" 1971.

Mit Karl Marx sollte sich schon beschäftigt haben, wer sich zum „marxistisch-leninistischen Weltbild" äußert. In diesem Kontext bleibt vieles unverständlich, etwa die von den oppositionellen Kräften der DDR angeblich übernommenen „gesellschaftlichen Aspekte des marxistischen Konzeptes" oder das „Marx'sche Modell unter umgekehrten Vorzeichen" (S.392f., 401). Ein Blick z. B. auf August Bebels Schrift „Die Frau und der Sozialismus" hätte S. vor Fehlinterpretationen der weiblichen Berufstätigkeit bewahrt; sie war damals unabhängig von ökonomischen Zwängen Bestandteil des sozialistischen Konzepts und gehört heute zu den modernen Selbstverständlichkeiten.

An Sachkenntnis fehlt es S. auch dort, wo vom Ende des DFD und der Gründung des dfb e.V. die Rede ist. Die DFD-Funktionärinnen hätten 1989 „die Ereignisse um sie herum [...] kaum zur Kenntnis" genommen (S.139), ihr Verhaltensmuster sei „unreflektierte Gefolgschaft der Partei" gewesen (S.223). „Erst der Misserfolg des DFD bei den Wahlen zur Volkskammer im März 1990" zwangen sie „zu akzeptieren, dass der DFD in seinen bisherigen Organisationsstrukturen nicht länger bestehen konnte" (S.142). Übrig geblieben sei „ein Rumpfapparat" (S.225) bzw. eine „kleine Interessengruppe" (S.391). Wahr ist, dass im Herbst 1989 ca. 5.000 Briefe von der

DFD-Basis an den Bundesvorstand geschickt wurden, in denen eine „Erneuerung des DFD“ gefordert wurde. Auf einem außerordentlichen Bundeskongress am 3./4. März 1990 – also zwei Wochen vor den Volkskammerwahlen – einigten sich die 660 Delegierten auf neue Arbeitsinhalte und -formen mit neuen Verantwortlichen, auf jeden Fall aber auf die Erhaltung jener frauenpolitischen Struktur, die seit Oktober 1990 Demokratischer Frauenbund e. V. (dfb) heißt. Dieser Verein nahm an der IV. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking teil und beteiligte sich dort aktiv am Nichtregierungsforum. Seine Vorsitzende war Mitglied des Vorstandes des Deutschen Frauenrates und bis zum Frühjahr 2012 Präsidentin der Europäischen Frauenlobby (EWL). Seit Ende der 90er-Jahre sind Zuarbeiten des dfb e.V. Bestandteil der alternativen Berichterstattung an die UNO zur Erfüllung der Frauenkonvention. Zusammen mit seinem 1993 gegründeten Sozialwerk betreibt der dfb e.V. zahlreiche Projekte, allerdings nur – wie S. zutreffend feststellt – in ostdeutschen Ländern und im Osten Berlins.

Neben inhaltlicher Kritik provoziert das Buch auch solche zur Form, zur Methodik, zur sprachlichen Korrektheit. S. legt weder in den Legenden zu ihren Diagrammen, noch in den zugehörigen Anmerkungen (Kapitel VII), noch einleitend dar, wie groß jeweils die von ihr statistisch ausgewertete Grundmenge ist. Zugleich heißt es, dass ihr lediglich eine „stichprobenartige Überprüfung“ blieb (S.154). Der Blick auf die Diagramme nährt in vielen Fällen den Verdacht, dass hinter den Prozentzahlen vergleichsweise wenige Probandinnen stehen. Zweifel sind auch bezüglich der Stichprobe angebracht (handelt es sich wirklich um eine Zufallsauswahl?). Die Sprache lässt deutlich zu wünschen übrig: Ein Aufwand kann nicht zeitintensiv sein (S.77), weder eine Stabilität noch eine Situation kann stagnieren (S.124, 145). Unverständlich: „Bei der Teilgruppe der entlassenen Funktionärinnen besaßen die Altersstrukturen einen deutlichen Schwerpunkt.“ (S.158) In ihrem Bedürfnis, Worte wie „Indoktrination“ und „Stagnation“ so oft wie möglich zu verwenden, legt S. sogar Erich Honecker die „ideologische Indoktrination“ in den Mund. Er soll 1982 auf dem X. SED-Parteitag (der fand im April 1981 statt) darüber gesprochen haben (S.400).

S. hält es für notwendig, „sich der Thematik DDR ohne Vorbehalte zu nähern“ (S.21). Aber, was außer Vorbehalten bleibt denn, wenn man sich ohne Einfühlungsvermögen und ohne echtes Erkenntnisinteresse einer fremden Welt nähert? Nach den Motiven der DFD-Frauen für SED-Mitgliedschaft suchend, meint S., diese Motive seien nicht zu ermitteln (S.56), bevor sie – in ihren Denkschranken verhangen – die Absichten vor allem im Opportunismus und in Aufstiegszielen findet (S.93). DFD-Funktionärinnen wirkten in dieser Organisation, angeblich weil sie in ihr eine „lukrative Möglichkeit, die Familie zu ernähren“ sahen (S.116), eine Möglichkeit, „den bisherigen Lebensstandard zu sichern, ohne der allgemeinen Misere tagtäglich ausgesetzt zu sein“ (S.413), als „Arbeitskräfte-Konkurrent“ zu Industriebetrieben und Schulen (S.99-101, 111). Dabei soll das NÖSPL eine herausragende Bedeutung für die Kaderarbeit des Frauenverbandes gehabt haben. Es ist zu hoffen, dass die Autorin wusste, was sich hinter der Abkürzung verbirgt.

Weder ost- noch westdeutsche Frauen dürften sich durch solch eine niveaulose Darstellung ermuntert fühlen, gemeinsam über Frauenpolitik weiter zu nachzudenken. *Ursula Schröter*

Thomas Reichel: „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben". Die Brigadebewegung in der DDR (1959-1989), Böhlau Verlag, Köln-Weimar-Wien 2011, 393 S., ISBN 978-3-412-20541-6

Forschungen zur Arbeitergeschichte sind trotz des Booms der DDR-Forschung nicht en vogue. Schon deshalb verdient das gründlich recherchierte Buch von Reichel, das zu großen Teilen auf seiner am Zentrum für Zeithistorische Forschungen in Potsdam erarbeiteten Dissertation beruht, Aufmerksamkeit.

Der Autor geht einem fast schon wieder vergessenen Phänomen aus dem Alltagsleben von Millionen DDR-Bürgern nach: der „Brigadebewegung". Jeder Schüler in der DDR lernte im Literaturunterricht neue, sozialistische Helden wie Pawel Kortschagin („Wie der Stahl gehärtet wurde") kennen. Sie verkörperten ein quasireligiöses Idealbild vom neuen Menschen. Auch die griffige Formel vom „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben" widerspiegelte dieses Ideal. Die neue Gesellschaft sollte den neuen Menschen hervorbringen. Dieses Experiment scheiterte bereits im Ansatz. Daher war es naheliegend, dass sich Sozial- und Wirtschaftshistoriker, zu nennen sind insbesondere Jörg Roesler, Peter Hübner, Annegret Schüle und Patty Lee Parmalee, vor allem den ersten Jahren der Brigadebewegung zuwandten.

R. geht über ihre Arbeiten hinaus, indem er als Erster die Brigadebewegung von ihren ambitionierten Anfängen im Jahr 1958 bis zu ihrer lautlosen Auflösung 1989/90 untersucht. Im ersten Kapitel seines Buches stellt er die Initiierung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der DDR, wie auch später der Brigadebewegung, als eine Kopie des sowjetischen Vorbilds dar. Es waren inszenierte Kampagnen, die nichtsdestotrotz in der SED-Führung die Illusion von einer „neuen sozialistischen Arbeiterklasse" weckten. Ende der 1950er-Jahre schien mit der Brigadebewegung gar eine Zauberformel gefunden, mit der sich vielfältige ökonomische und politische Probleme lösen ließen.

Im Kontrast zur Euphorie der Parteispitze standen jedoch die überwiegend skeptischen Reaktionen der Arbeiterschaft, die im zweiten Kapitel analysiert werden. Dass sich ein Großteil der Arbeiter dennoch der Brigadebewegung anschloss, hing vor allem mit der Aussicht auf Einkommenssteigerungen und dem Streben nach öffentlicher Anerkennung zusammen. R. belegt dies anhand von Fallbeispielen aus dem Eisenhüttenkombinat Ost, dem VEB Optima Erfurt, der Berliner Schuhfabrik „Goldpunkt" und dem VEB Kunst und Mode. Das dritte Kapitel ist der „Syndikalismus"-Affäre (1960/61) gewidmet. Im Kern ging es dabei um die Frage, wie viel Eigenverantwortlichkeit und Entscheidungskompetenz den Brigaden innerhalb der betrieblichen Hierarchie zugestanden werden sollte. Spannend liest sich, dass selbst ein Reformer wie Erich Apel, der anfangs die Rechte der Brigaden stärken wollte, flugs einen Rückzieher machte, als vorsichtige Ansätze

betrieblicher Mitbestimmung von den Hardlinern im Politbüro als Weg in die Anarchie denunziert wurden. Die Eigeninitiative der Arbeiter war schlicht unerwünscht. Die SED sah dadurch schon im Ansatz ihr Machtmonopol in den Betrieben, wie bereits im Falle der 1948 bzw. 1957 aufgelösten Betriebsräte und Arbeiterkomitees, gefährdet. Dabei gab es in den Betrieben im Frühjahr 1960 gar keine „jugoslawische Tendenzen". Rückschauend wird deutlich: Die „Syndikalismus"-Affäre markierte den Anfang von Ende der Brigadebewegung. Von der Utopie des „Arbeiterstaates" blieb danach nicht mehr viel übrig.

Für die 1960er-Jahre konstatiert der Autor im vierten Kapitel eine Reduktion der Brigadebewegung auf das „sozialistische Arbeiten". Zu einer Einbeziehung der Brigaden in die Wirtschaftsreformen kam es nicht. Im fünften Kapitel wird die Verwässerung der Brigadebewegung in der Ära Honecker untersucht. Das sechste Kapitel ist den Jugendbrigaden gewidmet und basiert auf Fallstudien aus der Stahlindustrie.

In seiner Schlussbetrachtung ordnet R. die Brigadebewegung in die Strategie zur sozialen Befriedung ein. Die zentrale Frage nach der Stellung der Arbeitsbrigaden in der betrieblichen Hierarchie wurde seiner Meinung nach bereits Anfang der 1960er-Jahre geklärt. Die SED-Führung war nicht bereit, den Brigaden nennenswerte Mitbestimmungsrechte zuzugestehen. So entwickelten sich die Brigaden zu weitgehend unpolitischen, durchaus positiv konnotierten Institutionen und leisteten einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Systemintegration eines Großteils der Erwerbstätigen. Die Brigaden deshalb als die zentrale Institution zur „Kollektivierung" der DDR-Gesellschaft zu bezeichnen, ist jedoch überzogen, zumindest aber missverständlich formuliert. Dies ändert aber nichts daran, dass mit dem Buch von R. nunmehr das Standardwerk zur Brigadebewegung in der DDR vorliegt. Es ist gut geschrieben, gründlich lektoriert und bietet in den Tabellenanhängen noch zusätzliche Informationen.

Rainer Karlsch

Tilman P. Fichter/Siegward Lönnendonker: Dutschkes Deutschland. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund, die nationale Frage und die DDR-Kritik von links, Klartext Verlag, Essen 2011, 317 S., ISBN 978-3-320-02270-9

Mit dieser Schrift liegt eine weitere Veröffentlichung über den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) vor. Der Bd. behandelt gleich zwei Themen: die Stellung des SDS und speziell die von Rudi Dutschke zur nationalen Frage sowie die DDR-Kritik von links. Beides sind zwar zusammenhängende Themen, aber jedes hat seine eigene Spezifik. Diese Unterscheidung wird im vorliegenden Buch nicht immer durchgehalten. Während über die „linke" Sozialismuskritik des SDS und von Rudi Dutschke schon häufiger geschrieben wurde, hat die Untersuchung zur nationalen Frage einen besonderen Neuigkeitswert. Eine weitere Besonderheit der vorliegenden Schrift liegt darin, dass ca. zwei Drittel des Textes aus Dokumenten besteht. Hervorzuheben sind auch die ausgewählte Bibliografie, das Personenregister und eine Übersicht über die Delegiertenkonferenzen und Bundessekretäre des

SDS seit 1946. Schließlich gibt es gleich zwei Vorworte. Aus östlicher Sicht schreibt Rolf Schneider und aus westlicher Christian Semler. Die Autoren selbst sind „Insider“: Fichter war 1963-1970 Mitglied im Berliner SDS und 1965/1966 Erster Landesvorsitzender; Lönnendonker gehörte ab 1962 ebenfalls dem Berliner SDS an.

Die beiden Autoren gliedern ihren Text in drei Teile: Der SPD-nahe SDS, der autonome SDS und die DDR sowie Rudi Dutschke und die nationale Frage. Der erste Teil behandelt nahezu „klassisch“-historisch die Entwicklung des SDS von der Gründung bis zum Bau der Mauer. Es gibt dabei Abschnitte über „SDS gegen FDJ“, „Kommunismus und Sozialdemokratie“ oder über den „Deutschlandplan der SPD“ und sogar über das NÖSPL Ulbrichts. Diese Teilabschnitte sind eingeflochten in den Text über die Geschichte des SDS. Sie sind dabei weniger eine gezielte wissenschaftliche Analyse der Positionen des damaligen SDS zur deutschen Frage oder zum DDR-Sozialismus. Anders der Teil II. Hier werden die widersprüchlichen Beziehungen des SDS zur FDJ ebenso behandelt wie die Teilnahme am Deutschlandtreffen der FDJ oder die Positionen des SDS zum Einmarsch der Warschauer Vertragsstaaten in die ČSSR im Jahre 1968. Auch die „Agenten im SDS“ sind ein herausgehobenes Thema. Hier grenzen sich die Autoren zu Recht von Hubertus Knabe ab, der – wie sie schreiben – der Stasi zu viel Ehre antue, indem er sie nachträglich zu einer geschichtsbestimmenden Macht aufwertete (S.34). F. und L. weisen in ihrer Schrift nach, dass die DDR-Staatssicherheit nur einen marginalen Einfluss auf den SDS hatte.

Der Teil III widmet sich ausschließlich den Positionen Rudi Dutschkes zur deutschen Frage. Aus dem vorliegenden Material schlussfolgern die Autoren, dass Dutschke sowohl Internationalist als auch ein „deutscher Patriot“ gewesen sei. Es fällt auf, dass die Verf. zwar in nachvollziehbarer Weise die Positionen Dutschkes in Widerspruch zur „Diplomatenpolitik“ der SPD gegenüber der DDR einschätzen. Weniger überzeugend dagegen ist die Sichtweise, dass er ein „deutscher Patriot“ gewesen sei. Im Vordergrund stand doch offenbar, wenn man die Gesamtheit der Positionen Dutschkes betrachtet, seine kritische Haltung zu dem System in den „realsozialistischen“ Ländern. Deshalb ist auch die Aussage auf dem Klappentext, Dutschke sei „leidenschaftlich für die Wiedervereinigung“ eingetreten, etwas überzogen.

Nimmt man den Gesamttext, dann ist es offenbar ein Anliegen der Autoren, Rudi Dutschke als den Befürworter der staatlichen Einheit und des Aufwerfens der nationalen Frage zu charakterisieren und damit zugleich zum Gegenpart von „Egon Bahr und die von ihm deutschlandpolitisch beeinflussten Brandt-‚Enkel‘ Oskar Lafontaine, Peter Glotz, Gerhard Schröder, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Anke Brunn oder Walter Momper“ (S.127) zu machen. Es wird aber nicht gefragt, was es bedeutet hätte, wenn Bahr und die SPD eine andere Politik betrieben hätten (also des Anheizens der inneren Konflikte in der DDR). Auch bleibt weitgehend unbeachtet, dass angesichts der gegeneinander stehenden hochgerüsteten Systeme die Entspannungspolitik der SPD auch aus heutiger Sicht notwendig und richtig war. Daran ändert sich auch nichts, wenn sich Dutschke gegen den Vorrang des Diplomatischen bei der deut-

schen Frage aussprach. Seine Kritik an der Diplomatie der SPD wird aus einer Podiumsdiskussion deutlich, an der er teilnahm. (s. Dok. 20: Friedrich-Ebert-Stiftung: Berliner Dialog: 30 Jahre DDR – über den Umgang mit der „offenen deutschen Frage".) Überhaupt enthält der Bd. eine ganze Reihe von wichtigen Dokumenten, vor allem von Rudi Dutschke, aber auch andere Dokumente wie Anträge zur Bundesdelegiertenkonferenz des SDS in Marburg 1954, ein Rückblick über 10 Jahre SDS von Michel Meschke bis hin zu einem Gespräch mit Wolfgang Kraushaar und einer Entgegnung von Jürgen Seifert.

Es ist zwar zutreffend, dass sich die Vorstellung der Honecker-SED von einer eigenständigen DDR-Nation von einem Tag auf den anderen als Makulatur erwies, wie die Autoren schreiben. Ob aber ihre Schlussfolgerung richtig ist, dass auch SPD und Grüne über die Rolle des Nationalstaates im neu vereinigten Deutschland als Ort sozialer und politischer Auseinandersetzungen sowie Identitäten noch einmal völlig neu nachdenken müssten, bleibt fraglich (S.32). Angesichts der Globalisierungsprozesse, der Notwendigkeit eines vereinten Europas aus ökonomischen wie auch aus sozialen und politischen Gründen ist das Denken in vorrangig nationalstaatlichen Dimensionen überholt. Wenn es schon um ein neues Nachdenken geht, dann doch wohl über die Rolle des vereinten Deutschland in Europa und in der Welt.

Der vorliegende Bd. vervollständigt die schon beachtlich angewachsene Reihe von Büchern und anderen Schriften über den SDS. Schließlich haben die beiden Autoren u. a. schon die „Kleine Geschichte des SDS – Der sozialistische Deutsche Studentenbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke" veröffentlicht. *Horst Dietzel*

Dietmar Keller: In den Mühlen der Ebene. Unzeitgemäße Erinnerungen, Karl Dietz Verlag, Berlin 2012, 256 S., ISBN 978-3-320-02207-9

Das Buch bietet einen interessanten Einblick in die Kultur-, Wissenschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in den Alltag eines SED-Funktionärs und Wissenschaftlers. Keller, von Beruf Historiker, legt seine Sicht auf sein Leben und seine Zeit vor, die nicht nur interessant, sondern im Großen und Ganzen auch gut lesbar geschrieben ist.

K., Jahrgang 1942, wurde in einer Arbeiterfamilie in Chemnitz geboren. Bald nach Abschluss seines Geschichtsstudiums 1966 und seiner Promotion 1969 mit einer Arbeit über die Geschichte der SBZ/DDR von 1948 bis 1952 wurde er Parteifunktionär. Zuvor hatte er einige Jahre als Assistent und Oberassistent am Institut für Deutsche Geschichte bzw. der Sektion Geschichte der Philosophischen Fakultät gearbeitet. Seit 1970 Sekretär für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur an der SED-Kreisleitung der Karl-Marx-Universität Leipzig, stieg er 1977 zum Sekretär für den gleichen Bereich in der SED-Bezirksleitung Leipzig und schließlich 1984 zum stellvertretenden Kulturminister der DDR auf. Sein kritischer Geist ließ ihn wohl als prädestiniert erscheinen, in der Modrow-Regierung 1989/90 das Amt des Kulturministers zu übernehmen. Für die PDS saß er als Abgeordneter zunächst in der Volkskammer und dann bis 1994 im Bundestag. In der Folgezeit arbei-

tete er in verschiedenen Bereichen als Berater für die PDS, zeitweise führte er auch einen Verlag. K. setzte sich in der PDS für den vollständigen Bruch mit dem Stalinismus und eine radikale Erneuerung der Partei ein.

Der Bd. ist ein selbstbewusster Rückblick, auch in der Bewertung des tatsächlich oder vermeintlich durch ihn für die Bürger und die Gesellschaft Erreichten (z.B. S.51 auf seinen Anteil an Forschungs- und Wissenschaftskonzeptionen der KMU). Sicherlich kann ihm zugutegehalten werden, dass er in Leipzig seinerzeit für mehr Freiräume in der Kulturpolitik gesorgt hat, als das in anderen Bezirken der Fall war, und dass er sich stets für Verbesserungen in den Arbeits- und Schaffensbedingungen der Intellektuellen einsetzte. Zog das auch oft die Kritik der Parteioberen nach sich, so haben das - insbesondere nach 1990 - etliche der betroffenen Künstler und Schriftsteller nicht zu schätzen gewusst. Über seine Arbeit im Kulturministerium vermag K. manch interessanten Fakt und manches Detail zu erzählen, auch Kuriosa, die am Rande lagen. Interessant sind seine Ausführungen zu den Kulturbeziehungen zwischen DDR und BRD. Zu seinem Vorgesetzten Hans-Joachim Hoffmann hatte er offenbar einen guten Draht, beide verstanden sich gut. In der Modrow-Regierung bemühte sich K., den Künstlern und Schriftstellern den Übergang in die Marktwirtschaft zu erleichtern, sie „weich landen" zu lassen in der bundesdeutschen Wirklichkeit. Erstaunen ruft der letzte Abschnitt seiner politischen Entwicklung in der PDS hervor, die entsprechenden Passagen lassen deutlich persönliche und politische Enttäuschung und Resignation erkennen.

Freimütig schreibt der Autor über Privates aus seinem Leben, Ehekrise und andere persönliche Probleme nicht ausklammernd, aber ohne in Klatsch und Tratsch zu verfallen. Der Leser erfährt, dass K. einst aktiver Fußballer war und eigentlich Sportjournalist werden wollte, dass ihn aber mehr oder weniger der Zufall - seine Vorimmatrikulation zum Journalistikstudium wurde zurückgezogen - zum Studium der Geschichte brachte. Er schildert, zum Teil sehr ausführlich, Begegnungen mit bekannten Künstlern der DDR und internationaler Prominenz. Allerdings ermüden manchmal die Aufzählungen von Personen, die an bestimmten Ereignissen Teil hatten.

Sein Urteil über Zeitgenossen, die auf verschiedene Weise und in unterschiedlichen Situationen den Lebensweg des Autors kreuzten, fällt sehr differenziert aus und kündet von mancher Enttäuschung. Über seinen Ex-Kollegen Hartmut Zwahr an der Leipziger Uni, der ebenfalls Erinnerungen verfasst hat (siehe Rezension in JahrBuch 2010/I), meint er sarkastisch, aber wohl treffend, dass dieser damals „alle Bemerkungen in den Parteiversammlungen protokolliert hatte" und sich mit Hilfe dieser Notizen in einem Nachwendebuch über ihn lustig gemacht habe, allerdings vergessen habe, „dass er damals beim Mitschreiben offenbar so überfordert war, dass er darauf verzichtete, selbst einen kritischen Beitrag zu halten". (S.43f.)

Eigene Fehler gesteht der Autor durchaus ein, manches tut er aber mit zu einfachen Erklärungen ab. So meint K., angesichts seiner Biografie kaum glaubhaft, dass er 1966 mit der Funktion eines stellvertretenden Sekretärs der SED-Grundorganisation überfor-

dert gewesen wäre. Nicht jede Einschätzung ist überzeugend, so wenn er meint: „Ich stand immer zwischen zwei rotierenden Walzen, die mir manchmal Luft zum Atmen gaben und manchmal mich fast ersticken ließen." (S.50) Sein Resümee zur DDR lautet: „Mein Verhältnis zur DDR und zur SED war und ist völlig unsentimental. Mit Freude, Bereitschaft und aufklärerischem Willen habe ich in der DDR gelebt, […]. [...]Sich einzubringen und zu versuchen, unter schwierigen Umständen [etwas] zu verändern, war nötig. [...] Lange habe ich allerdings den Mechanismus des Machtapparates einer allein herrschenden Partei nicht richtig begriffen." (S.245) *Herbert Mayer*

Klaus Henning/Yves Clairmont: Mit Gegenmacht und Gestaltungskraft für Europas Arbeitnehmer. 40 Jahre Europäischer Metallgewerkschaftsbund, Europäischer Metallgewerkschaftsbund, Brüssel-Berlin 2012, 96 S.

Nicht zuletzt die im Zuge der Krise seit 2007/08 auch auf europäischer Ebene zunehmenden Versuche, Arbeiterrechte einzuschränken, lassen eine Kooperation von Arbeiterorganisationen über nationale Grenzen hinweg immer dringlicher erscheinen. Da kommt es gerade recht, dass der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) anlässlich seines 40-jährigen Jubiläums eine Broschüre zur Geschichte und Gliederung seiner Organisation herausgegeben hat, um, wie die Autoren Henning und Clairmont schreiben, „Orientierungswissen" für die bevorstehenden Aufgaben bereitzustellen. Die übersichtliche und gut lesbare Darstellung ist auf jeweils ca. 30 Seiten in Englisch, Deutsch und Französisch verfasst.
Die Autoren skizzieren darin die Geschichte der Vorläuferorganisationen im Rahmen der Montanunion und der Römischen Verträge von 1958 und die des EMB seit seiner Gründung 1971 in Brüssel. Beschrieben wird die Entwicklung von einer sozialpolitischen Lobbyorganisation zu einer stärker professionalisierten Koordinationsinstanz der europäischen Metallgewerkschaften mit größerer Verbindlichkeit ihrer Beschlüsse und höherem Aktionspotenzial in den öffentlichen und betrieblichen Auseinandersetzungen. Dies wird im Zusammenhang mit den Veränderungen der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der europäischen Institutionen, vor allem der europäischen Kommission, nachgezeichnet. Dabei werden ebenfalls die Probleme eines zunehmenden, auch durch standortorientierte Gewerkschaftspolitik begünstigten Wettlaufs um niedrige soziale Standards im Kontext nationaler Wirtschaftskonkurrenz in Europa behandelt. Zu wünschen ist, dass die in dem Bd. beschriebenen transnationalen Handlungsfelder des EMB auch eine adäquate nationenübergreifende Antwort der Arbeiter und Arbeiterinnen in Europa ermöglichen.

Dietmar Lange

Michael Herkendell: Deutschland – Zivil- oder Friedensmacht? Außen- und sicherheitspolitische Orientierung der SPD im Wandel (1982-2007), (Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 92), Verlag J.H.W. Dietz, Bonn 2012, 301 S., ISBN 978-3-8012-4208-4

Herkendell, der als Referent für politische Bildung am Bildungsinstitut der arbeitenden Jugend tätig ist, behandelt 25 Jahre spannender und mitunter äußerst kontroverser Diskussionen, die in der SPD über die Grundsätze ihrer Außenpolitik geführt wurden. Als Orientierungspunkte seiner Untersuchung wählt der Autor die Begriffe „Zivilmacht" und „Friedensmacht". Obwohl ihn diese Wahl in ein gewisses Dilemma führt, da sich beide Begriffe nicht scharf genug voneinander unterscheiden lassen, gelingt es ihm doch, die konkreten Differenzen in den innerparteilichen Auseinandersetzungen nachzuzeichnen und zu analysieren. Dabei greift er auf Elias, Senghaas, Duchene, Hill, Maul u. a. zurück, die in ihren Forschungen diese Begriffe entwickelten und definierten. Ein Leser, der die beiden genannten Begriffe aus dem „gesunden Menschenverstand" zu begreifen sucht, wird dabei mit ziemlicher Sicherheit in die Irre gehen. In der politischen Wissenschaft wird der Unterschied zwischen einer Zivilmacht und einer Friedensmacht– verkürzt gesagt – dadurch bezeichnet, dass die Zivilmacht nur im äußersten Notfall, als „ultima ratio", zu militärischen Mitteln greift, während die Friedensmacht bereit ist, militärische Mittel schon präventiv einzusetzen. Auf diese Weise konnte Deutschland von einer Zivilmacht zu einer „Friedensmacht" mutieren, indem es sich an verschiedenen Kriegseinsätzen, auch an völkerrechtswidrigen Aktionen, aktiv beteiligte. Diese Entwicklung vollzog sich ausgerechnet zu einer Zeit, als mit Gerhard Schröder ein Sozialdemokrat an der Spitze einer rot/grünen Bundesregierung stand. Der in den Medien am meisten zitierte Satz, der diesen Wandel in der SPD am deutlichsten kennzeichnet, ist der Ausspruch des damaligen Verteidigungsministers Peter Struck (SPD) im Dezember 2002: „Die Sicherheit Deutschlands wird am Hindukusch verteidigt." Diesem Diktum waren lange quälende Auseinandersetzungen vorausgegangen. H., der in mehreren Kapiteln auch auf die sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik vor 1982 eingeht, beschreibt diesen Prozess sehr detailliert. Die Gegensätze waren bereits mit der Frage nach der Haltung zum sogenannten Doppelbeschluss (1978) über die Stationierung von Mittelstreckenraketen sichtbar geworden. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, als in einen „erweiterten Sicherheitsbegriff" neue Risiken, wie Umweltzerstörung, grenzüberschreitende Kriminalität, Ressourcenverknappung, Migration und Terrorismus, einbezogen wurden, entstand die deutliche Gefahr, durch die Unschärfe des neuen Sicherheitsbegriffs zu einer Militarisierung der gesamten internationalen Strukturpolitik zu gelangen. Dieser Tendenz zu folgen oder Alternativen zu ihr zu formulieren, durchzog fortan die Diskussionen in der SPD. Verwunderlich erscheint dem Leser, wenn H. ausgerechnet die 1997 erfolgte Anpassung der SPD an den Kurs der CDU/CSU als Möglichkeit bezeichnet, „das eigene außenpolitische Profil gegenüber der Bundesregierung zu schärfen" (S.154). Was dabei herauskam, zeigte sich schon ein Jahr später. Nachdem Gerhard Schröder Kanzler geworden war, votierte die von ihm geführte rot/grüne Regierung für eine deutsche Beteiligung am NATO-Einsatz im Kosovo-Konflikt, obwohl diese Intervention durch keinen UN-Beschluss gedeckt war. H. erwähnt

in diesem Zusammenhang zwar die widerständige Haltung einiger sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneten, zitiert jedoch die gewichtige Stimme das früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt – „Die Beteiligung der Deutschen an den Luftangriffen ist nicht zu rechtfertigen" – nur in einer Anmerkung (S.174). Immerhin hebt er hervor, dass in der Bundestagsdebatte am 25. Februar 1999 Gregor Gysi als Einziger die Frage nach einer völkerrechtlichen Legitimation eines solchen Einsatzes stellte (S.172).

Wie tief das Misstrauen in der SPD gegenüber dem Einsatz militärischer Mittel und vor allem gegenüber der US-Regierung ging, zeigte sich dann bei der Operation „Enduring Freedom", als Kanzler Schröder die Zustimmung seiner Fraktion zum Kriegseinsatz in Afghanistan nur mit dem Stellen der Vertrauensfrage erreichen konnte. Erst als klar zu werden begann, dass die von Bush geleitete US-Administration mit ihrer „alttestamentarischen Brandmarkung" (Gernot Erler) von „Schurkenstaaten" einen Kreuzzug gegen die „Achse des Bösen" beginnen würde, rückte die SPD-Führung von ihrer bedingungslosen Gefolgschaft gegenüber den USA ab. Die militärische Intervention der USA im Irak wurde von der rot/grünen Koalition nicht mehr offiziell unterstützt. Wie weit und wie intensiv dennoch eine begrenzte Unterstützung der USA erfolgte, wird von H. nur am Rande thematisiert, z. B. wenn er die rechtlichen Bedenken des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig hinsichtlich der Gewährung der Nutzung des deutschen Luftraums für „unsere Bündnispartner" sowie die gerichtliche Ablehnung des Strafantrags der Linkspartei/PDS gegen die Bundesregierung wegen der Beteiligung an einem Angriffskrieg erwähnt (S.230).

H. beschreibt dann die von Bundesverteidigungsminister Struck entwickelten Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR), mit denen – wie der Autor formuliert – „eine Entgrenzung der Bundeswehreinsätze" (S.233) vorbereitet wurde. Die im Mai 2003 veröffentlichten Richtlinien schufen die Voraussetzungen dafür, wie es im Text heißt, „dass Deutschland nicht nur seine Bündnisverpflichtungen im Rahmen der ESVP [Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik – H.L.] erfüllt, sondern auch im Verlauf von präventiven politischen Strategien bei militärischen Sicherungsaufträgen Einsätze der Bundeswehr anbieten kann" (S.233) Es wirft ein bezeichnendes Licht auf den seinerzeitigen Zustand der SPD, dass diese einschneidenden Veränderungen auf dem Parteitag im November 2003 gar keine Rolle spielten. Im Bundestag übten lediglich die beiden verbliebenen PDS-Abgeordneten Petra Pau und Gesine Lötzsch Kritik. Selbst als das „Parlamentsbeteiligungsgesetz" im Bundestag verabschiedet wurde, das die seit 1994 vom Verfassungsgericht garantierten Rechte des Bundestags als oberste Entscheidungsinstanz bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr beschnitt, regte sich bei der SPD nur noch geringer Widerstand.

Gegen Ende seiner Arbeit bezieht sich H. noch einmal auf den Kosovo-Krieg. Er schreibt, dass die fehlende Legitimität des Kosovo-Einsatzes durch die UN in der SPD durch eine „übertriebene Moralisierung" der Begründungen für den Kriegseinsatz wettgemacht wurde, wobei die beschworene Bündnistreue das Vehikel bildete, um „widerspenstige und nachdenkliche Abgeord-

nete nahezu unfehlbar zu disziplinieren“ (S.265f.). In seinem Resümee stellt H. fest, „dass ideologisch-missionarische Argumentationen und das eigene Sendungsbewusstsein keine Grundlage für eine konsistente Außenpolitik sein können. Zudem verliert die SPD ihre außenpolitische Glaubwürdigkeit, wenn der eigene moralische Anspruch mit der operativen Politik nicht mehr in Deckung zu bringen ist.“ (S.275) Trotz seines Plädoyers für die „klassische Realpolitik“ findet es H. wenige Absätze später nun andererseits bedauerlich, „dass der wunderbare Satz ‚Sozialdemokratische Politik stellt die Würde jedes einzelnen Menschen in den Mittelpunkt‘ aus dem Bremer Entwurf nicht in das Hamburger Programm übernommen“ worden sei (S.276f.). Diese Aussage – so schreibt er – hätte „gerade im außen- und sicherheitspolitischen Kontext ein Impuls für eine neue, noch stärker auf den Menschen ausgerichtete Außen- und Sicherheitspolitik sein können“ (S.277). So bleibt schließlich offen, welches Grundkonzept H. der SPD empfiehlt. Hiervon unabhängig kann es durchaus ein Gewinn sein, die Arbeit H.s zu lesen, weil es ihm gelingt, eine gute Zusammenfassung des friedenspolitischen Diskurses in der SPD in dem von ihm behandelten Zeitraum zu geben. Dabei versteht er es, den Zusammenhang mit den internationalen Herausforderungen jener Zeit zu verdeutlichen.

Harald Lange

Autorenverzeichnis

Wolfram Adolphi, Dr. sc., Potsdam
Wilma Ruth Albrecht, Dr., Bad Münstereifel
Evemarie Badstübner, Dr. sc., Berlin
Günter Benser, Prof. Dr., Berlin
Theodor Bergmann, Prof. Dr., Stuttgart
Ulrich Busch, Dr. habil., Berlin
Christian Chevandier, Prof. Dr., Université du Havre
Horst Dietzel, Dr. sc., Berlin
Michael Eckardt, Dr., Universität Stellenbosch, Südafrika
Siegfried Grundmann, Prof. Dr., Berlin
Peter Hübner, Dr. sc., Berlin
Rainer Karlsch, Dr., Berlin
Ewgenij Kasakow, Doktorand, Universität Bremen
Horst Klein, Dr. sc., Strausberg
Dietmar Lange, Doktorand, Freie Universität Berlin
Harald Lange, Prof. Dr., Berlin
Isabel Loureiro, Dr., Universidade Estadual de Campinas, São Paulo
Jörg Ludwig, Dr., Sächsisches Staatsarchiv Dresden
Herbert Mayer, Dr. sc., Berlin
Eckhard Müller, Dr., Berlin
Heinz Niemann, Prof. Dr., Bergfelde
Thomas Reichel, Dr., Brandenburg
Rudolf Oswald, Dr., Sportgeschichtlicher Service, Reichertshofen
Uli Schöler, Prof. Dr., Berlin
Helga W. Schwarz, Bad Breisig
Ursula Schröter, Dr., Berlin
Carola Tischler, Dr., Universität Konstanz/Berlin
Marga Voigt, Berlin
Jochen Weichold, Dr., Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin
Axel Weipert, Doktorand, Freie Universität Berlin
Manfred Weißbecker, Prof. Dr., Jena
Wonchul Shin, Prof. Dr., Pusan National University, Südkorea

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:
Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:
Helga Brangsch, Dr. Christa Hübner (V.i.S.d.P.), Bärbel Kontny, Dietmar Lange, Dr. Herbert Mayer, Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Daniela Schnitter, Dr. Carola Tischler, Axel Weipert

Postadresse der Redaktion:
Weydingerstraße 14-16,
D-10178 Berlin

Email-Adresse der Redaktion:
redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Email-Adresse der Redaktion für Buchbesprechungen:
rez-kon@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Website:
www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „JahrBuch“ erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtumfang von ca. 660 Seiten. Jahresabonnement 30,- € (Inland) bzw. 40,- € (Ausland), einschl. Porto; Einzelheftpreis 11,- €, zzgl. Porto.

In der Zeitschrift können nur Beiträge veröffentlicht werden, die außer dem JahrBuch nicht gleichzeitig anderweitig zur Veröffentlichung angeboten wurden. Manuskripte können per e-mail, vorzugsweise als word-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollten 40.000, Berichte 10.000, Buchbesprechungen 8.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im „JahrBuch“ übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu. Die namentlich gezeichneten Beiträge geben ausschließlich die Meinung des Autors und nicht die der Redaktion wieder.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Abonnements- und Heftzahlungen sowie Spenden bitte an:
Berliner Volksbank eG, BLZ 10090000,
Konto-Nr.: 5744561010

Satz: Christa Kouschil
Realisiert in den Typowerkstätten
des Bodoni-Museums
info@bodoni.org

Sonderdrucke der im JahrBuch veröffentlichten Beiträge sind möglich. Die Konditionen sind in den Typowerkstätten zu erfragen.

Redaktionsschluss: 16.4.2013